

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/1981

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt,
Natur und Digitalisierung | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Der Staatssekretär

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: V 314 - 1257/2019
Meine Nachricht vom: /

Nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 29.01.2019



über das
Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

24. Januar 2019

Gesamtplan 2019 für IT und Digitalisierung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

den beiliegenden Gesamtplan 2019 für IT und Digitalisierung übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Der Gesamtplan 2019 für IT und Digitalisierung beschreibt die strategische und konzeptionelle Ausrichtung der IT und der Digitalisierung des Landes SH für den Planungszeitraum 2019. Er fasst die organisatorischen, technischen und finanziellen Planungen der Ressorts zusammen und vermittelt einen Überblick über die wesentlichen Maßnahmen der Landesverwaltung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, des E-Government und der Digitalisierung.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Tobias Goldschmidt

Anlagen
Gesamtplan 2019 für IT und Digitalisierung
IT Maßnahmen 2019

Gesamtplan 2019

für IT und Digitalisierung

Vorgelegt vom:

Ministerium für Energiewende,

Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND)

Zentrales IT-Management SH

Niemannsweg 220

24106 Kiel

Herausgeber:

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt, Natur und Digitalisierung
Zentrales IT-Management (ZIT SH)
Niemannsweg 220
24106 Kiel

www.schleswig-holstein.de

Redaktion:

Chief Information Officer (CIO): Sven Thomsen

Referat: IT-Gesamtstrategie, IT-Finanzen,
IT-Controlling und IT-Gremien

Verfasser: Ulf Owesen

Stand: September 2018

[aktualisiert mit Beschluss LReg SH im Januar 2019]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
I. IT-Strategie	5
1. Grundsätze der IT-Strategie in Schleswig-Holstein	5
2. Vorteile der IT-Strategie SH	6
3. Fortentwicklung der IT-Strategie SH	6
3.1 Digitalisierung	6
3.2 Zentrale IT-Infrastrukturen und -dienste	9
3.3 Fachinfrastrukturen und -verfahren	14
3.4 Kooperationen	14
3.5 E-Government	16
4. Organisation	18
5. Personal	18
II. Finanzen	21
1. Allgemein	21
2. Einzelplan 14	21
3. Investitionsmittel aus dem IMPULS Programm (Kapitel 1614)	24
4. Prognose Entwicklung Haushaltsmittel für IT 2018 - 2022	24
III. Arbeitsschwerpunkte 2019 der Ressorts	26
1. Ministerpräsident Staatskanzlei (StK)	26
2. Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration (MILI)	27
3. Finanzministerium (FM)	28
4. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT)	29
5. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK)	33
6. Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG)	33
7. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren (MSGJFS)	37
8. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND)	38

Einleitung

Der Gesamtplan für IT und Digitalisierung ist Bestandteil der Strategie- und Planungspapiere des Chief Information Officer (CIO) und des Zentralen IT-Managements (ZIT SH) im Digitalisierungsministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Der Gesamtplan informiert über die bestehenden und geplanten Informations- und Kommunikationstechnologien und über die Entwicklungen von Maßnahmen des E-Government und der Digitalisierung.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Einzelplan 14 (Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung) veranschlagt. Seit 2016 stehen für die Umsetzung notwendiger Investitionen für Verfahrens- und Infrastrukturmaßnahmen der IT und der Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein im Einzelplan 16 - „InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“ - weitere Haushaltsmittel zur Verfügung.

Der Gesamtplan für IT und Digitalisierung 2019 umfasst die Planungen des ZIT SH und der Ressorts zum Stichtag 31.08.2018 und stellt die Entwicklungen unter Maßgabe der Haushalts Eckwerte 2019 dar.

I. IT-Strategie

Unter Informationstechnik werden alle technischen Systeme verstanden, die dazu bestimmt sind, Informationen sowie Daten zu erheben, zu speichern und zu übermitteln, soweit diese zur Abwicklung der Geschäftsprozesse der Verwaltung benötigt werden. Davon abzugrenzen sind betriebstechnische Anlagen (BTA), die der Steuerung von Klimaanlage, Fahrstühlen, Heizungs-, Wasser- und Stromversorgungen von Gebäuden usw. dienen, auch wenn diese digital betrieben werden.

Unter dem Begriff IT wird eine Reihe von Diensten und Funktionen zusammengefasst, von denen viele zuvor eigenständige Fachgebiete waren. Beispiele dafür sind Telefonie, Datenfernübertragung, Funknetze für Polizei, Feuerwehren und Katastrophenschutz, Massendatenverarbeitung, Arbeitsplatzautomatisierung, Aktenverwaltung, Druckereien oder Postversand.

Diese Dienste, die früher auf Grundlage analoger Technologie oder als klassische Verfahren der elektronischen Datenverarbeitung unabhängig voneinander bereitgestellt wurden, sind im Zuge der zunehmenden Digitalisierung zusammengewachsen. Damit verbunden werden sie heute nicht mehr in jedem Ressort oder gar in jeder Behörde eigenständig realisiert, sondern grundsätzlich als zentrale Dienste vom ZIT SH bereitgestellt. IT-Lösungen für Fachaufgaben werden weiter dezentral verantwortet, bedienen sich aber für die entsprechenden Funktionalitäten der zentral bereitgestellten Dienste.

Die Beispiele verdeutlichen, dass IT für die Arbeit von Regierung und Verwaltung unverzichtbar ist. Funktioniert die IT einmal nicht, ruht innerhalb kürzester Zeit die Arbeit.

1. Grundsätze der IT-Strategie in Schleswig-Holstein

Die IT-Strategie des Landes Schleswig-Holstein basiert auf den Grundsätzen

- Bündelung zentraler technischer Infrastruktur (Server, Datenhaltung, zentrale Netzkomponenten) in einem zentralen Rechenzentrum (RZ) bei Dataport,
- Bündelung technisch geprägter und operativ administrativer Aufgaben beim zentralen IT-Dienstleister Dataport,
- Arbeitsteilige Kooperation mit anderen Bedarfsträgern, insbesondere mit den anderen Trägerländern von Dataport und
- Bereitstellung mehrfach benötigter Funktionalitäten als zentrale Dienste (Standard-IT SH).

Initiierung, Planung und Umsetzung von IT-Vorhaben und Digitalisierungsvorhaben folgen der CIO Rahmenvorgabe Standardrollen ITSH.

2. Vorteile der IT-Strategie SH

Die Bündelung der technischen Infrastruktur in einem RZ ermöglicht für alle benötigten Komponenten ein einheitlich hohes Sicherheitsniveau - da die Trägerländer Dataports sich die Kosten dafür teilen - zu moderaten Kosten. Außerdem werden die Systeme durch hochqualifiziertes Personal administriert. Damit gehen die Trägerländer gemeinschaftlich einen Schritt in Richtung Zukunft und Sicherheit.

Die Bündelung operativer Aufgaben bei Dataport erspart den Behörden eigenes IT-Personal, das früher häufig nur anteilig mit administrativen Aufgaben betraut war, dafür aber mit vollem Aufwand aus- und fortgebildet werden musste.

Die Bereitstellung mehrfach benötigter Funktionalitäten als zentrale Dienste ermöglicht, die für eine Aufgabe notwendigen Investitionen mehrfach zu nutzen. Einige Beispiele verdeutlichen dies:

- Durch Bündelung der Datennetze von Polizei und Steuerverwaltung konnte die Grundlage für das Landesnetz gelegt werden, an das bei gleichbleibenden Kosten alle öffentlichen Stellen im Land angeschlossen werden konnten.
- Das Netz für den Digitalfunk konnte in das Landesnetz integriert werden. Das machte dieses Netz zwar nicht explizit kostengünstiger, jedoch erfuhr das Landesnetz auf diese Weise quasi kostenlos eine erhebliche Qualitätsverbesserung hinsichtlich seiner Geschwindigkeit und Verfügbarkeit.
- Die Nutzung des zentral bereitgestellten Standards zur Arbeitsplatzautomatisierung erleichtert den einzelnen Behörden ihre Aufgaben im Bereich Datenschutz- und -sicherheit. Sie können auf das zentral bereitgestellte Sicherheitskonzept zurückgreifen und müssen nur noch prüfen, ob es spezifische Schutzbedarfe gibt, die über das bereits realisierte Sicherheitsniveau hinausgehen.

3. Fortentwicklung der IT-Strategie SH

3.1 Digitalisierung

Die Digitalisierung hat in den Koalitionsvereinbarungen der neuen Landesregierung in 2017 einen großen Stellenwert bekommen. Um die vorgesehenen Maßnahmen der Landesregierung nachhaltig umzusetzen, wurde ein Digitalisierungskabinetts vereinbart, welches erstmals am 04.10.2017 getagt hat, um das Digitalisierungsprogramm und dessen Fortschreibung zu beraten. Unterstützt wird das Digitalisierungskabinetts dabei durch das Digitalisierungsministerium. Zur Wahrnehmung der Aufgaben wurde der CIO mit dem zentralen IT-Management aus der Staatskanzlei in das MELUND überführt und dort in die Abteilungsstruktur als Abteilung V

3 (Digitalisierung und Zentrales IT-Management der Landesregierung) eingegliedert. Das Thema wird vom Referat für Grundsatzangelegenheiten, Digitalisierung und E-Government, das mit Beginn 2018 eingerichtet wurde, bearbeitet.

Das Referat V30 hat neben inhaltlichen Aufgaben zur Digitalisierung u.a. die folgenden administrativen bzw. koordinierenden Aufgaben:

- Aufbau des Programmmanagements für die Projekte des Digitalisierungskabinetts (Digitalisierungsfahrplan)
- Entwicklung eines Digitalisierungsgesetzes
- Organisation und Koordination der ressortübergreifenden Digitalisierungsprojekte
- Erstellung einer Digitalen Strategie
- Review und Erweiterung der E-Government-Architektur zur Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes und § 52 ff. LVwG für Land und Kommunen
- Pilotierung und Aufbau der digitalen Knotenpunkte
- Entwicklung von Daten- und Registermanagement für Fachverfahren und Infrastrukturen des Landes und der Kommunen

Die Maßnahmen zum Digitalisierungsprogramm sind in 2018 im Rahmen der IMAG Digitalisierung mit allen Ressorts erarbeitet worden. Es wurden erhebliche Ressourcen aufgewandt, um die einzelnen Ressorts in Workshops in die Digitalisierung des Landes einzubinden. Die Ergebnisse werden dem Digitalisierungskabinetts präsentiert und fortlaufend zur Entscheidung vorgelegt (letztmalig am 28. Juni 2018). In diesem Zusammenhang wird auch über einen entsprechenden Finanzierungsansatz zu entscheiden sein.

Die Mittel zur Umsetzung des Digitalisierungsprogramms in Höhe von 10 Mio. Euro werden im Kapitel 1614 (Digitalisierung und IT) veranschlagt und aus dem Sondervermögen IMPULS 2030 aufgebracht. Diese Mittel stehen einmalig zur Verfügung und sollen deshalb investiv eingesetzt werden. Die Planungen der Ressorts betragen für 2019 mit Stand 10/2018 rd. 10,1 Mio. €. Sie werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel von der IMAG Digitalisierung priorisiert und in den Ressorts umgesetzt. Die Planung wird laufend an die aktuelle Entwicklung angepasst und sieht zz. wie folgt aus:

Ressort	Bezeichnung	Plan 2019 (T€)
ZIT SH	Umsetzung OZG	1.800,0
	Data-Warehouse / Data Driven Government	1.200,0
	Standardkonzept Digitale Knotenpunkte	200,0
	Pilotierung KI	100,0

	Projektunterstützung und Programmcontrolling	500,0
StK	Arbeitsplatz 2030	90,0
	Relaunch Landesportal / Social Media	100,0
	Papierlose Kabinettsmappe	15,0
	Medienkonvergenz und Modernisierung	10,0
	Künstliche Intelligenz	10,0
	Dialog Medienkompetenz	40,0
MJEVG	Infrastrukturen in den JVA (Haftraumkommunikationssystem)	300,0
	Digitalisierungsstrategie der Verbraucherzentralen	150,0
MBWK	IT-Kooperation Hochschulen zur Grundversorgung der IT-Infrastrukturen	380,0
	Umsetzung Open Access Strategie	100,0
	Bildungsmedien und Content: Ausbau und Weiterentwicklung der Mediathek, Bereitstellung von digitalen Medien im berufsbildenden Bereich	250,0
	Aufbau eines Zentrums für Digitalisierung und Kultur an der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek	400,0
MILI	Dokumentenprüfsystem	600,0
	Zuwanderungs- und Integrationsmonitoring	70,0
	E-Akte Ausländer	200,0
	Geodateninfrastruktur / Kompetenzzentrum	270,0
	GDI-SH Anpassung an die NGIS	20,0
	Karte der Zukunft	20,0
	eSports	150,0
MELUND	Digitalisierung des Datenaustauschs zwischen Landwirtschaft und Verwaltung	870,0
	Fernerkundungsbasierte digitale Waldinventur	100,0
	Vorbereitung der flächenhaften Einführung elektronischer Lebensohrmarken für Rinder (elektronische Tierkennzeichnung - eTK)	185,0
	Schaffung von Kommunikationswegen unter Berücksichtigung verschiedener Kommunikationsmedien zum digitalen Daten- und Informationsaustausch zwischen der Landwirtschaftsverwaltung, den Landwirten und weiteren Akteuren	520,0
FM		0,0
MWVATT	Erstellung eines digitalen Planungsraums sowie Digitalisierung von analogen Planunterlagen	150,0

	Prozessplanung „elektronisches Förderverfahren in ESF und EFRE“	60,0
	Ausstattung / Unterstützung von Innovations- FabLabs	390,0
MSGJFS	Erweiterung Kita-DB	245,0
	ChatBots im Integrationsamt	200,0
	WebPortal Eingliederungshilfe	200,0
	Digitalisierung der Pflegeinfrastruktur	75,0
	Demenzwegweiser	73,0
	Krankenhausversorgungssimulator mit einer Schnittstelle für Daten nach § 21 KHEntgG	25,0

Die Summe der Planungen liegt über den zur Verfügung gestellten Mitteln. Es ist aber davon auszugehen, dass im Rahmen der unterjährigen Steuerung die zugewiesenen 10 Mio. € auskömmlich sein werden. Im Zuge der Bewirtschaftung werden ggf. auch weitere Digitalisierungsmaßnahmen nachgezogen werden können.

3.2 Zentrale IT-Infrastrukturen und -dienste

Neben den neuen Themen der Digitalisierung liegen die Schwerpunkte im ZIT SH nach wie vor im Ausbau und der Modernisierung der bestehenden Infrastrukturen und –dienste, die zur Standard-IT SH gehören.

In 2016 wurde der Ausbau des **Landesnetzes** mit Glasfaserleitung beschlossen und damit verbunden der Anschluss von rd. 900 Schulstandorten. Diese Maßnahme lief bereits in 2017 an und soll entsprechend der Planungen in 2018 einen ersten Anteil der Anschlüsse umgesetzt haben. Für diese Maßnahme wurden nach aktuellem Stand in 2018 14,7 Mio. € aus dem IMPULS-Programm eingeplant. Weitere 6,0 Mio. € sollen hierfür in 2019 bereitgestellt werden.

Die **Modernisierung** der bestehenden **Netze** der Dienststellen stellt einen weiteren Schwerpunkt der bestehenden Aufgaben dar. Insbesondere in den Bereichen der Justiz und der Landespolizei müssen die Netze erneuert und für die neuen elektronischen Verfahren zu mehr Digitalisierung ertüchtigt werden. Die Richtlinie für strukturierte Verkabelung in den Landesliegenschaften legt den durchgängigen Standard für die Verkabelung von Dienstgebäuden fest.

Bis 2024 sollen sämtliche Justizliegenschaften auf Kupferverkabelung umgestellt werden, die der Richtlinie entspricht.

Auch die Verkabelung in vielen Ministerien entspricht nicht mehr den Anforderungen. Die Modernisierung wird angesichts des damit verbundenen Aufwandes nur mittelfristig erfolgen können. In 2019 soll mit den notwendigen Planungen begonnen werden.

Das **LAN-Management** soll durchgängig von Dataport betrieben werden. Derzeit betreut Dataport ca. 20.000 aktive Ports. Mit dem Rollout von FlexPort (IP-Telefonie) nehmen die Zahlen stetig zu. Aktuell sind die Justizliegenschaften, AIT, LAsD und LKN.SH in Planung. Die Übernahme der Polizei in das LAN-Management wird derzeit mit Dataport abgestimmt.

WLAN ist ein Landesdienst, der immer mehr zum Einsatz kommt. In entsprechend ausgerüsteten Dienststellen stehen das gesicherte WLAN „LVPlus1“ und „DerEchteNorden“ als offenes WLAN zur Verfügung. LVPlus1 dient der Einbindung von Geräten, die dem Standard-IT SH entsprechen, in das Landesnetz. Das erlaubt einen sehr flexiblen Einsatz. Das ZIT SH sieht aber WLAN als Ergänzung, nicht als Ersatz für die LAN-Infrastruktur an.

Die Zentrale WLAN-Infrastruktur wird durch Dataport betrieben. Die Kosten inkl. Hardware werden vom ZIT SH getragen. Die Herrichtung vor Ort gewährleisten die Nutzer.

Eine Ausschreibung zur Einrichtung von WLAN´s in weiteren Dienststellen ist fast abgeschlossen.

Videokommunikation ist ein weiterer Punkt, der zunehmend gefragt ist. Die Teilnahme an Besprechungen per Videokonferenz erspart Kosten und Zeit.

Videokommunikation wird vom ZIT SH in zwei Ausprägungen unterstützt. Für mehrere Teilnehmer findet der Einsatz von Videokonferenzenanlagen in Besprechungsräumen immer mehr Zuspruch. Für die Teilnahme einzelner Personen an Besprechungen im Rahmen von Arbeitsgruppen, Bund-Länder-Sitzungen, Wohnraumarbeit usw. ist Cisco Meeting App (CMA) eine sinnvolle Alternative, die am eigenen Arbeitsplatz verfügbar ist.

Die zentrale Infrastruktur für Videokommunikation wird von Dataport betrieben. Die Kosten für Anlagen, erforderliche Infrastruktur und Betrieb werden vom ZIT SH getragen. Lediglich die Kosten für Kameras und Headsets für CMA sind von den Ressorts zu zahlen.

Durch den zunehmenden Wegfall entsprechender IT-Kompetenzen in den Dienststellen wird der Landesstandard „+1“ zu einem „**+1 Full Managed Desktop**“ ausgebaut und sämtliche operative IT-Dienste in ein Kompetenzzentrum zu Dataport verlagert. Nach einem entsprechenden Modell ist die Landespolizei im Rahmen des Programms PITA (Polizeilicher IT-Arbeitsplatz) in 2017 weitestgehend umgesetzt worden. Dies ist analog zu dem Projekt Steuer-PC erfolgt, welches die Übertragung der operativen IT-Aufgaben in den Finanzämtern hin zu Dataport realisierte und bereits vor zwei Jahren abgeschlossen werden konnte.

Um die Anforderungen zum Arbeitsplatzsupport zwischen der Bedarfsstelle und dem IT-Dienstleister Dataport an zentraler Stelle zu koordinieren, ist ein **IT-Betriebszentrum** im ZIT SH eingerichtet worden, welches die übergreifenden Aufgaben mit minimalem Ressourceneinsatz landesweit übernimmt.

Eine weitere Herausforderung für die IT-Ausstattung im Land SH stellt der Trend zu **mobiler Arbeit und Wohnraumarbeit** dar, um u.a. Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Daneben geben allerdings auch die Herausforderungen u.a. am Arbeitsmarkt als auch in Hinblick auf Umweltaspekte die Rahmenvorgaben vor. Das Land muss, um im Wettlauf um geeignete Bewerber wettbewerbsfähig zu bleiben, ein moderner Arbeitgeber sein. Außerdem sollen umweltfreundliche Zeit-Weg-Strecken geboten werden können, so dass die Ausstattung und das Milieu aller Arbeitsplätze zu den Auswahlkriterien regionaler, aber auch überregionaler Bewerber mit den passenden Qualifikationen geworden sind. Das ZIT SH unterstützt damit auch das zentrale Personalmanagement mit den passenden technischen Angeboten und der Verfügbarmachung der erforderlichen Informationen. Die Ausstattung mit mobilen Arbeitsplätzen als Standard wird weiter ansteigen, was zu einer erheblichen finanziellen Belastung im Einzelplan 14 führen wird.

Die technische Unterstützung zum **mobilen Arbeiten** teilt sich in die Bereiche „Ultramobile Arbeit“ mittels Smartphone / Tablet und Nutzung von Notebooks / Desktops für „mobile Desktoparbeit“ unterwegs oder im Homeoffice.

Die Fortschreibung im Bereich „Ultramobile Arbeit“ erfolgt unter dem Titel „dSmartDesk“ und fixiert sich auf eine sehr anwenderfreundliche und native Einbindung eines ultramobilen Endgerätes für dienstliche Nutzungszwecke. Hierdurch soll die Akzeptanz durch Usability und IT-Sicherheit auf ein neues Niveau gehoben werden. Gleichzeitig wird die Nutzungsbreite angemessen und bedarfsgesteuert erhöht.

Im Kontext „mobile Desktoparbeit“ für die Nutzung eines Notebooks unterwegs bzw. eines Desktop-PCs im Homeoffice wird aufgrund der Möglichkeiten der neuen Dienstvereinbarung ein erweitertes Kontingent und damit eine breitere Nutzungsmöglichkeit dieser Technologie ermöglicht. Die Bedarfsgerechte Anpassung wird unter wirtschaftlichen und dienstlichen Notwendigkeiten erarbeitet.

Im Jahr 2019 wird der Großteil der Behörden den Wechsel auf das neue Betriebssystem **Windows 10** vornehmen. Hierzu ist eine zentrale Maßnahme im ZIT SH mit allen Behörden initiiert. Die Vorarbeiten für einen Test-/Pilotbetrieb sind bereits erfolgreich angelaufen und teilweise schon umgesetzt.

Die Umstellung muss bis Januar 2020 umgesetzt sein, da der Hersteller Microsoft die Unterstützung der Vorgängerversion zu diesem Zeitpunkt einstellt.

Die Nutzung von quelloffenen Systemen nimmt weiterhin eine wichtige Position im Bereich der IT-Strategie und Technikfolgenabschätzung ein. Das ZIT SH hat u.a. über die AG-IT-Infrastruktur ein Vorhaben initiiert, **Open-Source-Software** auch im Bereich der Bürokommunikations-Standards zu prüfen. Hierzu ist, unter Beteiligung der Ressorts, ein Modellarbeitsplatz

erarbeitet worden, welcher zur Pilotierung ansteht und auf Funktionsfähigkeit und Nutzerakzeptanz hin geprüft wird.

Daneben wird im Rechenzentrum bei Dataport zunehmend darauf hingewirkt, dass Serversysteme und Datenbanken mit Open-Source-Software eingerichtet werden, um sich auch so dem quasi monopolistischen Einfluss großer weltweit operierender IT-Unternehmen weitestgehend zu entziehen.

Auch im Kontext der Softwareentwicklung wird das Ziel einer quelloffenen Entwicklung verfolgt. Dies nimmt insbesondere bei der Erstellung von App's für das ultramobile Arbeiten (z.B. Einsatz von Smartphones in der Landespolizei) eine wichtige Rolle ein, da hier andere offene und lizenzfreie Produkte in die Programmierung mit eingebunden werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Freigabe von Entwicklungsergebnissen des Landes unter der „Creative Commons Lizenz“ zur freien Verwendung, insbesondere mit Blick auf bundesweite öffentliche Einrichtungen.

In Schleswig-Holstein ist an vielen Stellen Microsoft Access im Einsatz. Der Vorteil gegenüber anderen Datenbanksystemen liegt in der vergleichsweise einfachen Bedienung ohne größere Programmierkenntnisse. Ziel der Ablösung ist hier nicht nur die Einführung alternativer Produkte auf Open-Source-Basis, sondern auch die Verlagerung operativer Aufgaben in Richtung Dataport, so dass der Landesverwaltung mehr die Rolle der fachlichen Bedarfsstelle und Dataport die der Verfahrensentwicklung zukommt.

Die verbindliche Einführung der elektronischen Akte (E-Akte) in der gesamten Landesverwaltung, die 2013 begonnen wurde, wird konsequent weiterverfolgt. Als grundlegende Voraussetzung hat das federführende Digitalisierungsministerium für die Landesverwaltung SH eine **E-Akte-Landesverwaltungslizenz** erworben. Somit kann die gesamte Landesverwaltung ohne weiteren Lizenzierungsbedarf mit der E-Akte arbeiten. Die Landesverwaltung vollzieht mit diesem Meilenstein einen weiteren wichtigen Schritt für den bereits in der Ministerialverwaltung begonnenen E-Akte-Einführungsprozess.

Im Zuge der E-Akte-Einführungen wird derzeit unter Federführung des Digitalisierungsministeriums in Zusammenarbeit mit dem Innen- und Sozialministerium jeweils eine **Pilot-Schriftgutstelle** aufgebaut, die die CIO-Rahmenvorgabe Ersetzendes Scannen unter Berücksichtigung der BSI Technischen Richtlinie zum ersetzenden Scannen auf Grundlage des Dataport-Basisservices dDocuScan umsetzen soll, um das automatisierte Einlesen von gescannten Unterlagen in die E-Akte zu ermöglichen (SGS-dDocuScan-SH).

Das Landesportal (www.schleswig-holstein.de) ist der Auftritt der Landesregierung und aller Landesbehörden im Internet und das zentrale Medium zur Information und Kommunikation mit

Bürgerinnen & Bürgern und Unternehmen, Betrieben wird das Landesportal mit dem Government Site Builder (GSB). Der GSB ist die zentrale Content Management Lösung der Bundesverwaltung und wird im Rahmen der Kieler Beschlüsse in Schleswig-Holstein eingesetzt. Im Zuge der Weiterentwicklung des Landesportals werden die Einsatzmöglichkeiten von Open Source Softwareprodukten fortlaufend geprüft und umgesetzt. In 2017 wurde die Umstellung der Datenbank auf MySQL vollzogen. Im nächsten Schritt erfolgt mit dem Versionswechsel vom GSB 7 auf den GSB 10 der Umstieg auf ein **Open Source Content Management System** und damit die Ablösung des lizenzpflichtigen CoreMedia-Kerns.

2019 wird zudem geprüft werden, ob der GSB auf seiner Open Source Basis auch für das Extranet der Landesverwaltung (SHIP) und die damit verbundenen Intranets von Landesbehörden eingesetzt werden kann. Die Nutzung nur eines IT-Werkzeugs für die unterschiedlichen redaktionellen Anforderungen hätte erhebliche Vorteile.

Durch den steigenden IT-Einsatz und die nahezu elektronische Datenhaltung ist die Einhaltung der Mindeststandards für Datenschutz und Informationssicherheit maßgeblich. Entsprechende Kompetenzen und Aufgaben werden seit 2018 sukzessive in einem **Kompetenzzentrum für Datenschutz und Informationssicherheit** im ZIT SH gebündelt.

Das Programm NITO SH gestaltet eine einheitliche und harmonisierte Prozessplattform zur landesweiten Zusammenarbeit und Dienstleistersteuerung im Rahmen des IT-Betriebs. Hierfür wurden bereits in Vorprojekten die IT-Service-Management-Prozesse (insb. Störungs-, Problem- und Änderungsmanagement) mit allen Ministerien einvernehmlich abgestimmt. Diese Prozesse werden derzeit in dem Produkt „assyst“ von der Firma Axios in Zusammenarbeit mit Dataport abgebildet und Schnittstellen zu bereits im Einsatz befindlichen Systemen, u.a. Hamster sowie „remedy“, bei Dataport, implementiert. In 2019 erfolgt eine halbjährige Pilotierungsphase dieser Prozesse in dem Projekt NITTOJ (MJEVG), dem dezentralen IT-Management des MILI, dem Verfahren ZIAF (MELUND) und dem Verfahren Zeitmanagement (MELUND im ZIT SH). Anschließend erfolgen die Umsetzung dieser neuen ITSM-Prozesse in allen dezentralen IT-Managements der Landesregierung Schleswig-Holstein sowie die Implementierung weiterer IT-Betriebs-Prozesse.

Den konsequent zentralen Ansatz verfolgt das ZIT SH auch bei seinen organisatorischen und technischen Prozessen, die es verstärkt standardisiert. Durch den Einsatz von **Management-Werkzeugen** für ein standardisiertes Prozess-, Vertrags- und Rechnungsmanagement wird die Steuerungskompetenz des ZIT SH ausgebaut.

In 2018 hat das ZIT SH mit dem Aufbau zusätzlicher Personalkapazitäten und Kompetenzen gemäß dem Konzept für ein **Kompetenzzentrum für Projektmanagement** begonnen. Mit diesem zusätzlichem Personal werden bereits jetzt landesweite (z.B. Neue IT-Organisation – NITO SH) und auch ressortspezifische (z.B. Schulverwaltungssoftware) IT-Projekte koordiniert,

unterstützt oder auch umgesetzt. Dieser eher geringe Personalansatz an zentraler Stelle könnte mit einem vergleichbaren dezentralen Personaleinsatz kaum erbracht werden.

Mit dem Konzept **Ganzheitliches Lager** wird das Ziel verfolgt, die bestehenden unterschiedlichen technischen Lager (Landespolizei, BOS-Digitalfunk und AIT) als Ganzes zu betrachten. Es sollen diverse unterschiedlich Abläufe zusammengeführt, vereinfacht und standardisiert werden. Durch die Zusammenführung sollen Synergien freigesetzt und genutzt werden, die durch optimierte Prozesse, Räumung von Räumlichkeiten in den jeweiligen Liegenschaften und eine effizientere Lagerverwaltung entstehen.

3.3 Fachinfrastrukturen und -verfahren

Umfangreiche Entwicklungen finden sich auch in den Ressortbereichen wieder. So soll bis zum 01.01.2026 die **Aktenführung in der Justiz** vollständig **elektronisch** abgewickelt werden. Das setzt den flächendeckenden Einsatz der elektronischen Aktenbearbeitung auf sämtlichen Arbeitsplätzen voraus. Mit der Umsetzung der verschiedenen Phasen steigen ab 2018 die Betriebskosten auf nahezu 8,0 Mio. € jährlich an.

Der elektronische Rechtsverkehr wurde planmäßig bereits zum 01.01.2018 eingeführt.

Die aktuellen Schwerpunkte der Ressorts für 2019 ergeben sich aus Ziffer III.

3.4 Kooperationen

Kooperationen sind nach wie vor wesentlich, um IT gemeinsam über zentrale Infrastrukturen und Systeme wirtschaftlich betreiben zu können. So wird neben den länderübergreifenden Entwicklerverbänden der Fachbereiche verstärkt auf eine interkommunale und in Norddeutschland mit den Dataport Trägerländern länderübergreifende Zusammenarbeit gesetzt, um so trotz immer komplexer werdender IT zu einer effizienten Aufgabenerledigung zu kommen. Der per Staatsvertrag gegründete gemeinsame IT-Dienstleister Dataport ist bereits Ausdruck dieser Kooperation.

Dataport ist der zentrale IT-Dienstleister für die Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Norddeutschland. Zu den Trägern von Dataport gehören die Länder Schleswig-Holstein (SH), die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), die Freie Hansestadt Bremen (FHB), Mecklenburg-Vorpommern (MV), Niedersachsen (NI) und Sachsen-Anhalt (ST) sowie der kommunale IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH). Die rechtsfähige Mehrländeranstalt des öffentlichen Rechts hat ihren Unternehmenssitz in Altenholz bei Kiel und betreibt Niederlassungen in Hamburg, Rostock, Bremen, Lüneburg, Magdeburg und Halle.

Für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen bei Dataport besteht in Schleswig-Holstein Kontrahierungszwang gemäß der Landesbeschaffungsordnung Schleswig-Holstein.

Die Entwicklung von Dataport ist wesentlich von den Entwicklungen und Strategien sowie der Kooperation seiner Träger abhängig. Aus diesem Grund müssen die Trägerstrategien eng zwischen den CIO und den IT-Verantwortlichen zusammen mit Dataport und dem Verwaltungsrat abgestimmt werden. Dies erfordert zusätzliche Steuerungsansätze in Bezug auf Dataport, welche verstärkt angegangen werden sollen.

Dazu gehört die Implementierung detaillierter Controlling-Instrumente und Kontrollprozesse. Zudem muss das Anforderungsmanagement ausgebaut werden, um die Bedürfnisse der Verwaltungen besser berücksichtigen zu können. Ein erster Schritt, der die Verbesserung der internen Servicestrukturen im Bereich des Vertragsmanagements und des Finanzmanagements sowie den Abbau struktureller Defizite erzielte, wurde bereits 2015 unternommen. Die mit dem Verwaltungsrat abgestimmten Handlungsfelder dauern in der Umsetzung an und sind bei Dataport und den Trägern verpflichtend zu etablieren.

Die Kooperation zwischen Land und Kommunen wurde bis Ende 2015 durch die IT-Harmonisierung etabliert. Im Rahmen der kooperativen Zusammenarbeit von Land und Kommunen werden seither mehrere sowohl für Landes- wie auch Kommunalbehörden wichtige IT-Projekte durchgeführt, die infrastrukturell oder fachlich zu Prozessoptimierungen, zur vereinfachten Zusammenarbeit und letztendlich zu geringeren Kosten für die Aufgabenerledigung führen sollen. Basis hierfür ist ein regelmäßiger Abgleich der Interessenlagen des Landes Schleswig-Holstein mit den Kommunalen Landesverbänden über die Notwendigkeit und den Bedarf bestimmter Maßnahmen soweit diese konzeptionell die IT-Strategie des Landes unterstützen.

In diesem Zusammenhang legt der Koalitionsvertrag fest, den Einheitlichen-Ansprechpartner EA-SH zu stärken. Zu diesem Zweck wurde Anfang 2018 eine Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen, die u. a. das gemeinsame Ziel formuliert, die Einheiten, die im kommunalen Umfeld die Themen E-Government und IT verantworten (EA SH, ITVSH, KomFIT) neu und gestärkt aufzustellen und in eine gemeinsame Organisationsstruktur zu überführen. Diese Einheit soll auch der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs dienen. Die Landesregierung stellt dafür ab 2019 zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro bereit und ordnet zwei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, zunächst befristet auf 5 Jahre, in die Einheit ab.

Die Landesregierung hat mit Unterstützung der KLV ein Gesetz zur Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „IT-Verbund Schleswig-Holstein“ (ITVSH) eingebracht und ins Gesetzgebungsverfahren gegeben. Mit dem Aufbau eines kommunalen Kompetenzzentrums für Digitalisierung und IT, wird der o.g. Punkt aus den Vereinbarungen zwischen Land und Kommunen

zum Beginn des Jahres 2019 realisiert. Der kommunale Bereich verfügt dann über die gewünschte Struktur, und ist adäquat gerüstet, kompetent die Umsetzung der zukünftigen Aufgaben anzugehen.

Landesregierung und -verwaltung wird mit dieser Anstalt ein Ansprechpartner für die Belange der Digitalisierung in der Schnittstelle zwischen Land und Kommunen zur Verfügung stehen. Bisher bestehende und mit der Digitalisierung befasste Institutionen wie der alte ITVSH, das Kommunale Forum für Informationstechnik und der Einheitliche Ansprechpartner Schleswig-Holstein (AöR) werden unter dem Dach der neuen Anstalt zusammengefasst und damit Teil eines Ebenen übergreifenden Treibers der Digitalisierung.

Träger der Anstalt sollen alle Gemeinden und Kreise Schleswig-Holsteins werden. Die Finanzierung der Anstalt wird durch die Träger und das Land gewährleistet. Die Landesregierung und die Kommunen erhoffen sich durch diese institutionalisierte Zusammenarbeit, den Anforderungen, die beispielsweise durch das Onlinezugangsgesetz an die Träger der öffentlichen Verwaltung gestellt werden, in noch besserem Maße gerecht werden zu können. Damit kommt dem kommunalen Bereich ein stärkerer und selbstständiger Part für die Neugestaltung bei der Realisierung der anstehenden Aufgaben zu.

3.5 E-Government

E-Government bezeichnet die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen der öffentlichen Verwaltung und Regierung und ist ein Kernbeitrag zur Verwaltungsmodernisierung. Gezielt werden die Maßnahmen zum E-Government vorangetrieben, die die digitale Verwaltung stärken und den elektronischen Zugang von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen zur Verwaltung und deren Daten ermöglichen.

Für moderne Interaktion mit Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen sind elektronische Akten, ein zentrales Wissensmanagement oder Antragsassistenten nur einige prominente Beispiele. Auch Online-Servicekonten für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, welche die Angebote der öffentlichen Verwaltung bündeln und die Interaktion vereinfachen sowie beschleunigen, sind technisch bereits umgesetzt oder in greifbarer Nähe. Die dafür nötigen Anwendungen, Basisdienste und Infrastrukturen existieren vielfach bereits und bedürfen nun einer zielgerichteten Integration in die Arbeit der Landesverwaltung und auch der kommunalen Verwaltungen. Dies bedeutet, dass neben den notwendigen technologischen Innovationen geänderte rechtlich-fachliche Rahmenbedingungen, neue organisatorische Abläufe und die damit verbundenen personellen Veränderungen umgesetzt werden müssen. Denn letztere sind ebenso wie die technologische Basis zentrale Bestandteile eines modernen E-Government.

Programmatische Leitlinien und rechtliche Rahmenbedingungen liefern zudem die Nationale E-Government-Strategie (NEGS), das E-Government-Gesetz des Bundes (EGovG Bund), die

Digitale Agenda der Bundesregierung, das E-Government-Gesetz des Landes Schleswig-Holstein (EGovG SH) sowie die kürzlich erfolgten Änderungen im Landesverwaltungsgesetz (LVwG).

Darauf aufbauend hat das ZIT SH seine E-Government-Strategie mit den Kommunalen Landesverbänden Schleswig-Holstein, der Handwerkskammer Schleswig-Holstein und der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein abgestimmt. Die Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Kommunen wird hoch priorisiert. Das Land Schleswig-Holstein verantwortet und finanziert seit Jahren unterschiedliche Basisdienste und Infrastrukturmaßnahmen im ZIT SH und den dezentralen IT-Managements der zuständigen Fachressorts und setzt diese in Abstimmung mit den Kommunen um.

Wesentliche Zielbereiche der schleswig-holsteinischen E-Government-Strategie sind

- Nutzen für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft,
- Verwaltungsmodernisierung und
- Aufbau einer E-Government-Infrastruktur.

Zukünftig werden die Themenbereiche Digitalisierung und E-Government – insbesondere mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) – immer weiter zusammengeführt. Somit wird in 2019 zu prüfen sein, wie die E-Government-Strategie unter Berücksichtigung neuer Anforderungen der Digitalisierung fortzuschreiben und fortzuführen ist.

Um die Digitalisierung im Norden weiter voranzutreiben, hat das Digitalisierungsministerium Schleswig-Holstein am 03. Mai 2018 einen E-Government-Beirat gegründet. Land und Kommunen sowie die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern Schleswig-Holstein wollen über den praktischen Austausch hinaus gemeinsam die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung von E-Government und Digitalisierung erfolgreich fortsetzen.

Künftig wird auch das MWVATT im E-Government-Beirat vertreten sein, da die OZG-Umsetzungen im kommunalen Bereich die Wirtschaft und somit die Interessen der Unternehmen betreffen werden. Diese Entwicklungen sind somit von besonderer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

Zudem will das Land mit den Kommunalverwaltungen eng zusammenarbeiten, die das Thema Digitalisierung für sich hoch priorisieren und energisch vorantreiben. Mit dem gemeinsamen Ziel, den Digitalen Wandel für die Bürgerinnen und Bürger positiv zu gestalten, möchte das Digitalisierungsministerium Verwaltungskooperationen schließen, um Schleswig-Holstein zu einer bürger- und unternehmensfreundlicheren digitalen Vorzeigeregion zu machen. Die ersten Kooperationen wurden mit dem Amt Hüttner Berge und der Stadt Kiel bereits abgeschlossen. Diese Möglichkeit zur Zusammenarbeit steht auch anderen kommunalen Verwaltungen zur Verfügung bzw. können weitere Partner an dieser Kooperation teilnehmen.

4. Organisation

Die Organisation der IT wird über die einzelnen Ministerien hinaus in Gesamtverantwortung durch den CIO mit dem Ziel wahrgenommen, den Einsatz von IT in Schleswig-Holstein wirtschaftlich und kostenreduzierend zu ermöglichen. Dabei werden Instrumente zur Steuerung, zum Controlling und zur Finanzierung eingesetzt sowie CIO-Rahmenvorgaben erlassen.

Daraus ergeben sich als strategische Schwerpunkte des CIO die Fortentwicklung der IT-Organisation, die Stärkung der IT-Steuerung sowie die Neustrukturierung von Zuständigkeiten für die IT in der Landesverwaltung.

Grundlage ist der Erlass zur „Organisation des ressortübergreifenden Einsatzes von IT und die Zusammenarbeit des Zentralen und Dezentralen IT-Managements in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein (Organisationserlass ITSH)“.

Den Ressorts wird ermöglicht, strategische Aufgaben zum ZIT SH und operative Aufgaben auf Dataport zu verlagern. Auf dieser Grundlage wurden bereits die strategischen und koordinierenden Aufgaben des dezentralen IT-Managements des MILI samt Personal und Stellen in das ZIT SH übertragen. Mit dem Organisationsprogramm „Polizeiliche IT-Aufgaben“ (PITA), welches im ZIT SH angesiedelt ist, sind in vier Teilprojekten sämtliche operativen IT-Aufgaben auf Dataport übertragen worden. Dazu konnte die Verlagerung der Aufgabenbereiche Netze und Kommunikationstechniken, Arbeitsplatzbetreuung bereits in 2017 abgeschlossen werden. Der Bereich der Fachverfahren sowie weiterer Serviceaufgaben wird im Kontext des bundesweiten IT-Programms Polizei 2020 weiter untersucht. Im Rahmen der Aufgabenübertragung werden begleitend Konsolidierungs- und Standardisierungsmöglichkeiten geprüft und ggf. umgesetzt.

Als Grundlage für die IT-Organisation und für ein gemeinsames Vorgehens- und Rollenverständnis zwischen den Stellen der IT-Leistungserbringung (ZIT SH und DIT) sowie Dataport hat der CIO die Rahmenvorgabe Standardrollen ITSH erarbeitet. Diese wird in einem kontinuierlichen Prozess um die Standard-Prozesskarte ITSH ergänzt. Die Standard-Prozesskarte ITSH stellt die standardisierten Arbeitsabläufe in den verschiedenen Aufgabenbereichen der IT und der Digitalisierung dar.

5. Personal

Die Personalausgaben für IT-Personal werden in den Ressorthaushalten ausgewiesen. Um diesen Kostenblock dennoch der IT-Maßnahmenplanung zuordnen zu können, wird der IT-Personalbestand seit 2007 entsprechend dem Konzept über die „Grundsätze zur Erhebung

des Personalbestands im Bereich der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein“ erhoben und jährlich fortgeschrieben.

Die Erhebung der Personalleistungen erfolgt in Personaltagen (PT) und wird in Voll-zeitäquivalenten (VZÄ) ausgewiesen. Dieser statistische Wert dient als Vergleichs- und Referenzgröße, um Änderungen im Personalbestand des Landes für die IT messen und bewerten zu können. Die Erhebungsergebnisse werden im Rahmen der jährlichen Gesamtplanung durch eine stichtagbezogene Ist-Aufnahme ermittelt. Die Daten variieren durch Ressortwechsel und sich verändernde Zuständigkeiten im Rahmen von übergreifenden Projektstrukturen. Sie können daher nur als Richtwert verstanden werden.

Leistungen für die IT werden zudem von Personal bei Dataport erbracht. Darüber hinaus werden fachspezifische Personalleistungen über Dataport am freien Markt beschafft und durch Dritte ausgeführt. Diese Personalleistungen werden über Dienstverträge gesteuert. Die Personalerhebung auf Landesebene bildet daher nur einen Teil der Personalleistungen für die IT ab.

Personal Gesamt	ZIT SH	StK	MILI [1]	FM	MWVATT	MBWK	MJEVG	MSGJFS	MELUND	Summe (FTE)
31.12.2007	18,3	9	158,2	220,3	5,1	13,1	127,1	25,3	19,4	595,8
31.12.2009	15,3	6	180,0	158,3	4	20	130,7	27,1	25	566,4
31.12.2011	19,7	6,5	180,0	180,3	4	19,4	140,3	24,1	20,2	594,5
31.12.2012	24,0	6,0	180,0	183,3	6,3	16,7	147,3	20,6	24,8	609,0
31.12.2013	24,0	6,0	180,0	180,8	6,3	17,3	140,2	17,9	24,0	596,5
31.12.2014	23,0	6,0	180,0	180,9	6,3	17,3	140,2	16,6	24,0	594,3
31.12.2015	30,0	22,1	180,0	149,7	6,2	16,5	153,6	16,8	25,5	600,4
31.12.2016	50,0	4,9	181,5	151,9	5,8	16,3	152,1	15,9	4,3	582,7
31.12.2017	49,1	4,4	107,5	211,86 [2]	3,45	21,76	161,4	15,6	4,24	579,3

Tabelle 1 IT-Personal in den Ressorts

Trotz deutlich steigendem IT-Einsatz in den letzten 10 Jahren hat sich der Personalbestand für die Beschäftigten der IT in der Summe nicht wesentlich verändert. Jedoch gibt es deutliche strukturelle Veränderungen. Während der Personalbestand für die operativen IT-Dienste durch das zunehmende Outsourcing an Dataport in den letzten Jahren deutlich abgebaut

1 Die Erhebungsdaten des MILI wurden zum Stichtag 31.12.2016 korrigiert und erfordern rückwirkend eine Korrektur der Personalerhebung ab dem 31.12.2009 auf 180,0 FTE.

2 FTE für DLZP wird erst ab dem 31.12.2016 in der Personalerhebung mitberücksichtigt

wurde, wie z.B. in der Steuerverwaltung und in der Landespolizei, haben sich die Personalanteile in den Fachverwaltungen durch zusätzliche IT-Aufgaben erhöht. Der ansteigende Einsatz von Fachverfahren zur Abwicklung fachlicher Verwaltungsaufgaben erfordert einen begleitenden Prozess (z.B. Formulierung von rechtlich-fachlichen Anforderungen, Mitwirkung bei Tests und Freigaben, Anpassung organisatorischer Abläufe).

Auch die weitere Zentralisierung und Bündelung von operativen IT-Diensten beim IT-Dienstleister Dataport erfordert ausreichend Personal für die zentrale Koordinierung und Steuerung durch das ZIT SH. Beispiele hierfür sind die - auch vom Landesrechnungshof eingeforderten - Kompetenzzentren für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen (WiBe SH) und das Projektmanagement sowie für Datenschutz und Informationssicherheit und das IT-Betriebszentrum. Der Mehrbedarf ist jedoch im Vergleich zu den dezentral erforderlichen Kapazitäten geringer.

II. Finanzen

1. Allgemein

Das Land Schleswig-Holstein veranschlagt die Einnahmen und Ausgaben der IT im Einzelplan 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung. Das Kapitel 1402 (IT) bildet das zentrale IT-Budget.

Die Haushaltsmittel sind in Globaltiteln veranschlagt und werden über IT-Maßnahmen organisiert und bewirtschaftet. Derzeit finanziert der Einzelplan 14 mehr als 300 IT-Maßnahmen. Den Einzelplan 14 verantwortet und steuert der Chief Information Officer (CIO).

Weitere investive Haushaltsmittel stehen für die IT-Maßnahmen des Landes im Einzelplan 16 - Infrastrukturmodernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030) im Kapitel 1614 - IT und Digitalisierung zur Verfügung, um notwendige Investitionen abzuwickeln.

2. Einzelplan 14

Die Ausgaben im Einzelplan 14 werden nach unterschiedlichen Schwerpunkten in Kapiteln dargestellt:

Das **Kapitel 1401 (Allgemeine Angelegenheiten)** umfasst die Sachausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb des Zentralen IT-Managements zentral, da das ZIT SH diesen weitestgehend eigenständig organisiert.

Das **Kapitel 1402 (Informations- und Kommunikationstechnologien)** umfasst die Haushaltsmittel der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein (IT-Budget). Näher spezifiziert werden die Ansätze über zusätzliche Maßnahmengruppen:

- 01 Zentrale Arbeitsplatz- und Infrastrukturdienste
- 02 Telefonie Land SH
- 03 Kommunikationsplattform Landesnetz SH

Die Maßnahmen und Entwicklungen im IT-Budget werden in den folgenden Abschnitten näher erläutert beschrieben.

Das IT-Budget gewährleistet die Versorgung der unmittelbaren Landesverwaltung mit allen notwendigen Leistungen der IT. Veranschlagt sind die Ausgaben für den Betrieb, die Pflege und die Fortentwicklung von zentralen und dezentralen IT-Basisinfrastrukturen, die Fachver-

fahren der Ressorts sowie sonstiger IT-Maßnahmen zur Umsetzung von EU- und bundesrechtlichen Vorgaben und des E-Government einschl. der Gremienarbeit und die Ausgaben für Kooperationsprojekte mit anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung.

Ressorts	Ist 2016	Ist 2017	Zuweisungen 2018*	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021
LT	78,9	93,6	95,0	326,6	109,4	109,4
STK	444,3	493,8	422,7	660,2	771,3	640,3
MILI I	17.093,1	24.019,8	20.560,1	32.712,2	29.628,3	29.121,0
FM	26.560,0	25.734,4	19.095,1	32.009,6	30.618,2	32.009,9
MWVATT	378,7	526,9	494,8	476,1	466,1	470,2
MBWK	2.099,6	1.907,3	1.867,9	2.974,8	3.170,4	3.468,5
MJEVG	9.065,0	9.978,6	10.824,5	30.879,4	24.142,9	24.220,6
MSGJFS	1.039,1	1.202,1	1.464,5	1.523,9	1.389,9	1.402,9
MELUND	9.023,2	10.419,5	7.093,2	12.883,8	11.843,0	11.663,4
ZIT SH	56.688,2	60.376,6	60.904,0	95.499,8	95.490,3	90.993,7
Summe	122.470,1	134.752,6	122.821,8	209.946,4	197.629,8	194.099,9

Tabelle 2 Finanzplanung und -verlauf der Ressorts im Kapitel 1402 in T€ (Stand: 09.10.2018)

* Zuweisungen gem. IT-Budgetgespräche 2018 zwischen den Ressorts und dem ZIT SH im 1. Quartal 2018; gem. Projektfortschritt werden weitere Haushaltsmittel unterjährig zugewiesen.

Das Kapitel 1403 (E-Government / IT-Maßnahmen mit kommunalem Schwerpunkt) umfasst seit 2016 gemeinsame Projekte zwischen der Landes- und der Kommunalverwaltung. Veranschlagt sind die Ausgaben für gemeinsame IT-Programme und IT-Projekte / IT-Vorhaben des CIO und des ZIT SH mit den Kommunalen Landesverbänden zur Entwicklung von E-Government-Basisinfrastrukturen und gemeinsamer IT-Dienste. IT-Vorhaben, die in den Regelbetrieb bei Dataport überführt werden können, sind als IT-Verfahren des E-Government mit kommunalem Schwerpunkt im Kapitel 1402 fachlich zu verorten und zu finanzieren.

Von den im Kapitel 1403 veranschlagten Ausgaben i. H. v. knapp 4,0 Mio. € sind 1,0 Mio. € aus dem Kommunalen Investitionsfond gem. FAG (Finanzausgleichsgesetz) für die Aufgaben des Kommunalen Forums für IT (KomFIT) zweckgebunden. Die Mittel des FAG sowie die mit der Vereinbarung ab 2019 zugesagten 1,5 Mio. Euro werden in 2019 um den Ansatz der allgemeinen Ausgaben der Anstalt des öffentlichen Rechts „Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein (EASH)“ für Personal und Sachleistungen zusammengezogen und zur Finanzierung des zu gründenden ITVSH als Zuschuss zur Verfügung gestellt werden. Alle notwendigen Voraussetzungen werden zz. erarbeitet.

Im **Kapitel 1404 (Digitalisierung (administrative Kosten))** werden die administrativen Ausgaben zur Umsetzung von Maßnahmen der Digitalisierung in Schleswig-Holstein veranschlagt.

Eingeplant sind Mittel für die Schaffung eines Ordnungsrahmens (Gesetzliche Änderungen, Unterstützungsleistungen durch Dritte und Mehrländerarbeiten pp.) sowie die Kosten des Projektes „Digital Accelerators.SH“ und die Initialausgaben zur Fortsetzung der Auslobung des Digitalisierungspreises „Best of Digital.SH“. Die Verwendung der Mittel erfolgt in Absprache bzw. auf Beschlusslage des Digitalisierungskabinetts sowie mit Hilfe einer Jury, die Bewerbungen im Blick der Fachressorts, des ULD, der anderer Experten bewertet.

Im **Kapitel 1405 (Projekt „Kooperative Personaldienste SH / FHH (KoPers))** sind die Sach- und Investitionsausgaben für den Aufbau des integrierten IT-Verfahrens „Personaldienste“ veranschlagt. Die Kernbereiche dieses IT-Verfahrens sind die Personalkostenabrechnung und die Personalverwaltung. Diese Verfahren werden künftig die IT-Verfahren PERMIS-A und PERMIS-V ablösen. Im Anschluss daran werden weitere Funktionen (wie Stellenverwaltung, Bewerbermanagement, Personalkostenhochrechnung pp.) verfahrenstechnisch erfasst, umgesetzt und in den Betrieb überführt.

Im **Kapitel 1406 (Digitalfunk Land Schleswig-Holstein)** werden die Ausgaben für den Betrieb und die Pflege des Digitalfunks in Schleswig-Holstein veranschlagt. Die einzelnen Betriebsverträge für das BOS-Zugangsnetz und die Teilaufgaben der Autorisierten Stelle (AS) bei Dataport gehen sukzessive in die Zuständigkeit des CIO / ZIT SH über und werden zentral im Kapitel 1406 Digitalfunk LSH veranschlagt und bewirtschaftet.

Der Planungen des ZIT SH und der Ressorts weisen zum HHE 2019 einen Fehlbetrag von 37.867,5 T€ aus. Die Angleichung der Planungen an das verfügbare IT-Budget erfolgt in 2019 im Rahmen der jährlichen IT-Budgetgespräche mit den Ressorts. Diese Gespräche finden in der Regel im 1. Quartal des lfd. Haushaltsjahres statt und werden unterjährig fortgeschrieben.

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz gem. HHE 2019	Anmeldungen gem. ITWeb 2019	Differenz Anm. – Ansatz 2019
1401	Allg. Angelegenheiten	161,5	161,5	126,5	-35,0
1402	IT-Budget	149.058,0	171.634	209.946,4	38.312,4
1403	E-Government	2.422,0	3.922,0	3.920,7	-1,3
1404	Digitalisierung	1.250,0	1.250	1.319,2	69,2
1405	Projekt KoPers	13.057,0	12.257,0	12.367,5	110,5
1406	Digitalfunk	1.560,0	1.844,0	1.255,7	-588,3
Summe Ausgaben		167.508,5	191.068,5	228.936,0	37.867,5
Summe Einnahmen		1.870,0	1.870,0		
Summe Zuschuss		165.638,5	189.198,5		

Tabelle 3 - Ausgaben EP 14 nach Kapiteln 2018 bis 2019 (Stand HHE 2019 Drucksache 19/950) in T€

3. Investitionsmittel aus dem IMPULS Programm (Kapitel 1614)

Im **Kapitel 1614 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung**) werden zusätzliche Haushaltsmittel für umfangreiche Einmalinvestitionen der IT zur Verfügung gestellt. Näher spezifiziert werden die Ansätze über zusätzliche Maßnahmengruppen:

- 01 Netzinfrastruktur
- 02 Flexible Arbeitsformen
- 03 Infrastrukturmaßnahmen
- 04 E-Government
- 05 Fachstrukturelle IT-Verfahren
- 06 Netzhärtung Digitalfunk SH
- 07 Digitalisierung

Für die Ausgaben der Maßnahmen aus dem IMPULS-Programm stehen in 2019 insgesamt 39.290,0 T€ zur Verfügung. Nähere Ausführungen können dem EP 16 Kap. 1614 entnommen werden.

4. Prognose Entwicklung Haushaltsmittel für IT 2018 - 2022

Durch die finanziell bedingten Verschiebungen von geplanten Entwicklungen in die Folgejahre wird von einer beginnenden Sättigung mit IT und damit von einem moderaten Anstieg der IT-Kosten nun erst ab 2022 auszugehen sein. Die Kalkulation berücksichtigt ein maximales Outsourcing, eine nahezu flächendeckende Ausstattung für flexible Arbeitsformen und einen hohen Grad an Automation der Landesverwaltung. Umfangreiche Neuentwicklungen der Digitalisierung sind dabei nicht berücksichtigt.

Die künftige Entwicklung der IT-Planungen der Ressorts wurde geschätzt (Basis: Entwicklung der letzten Jahre und geplante Vorhaben). Das Ist wurde auf der Basis der Einschätzungen der IT-Planungen durch eine exponentielle Regression bis in das Jahr 2022 berechnet und beinhaltet daher auch das Risiko, dass sich die IT-Bedarfe in den Ressorts schneller und höher fortentwickeln können.

In der folgenden Abbildung werden im Bereich des Balkendiagramms die Planungen der Ressorts und die tatsächlichen Ausgaben (Ist) der Jahre 2012 bis 2017 dargestellt. 2018 wurde anhand der vorhandenen Plan- und Ist-Daten des lfd. Haushaltsjahres im Oktober „hochgerechnet“. Um eine Prognose über die Entwicklung der mittelfristigen Finanzplanung für IT und Digitalisierung abgeben zu können, wurde mittels der Regressionsanalyse ein Plan- und Ist-Szenario bis 2022 statistisch ermittelt.

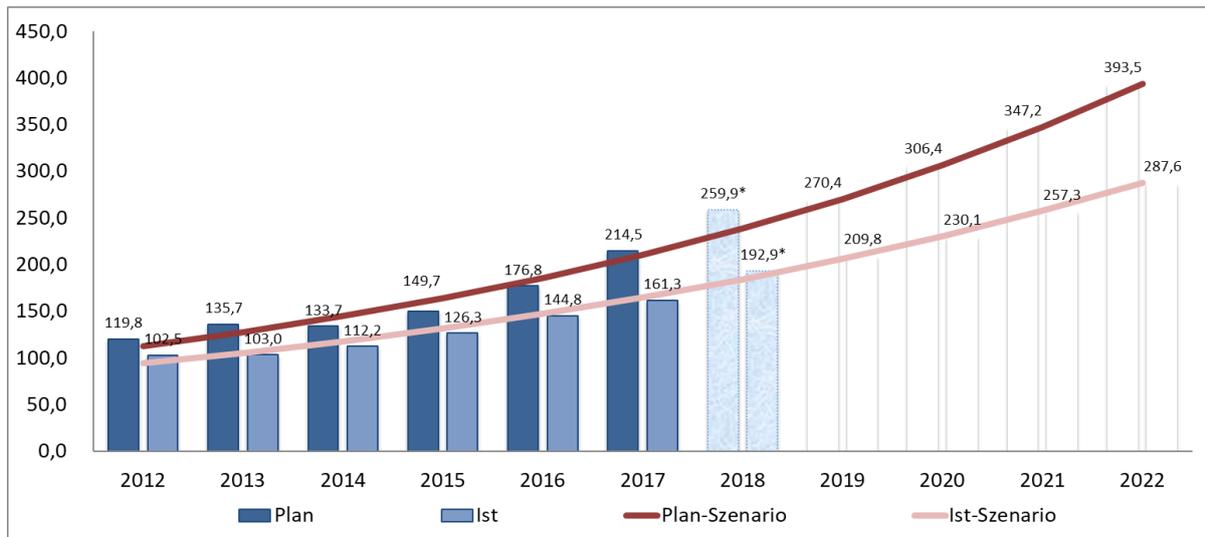


Abbildung 1 prognostizierte Entwicklung der Haushaltsmittel für IT (*Stand Oktober 2018)

III. Arbeitsschwerpunkte 2019 der Ressorts

Unter Kapitel II (Finanzen) sind die verfügbaren Haushaltsmittel ausgewiesen. Innerhalb dieser Budgetgrenzen sollen die nachfolgenden Arbeitsschwerpunkte der Ressorts unter Beachtung der strategischen Vorgaben des ZIT SH umgesetzt werden. Die Arbeitsschwerpunkte der Ressorts wurden auf der Klausurtagung der IT-Beauftragten-Konferenz am 04.07.2018 vorgestellt und werden kontinuierlich fortgeschrieben. Soweit notwendig werden neue Themen aufgenommen und im Rahmen der jährlichen Budgetgespräche 2019 maßnahmenbezogen mit Haushaltsmitteln bedient.

1. Ministerpräsident Staatskanzlei (StK)

- Unterstützung der Mitarbeiter bei Ihrer Aufgabenwahrnehmung durch Einsatz aktueller IT-Systeme, die dem Landesstandard entsprechen.
- Technische Vorbereitungen zum Tag der deutschen Einheit 2019.
- Umstellung der Clients auf Windows 10.
- Technische Neuausstattung des Videoteams der Presse- und Informationsstelle: Das Videoteam der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung bereitet die Videos im Landesportal stärker journalistisch auf und stellt sie mit den Schwerpunktthemen der Landesregierung inhaltlich in Verbindung. Das Team begleitet Mitglieder der Landesregierung auf interessante Termine, porträtiert engagierte Menschen, stellt innovative Projekte vor, gibt Einblicke in das Leben der Schleswig-Holsteiner und stellt das Land in seiner Vielfalt und Einzigartigkeit dar.
Um die Bildqualität der Videoproduktion weiter zu optimieren und die neuen technischen Möglichkeiten voll ausnutzen zu können, sind ein professioneller Camcorder, die neueste Adobe-Schnittsoftware, zwei leistungsstarke Desktop-PCs mit überdurchschnittlicher Grafikkarte sowie ein entsprechendes Notebook für mobiles Arbeiten vor Ort und während der Fahrzeiten angeschafft worden. Hard- und Software sind in sehr viel kürzeren Zyklen als bei Standard-Büroarbeitsplätzen zu modernisieren und auszutauschen.
- Mobiles Arbeiten [u. a. Umgang mit 59er Vereinbarung zu flexiblen Arbeitsformen], sukzessive Umstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf mobile Endgeräte.

2. Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration (MILI)

Die Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung betreibt im LVerGeo SH zurzeit 9 IT-Maßnahmen, in denen die verschiedenen Geobasisdaten gemäß dem Vermessungs- und Katastergesetz Schleswig-Holstein (VermKatG SH) und dem Geodateninfrastrukturgesetz Schleswig-Holstein (GDIG SH) erhoben, verarbeitet, produziert und bereitgestellt werden. Die **Geobasisdaten** liegen im von der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) entwickelten und in allen Bundesländern angewandten Datenmodell des Amtlichen Festpunktinformationssystems (z.B. beim aktuellen Projekt SAPOS in der Landwirtschaft), des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems und des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (AFIS®-ALKIS®-ATKIS®, AAA-Modell) vor. Die Nutzung des AAA-Modells ist die Basis, um die Daten gemäß internationaler GIS-Normen und GDI-Schnittstellen (zur Nutzung in Geographischen Informationssystemen und Geoportalen) abgeben zu können. Die **Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein** (GDI-SH) wird stetig weiterentwickelt, damit eine zeitgemäße und interoperable Bereitstellung über Geowebdienste und die Nutzung von Geoportalen erfolgen kann. Grundlage dafür ist eine einheitliche technische Zielarchitektur der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein. Aktuell werden auch Satellitenbilddaten des europäischen Erdbeobachtungsprogrammes Copernicus in der Geodateninfrastruktur angeboten und zugänglich gemacht. Durch die Bestrebungen der Landesregierung OpenData in Schleswig-Holstein einzuführen, sollen auch die Geobasisdaten und Geofachdaten der Geodateninfrastruktur über ein OpenData-Portal zugänglich gemacht werden.

Das LVerGeo SH unterstützt mit dem Querschnittsthema Geodaten den Digitalen Wandel und die Digitalisierung in Schleswig-Holstein.

Geodaten sind unverzichtbar, wenn es darum geht, Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen zu finden, und damit ein elementarer Baustein für die Arbeit der Landes- und Kommunalverwaltung als auch in der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit. Um Geodaten im gesamten Land Schleswig-Holstein besser und effektiver nutzen zu können und aus dieser Nutzung Mehrwerte generieren zu können, wird das LVerGeo SH derzeit zum **Geokompetenzzentrum** des Landes weiterentwickelt.

3. Finanzministerium (FM)

FM IT-Leitstelle: Einsatz von Virtualisierungstechnologien; Einsatz SCCM; Übernahme der Mobile-Device-Plattform im Landesstandard; Erhöhung der Ausfallsicherheit der zentralen IT-Infrastruktur im Ministerium; ausschließlich mobile IT-Arbeitsplätzen inkl. Wohnraumarbeit; Einsatz einer Videokonferenzanlage.

Sonderbereich Haushaltsvollzug und Zahlungsverkehr: Stabilität und strategische Planungen für die verschiedenen Fachverfahren und den elektronischen Zahlungsverkehr; laufende Anpassung an Zahlungsverfahren.

Sonderbereich Haushaltsaufstellung: Sicherstellung der jährlichen Aufstellung des Landeshaushalts und der Finanzplanung; Modernisierung des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens.

AIT: Einführung weiterer bundeseinheitlicher Verfahren im Rahmen des Projekts KONSENS sowie Pflege der nicht in KONSENS übernommenen gemeinsamen, aber nicht in 15 Ländern eingesetzten Automationsverfahren aus dem EOSS-Verbund (sog. „Fakultative Verfahren“) bis zur Ablösung durch neue KONSENS-Produkte.

Aufbau und Einführung der länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung nach Abschluss des Staatsvertrags (HB, MV, NI, SH, ST).

Nach der Umstellung auf den Landesstandard +1 stehen der Einsatz von CloudMail und die Umstellung auf neue Ablagestrukturen noch aus.

Fortentwicklung der Fachlichen Leitstellen I und II, KoPers-Betriebsaufgaben nach der Überführung in die Linie.

DLZP: Aufbau zentrale Wissensmanagementplattform ILIAS

Das Projekt dient dazu, ein zentrales Wissensmanagement im DLZP aufzubauen; es verfolgt das Ziel, drängende Fragen des Wissensmanagements zu beantworten: Wissensaufbau, Wissenserhaltung, Wissenstransfer und Wissensarchivierung. Konkret wird es darum gehen, den Mehrwert plattformgestützter, digitaler Lern-, Wissens- und Kooperationsmöglichkeiten zu heben. Dazu zählen die Bewahrung von Fachwissensbeständen angesichts der demografischen Transformationen, die schnelle und effiziente Bereitstellung von Arbeitsmitteln für die tägliche Aufgabenerledigung, die nachhaltige Effektivierung von Onboarding, Einarbeitung und Weiterqualifizierung und die standardisierte, verbindliche und professionelle Verankerung von Compliance Themen (Datenschutz, Verfahrensrecht). Das DLZP als stark (fach-) wissens-basierte Organisation weist hier einen sehr hohen Bedarf an modernen, innovativen Lösungen wie auch ein hohes Potential für Optimierungen und Effizienzgewinne auf.

DLZP: Neues Fachverfahren Beihilfe

Fachverfahren für die Festsetzung und Auszahlung der Beihilfe in Nachfolge des bisherigen Fachverfahrens Permis-B in Zusammenarbeit mit FHH.

KoPers: Ablösung der IT-Altverfahren für die Personalverwaltung (PERMIS-V und Perle), Abrechnung (Permis-A) durch ein integriertes IT-Verfahren (KoPers) sowie die Reorganisation des Personalmanagements durch Bündelung und Zentralisierung von Personalprozessen beim DLZP.

Landeskasse: Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes; Weiterentwicklung der Bausteine im GES-Vollstreckungsverfahren.

Kredit- und Zinsmanagement: Das Referat 25 betreibt eine eigen, in das Landesnetz eingebundene Infrastruktur zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung. Die hierfür erforderlichen Fachanwendungen SDW, PERZ II inkl. Modul PRO werden in Eigenregie geplant, entwickelt, eingesetzt und administriert. Der Tätigkeit des Referats (insbes. Laufende Finanzierungsgeschäfte am Kapitalmarkt, tägliche Aufbereitung des Zahlungsdienstes für Kredite und Derivate) erfordert eine hohe Verfügbarkeit und Aktualität der Fachanwendungen und minimale Reaktionszeiten bei möglichen Ausfällen. Dieses wird im Hinblick auf mögliche erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen bereits bei kurzfristigem Ausfall dezentral vor Ort gewährleistet.

Mobiles Arbeiten

Im Finanzministerium sind mittlerweile alle Arbeitsplätze mit Notebooks ausgestattet. Dadurch ist es möglich, regelmäßig Wohnraumarbeit oder anlassbezogenes mobiles Arbeiten zu leisten. Diese Möglichkeit wird im FM mit aktuell mehr als 50 Wohnraumgenehmigungen (= regelmäßiges Arbeiten in der häuslichen Arbeitsstätte) und nahezu flächendeckender mobiler Arbeit stark genutzt, auch von Führungskräften. Das damit verbundene Thema „Führen auf Distanz“ ist Bestandteil des Fortbildungsangebotes des FM.

Aus Sicht der IT-Leitstelle muss zukünftig die zwangsläufig erweiterte Verfügbarkeit an Fachanwendungen im Rahmen des mobilen Arbeitens erweitert und sichergestellt werden.

Die IT-Leitstelle stellt damit ein höheres Aufkommen an Telefonsupport fest. Da zudem weitere Anwendungen betreut werden müssen, wird die Pflege der Konten und Zugriffsrechte wichtiger. Durch die steigende Zahl an Mobilfunkkommunikation muss die IT-Leitstelle hier ebenfalls mehr Servicekapazitäten vorsehen.

4. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT)

Sicherstellung und Weiterentwicklung einer möglichst störungsfreien, anwenderfreundlichen und wirtschaftlichen IT-Infrastruktur im Ministerium; Konzeption und Weiterentwicklung der IT - bezogen auf die speziellen Anforderungen des MWVATT; Planung und Umsetzung fachspezifischer Verfahren; Mitwirkung an Arbeitsgruppen.

IT-Arbeitsplätze

Zukünftig werden IT-Arbeitsplätze verstärkt über mobile Endgeräte, die Standard IT-Funktionalitäten wie z.B. das Internetportal, das Verwaltungs-Extranet und Behörden-Intranet, die elektronische Registratur, die elektronische Aktenbearbeitung und die elektronische Vorgangsbearbeitung genutzt werden können. Hinzu kommen die Standard-IT-Infrastruktur, spezielle Office Werkzeuge, Fachanwendungen und Fachinfrastrukturen. Die Harmonisierung der IT-Arbeitsplätze im MWVATT wird durch eine Standardisierung der Hard- und Software unterstützt.

Mobiles Arbeiten

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Betreuung von Kindern), die Vereinbarkeit von Beruf und zu pflegenden Angehörigen sowie die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Wohnraumarbeit werden durch mobiles Arbeiten unterstützt. Dazu werden künftig vermehrt Notebooks (Laptops und Tablets) zum Einsatz kommen, die zusammen mit der E-Akte die Grundlage für mobiles Arbeiten bilden.

Das MWVATT ermöglicht mobiles Arbeiten als Wohnraumarbeit bis zu zwei Tagen wöchentlich. Auch für vielreisende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und für den Leitungsbereich werden mobile Endgeräte zur Verfügung gestellt. Ausschlaggebend ist die dienstliche Notwendigkeit, die per Antrag nachzuweisen und vom Vorgesetzten zu bestätigen ist. Neben den personenbezogenen Notebooks sind auch referatsbezogene Notebooks und Smartphones im Einsatz, um eine flexible Lösung in jedem Referat zu gewährleisten.

Umweltgerechtere IT-Ausstattung

Das MWVATT unterstützt die Green-IT-Strategie der Landesregierung. Mit der Implementation und Nutzung von THIN-Clients soll die Rechenleistung optimiert und der Stromverbrauch reduziert werden.

Nutzung der Standard-IT-Infrastruktur

Das MWVATT nutzt grundsätzlich die vorhandene Standard-IT-Infrastruktur der Landesverwaltung und verbessert die Infrastruktur im MWVATT dort wo es sinnvoll und wirtschaftlich ist.

Zudem beteiligt sich das MWVATT frühzeitig an Pilotierungen (z.B. WLAN, Ticketsystem, Analyse der Betriebsprozesse), um an notwendigen Veränderungen mitzuwirken und wichtige ressortspezifische Erfordernisse einbringen zu können. Aus diesem Grunde unterstützt die IT-Leitstelle des MWVATT die Ablösung von Windows 7 und die zügige Einführung von Windows 10.

Landesdatenschutzgesetz und Datenschutzverordnung

Das MWVATT hat einen Datenschutzbeauftragten bestellt und wird das gemäß DSGVO erforderliche Verzeichnis erstellen. Es gelten DSGVO, BDSG und LDSG. Sämtliche der im Gesetz aufgeführten Handlungsfelder/Paragraphen sind für die IT-Leitstelle bindend. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen bilden den Handlungsrahmen und zeigen der IT-Leitstelle die Grenzen für administrative Tätigkeiten im MWVATT auf.

E-Akte

Ziel der konsequenten Einführung der E-Akte im MWVATT ist es weiterhin, den Papierverbrauch deutlich zu reduzieren. Arbeitsplatzdrucker werden entbehrlich, die freiwerdenden Mittel können zukunftsweisend für die Beschaffung von mobilem Equipment verwendet werden.

IT-Organisation

Die IT-Organisation konzentriert sich verstärkt auf Aufgaben wie beispielsweise Planung, Consulting, Projektmanagement, Geschäftsprozessoptimierung, mobiles Arbeiten, Einführung der E-Akte. Sie muss die strategischen Aufgaben Steuerung, Koordination, Organisationsentwicklung, Konzeptionen, Controlling bewältigen und Freiräume für die Entwicklung und Bereitstellung der erforderlichen Fachanwendungen erhalten.

Verstärkt im Fokus der IT-Leitstelle liegen künftig auch Dokumentation, Konzeptarbeiten sowie Eigenrevision.

Durch gemeinsame Nutzung der Serverinfrastruktur mit der Staatskanzlei erreicht die Systemtechnik Synergieeffekte und ermöglicht die notwendige Aufgabenverlagerung zur IT-Organisation.

Künftige Schwerpunktmaßnahmen des MWVATT (Digitalisierung)

Im Rahmen des Digitalisierungsprogramms ergreift das MWVATT Initiativen um die Digitalisierung eigener Prozesse sowie die der Wirtschaft voranzutreiben. Im Rahmen des Digitalisierungsprogramms werden 2019 vorrangig drei Maßnahmen vorangetrieben:

Unterstützung von Innovation- und Fablabs

Innovation-Labs sind physische oder virtuelle Räume, in denen der Austausch von Wissen, Ideen und Information im Mittelpunkt steht. Kreative und innovative Prozesse werden in Labs durch die Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen, Services und Methoden der gemeinschaftlichen Wissensgenerierung unterstützt.

Im Rahmen des Digitalisierungsprogramms sollen durch Fördermaßnahmen des MWVATT bestehende Lab - Strukturen in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden und neuartige Lab Strukturen, wie z.B. das Joint Innovation Lab in Lübeck, geschaffen werden.

Erstellung eines Digitalen Planungsraums

Als eine Säule des im Digitalisierungsprogramm dargestellten Traffic-Data-Ware-House für Verkehrsinfrastrukturen soll ein digitaler Raum erstellt werden. In diesem wird eine Ordnerstruktur nach dem Lebenszyklusprinzip je Projekt angelegt. Auf diese werden in Abhängigkeit der Notwendigkeit Zugriffsrechte vergeben. Zum Erwerb sowie zum erstmaligen Einrichten wird eine Unterstützung benötigt. Die Betreuung des Betriebes kann durch die vorhandenen Ressourcen des LBV.SH abgebildet werden. Angedacht wird, den digitalen Planungsraum in einem weiteren späteren Schritt auch für die Bereitstellung von Informationen im Internet zu nutzen

In Vorbereitung auf die Einführung von BIM als auch der Bereitstellung von Informationen im Internet werden die digitalisierten Unterlagen im Anschluss in den digitalen Planungsraum eingestellt.

Prozessplanung „elektronisches Förderverfahren in ESF und EFRE“

Das MWVATT ist für die Koordinierung und Steuerung der EU-Förderung mit Mitteln des ESF und des EFRE in Schleswig-Holstein verantwortlich. Die Förderung soll künftig elektronisch abgewickelt werden. Hierzu sind verschiedene Handlungsfelder zu digitalisieren.

Von Seiten der Verwaltung soll, soweit möglich, die Belegprüfung online stattfinden und die Belege dafür elektronisch in der IB-Datenbank ProNord erfasst werden. Alle am Verfahren Beteiligten sollen im gleichen System alle notwendigen Angaben für Prüfungen vorfinden, um Mehrfacheingaben zu vermeiden und Synergien nutzen zu können.

Für die Gestaltung dieses IT-Prozesses ist externer Sachverstand erforderlich. Zur Vorbereitung der Umsetzung sollen daher in einer Untersuchung die erforderlichen technischen und ggf. rechtlichen Handlungsschritte beschrieben werden. Hierfür ist zunächst eine Bestandaufnahme der bisherigen Umsetzung in der IB-Datenbank ProNord erforderlich.

5. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK)

- Einführung von Windows 10 in der Verwaltung
- Vereinheitlichung der Schulverwaltungssoftware
- Einführung des Schulportals SH sowie E-Mail-Adressen für Lehrkräfte
- Umsetzung des Digitalpaktes Schule
- Ablösung des veralteten IT-Verfahrens zur Lehrkräftepersonalverwaltung (PERLE)
- Mobiles Arbeiten (moderater Ausbau der Nutzung flexibler Arbeitsformen)

6. Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG)

2.1 MJEVG

2.1.1 Mobiles Arbeiten

Das MJEVG hat im Dezember 2016 eine Dienstverarbeitung über „Flexibles Arbeiten“ abgeschlossen.

Sachstand 2018

Stand August 2018 sind 95 Arbeitsplätze mit mobiler Technik ausgestattet. Bei 44 Arbeitsplätzen ist Heimarbeit zu mindestens 1/5 der Arbeitszeit genehmigt.

Bis Ende des Jahres sollen 15 weitere Mitarbeiter sowie der Richterwahlausschuss

(18 Arbeitsplätze) mit mobiler Technik ausgestattet werden.

Geplante Maßnahmen 2019 und ggf. 2020 ff

Ausweitung der mobilen Arbeit nach Antragslage. Die Umstellung von PC auf Notebook erfolgt im Rahmen der PC-Ersatzbeschaffung.

2.2 Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugseinrichtungen

2.2.1 eJustizSH / E-Akte

Das Projekt eJustizSH schafft die organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen für die gesetzlich spätestens zum 1.1.2026 vorgesehene elektronische Aktenführung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften von Schleswig-Holstein. Der elektronische Rechtsverkehr wurde planmäßig bereits zum 01.01.2018 eingeführt.

Sachstand 2018

- Überprüfung und ggf. Anpassung der Arbeitsabläufe und des organisatorischen Umfelds an die E-Akte
- Anpassung und Weiterentwicklung der E-Aktenlösung VIS-Justiz in der Kooperation (u.a. E-Verwaltungsakte, E-Strafakte, Familiensachen, Insolvenz, Anbindung EUREKA-Fach, Anbindung MESTA)
- Scan-Software wurde im Vergabeverfahren beschafft und wird anforderungsgemäß angepasst; weitere Rahmenbedingungen für das ersetzende Scannen in der Justiz werden beschrieben und definiert (Hardware, Abläufe, Ermittlung zusätzlicher Bedarfe)
- Aufbau der notwendigen Systemumgebungen für VIS-Justiz, DXC WebScanSH und Anbindung Governikus LZA beim Dienstleister Dataport
- Vorbereitung der Schulungen und des Coachings zunächst mit dem Fokus auf der Arbeitsgerichtsbarkeit
- Definition der künftigen Standardarbeitsplatzausstattungen für die E-Aktenarbeitsplätze der Justiz ist im Juni 2018 erfolgt; Beschaffbarkeit und ggf. notwendige Vergabeverfahren werden geprüft
- Definition von Leitlinien für die anstehenden Umbaumaßnahmen sämtlicher Gerichtssäle sowie die Schaffung von Übergangslösungen ist erfolgt; Die Umsetzung ist dauerhaft zu begleiten.
- Die fachlichen Anforderungen der Justiz an die Verfügbarkeit und Betreuung von IT-Anwendungen wurden definiert und entsprechende Auswirkungen auf Verträge, organisatorische Prozesse, die Technik sowie Strukturen und Personal festgestellt. Diese Anforderungen werden zur Umsetzung an die jeweils zuständigen Stellen übergeben.

Geplante Maßnahmen 2019 und ggf. 2020 ff

- Start Rollout E-Akte VIS-Justiz und Scanlösung am Pilotstandort Arbeitsgericht Kiel am 1. April 2019 anschließend noch in 2019 alle übrigen Arbeitsgerichte einschließlich Schulung und Coaching der Mitarbeiter*innen.
- Für die Realisierung einer modernen Arbeitsumgebung und im Hinblick auf die Arbeit mit der E-Akte VIS-Justiz werden alle Arbeitsplätze in der Justiz unter gleichzeitiger Einführung des Betriebssystems „Windows 10“ mit neuer Hardware ausgestattet. Die Umsetzung ist für das Jahr 2019 geplant. Im Rahmen der Ausstattung findet auch eine umfangreiche Berücksichtigung von mobilen Endgeräten für die Bereiche der Richter*innen, Staatsanwälte*innen sowie Rechtspfleger*innen statt.
- Das weitere Rollout von VIS-Justiz ist bzgl. des Vorgehens E-Verwaltungsakte und E-Verfahrensakte konkret zu planen, um den Rollout mit allen notwendigen Maßnahmen in 2020ff fortzusetzen.

2.2.2 Neue IT-Organisation Justiz (NITOJ)

Im Projekt zur Neuausrichtung der IT-Organisation der Justiz werden die IT-Organisation als auch die IT-Infrastruktur der Justiz auf aktuelle und zukünftige Anforderungen ausgerichtet. Dieses ist insbesondere induziert durch die flächendeckende Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung in Gerichten und Staatsanwaltschaften, in deren Folge die durchgehende IT-Unterstützung der Justiz-Prozesse eingeführt wird und eine signifikante Bedeutung erhält. Aus diesem Grunde werden im Projektverlauf u. a. ein erarbeitetes und abgenommenes Konzept zur Fachverfahrensbetreuung umgesetzt sowie die IT-Prozesse der Justiz nach ITIL orientiert gestaltet. Weiterhin werden Standardisierungen vorgenommen wie z. B. die Migration zum Bürostandard „+1“ und die Zentralisierung der Datenhaltung. Die Vorgaben des IT-Justizgesetzes werden umgesetzt und u. a. die Informationssicherheit gemäß BSI-Vorgaben organisatorisch und konzeptionell weiter ausgeprägt inkl. der Überarbeitung von Sicherheits- und Notfallkonzepten.

Sachstand 2018

Bis Anfang April wurden die Ablageserver forumSTAR (WebDAV-Server), der wesentlichen Fachanwendung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, zum Rechenzentrum Dataport transitiert.

Im zweiten Quartal 2018 wurde die Migration der IT-Infrastruktur der Justiz zum Landesstandard +1 abgeschlossen (Teilprojekt 5 aus der Planung zur Neue IT-Organisation Justiz). In diesem Zuge wurden auch die Betriebssystemversionen der Standort-Server aktualisiert.

Bis zum zweiten Quartal 2018 wurde die Gestaltung der Fachverfahrensbetreuung, inklusive einheitlicher Rollenbilder, vollständig vollzogen (Teilprojekt 2).

Geplante Maßnahmen 2019 und ggf. 2020

Im laufenden Jahr 2018 sowie in 2019 wird im Rahmen von Teilprojekt 7 die Informationssicherheit der Justiz weiter ausgeprägt. Hierbei werden die Informationssicherheitsorganisation der Justiz etabliert, der Schutzbedarf „Justiz“ definiert, aktuelle Sicherheitskonzepte erstellt sowie der Information Security Management Prozess für die Justiz konzipiert und etabliert. Ferner wird das IT-Notfallmanagement der Justiz modernisiert und der IT-Service Continuity Prozess gestaltet.

Die Verlagerung einzelner Betriebstätigkeiten der IT-Basis (Serverbetrieb) zu Dataport ist bis Mitte 2019 geplant (Teilprojekt 6). Hierzu gehört z. B. die Transition der Grundbuchanwendung FOLIA (Produktivsystem) zum Rechenzentrum Dataport.

Eine Pilotierung zur Einführung an ITIL ausgerichteter modernisierter IT-Prozesse inklusive des Einsatzes eines IT-Service-Management-Tools (ITSM) startet im Frühjahr 2019. Geplant ist, den zur Pilotierung nachfolgenden Rollout im Laufe des Jahres 2020 abzuschließen.

2.2.3 Bundesweites einheitliches Fachverfahren

Der E-Justice-Rat, d. h. der Rat der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Justizverwaltungen der Länder, hat im März 2017 das Ziel bekräftigt, die Justizanwendungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften so weit wie möglich zu vereinheitlichen.

Als erster wichtiger Schritt soll von allen 16 Ländern gemeinsam ein einheitliches Fachverfahren für ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und perspektivisch Fachgerichte entwickelt werden. Hierbei sind die Bereiche Mahnverfahren, Handelsregister und Grundbuch ausgenommen, da dort bereits einheitliche IT-Verfahren auf den Weg gebracht wurden.

Sachstand 2018:

Gemeinsam mit IBM wurden die Rollen in der agilen Umsetzung nochmals geschärft, um die Effizienz im Programm zu erhöhen.

Die fachliche Architekturgruppe überarbeitet gemeinsam mit der Programmleitung und IBM die Gesamtplanung.

Die ersten Sprints der Umsetzung in den Projekten ERV und Verfahrensverwaltung wurden durchlaufen.

Das Projekt Datenschutz (auch DSGVO) wird kurzfristig aufgesetzt.

Umsetzung neues Vorgehensmodell ab 01.04.2018 in den neu aufgesetzten Projekten (Administrative Daten / Berechtigung / Gerichtsverwaltung) und den alsbald aufzusetzenden Projekten (Statistik, Kosten, wieder: Zivil).

Geplante Maßnahmen 2019 und ggf. 2020 ff

Feinschliff der Gesamtplanung und Ausweitung der Umsetzung in einzelnen Teilprojekten.

7. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren (MSGJFS)

Einführung des Krankenhausanalyse- und -Informationssystems (KrAnIS):

Für die Vergütung der allgemeinen Krankenhausleistungen existiert für die deutschen Krankenhäuser ein pauschalierendes Vergütungssystem (§ 17b Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)). Grundlage hierfür bildet das G-DRG-System (German-Diagnosis Related Groups-System), wodurch jeder stationäre Behandlungsfall mittels einer entsprechenden DRG-Fallpauschale vergütet wird. Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK GmbH) stellt den Ländern statistische Daten zu Fällen und Abrechnung zur Verfügung, die von den Ländern als Grundlage für die zukünftige Planung genutzt werden. NRW stellt seit 2018 allen Bundesländern kostenlos eine Auswertungssoftware zur Verfügung, die derzeit in Kooperation mit der FHH und HB getestet und eingeführt wird.

Übergang KLIFD zu 3In

Das Integrationsamt (InA) und die Integrationsfachdienste (IFD) im Land arbeiten, im Rahmen ihrer Aufgabe die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen, seit vielen Jahren mit einem Klientenverwaltungssystem auf Access-Basis (KLIFD). Dieses technisch überholte System soll durch ein neues, webserver gestütztes System mit dem Namen 3In abgelöst werden.

Schaffung einer Schnittstelle zwischen der Informationsdatenbank für den Arbeitsschutz (IFAS) und der E-Akte

IFAS unterstützt die wiederkehrenden Vorgänge in der Einzelfallbearbeitung im Arbeitsschutz. Das System wird an mehreren Stellen im Land genutzt (MSGJFS, LAsD, StAUK, MELUND). Aus dem System wird eine große Anzahl wiederkehrender Bescheide erstellt. In 2018 / 2019 soll eine Schnittstelle zwischen IFAS und der E-Akte geschaffen werden. In IFAS erzeugte Schriftstücke sollen direkt in der E-Akte abgelegt werden. Hierzu soll die CMIS-Schnittstelle

der E-Akte genutzt werden. Bei Erfolg könnten die gesammelten Erfahrungen und geschaffenen Technologien genutzt werden, um weitere Verfahren an die E-Akte anzuschließen.

Mobiles Arbeiten

Das MSGJFS plant mittelfristig die Umstellung aller relevanten Arbeitsplätze auf die Nutzung von Notebooks. Insbesondere durch die Nutzung der E-Akte hat sich der Bedarf für mobilen Zugriff deutlich erhöht. Die Möglichkeiten der Wohnraumarbeit werden im MSGJFS gut angenommen. In 08.2018 nehmen im MSGJFS ca. 20,5 % der Mitarbeiter die Möglichkeit zur Wohnraumarbeit wahr (davon 75 % Frauen, 25 % Männer). Im LAsD nehmen in 08.2018 ca. 5 % der Mitarbeiter die Möglichkeit zur Wohnraumarbeit wahr (davon 75 % Frauen, 25 % Männer). Eine weitere Ausweitung wird im gesamten Ressort erwartet.

8. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND)

ZeBIS: allgemeiner Überblick:

Sachstand 2018 (Inhaltliche Darstellung)

Das IT-Vorhaben ZeBIS hat in 2018 den Schwerpunkt der produktiven Inbetriebnahme einiger ausgewählter Fachanwendungen im Naturschutz (vgl. TP LANIS) und beginnt mit dem Aufbau des neuen Fachclusters Wasserwirtschaft anhand des Neuaufbaus des Amtlichen Wasserwirtschaftlichem Gewässerverzeichnisses (AWGV) ab September 2018. Daneben wird weiter an der Bereitstellung zentraler Verfahren und Services (z.B. WebServices über degree, Cadenza, zentraler Datenpool (DataWareHouse)) gearbeitet. Diese Themenbereiche sind noch in der Phase des Anforderungsmanagements.

Geplante Maßnahmen 2019

Implementierung einer ressortweiten IT-Strategie im Rahmen des ZeBIS-Vorhabens (Entwicklung des Architekturrahmens, weitere Festlegungen des Technologie Stacks, Integration von Cadenza Web, Vorgehensmodelle, Qualitätssicherung und Entwicklung von Querschnittskomponenten und Schnittstellen). Weitere Anbindungen und Konsolidierungen im Bereich Geobasisdatenmanagement, GDI-SH-Infrastrukturen (SH MIS, DA Nord) und des neuen Open Data Portals werden systematisch in die Betrachtungen des Projektes eingebunden.

ZeBIS TP LANIS (Aufbau eines Fachcluster Naturschutz):

Sachstand 2018 (Inhaltliche Darstellung)

Das Fachcluster Naturschutz ist mit derzeit zwei Fachanwendungen (Gänsemelder und Abschlussplan Online, kurz APO) produktiv. Für zwei weitere Fachanwendungen (Vorkaufsrecht und Maßnahmendatenbank Naturschutz) ist eine Umsetzung in 2018 bereits beauftragt, diese sollen bis Ende des Jahres ebenfalls im Fachcluster auf PostGres-DB betrieben werden.

Geplante Maßnahmen 2019

Im TP LANIS soll für die Fachanwendung Schutzgebietskataster im 1. Quartal noch über das Projekt noch eine Anforderungsanalyse abgewickelt werden. Konzeption und Betrieb folgen dem erarbeiteten Musterprozess außerhalb des Projektes.

Fortentwicklung 2020 ff.

Weitere noch nicht umgestellte Fachanwendungen sollen, wenn möglich nach dem in 2018/19 erarbeitete Muster in das Rechenzentrum überführt werden. Dies erfolgt dann außerhalb des Projektes. Das Teilprojekt LANIS endet in 2019.

ZeBIS TP DataWareHouse (DWH)

Sachstand 2018 (Inhaltliche Darstellung)

Das DWH (mit Staging-Area; Aufbau erster ETL-Prozesse) wird in diesem Jahr DB-seitig (PostGres/PostGis) aufgebaut und vorrangig mit Geobasisdaten bestückt werden. Weiterhin sollen Daten, die vom Fachbereich Naturschutz mit erster Priorität ausgewiesen sind und weitere Daten gemäß der INSPIRE-Richtlinie, zentral im DWH bereitgestellt werden.

Geplante Maßnahmen 2019

Füllen des DWH mit weiteren Daten aus dem bestehenden Fachcluster und den neu aufzubauenden Fachcluster (z.B. Wasser/AWGV).

Fortentwicklung 2020 ff.

Ggf. weitere Bereitstellung von Daten mit Fachbezug in Abhängigkeit davon welche Fachcluster noch ab 2020 aufgebaut werden sollen bzw. können.

„Zahlstellen und InVeKoS-AgrarFörderung“ (ZIAF)

Sachstand 2018 (Inhaltliche Darstellung)

Neben den jährlich notwendigen Anpassungen an geänderte EU-Normen, erfolgt der Ausbau des geobasierten Antragsverfahrens in den Bereichen

- Antragstellung (inet),
- Verwaltungskontrollen,
- Vor-Ort-Kontrollen und
- Referenzflächen-Kataster.

Geplante Maßnahmen 2019

Die GAP 2020 erfordert grundsätzliche Erweiterungen/Redesign des Fachverfahrens zur Abdeckung der EU-Vorgaben hinsichtlich Nutzung von Satelliten-Daten und einer kontinuierlichen Kommunikation mit dem Antragsteller im Verwaltungsprozess.

Dazu sind entsprechende Konzepte zu erstellen.

Fortentwicklung 2020 ff.

Umsetzung der Konzepte zur Nutzung von Satelliten-Daten und der kontinuierlichen Kommunikation mit dem Antragsteller im Verwaltungsprozess. Umsetzung weiterer – noch nicht bekannter – Anforderungen aus der GAP 2020. Es ist eine erhebliche Erhöhung des Speicherbedarfs als Folge der erweiterten Geodaten-Nutzung einzuplanen und die Geodaten-Verarbeitung entsprechend zu optimieren.

Behördliche Überwachung im Veterinär- und Lebensmittelbereich (BALVI)

Sachstand 2018 (Inhaltliche Darstellung)

Eine zentrale Landeslösung TSN (Tierseuchennachrichten) wurde innerhalb der vorhandenen BALVI-IP Infrastruktur eingerichtet. Dadurch wird die landesweite Handlungsfähigkeit im Tierseuchenfall sichergestellt.

Wie in den Ländern Hamburg und Sachsen-Anhalt wurde Dataport mit Übernahme des fachlichen Verfahrensmanagements beauftragt.

Die Pilotierung des mobilen Client (BALVI-mobil) ist in Planung und soll 2018 abgeschlossen werden.

Geplante Maßnahmen 2019

Die Produktiv-Setzung von BALVI-mobil soll im ersten Quartal 2019 erfolgen.

Aktuell wird die Software vom Hersteller auf eine Client-Server-Struktur (BALVI ip) umgestellt. Je nach Umsetzungsstand sind einzelne Module im Laufe des Jahres in Betrieb zu nehmen.

Fortentwicklung 2020 ff.

Inbetriebnahme weiterer umgestellter Module, sodass perspektivisch die Citrix-Umgebung abgelöst werden kann.

Mobiles Arbeiten

Sachstand 2018 (Inhaltliche Darstellung)

Ziel ist es, möglichst alle Arbeitsplätze mit mobilen Geräten auszustatten. Daher wurde 2018 mit der Umsetzung des „Konzeptes zur flächendeckenden Einführung mobiler Endgeräte“ begonnen. Es wurden zusätzliche Haushaltsmittel eingeplant. Für die Ersatzbeschaffung wurden ausschließlich Notebooks bestellt, so dass der Notebookbestand auf aktuell ca. 150 Geräte angestiegen ist.

Seit dem 1. Mai 2018 ist die neue Dienstvereinbarung „Mobile Arbeit und Wohnraumarbeit“ in Kraft. Für Wohnraumarbeitsplätze wird zusätzliche Hardware benötigt (Monitor, Docking-Station, ...). Hierfür wurden ebenfalls zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt. Die ersten Anträge auf Wohnraumarbeit wurden bereits bewilligt. Die Arbeitsplätze werden entsprechend ausgestattet.

Pilotprojekt „Digitale Fachabteilung“: Im Rahmen eines Proof-of-Concepts /Pilotprojektes wird für ein Fachreferat eine vollständige Digitalisierung angestrebt – eine durchgängige digitale Bearbeitung vom „digitalen Posteingang bis zum Postausgang“.

Geplante Maßnahmen 2019

Die Umsetzung des „Konzeptes zur flächendeckenden Einführung mobiler Endgeräte“ wird fortgesetzt. Erarbeitung einer Musterlösung zur digitalen Fachabteilung und einem papierlosen Büro. Es sollen dabei generische Erkenntnisse gewonnen werden, die sich auf die übrigen Abteilungen des MELUND übertragen lassen.

Fortentwicklung 2020ff.

Weitere Ausstattung der Arbeitsplätze mit mobilen Endgeräten bis hin zur „Vollausstattung“. Weiterentwicklung von Funktionalitäten zum mobilen, flexiblen Arbeiten (Messaging, Video-konferenzen, Desktop-Sharing-System für Schulungen, Präsentationen und Zusammenarbeit über das Internet). Ausbau und Umsetzungen des Konzeptes „digitale Fachabteilung“.

Maßnahmenplanung 2019

Verzeichnis der IT-Maßnahmen

[Basis der Erhebungen für IT, E-Government und Digitalisierung]

Stichtag Einzelplan 14: 09. Oktober 2018

[Basis der Erhebungen IT und Digitalisierung]

Stichtag Kapitel 1614: 02. November 2018 ff.

Inhaltsverzeichnis

Einzelplan 14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung	
Einleitung	3
Kapitel 1401	4
Zentrales IT-Management „Intern“	4
Kapitel 1402	5
Landtagsverwaltung	5
Staatskanzlei	6
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration	12
Finanzministerium.....	72
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	91
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	94
Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	114
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren	152
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	164
Zentrales IT-Management SH.....	190
Kapitel 1403	258
Zentrales IT-Management „Kommunal“	258
Kapitel 1404	266
Zentrales IT-Management „Verwaltungsmodernisierung“	266
Kapitel 1405	273
Finanzministerium „Projekt KoPers“	273
Kapitel 1406	280
Zentrales IT-Management „Digital Funk SH“	280
Einzelplan 16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für das Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)	
IT und Digitalisierung	
Kapitel 1614	281

Einleitung

Das Verzeichnis der IT-Maßnahmen für den Einzelplan 14 (Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung) ist ein Ausdruck der Datenbank ITWeb 2.0 zum Stichtag 09.10.2018. Auf der Basis dieser Erhebungen wurde das Zahlenwerk zum Gesamtplan IT und Digitalisierung erstellt. Die Stichtagsregelung ist notwendig, da der LRH eine überprüfbare Datenbasis der IT-Gesamtplanung wünscht.

Von dieser Stichtagsregelung ausgenommen, ist die Darstellung der IT-Maßnahmen, die aus dem IMPULS-Programm (Kapitel 1614 – IT und Digitalisierung) finanziert werden. Die Ausgabenplanungen zu diesen Maßnahmen wurden erst im Rahmen der NSL 2018 vervollständigt und mit Stand 02.11.2018 ff. in diesem Verzeichnis nacherfasst.

Der Gesamtausdruck des ITWeb 2.0 wurde auf die Kerninhalte Beschreibung, Unterverfahren, Zielbeschreibung [falls ausgewiesen] und die Bedarfsplanung 2017 bis 2022 begrenzt.

Bei den dargestellten Finanzbedarfen handelt sich um Planungsdaten, die vom ZIT SH in IT-Budgetgesprächen qualifiziert werden müssen. Diese Budgetgespräche werden jährlich mit den Ressorts geführt (1. Quartal) und unterjährig fortgeschrieben. Erst die Verhandlungsergebnisse begründen die Zuweisung von Haushaltsmitteln für den Betrieb und die Pflege von IT-Verfahren (i.d.R. lfd. Vertragslagen). Darüber hinaus werden Finanzierungsvorbehalte vereinbart. Die Zuweisung weiterer Haushaltsmittel erfolgt dann entsprechend dem Projektfortgang bei anstehenden Neuentwicklungen oder umfangreichen Fortentwicklungen (IT-Vorhaben).

Das IT-Maßnahmenverzeichnis ist nicht vertraulich und kann mit dem Gesamtplan 2019 für IT und Digitalisierung veröffentlicht werden.

Hinweis: Das Dokument ist so gestaltet, dass es einen Vor- und Rückseitendruck (umseitig) ermöglicht. Der Versatz des Textbeginns in der elektronischen Fassung ist dieser Aufbereitung geschuldet.

Kapitel 1401 Allgemeine Angelegenheiten

Zentrales IT-Management „Intern“

ITM 2552010000

Bezeichnung Ausgaben (geplant) ZIT SH für Büro und Bauunterhaltung (NMW 220)

Ressort / Dst. ZIT SH III / ZIT V 31 III

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Das ZIT SH ist im MELUND / Abt. 3 im Niemannsweg 220 (NW 220) seit 01.08.2016 untergebracht. Veranschlagt sind die Ausgaben (geplant) der allgemeinen Büroföhrung, der Bauunterhaltung in den Diensträumen NW 220 und Beschaffung von Möbeln für die MA im ZIT SH.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit des ZIT SH	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51101	Sonstige Kosten	5,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
51701	Sonstige Kosten	35,0	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0
52501	Sonstige Kosten	0,0	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5
53399	Sonstige Kosten	20,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	43,0	40,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	103,0	181,6	126,5	126,5	126,5	126,5

Kapitel 1402 Informations- und Kommunikationstechnologien

Landtagsverwaltung

ITM 2479010000

Bezeichnung Betrieb +1 in der Landtagsverwaltung

Ressort / Dst. LT / LT

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Anschluss an die Bürokommunikation der Landesverwaltung und Sicherstellung des Geschäftsbetriebes der LTV

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Anschluss an die Bürokommunikation der Landesverwaltung und Sicherstellung des Geschäftsbetriebes der LTV	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
51144	Sonstige Kosten	0,0	3,6	4,0	4,0	4,0	4,0
53356	Verträge	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0
53356	Sonstige Kosten	3,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,0	60,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	2,9	157,2	0,0	0,0	0,0
	Summe	102,2	105,1	319,8	102,6	102,6	102,6

ITM 2495030000

Bezeichnung E-Akte Landtagsverwaltung

Ressort / Dst. LT / LT

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Der Landtag hat weiterhin ein eigenes VIS-Hardware-System für eine Fachanwendung im Einsatz. Die dafür notwendigen Kostenaufwände sind in dieser ITM veranschlagt.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	7,0	6,8	6,8	6,8	6,8	6,8
81246	Verträge	1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	3,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	2,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	16,5	8,8	6,8	6,8	6,8	6,8

Staatskanzlei

ITM [2139030000](#)

Bezeichnung Dachportal schleswig-holstein.de

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Redaktionelle Weiterentwicklung des Internetangebots der Landesregierung.

Mit dem Landesportal schleswig-holstein.de nutzt die Landesregierung umfassende Möglichkeiten der Kommunikation mit der Bevölkerung. Es ist nicht nur ein Instrument der Information, sondern trägt als Instrument der politischen Kommunikation dazu bei, ohne den „Filter“ und der notwendigen Reduktion durch Medien direkt mit den Menschen zu kommunizieren. Dies bietet jenseits der klassischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Möglichkeit, selbst die Themen zu beschreiben, dass sie bei den Empfängern ankommen, und Sachverhalte in ihrer Komplexität darzustellen. Darüber hinaus bietet das Internet mit modernen Instrumenten ganz neue Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger nicht nur zu informieren, sondern sie an der politischen Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen.

Um die Menschen zu erreichen, die sich nicht in erster Linie für Politik interessieren, muss der Umfang journalistisch aufbereiteter Filme noch weiter ausgebaut werden, die mit der Arbeit der Landesregierung in Verbindung stehen, diese näher erklären und die Nutzer auch emotional berühren. Sie finden Eingang ins Landesportal sowie auf den Schleswig-Holstein-Seiten bei Facebook und YouTube.

Um die immer aufwändigere und kostenträchtigere Individualanpassung durch den Betreiber Dataport zu vermeiden, ist es notwendig, für die Weiterentwicklung des Landesportals Lösungen anderer Stellen zu adaptieren. Hierfür ist externe Unterstützung und Anpassungsaufwand erforderlich.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Redaktionelle Weiterentwicklung des Internetangebots des Landesregierung	Daueraufgabe

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Ausbau der Videoformate für den Ministerpräsidenten im Landesportal	01	Workshops mit erfahrenen Videojournalisten	01.01.2016 - 31.12.2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
	Summe	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0

ITM 2140030000

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Diese IT-Maßnahme enthält die Aufwendungen für Pflege, Wartung und Upgrade der Newbase-Softwaremodule für die Herstellung des täglichen Pressespiegels (gemeinsames Clippingteam mit der Landtagsverwaltung), des Newbase MediaPortals für die Bereitstellung des Pressespiegels an 150 Leser in den obersten Landesbehörden, des mecon-Newsserver für die Übermittlung der dpa-Nachrichten und der celum-Datenbank für die Archivierung der Bilder im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Landesportal.

Weiterhin enthält diese IT-Maßnahme die Lizenzkosten für dpa-Nachrichtenübermittlung (einschl. mobiler Endgeräte) sowie für die Erstellung des elektronischen Pressespiegels und die Archivierung der Presseartikel.

Mit dpa bestehen Verträge mit festen Konditionen, die der Staatskanzlei und den Ministerien den Bezug der aktuellen Nachrichten, der dpa-Bilder und der dpa-Grafiken erlauben. Einsparungen wären nur durch Kündigung dieser Verträge möglich. Sowohl die Abteilung P als auch die Pressestellen der Ministerien sind für ihre originäre Arbeit auf diesen aktuellen Informationspool zwingend angewiesen.

Die Kostensteigerungen bei den Lizenzkosten für die Herstellung der elektronischen Pressespiegel einschl. Archivierung in einem Pressearchiv an die Presse-Monitor GmbH (PMG) sind durch eine spürbare Reduzierung der Leser von 375 auf 150 aufgefangen worden. Für die nächsten Jahre ist regelmäßig mit Kostensteigerungen (zwischen 5 und 10% pro Jahr) zu rechnen. Um an der bewährten Qualität des Pressespiegels festzuhalten mit seinem täglichen Überblick über die politische Berichterstattung der Medien in Schleswig-Holstein, sind auch in Zukunft ca. 12.500 Artikel pro Jahr erforderlich. Weitere Einsparungen sind nicht möglich.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	DPA Newsticker	Lieferung und Verteilung von aktuellen Pressemeldungen der Deutschen Presseagentur.
2	Pressespiegel	Im Zuge der Erstellung des aktuellen Pressespiegels der Landesregierung werden Abgaben an die Rechteinhaber fällig. Die Abwicklung erfolgt zentral über die Presse Monitor Gesellschaft.
3	Fotodatenbank	Fotodatenbank der Regierungspressestelle für die Verwaltung von aktuellem Bildmaterial. Das Bildmaterial wird für die Veröffentlichungen im Rahmen von Broschüren und im Internetportal vorgehalten. Schwerpunkt ist dabei die Verwaltung der Bildrechte.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Nutzung von Nachrichtentickern, Herstellung elektronischer Pressespiegel und Betrieb elektronischer Medienarchive mit täglicher Verfügbarkeit.	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	14,0	16,7	17,6	16,6	15,6	14,6
53356	Sonstige Kosten	16,0	27,0	16,0	12,0	12,0	12,0
53413	Verträge	192,5	192,5	196,5	205,5	209,5	209,5
81246	Sonstige Kosten	36,0	4,0	2,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	2,6	2,6	0,0	0,0	0,0
	Summe	258,5	242,8	234,7	234,1	237,1	236,1

ITM 2142020000

Bezeichnung Beschaffungen - Staatskanzlei

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	23,6	68,8	38,9	150,6	23,6	23,6
	Summe	23,6	68,8	38,9	150,6	23,6	23,6

ITM 2144010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Staatskanzlei

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Implementierung einer neuen Software (ZAM Event) im Veranstaltungsbe- reich/Protokoll und Auflösung der veralteten ACCESS-Datenbanken.	bis 2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
51144	Verträge	26,4	26,4	26,4	26,4	26,4	26,4
51144	Sonstige Kosten	27,0	28,0	29,0	29,0	29,0	29,0
52537	Sonstige Kosten	6,6	10,7	6,6	6,6	6,6	6,6
53356	Verträge	177,9	267,0	221,5	221,5	221,5	221,5
53356	Sonstige Kosten	10,0	7,0	10,0	10,0	3,0	2,0
	Summe	267,9	359,1	313,5	313,5	306,5	305,5

ITM 2575030000

Bezeichnung AFM-Bewerbungsportal

Ressort / Dst. STK / STK

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung aktiv

Beschreibung

Die Akquisition von qualifizierten Nachwuchskräften gewinnt für das Land Schleswig-Holstein in seiner Funktion als Arbeitgeber erheblich an Bedeutung. Unter anderem mit dem Aufbau eines modernen online-Bewerbungsmanagements soll dem Rechnung getragen werden.

Vor drei Jahren wurde der AFM Onlinebewerbungsassistent eingeführt. Heute hat sich die Bezeichnung AFM-Bewerbungsportal etabliert.

AFM“ steht für „Antrags- und Fallmanagement“ und bezeichnet letztendlich die technologische Basis, auf der der Onlinebewerbungsassistent umgesetzt wird. Es handelt sich hier um eine Technologie, die eine schnelle und leichte

Digitalisierung von Antragsverfahren ermöglicht und von Dataport und dem ZIT betrieben wird. Diese Technik soll mit dieser IT-Maßnahme weiterentwickelt werden.

Das AFM-Bewerbungsportal soll durch KoPers abgelöst werden. Nach derzeitigem Stand wird dies 2022 so weit sein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Ergänzung um ein weiteres Pflichtfeld	Auf Wunsch der Staatskanzlei soll im Bewerbungsportal zusätzlich abgefragt werden, wie der Bewerber/die Bewerberin auf das Land SH als Arbeitgeber aufmerksam geworden ist. Dabei soll z. B. "Buswerbung, Kinowerbung etc." zur Auswahl stehen.
02	Einbindung Steuerjuristen/-juristinnen	Auf Wunsch des Finanzministeriums soll auch das Bewerbungsverfahren für Steuerjuristen/-innen über das AFM-Portal laufen.

02	Erläuterung des Programmieraufwands zu 02	<p>Das FM ist sehr daran interessiert, ab Herbst 2018 bis zum künftigen Einsatz des KoPers-Moduls den Online-Bewerbungsassistenten auch im Rahmen des Bewerbungsverfahrens der Steuerjuristen/-innen einzusetzen. Voraussetzung dafür ist die zusätzliche Programmierung folgender Erfassungsfelder durch Dataport:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 3 zusätzliche Felder „Datum“ im Format TT.MM.JJJJ für Abitur, 1. Juristisches Staatsexamen, 2. Juristisches Staatsexamen, • 3 zusätzliche Felder „Note“ im Format 99,99 für Abitur, 1. Juristisches Staatsexamen, 2. Juristisches Staatsexamen, • 2 zusätzliche Felder „Punktzahl“ im Format 99,99 für 1. Juristisches Staatsexamen und 2. Juristisches Staatsexamen. <p>Hochgeladen werden sollen neben dem Bewerbungsschreiben der Lebenslauf, alle Zeugnisse sowie alle Berufsqualifikationen.</p>
01	Erläuterung der Erweiterung zu 01	<p>Es soll möglichst eine Extraseite für die Befragung aufgebaut werden und die Daten sollen in die Auswertung eingehen. Sollte der Programmieraufwand zu groß sein, soll die Ergänzungsfrage direkt auf dem online-Bewerbungsbogen hinzugefügt werden.</p>

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	7,0	3,0	3,0	3,0	3,0
	Summe	0,0	7,0	3,0	3,0	3,0	3,0

ITM 2141010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - LV Berlin

Ressort / Dst. STK / LV Berlin

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	35,4	43,9	43,8	43,8	43,8	43,8
53356	Sonstige Kosten	1,0	2,8	1,0	1,0	1,0	1,0
	Summe	36,4	48,7	44,8	44,8	44,8	44,8

ITM 2143020000

Bezeichnung Beschaffungen - LV Berlin

Ressort / Dst. STK / LV Berlin

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	10,3	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	11,7	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2524030000

Bezeichnung Unterstützung des Sicherheitsmanagements der Landesvertretungen

Ressort / Dst. STK / LV Berlin

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Interaktive Software zur Unterstützung des Sicherheitsmanagements der Landesvertretungen SH/NI, insb. um einen rechtskonformen und effizienten Betrieb einer Versammlungsstätte zu gewährleisten.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	11,3	5,3	5,3	5,3	5,3
	Summe	0,0	11,3	5,3	5,3	5,3	5,3

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

ITM [2117030000](#)

Bezeichnung xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Betrieb und Pflege der zentralen IT-Infrastruktur für die elektronische Datenübermittlung (landesintern und länderübergreifend) zwischen der Meldebehörde und anderen Meldebehörden, Bundesbehörden und Landesbehörden sowie private Stellen. Ab dem 1. November 2015 erfolgt dies im Rahmen einer Kooperation mit den Ländern Hamburg und Sachsen-Anhalt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1261	Spiegeldatenbank (ZMB)	gespiegelter Melderegisterbestand SH
1261	E-Government-Gateway	Fachspezifische Funktionalitäten

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Vollständige Automatisierung der Datenübermittlung der Meldebehörden (Ziel = 100 Prozent)	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Spiegeldatenbank	1261	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2013 - 31.12.2019
Spiegeldatenbank	1261	Erweiterung des Nutzerkreises bei automatisierten Datenabrufen	01.01.2013 - 31.12.2019
E-Government-Gateway	1327	Datenschutzrechtlich einwandfreie Identifizierung von Datenempfängern und Sicherstellung eines funktionierenden Paymentverfahrens	01.01.2013 - 31.12.2019

Spiegeldatenbank	1261	Gemeinsame Nutzung länderübergreifend	01.11.2015 - 31.12.2019
------------------	------	---------------------------------------	-------------------------

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	193,5	157,0	161,4	161,4	161,4	161,4
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	193,5	157,0	211,4	161,4	161,4	161,4

ITM 2118010000

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation IM SH

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Die ITM beinhaltet im Wesentlichen die Grundversorgung der IT-Leitstelle für das Ministerium.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1344	Mobile Endgeräte	Bereitstellung und Betrieb mobiler Endgeräte
1230	Netzinfrastruktur	Optimierung der LAN-Verteilerschranke
1262	Betrieb Bürokommunikation	Laufender IT-Betrieb

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Ausstattung Heimarbeitsplätze - online und offline-Lösungen (1 Prozent pro Jahr)	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	0,8	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Sonstige Kosten	20,8	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
51144	Verträge	25,1	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0

51144	Sonstige Kosten	3,0	4,0	5,0	6,0	6,0	6,0
51144	Beschaffung	4,9	0,0	10,5	14,0	14,0	14,0
52537	Sonstige Kosten	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	19,2	18,0	2,1	2,1	2,1	2,1
81246	Beschaffung	26,2	7,0	7,5	7,5	7,5	7,5
	Summe	102,0	74,1	70,1	74,6	74,6	74,6

ITM 2120020000

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen GB IM

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich des Ministeriums veranschlagt. Die Reinvestitionsmaßnahmen unterstützen die Aufrechterhaltung des Landesvermögens.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Anpassung der bestehenden IT-Infrastruktur an den Stand der Technik	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Ersatz IM	1264	Reinvestition von durchschnittlich 100 Arbeitsplätzen pro Jahr (einschließlich MAP I + II)	01.01.2013 - 31.12.2019
Ersatz IM	1264	Reinvestition der bestehenden IT-Infrastruktur	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	57,2	101,7	120,6	85,5	85,5	85,5
	Summe	87,2	101,7	120,6	85,5	85,5	85,5

ITM 2145030000

Bezeichnung ePersonenstand

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Nach der erfolgreichen Einführung des elektronischen Personenstandsregisters erfolgt laufend dessen Anpassung an aktuelle Rechtsentwicklungen (z.B. Stilllegungen, Abgabe an Archive, Vornamenssortierung; Umsetzung 2. PStRÄndG) gemeinsam mit Hamburg, Bremen und nunmehr auch dem Land Berlin, wo das gleiche Registerverfahren genutzt wird.

Zusätzlich sind weitere Verbesserungen im Registerbetrieb vorgesehen, die die eGovernment-Funktionalität des Registers erhöhen (z.B. Online-Beantragung von Urkunden, Ausdruck von Urkunden aus dem zentralen Register). Wesentliche Weiterentwicklungsschritte mit eigenem Projektcharakter werden in den nächsten Jahren die Einführung der elektronischen Sammelakte und die Nacherfassung der papiergebundenen Geburtenbücher sein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1334	Kryptografische Funktionalitäten	Qualifizierte digitale Signatur, Langzeitarchivierung, Nachsignierung, Zeitstempeldienst (Nutzung E-Government-Infrastruktur)
1334	Personenstandsregister (Land)	elektronisches Register zur Speicherung der Geburten, Ehe, Lebenspartnerschaft und Sterbefallregister
1334	Mitteilungsdienste	DVDV - Nutzung der Clearingstelle
1334	eGovernment-Funktionalitäten	Einführung der Online-Beantragung von Personenstandsurkunden und der Voranmeldung zur Eheschließung über das Government-Gateway, Ausdruck von Personenstandsurkunden aus dem zentralen Register durch nicht registerführende Standesämter, Mitteilung von Sterbefalldaten an die Gesundheitsbehörden; elektronische Übermittlung von Daten zur Eheschließung an das Eheschließungsstandesamt
1334	Einführung elektronische Sammelakte	Die Sammelakten sind zentraler Bestandteil jedes standesamtlichen Vorgangs. Sie sind auch gerichtsrelevant. Ab 2022 müssen alle Behörden verpflichtend mit den Gerichten elektronisch kommunizieren. Daher soll mit den anderen Auftraggeberländern ein Projekt initiiert werden, die Standesämter fit zu machen für den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten.
1334	Nacherfassung der Altbestände	Seit 2009 werden alle Personenstandsregister elektronisch geführt. Die Register vor 2009 werden weiterhin auf Papier geführt. Dadurch entsteht bei Folgebeurkundungen von Registern aus dieser Zeit ein Medienbruch, der zu erhöhten Aufwänden in den Standesämtern führt. Daher sollen die Geburtenregister von 1990 bis 2008 nacherfasst werden. Dazu muss ein Projekt gemeinsam mit den Auftraggebern eingerichtet werden. Ggf. kann eine Software-Lösung des Landes Berlin genutzt werden. Im Austausch dafür, dass diese Software zur Verfügung gestellt würde, müsste der Nordverbund (SH, HH, HB) die Software-Lösung für den nächsten Schritt beauftragen (z.B. Nacherfassung der Familienbücher).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des elektronischen Registerverfahrens im Personenstandswesen	01.01.2014 - 31.12.2019
2	Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten	01.01.2018 - 31.12.2021

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Mitteilungsdienste	1	Weitere Anpassung DVDV und Vermittlungsstelle an die Anforderungen im Personenstandswesen	01.01.2014 - 31.12.2019
Kryptografische Funktionalitäten	2	Betrieb der qualifizierten digitalen Signatur, Zeitstempeldienst, Langzeitspeicherung, Nachsignierung	01.01.2014 - 31.12.2019
Personenstandsregister	3	Betrieb und Weiterentwicklung des landesweiten elektronischen Personenstandsregisters	01.08.2013 - 31.12.2019
Mitteilungsdienste	4	Weiterer Aufbau und Betrieb der elektronischen Mitteilungsdienste und Datenübermittlungen (ePersonenstand) in den Standesämtern	01.03.2013 - 31.12.2019
Personenstandsregister	5	Planung der Einführung der elektronischen Führung von standesamtlichen Sammelakten zur Teilnahme am verbindlichen elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten.	01.01.2013 - 31.12.2021
Personenstandsregister	6	Planung der elektronischen Nacherfassung der papiernen Personenstandsbücher zur Optimierung der Abläufe in den Standesämtern bei Nachbeurkundungen (keine Medienbrüche mehr zwischen elektronischen und papiernen Registern).	01.01.2013 - 31.12.2023
Personenstandsregister	7	Ausbau der E-Government-Funktionalitäten des Personenstandsregisters mit der Umsetzung des Zentralregisterrechts zur Ermöglichung des Urkundenausdrucks durch nicht registerführende Standesämter aus dem zentralen Register	01.10.2015 - 31.12.2019
Personenstandsregister	8	Umsetzung der Schnittstelle XPSR 1.9 mit der Anpassung der Schnittstelle an das 2. PStRÄndG	01.01.2016- 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	112,7	137,3	139,9	146,5	146,5	146,5
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	290,0	250,0	150,0	150,0
63206	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	Summe	117,7	142,3	434,9	401,5	301,5	301,5

ITM 2320030000

Bezeichnung Wahlabendprogramm

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung vorläufiger Ergebnisse am Wahlabend bei Gemeinde- und Kreiswahlen (Kommunalwahl), Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen - Wahlabendprogramm -)

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1375	VotePlus	Ermittlungs -und Präsentationskomponente

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung der Wahlergebnisse am Wahlabend	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Wahlabendprogramm (VotePlus)	1375	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2013 - 31.12.2019
Wahlabend	1375	Abschluss einer Vereinbarung mit dem StANord	01.01.2014 - 31.03.2014

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	109,2	89,8	90,2	90,2	90,2	90,2
53356	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	119,2	99,8	100,2	100,2	100,2	100,2

ITM 2354030000

Bezeichnung Waffenregister

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Seit dem 1. Januar 2013 ist das Nationale Waffenregister (NWR) in Betrieb. Die Fachliche Leitstelle Nationales Waffenregister (FL NWR), die eine Einrichtung der Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg ist, hat u. a. die Aufgabe, die Nutzer des NWR fachlich zu unterstützen und das Datenaustauschformat xWaffe zu pflegen und weiterzuentwickeln. Die Aufgaben sowie die Finanzierung der FL NWR sind in der Verwaltungsvereinbarung zum Betrieb der FL NWR geregelt. Zurzeit wird ein Realisierungskonzept für die IMK erarbeitet, um über den geplanten Ausbau des Nationalen Waffenregisters (NWR II) zu entscheiden. Auch bei einem Verzicht auf NWR II sind Anpassungen am bestehenden System (NWR I +) erforderlich, um sicherzustellen, dass das NWR auch in seiner ersten Ausbaustufe seinen Zweck langfristig und nachhaltig erfüllen kann. Es ist geplant, dass haushaltswirksame Kosten für Schleswig-Holstein für vier Jahre ab 2017/2018 entstehen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1398	xWaffe	Datenaustauschformat für Waffenbehörden

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zentrale Bereitstellung von Daten für Waffen- und Sicherheitsbehörden	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
63206	Verträge	37,7	46,6	69,6	69,6	69,6	69,6
	Summe	37,7	46,6	69,6	69,6	69,6	69,6

ITM 2393030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege von Fachanwendungen für Integrationsangelegenheiten

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die IT-Maßnahme dient der Effektivitäts-/Qualitätskontrolle in der Migrationssozialberatung. Diese Beratung ist eine Maßnahme des Landes nach § 45 Aufenthaltsgesetz und ergänzt die nicht flächendeckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Angebote. Gleichzeitig wird dabei eine strategische Vorgabe des IM umgesetzt. Die Inhalte der Migrationssozialberatung sind durch das „Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten (Migrationssozialberatung) in Schleswig-Holstein“ vom 10. Januar 2006 vorgegeben und durch das Controllingkonzept vom 3. Dezember .2007 mit Zielvorgaben ergänzt und dann als Fördergegenstand und Zielsetzung in die jeweiligen Förderrichtlinien aufgenommen worden. Um die Wirkung und Erfolge transparent zu machen, wurden im Controllingkonzept Ziele und Unterziele definiert und Wirkungskennzahlen zur Messung von integrationsfördernden Tätigkeiten entwickelt. Weiter werden festgelegte Prozesskennzahlen zu den Klienten erhoben. Diese bis zu 30 Kennzahlen je Klient werden von den zurzeit 29 aktiven Beratungsstellen in das internetgestützte IT-System eingegeben. Sie werden quartalsweise ausgewertet, zu standardisierten Berichten für das MILI und für die Beratungsstellen aufbereitet. Diese Berichte und jährliche Sonderauswertungen des MILI zu Schwerpunktthemen sollen helfen, Ergebnisse der Beratungsarbeit und Strukturen der Klienten zu vergleichen und Folgerungen für die künftige Förderung sowie für die Weiterentwicklung der Migrationssozialberatung abzuleiten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Controlling Migrationssozialberatung	Fachanwendung für das Controlling der Migrationssozialberatungsstellen (MSB).
1372	MSB 2020	Fachanwendung für das Controlling

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Optimierung der Zuwendungen (Zuwendungsverteilung)	01.01.2014 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Migrationsberatung	1372	Controlling der Migrationsberatungsstellen; Steuerung der Zuwendungen	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	11,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	11,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2399030000

Bezeichnung eWohngeld

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zur Vermeidung rechtswidriger Inanspruchnahme des Wohngeldes und damit zur Erzielung von Einsparungen ist der automatisierte Datenabgleich im Wohngeldverfahren nach § 33 Absatz 5 des Wohngeldgesetzes (WoGG) bundesweit 2013 eingeführt worden und wird vierteljährlich durchgeführt.

- Überprüfungen weiterer Zentralisierungs- und Optimierungsmöglichkeiten der WoG-Verfahren zur Vereinheitlichung sind (vom Ref.IV24) geplant. Wie z.B.
- Vereinfachung des WoG-Erstattungsverfahrens
 - zentrale Auszahlungsstelle für WoG-Leistungen aus dem Landeshaushalt direkt an die Wohngeldempfänger
 - zentrale Bescheiderstellung
 - zentraler Datenbestand
 - E-Wohngeld / Antragstellung, einheitliche Formulare u.s.w.
 - gesetzliche Berichterstattungspflichten (z.B. für Statistiken)
 - Prüfung Aufgabenteilung: Wohngeldstelle - Zentrale

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1399	Wohngeld automatisierter Datenabgleich	
1399	eWohngeld	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Optimierung der Wohngeldverfahren in Schleswig-Holstein	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Einführung und Durchführung des automatisierten Datenabgleichs	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Automatisierter Datenabgleich	1399	Vermeidung rechtswidriger Inanspruchnahme des Wohngeldes und damit Erzielung von Wohngeld-Einsparungen	01.07.2013 - 30.06.2019
Automatisierter Datenabgleich	1399	zentrale Erstellung und Übermittlung der Anfragedatensätze für den aDA WoG	01.01.2014 - 31.12.2019
zentrale Auszahlungsstelle	1399	zentrale Auszahlungsstelle für WoG-Leistungen aus dem Landeshaushalt an die Wohngeldempfänger	01.01.2014 - 31.12.2016
zentraler Datenbestand	1399	zentrale Erstellung und Übermittlung von Daten, z.B. für Statistiken, zur Unterstützung beim aDA Wohngeld (z.B. Übermittlung der Anfragedatensätze an die DSRV, Vorfilterungen der Antwortdatensätze, Datenabgleich mit Meldedaten)	01.01.2015 - 31.12.2019
einheitliches, dezentrales Fachverfahren	1399	ein einheitliches Fachverfahren für alle WoG-Stellen, dadurch Sicherstellung bzw. Verbesserung der einheitlichen Rechtsanwendung und der Qualität bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags. - zentrale Bescheiderstellung	01.01.2016 - 31.12.2019
elektronische Antragstellung	1399		01.01.2016 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	60,2	60,2	60,2	60,2	60,2	60,2
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	280,0	280,0	180,0	180,0
	Summe	60,2	60,2	340,2	340,2	240,2	240,2

ITM 2411030000

Bezeichnung Telekommunikation Katastrophenschutz

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Behördenübergreifende formelle- und nichtformelle Kommunikation mit redundanten TK-Verbindungen (Mehrwegführung) unter einem einheitlichen Kommunikationssystem mit Übergang in die Stabskommunikation.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1407	EPSWeb	System für den Nachrichtenfluss im Stab
1256	Telekommunikationsanlagen	für den Führungsstab der unteren KatS-Behörden
1256	Kommunikationsanlagen	Pkomm Boxen für formelle Kommunikation in den unteren KatS Behörden

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Kommunikationsverbindung im Katastrophenschutz zwischen Kreisen und kreisfreien Städten und dem Land	01.01.2012 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Telekommunikation	1	Erhaltung einer krisensicheren Kommunikation im Katastrophenschutz vor dem Hintergrund der Einführung von VoIP bzw. NGN	01.01.2012 - 31.12.2019
Telekommunikation	2	Schaffung einer durchgängig homogenen Kommunikationstechnik zwischen Stabskommunikation und Kommunikation zwischen den Stäben	01.01.2012 - 31.12.2019
Telekommunikation	3	Sicherstellung eines behördenübergreifenden formellen Kommunikationssystems über gesicherte Kommunikationsverbindungen	01.01.2012 - 31.12.2019
Telekommunikation	5	Absicherung der Kommunikationsverbindungen im KatS durch Mehrwegführung	01.01.2012 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0

52537	Sonstige Kosten	0,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8
53356	Sonstige Kosten	4,2	13,0	10,0	3,6	3,6	3,6
81246	Beschaffung	12,8	45,7	26,0	26,0	26,0	26,0
	Summe	58,8	103,5	80,8	74,4	74,4	74,4

ITM 2412030000

Bezeichnung Glücksspiel

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufgrund des § 4 Abs. 8, Nr. 1 in Verbindung mit § 46 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz), vom 20. Oktober 2011, ist das Innenministerium ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen zur technischen Voraussetzung für Glücksspielanbieter zu veröffentlichen.

Anbieter von Online-Glücksspielen müssen ein technisches Kontrollsystem einrichten und betreiben, das relevante Daten nach einer Zeit oder nach dem auslösenden Ereignis erfasst und digital ablegt sowie eine zeitnahe oder spätere elektronische Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde und der zuständigen Finanzbehörde ermöglicht. Dazu sind im Innenministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde die Anforderungen an die durch die Glücksspielanbieter abzulegenden Daten in einer technischen Richtlinie zu erstellen und fortzuschreiben, ein technisches System aufzubauen und zu betreiben, das die aufsichtsrechtliche Auswertung dieser Informationen ermöglicht (Reportingsystem) sowie ein Informationssicherheitsmanagement-System zu installieren, welches die vom Glücksspielanbieter durchgeführten Maßnahmen zur sicheren Abwicklung von Zahlungen, zur Bekämpfung und Vermeidung von Geldwäsche, zur Abwehr von Manipulationen und Betrug sowie zum Spielerschutz überprüft.

Das Innenministerium strebt zur Refinanzierung des Entwicklungsaufwandes und der Weiterentwicklung sowohl der technischen Richtlinie als auch des Reportingsystems eine Kooperation mit Hessen an, das für die Glücksspielaufsicht zentral für alle Bundesländer im Rahmen des Glücksspielstaatsvertrages ausübt. Der von Schleswig-Holstein zu finanzierende Anteil könnte sich dann nach dem Königsteiner Schlüssel ergeben. Zur Prüfung der Refinanzierung der Kosten des laufenden Betriebes des Auswertesystems prüft das Innenministerium derzeit die Möglichkeit, hierfür Mittel aus der nach § 32 Abs. 2 Glücksspielgesetz zu erhebenden Kontrollgebühr einsetzen zu können.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1403	Technischen Richtlinie für Online-Glücksspiele in Schleswig-Holstein	Diese Richtlinie definiert die Anforderungen an die Glücksspielanbieter zur Ablage von Daten auf dem jeweiligen Safe-System. Die so abgelegten Daten werden durch die Aufsichtsbehörde in das GLAS überführt.
1403	Beschwerdemanagement	Beschwerdemanagementsystem für die Aufsichtsbehörde
1403	Informationssicherheitsmanagement	Zur Wahrnehmung der Glücksspielaufsicht ist ein umfassendes Informationssicherheitsmanagement zu installieren.
1403	GLAS	Glücksspielauswertesystem

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1403	Einrichtung und Betrieb von Verfahren, die eine effektive und effiziente Aufsicht über die Glücksspielanbieter im Sinne des Glücksspielgesetzes ermöglichen.	01.01.2014 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
GLAS	1403	Weiterentwicklung des GLAS aufgrund technischer oder fachlicher Anforderungen	01.01.2014 - 31.12.2019
GLAS	1403	Bereitstellung und Betrieb des Verfahrens GLAS	01.01.2014 - 31.12.2019
Technische Richtlinie	1403	Fortentwicklung der technischen Richtlinie aufgrund technischer oder fachlicher Anforderungen	01.01.2014 - 31.12.2019
Informationssicherheitsmanagement	1403	Das Informationssicherheitsmanagement definiert Anforderungen der Glücksspielaufsicht an externe Gutachter und Auditoren, nach denen die Systeme der Glücksspielanbieter (Spielermanagement, Spielsoftware, Wettsoftware, Zahlungsdienste) überprüft werden sollen.	01.01.2017 - 31.12.2019
Beschwerdemanagement	1403	Einführung, Betrieb und Weiterentwicklung Beschwerdemanagementsystem für die Aufsichtsbehörde	01.01.2017 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
52706	Sonstige Kosten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Verträge	189,1	190,8	191,8	193,0	194,1	194,1
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	250,0	200,0	200,0	200,0
	Summe	192,1	198,8	449,8	401,0	402,1	402,1

ITM 2430030000

Bezeichnung Fuhrparkverwaltung

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fuhrparkmanagement ist das Verwalten, Planen, Steuern und Kontrollieren des Fuhrparks der Landesregierung. Das Fuhrparkmanagement des MILI SH besteht aus der webgestützten Fahrzeugverwaltungssoftware HERMES und der Fahrzeug- und Fahrerdispositionssoftware CAREXPRESS.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Wirtschaftlicher und Kundenorientierter Service für die Nutzer (Carexpress)	01.01.2014 - 31.12.2019
2	Kostenrechnung der Fahrbereitschaft einschl. Fakturierung (Hermes)	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	95,4	95,6	96,0	96,0	96,0	96,0
53356	Sonstige Kosten	0,7	40,5	266,0	266,0	16,0	16,0
	Summe	96,1	136,1	362,0	362,0	112,0	112,0

ITM 2431030000

Bezeichnung Ticketsystem GB IM

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Einführung eines ressortweiten Ticketsystems zur ITIL-konformen Aufnahme und Bearbeitung von Störungsmeldungen, sowie die Bearbeitung von Dienstleistungsaufträgen. Es wird das dataportinterne System mitgenutzt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1406	ITSM-Suite (Incident-management)	Modul zur Störungsbearbeitung
1406	ITSM-Suite (Service Request Management)	Modul zur Auftragsbearbeitung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
ITSM-Suite	1406	effiziente Störungsbearbeitung	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	109,8	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Summe	109,8	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

ITM 2465030000

Bezeichnung Antragsverfahren für den Kommunalen Investitionsfond (KIF)

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Erstellung eines Fachverfahrens zur Verwaltung und Abwicklung des Kommunalen Investitionsfonds

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1260	KIF-DB	Fachverfahren zur Verwaltung und Abwicklung des Kommunalen Investitionsfonds

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verwaltung und Abwicklung des Kommunalen Investitionsfonds	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	7,0	33,3	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	17,1	34,1	17,1	17,1	17,1
	Summe	7,0	50,4	34,1	17,1	17,1	17,1

ITM 2539030000

Bezeichnung xInneres

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Zusammenfassung der gemeinsamen 4 bestehenden xÖV-Standards xPersonenstand, xPersonenstandsregister, xMeld und xAusländer in den modularen Standard der Innenverwaltung xInnes.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	xMeld	Übertragung von Meldedaten im x-Format (Bund)
2	xPersonenstand	Austauschformat Bundesebene
4	Clearingstelle	Übertragung von Daten im x-Format (Land)

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	144,0	144,0	144,0	144,0	144,0	144,0
63206	Verträge	40,3	40,3	39,1	47,0	50,0	50,0
	Summe	184,3	184,3	183,1	191,0	194,0	194,0

ITM 2556010000

Bezeichnung Grundversorgung Sonderbereiche

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Die ITM beinhaltet im Wesentlichen die Grundversorgung der Sonderbereiche.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	5,4	6,0	32,0	32,0	32,0	32,0
53356	Verträge	29,4	54,7	23,5	23,5	23,5	23,5
53356	Sonstige Kosten	13,1	194,4	99,1	43,1	43,1	43,1
63206	Verträge	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
63206	Sonstige Kosten	166,6	190,6	82,6	125,0	125,0	125,0
	Summe	266,5	497,7	289,2	275,6	275,6	275,6

ITM 2557020000

Bezeichnung Beschaffungen Sonderbereiche

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen und Beschaffungen für Sonderbereiche veranschlagt.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	30,0	33,9	33,9	33,9	33,9	33,9
81246	Sonstige Kosten	26,5	80,0	260,0	60,0	60,0	60,0
81246	Beschaffung	23,7	79,0	56,1	0,0	0,0	0,0
	Summe	80,2	192,9	350,0	93,9	93,9	93,9

ITM 2101030000

Bezeichnung @rtus/INPOL/EDDI - Betrieb

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Bereitstellung von Leistungen zur IT-mäßigen Abwicklung polizeilicher Aufgaben durch den Einsatz des DV-Verfahrens Inpol S-H und Betreuung dieses Programms. Im Rahmen des Verbundsystems „Inpol“ besteht ferner die bundesweite Auskunftsfähigkeit der Anwendungen u.a. „Kriminalaktennachweis“, „Haftdatei“, „DNA-Analysedatei“ und „Erkennungsdienst“, sowie der Zugriff auf die Daten des Schengener Informationssystems (NSIS). Über diese Anwendung wird der Zugriff zu den Verfahren „POLDOK“ (bis zur Ablösung durch eine Folgeanwendung), „EWO“, „AZR“, „ZEVIS“, „JustizOnline“ und „NWR“ erschlossen. Einwohnermeldedaten-Pflege und Produktion sowie digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei. Bereitstellung und Betrieb von @rtus.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1203	Inpol	Verbundsystem (Inpol SH und INPOL Z)
1201	@rtus	VBS @rtus
1204	EDDI	Digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei
1261	EWO	Auskunftsdienst Einwohnerinformationen der Landespolizei
	NWR Fachanwendung	Auskunftsdienst Nationales Waffenregister im INPOL SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Erfassung und Bearbeitung aller polizeilichen Vorgänge	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Teilhabe am bundesweiten INPOL-Verbund	01.01.2013 - 31.12.2019
3	Teilhabe am bundesweiten Austausch und landesinterner Auswertung von Erkennungsdienstlichen Informationen	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
@rtus VBS	1201	Gewährleistung der Produktion hinsichtlich der vorgangsbezogenen Datenverarbeitung	01.01.2013 - 31.12.2019

INPOL-Land (einschl. EDDI-Browseranwendung)	1203	Gewährleistung der Produktion hinsichtlich der vorgangsbezogenen Datenverarbeitung	01.01.2013 - 31.12.2019
Biometrie-Client (ED-Di-Client)	1204	Gewährleistung der Produktion hinsichtlich der vorgangsbezogenen Datenverarbeitung	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	1.865,7	2.020,9	2.035,2	2.035,2	2.035,2	2.035,2
53356	Sonstige Kosten	17,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63102	Verträge	44,1	12,6	12,6	12,6	12,6	12,6
68504	Verträge	310,0	320,0	320,0	320,0	320,0	320,0
	Summe	2.237,1	2.353,5	2.367,8	2.367,8	2.367,8	2.367,8

ITM 2102030000

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Straßenverkehr. Erfassen und Sachbearbeiten von Verwarn- und Bußgeldfällen. Überwachen von Zahlungseingängen einschließlich automatisiertem Abgleich.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Steigerung der Verkehrssicherheit	01.01.2014 - 31.12.2019
2	Harmonisierung der Rechtsabläufe	01.01.2014 - 31.12.2019
3	Beitragsleistung zur Konsolidierung des Landeshaushaltes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
OWI	1211	Bereitstellung eines landesweiten zentralen OWI-Verfahren (als Teil der E-Government-Infrastruktur des Landes möglichst für alle OWI-Fälle)	01.01.2014 - 31.12.2019
OWI	1211	Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	600,0	615,1	610,8	610,8	610,8	610,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	6,0	50,0	50,0	50,0	50,0
81246	Beschaffung	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	600,0	631,1	670,8	670,8	670,8	670,8

ITM 2103030000

Bezeichnung @rtus - Entwicklung

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die IT-Maßnahme umfasst die Pflege und Weiterentwicklung des Vorgangsbearbeitungssystems der Polizei im Rahmen der Kooperation. Der bestehende Kooperationsvertrag mit der Bundespolizei (BPol) und der FHB regelt, dass die Pflege- und Entwicklungskosten gemeinsam zu gleichen Teilen getragen werden, so dass damit ein Beitrag zur Entlastung des Landeshaushaltes erreicht werden kann.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1202	Silk-Test	Automatisiertes Testen in @rtus-VBS

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1202	Aufrechterhaltung der Pflege- und Entwicklungskooperation zur Sicherstellung eines leistungsfähigen Vorgangsbearbeitungssystems	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
@rtus-Entwicklung	1202	Entwicklung von einer Hauptversion pro Jahr	01.01.2013 - 31.12.2019
@rtus-Entwicklung	1202	Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung	01.01.2015 - 31.12.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	1.212,7	1.285,0	19,7	0,0	0,0	19,7
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	1.300,0	1.300,0	1.300,0	1.300,0
	Summe	1.212,7	1.285,0	1.319,7	1.300,0	1.300,0	1.319,7

ITM 2105030000

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Fachanwendung für ein flexibles Arbeitszeitmanagement mit einer flexiblen Personalplanung. Verbesserung der flexiblen Dienstplanung und des effizienten Personaleinsatzes. Automatisierter Abfluss von Daten für die Zahlung von Zulagen. Landeseinheitliches Berichtswesen im Bereich Arbeitszeitmanagement. Erstellen von Berichten über Crystal Reports und automatisches Versenden von Berichten über Crystal Report Mailer. Es besteht die Möglichkeit, Zeiterfassungsgeräte zur automatisierten Zeiterfassung zu verbinden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1214	Zeiterfassung	Zeiterfassungsgeräte zur Unterstützung der KLR
1359	Crystal Report Mailer	Automatisches Versenden von Berichten
1214	Crystal Report	Erstellen von Berichten

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Steuerung des Ressourceneinsatzes der Landespolizei	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
AZM	1214	Automatisierung der Zeitwirtschaft, einschl. automatisierter Datenabflüsse (z. B. FVA)	01.01.2013 - 31.12.2019
DWH	1362	Aufbau eines Führungsinformationssystems, einschl. automatisierter Datenübermittlung mit CR-Mailer	01.01.2013 - 31.12.2019
AZM	1214	Sicherstellung der automatisierten Personaleinsatzplanung	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	256,7	298,7	295,3	295,3	295,3	295,3
53356	Sonstige Kosten	0,0	50,0	102,0	102,0	102,0	102,0
	Summe	256,7	348,7	397,3	397,3	397,3	397,3

ITM 2107030000

Bezeichnung Betrieb Sicherheitsinfrastruktur für Internet-Zugang vom Polizei-LSK-Arbeitsplatz

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Betrieb und Pflege der WTS-Infrastruktur für sicheren Internetverkehr.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1223	Betrieb der Serverfarm und Sicherheitsinfrastruktur Internet/AZM	

1225	Internet	Gewährleistung des Internetzugangs "workshop-data.com" für die Werkstattbereiche der LaPo
1390	V-Track	Vesel-monitoring-system der Fischereiaufsicht
	LEERS	„EBAY“ Law Enforcement Request System
1223	WTS	Windows Terminal Service

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Erfüllung der Sicherheitsanforderungen zur Nutzung des Internets im INPOL-Umfeld	01.01.2014 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
V-Track	1390	Zugriff auf Vessel-Tracking Monitoring der Küstenfischerei für WSP	01.01.2012 - 31.12.2019
Internet	1225	Gewährleistung des Internetzugangs "News Aktuell" für Pressesprecher LaPo	01.01.2012 - 31.12.2019
Internet	1225	Aufrechterhaltung des Internets-Angebotes mit den derzeitigen Sicherheitsniveau	01.01.2012 - 31.12.2019
Internet	1225	Gewährleistung des Internetzugangs "workshop-data.com" für die Werkstattbereiche der LaPo	01.10.2013 - 31.12.2019
LEERS	1	Zugriff auf LEERS	01.02.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	213,1	308,7	290,0	300,0	300,0	300,0
	Summe	213,1	308,7	290,0	300,0	300,0	300,0

ITM 2110030000

Bezeichnung EXTRAPOL

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Extrapol ist die gemeinsame Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit der gemeinsamen Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder	01.01.2012 - 31.12. 2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Extrapol	1228	Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes	01.01.2012 - 31.12. 2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
63206	Verträge	25,0	29,0	25,0	25,0	25,0	25,0
63206	Sonstige Kosten	34,0	9,0	6,0	6,0	6,0	6,0
	Summe	59,0	38,0	31,0	31,0	31,0	31,0

ITM 2111030000

Bezeichnung Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Die IT Beweissicherung und Auswertung bei der Landespolizei Schleswig-Holstein im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen, so wie bei OWI Verfahren und zur Gefahrenabwehr wird mit Hilfe von IT-Gerät durchgeführt. Die hiermit betrauten Dienststellen sind die ITB (IT Beweissicherungsgruppengruppe) im LKA, die r-ITB'en bei den Bezirkskriminalinspektionen und die Sachbearbeitenden Dienststellen. Es wurde in 2005 im LKA eine spezielle Dienststelle zur Bekämpfung der IuK-Kriminalität im engeren Sinne eingerichtet. Ab 01.02.2014 wird im LKA das Projekt "Cybercrime" eingerichtet.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1367	Internetrecherche	Internetrecherche bei den Kriminaldienststellen
1229	IT-Besi	IT-Beweissicherung

1362	Auswertung	der Daten der gesicherten Beweise bei den Kriminalpolizeidienststellen, Wasserschutzpolizei und bei den Schutzpolizeidienststellen
1271	Schulung	Schulung für IT-Beweissicherung
	IDEA	Buchhaltungsauswertesoftware
	Cybercrime	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1229	anlassbezogene Sicherung und Auswertung von mit IT-Geräten erzeugten Daten zur beweisssicheren Dokumentation für die Staatsanwaltschaften.	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
IT-Besi	1229	Anpassung an technologischen Weiterentwicklungen zur Auswertung von Daten im Rahmen der IT-Beweissicherung	01.01.2013 - 31.12.2019
Auswertung	1362	Ausbau der Auswertemöglichkeiten im Bereich der mobilen Geräte (z. B. Smart Phone) nach dem aktuellen technologischen Stand	01.01.2013 - 31.12.2019
IT-Besi	1229	Optimierung bei der Erledigung von Fachaufgaben mit IT-Unterstützung im Bereich der IT-Beweissicherung	01.01.2013 - 31.12.2019
Schulung	1271	Mitarbeiterqualifizierung	01.01.2014 - 31.12.2019
IT-Besi	1229	Ausbau der Beweissicherungs- u. Auswertemöglichkeiten der Beweissicherungstrupps (geschl. Einheiten) nach dem aktuellen technologischen Stand	01.01.2015 - 31.12.2019
Auswertung	1362	Ausbau der Auswertemöglichkeiten der K + S - Dienststellen nach dem aktuellen technologischen Stand	01.01.2015 - 31.12.2019
Auswertung	1362	Ausbau der Internetrecherche der S-Dienststellen nach dem aktuellen technologischen Stand	01.01.2015 - 31.12.2019
IT-Besi	1229	Ergänzung, Optimierung der Ausstattung der ITB'n	01.01.2015 - 31.12.2019
Cybercrime	1	Ausbau, Ergänzung u. Optimierung der Ausstattung bei den Cybercrime Ermittlungsdienststellen bei den BKI'n	01.01.2016 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	180,8	436,0	343,8	331,2	333,8	333,8
53356	Sonstige Kosten	36,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0

81246	Sonstige Kosten	0,0	642,9	1.080,0	890,0	700,0	700,0
81246	Beschaffung	577,8	467,0	467,0	467,0	467,0	467,0
	Summe	796,6	1.562,9	1.907,8	1.705,2	1.517,8	1.517,8

ITM 2112030000

Bezeichnung Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Planen der Netzinfrastruktur; Bereitstellen, sicheres Betreiben nach BSI-Standards und Überwachen der Netzinfrastruktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein; Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau / Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation über die Netze (ohne Flex Port).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung des Steuerungskreislaufs (Planen, Betreiben, Steuern) der Netzinfrastruktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Netzinfrastruktur	1230	Ausstattung neu bezogener Dienstgebäude	01.01.2013 - 31.12.2019
Netzinfrastruktur	1230	DSL/Sondernetze einrichten	01.01.2013 - 31.12.2019
Netzinfrastruktur	1230	Firewall implementieren (Sichere Netzübergänge, einschl. RLS, Silan Dataport)	01.01.2013 - 31.12.2019
Netzinfrastruktur	1230	Optimierung des Netzwerkmanagements (Toolunterstützung und Dokumentation)	01.01.2013 - 31.12.2019
FlexPort	1299	Umstellung aller Polizeistandorte auf FlexPort	01.01.2014 - 31.12.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	49,8	49,8	44,8	44,8	44,8	44,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	516,0	516,0	516,0	516,0	516,0
63206	Verträge	11,0	2,7	5,1	3,8	3,8	3,8
81246	Beschaffung	0,0	14,4	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	60,8	582,9	565,9	564,6	564,6	564,6

ITM 2113030000

Bezeichnung Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fachanwendung zur qualitätsgesicherten IT-Unterstützung für die medizinischen Bereiche der Landespolizei.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung einer effektiven Arbeitsfähigkeit für Beschäftigte im medizinischen Bereich	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Arztsoftware	1231	Pflege der Software für den betriebsärztlichen Bereich	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	8,8	8,8	9,0	9,1	9,1	9,1
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	250,0	250,0	250,0	250,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	60,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	8,8	68,8	259,0	259,1	259,1	259,1

ITM 2114030000

Bezeichnung E-Post 810 bei der LaPo SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv
Art IT-Verfahren
Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Landesweiter Betrieb des gesicherten formellen Kommunikationssystems E-Post 810 im Rahmen der bundesweiten Umstellung (Bund, Zoll, BGS und alle Bundesländer). Hierbei wurde auch das „alte Fernschreib-Sondernetz“ abgelöst. Es wird die bestehende LSK Infrastruktur für den Betrieb des Verfahrens genutzt. Die Anbindung an die anderen Bundesländer läuft über das CNP/OND. Das Verfahren E-Post ist ein Hochverfügbarkeitsverfahren und erfordert eine Verfügbarkeit von 24/7.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung der Teilnahme an der gesicherten formellen Kommunikation 24 / 7 / 365	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
63206	Verträge	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7
	Summe	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5

ITM 2115020000

Bezeichnung Beschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei
Ressort / Dst. MILI I / LPA SH
Status aktiv
Art Beschaffung
Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sinn dieser Maßnahme ist es, auf geplante und nicht planbare Anforderungen in der Landespolizei schnell reagieren zu können. Hierzu zählen etwa die Anforderung von Heimarbeitsplätzen, zusätzliche Ausstattung aufgrund von Umorganisation, geänderter Aufgaben oder ärztlichem Attest, zusätzlicher Softwarelizenzen außerhalb des EA-Vertrages, Ausstattung von Projekten und Arbeitsgruppen, die Unterstützung von besonderen Einsatzlagen.

Sicherstellung des Betriebes der IT-Infrastruktur durch Reinvestition von Hard- und Software einschl. Unterstützungsleistungen von Dataport bei der Durchführung von Reinvestitionsmaßnahmen. Realisierung von Ersatzbeschaffungen für defekte Geräte.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung und Erhöhung der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur als Trägersystem für die Fachanwendungen der Landespolizei	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Ausstattung von Heimarbeitsplätzen	01-01-2018 - 31.12.2019
3	zusätzl. Ausstattung auf Grund von Umorganisationen und/oder geänderten Aufgaben	01.01.2018 - 31.12.2019
4	Ausstattung auf Grund von ärztlichen Attesten	01.01.2018 - 31.12.2019
5	zusätzliche Software außerhalb vom EA-Vertrag	01.01.2018 - 31.12.2019
6	Ausstattung von Projekten und Arbeitsgruppen mit Hard-und Software	01.01.2018 - 31.12.2019
7	Unterstützung von besonderen Einsatzlagen (z.B. BAO)	01.01.2018 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Ersatzbeschaffung	1233	Dienststellenorientierte Beschaffung abgeschriebener Geräte (ca.1100 AP und 60 Server pro Jahr)	01.01.2014 - 31.12.2019
Ersatzbeschaffung	1233	Dienststellenorientierte und aufgabenspezifische Beschaffung abgeschriebener Geräte u.a. IT-Besi (ca. 150 AP pro Jahr)	01.01.2014 - 31.12.2019
Ersatzbeschaffung	1233	Dienstleistungen im Rahmen der Reinvestitionen	01.01.2014 - 31.12.2019
Ersatzbeschaffung	1233	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes durch Austausch defekter Geräte	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	20,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
53356	Verträge	588,5	738,5	1.583,3	32,0	32,0	32,0
53356	Sonstige Kosten	27,0	30,6	31,0	411,0	411,0	411,0
81246	Sonstige Kosten	356,8	199,7	480,3	260,3	260,3	260,3
81246	Beschaffung	776,8	76,5	1.468,0	1.468,0	1.468,0	1.468,0
	Summe	1.769,1	1.080,3	3.597,6	2.206,3	2.206,3	2.206,3

ITM 2116030000

Bezeichnung InfReg

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fachanwendung zur Abfrage von Kundendaten bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (vormals RegTP) und von Verkehrsdaten bei den Telekommunikationsanbietern. Im Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung kann es erforderlich sein, Fernmeldeanschlussinhaber festzustellen oder für namentlich bekannte Personen die zugeteilten Rufnummern zu ermitteln bzw. Verkehrsdaten festzustellen. Aufgrund von Vorgaben durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sind solche Auskunftersuchen bzw. Verkehrsdatenabfragen zur Feststellung oben genannter Daten standardmäßig mittels eines elektronischen Datenaustausches durchzuführen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1234	InfReg90	FA zur Abfrage von Kundendaten bei der BNetzA
1234	InfReg100	Integrierte Lösung zum polizeilichen Auskunftersuchen ggü. Telekommunikationsdienstleistungen (Verbindungs- und Verkehrsdaten § 100 g StPO) ESB/ETSI (Elektronische Schnittstelle Behörden)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Betriebsbereitschaft gegenüber Bundesnetzagentur 24/7/365 binnen einer Stunde im Rahmen von Bestandsdaten	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Sicherstellung der Umsetzung richterlicher Beschlüsse im Bereich der Verkehrsdaten mittels elektronischer Schnittstelle	01.06.2015 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	214,0	224,0	224,0	186,8	186,8	186,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	141,2	112,2	112,2	112,2	112,2
81246	Sonstige Kosten	30,0	45,0	5,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	244,0	410,2	341,2	299,0	299,0	299,0

ITM 2134030000

Bezeichnung Kampfmittelinformationssystem

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Der Kampfmittelräumdienst Schleswig-Holstein (KRD S-H) ist gem. § 1 Abs. 1 Kampfmittelverordnung S-H für die Abwehr von Gefahren zuständig, welche von Kampfmitteln ausgehen. Die Gefahrenabwehr setzt die Gefahrenerkundung voraus. Das zu implementierende Kampfmittelinformationssystem (KIS) soll eine Gefahrenerkundung auf Basis eines größtmöglichen Datensatzes sicherstellen. Wesentlicher Bestandteil dieses Datensatzes sind alliierte Kriegsflutbilder, aber auch sonstige zu erhebende, historische Daten (Luftschutzpolizeiberichte, Fundmunitionsmeldungen u.ä.).

Das KIS soll die Gesamtheit der notwendigen Arbeitsschritte zur Gefahrenerkundung beim KRD S-H abbilden und eine damit verbundene Antragsverwaltung, Auftragsbearbeitung und Rechnungsstellung beinhalten. Durch Implementierung des KIS ist im Ergebnis eine effizientere, wirtschaftlichere und qualitativ hochwertigere Aufgabenwahrnehmung des KRD S-H möglich.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1411	Kampfmittelinformationssystem	ganzheitliche Informationserfassung zur Kampfmittelbelastung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1258	Befreiung von Kriegsalllasten aus dem 2. Weltkrieg für das Land SH	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
KIS	1411	Aufbau einer digitalen Schnittstelle zwischen Luftbildauswerteeinheit und Statusdatenbank (Sondierungsstatus)	01.01.2014 - 31.12.2019
KIS	1411	ständige Weiterentwicklung des Kampfmittelinformationssystems Land- und Seeseitig	01.01.2014 - 31.12.2019
KIS	1411	Aufbau eines integrierten Geodatenbankmanagementsystems	01.10.2013 - 31.12.2019
KIS	1411	Georeferenzierung alliierter Kriegsflutbilder	01.01.2014 - 31.12.2019
KIS	1411	Integration seeseitiger Daten in das Geodatenbankmanagementsystems	01.01.2014 - 31.12.2019
KIS	1411	Integration von Archivdaten in das Geodatenbankmanagementsystems	01.01.2014 - 31.12.2019
KIS	1411	Migration von Daten auf die zentrale Ablage	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
53356	Sonstige Kosten	1.209,3	832,2	418,2	296,2	296,2	296,2
	Summe	1.236,3	859,2	445,2	323,2	323,2	323,2

ITM 2136010000

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung und Fortführung des Betriebes für den Bereich der Landespolizei SH

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1217	Fachliches Consulting	
1217	Betrieb Standardarbeitsplatz (inkl. Testlabor)	
1217	Callcenter	
1217	LCL-Prüftool	Prüfen von neuen Locations zur Integration in den Datenbestand
1217	Datenbank Gefahrgut	
1217	Gefahrgut Management System	
	IKOL-FS	Dieses Verfahren wird unter Anbindung an das Kraftfahrt Bundesamt IT-gestützt im Online-Verbund betrieben (IKOL-FS)
1241	TIC	LMS SH Verkehrswarndienst

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes und Versorgung der PD'en mit Papier und Toner etc.	01.01.2012 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Standardarbeitsplatz	1217	Sicherstellung eines sicheren und verfügbaren Betriebes zu den vereinbarten Service Levels	01.01.2012 - 31.12.2019
IT-Aus- und Fortbildung	1271	Sicherstellung der Mitarbeiterqualifikation	01.01.2012 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51143	Sonstige Kosten	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0
51803	Sonstige Kosten	0,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
52537	Sonstige Kosten	10,0	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0
52706	Sonstige Kosten	30,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	838,8	264,5	582,9	590,4	590,4	590,4
53356	Sonstige Kosten	5,5	46,5	74,8	74,8	74,8	74,8
	Summe	1.385,3	836,0	1.192,7	1.200,2	1.200,2	1.200,2

ITM 2348030000

Bezeichnung OWI-Interaktiv

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Verfahren Dataport.OWI arbeitet gegenwärtig nur auf Sachbearbeiter- und Drittverfahrensebene elektronisch. Eine Einbindung der Betroffenen in den elektronischen Informationsfluss ist nicht realisiert. Diese Möglichkeit soll mit Einführung eines Internet-basierten Zugangs geschaffen werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1303	eAnhörung	Einbindung in das Landesportal wird erforderlich
	OWI 21	VBS für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1211	Bereitstellung und Betrieb einer Online-Anhörung	01.10.2016 - 31.12.2020

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
OWI-Interaktiv	1211	Konzeptionierung einer internetgestützten Lösung	01.10.2016 - 31.12.2017
OnlineAnhörung	1303	Konzeptionierung der Internet gestützten Lösung	01.10.2016 - 31.03.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	39,3	36,1	36,1	36,1	36,1
53356	Sonstige Kosten	0,0	268,6	107,0	107,0	107,0	107,0
	Summe	0,0	307,9	143,1	143,1	143,1	143,1

ITM 2350030000

Bezeichnung xPolizei Standardisierung

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das gesamte Vorhaben „xPolizei“ als fachspezifische Standardisierung in der öffentlichen Verwaltung (xÖV-Koordination) ist modular aufgebaut, es umfasst sowohl fachliche, technische als auch organisatorische Aspekte, die z. T. als Empfehlungen und z. T. als verbindliche Standards eine Grundlage für die weitere Entwicklung des Informationsaustauschs der deutschen Polizeibehörden bilden.

Module von xPolizei:

Informationsmodell Polizei (IMP); fachlicher Bereich mit den hierfür beschriebenen Praxisfällen.

xPolizei Austauschformat: der technische Bereich beinhaltet primär den „eXchange Standard Polizei“ (XSP) sowie Empfehlungen und Best-Practice Erfahrungen bzgl. der Schnittstellen.

xPolizei Framework: Der organisatorische Bereich des „Framework xPolizei“ bezieht sich sowohl auf die Pflege und Weiterentwicklung der fachlichen und technischen Komponenten in der Regelorganisation der Lokalen Informationsmodell-Redaktion (LIK-SH) als auch auf die Anwendung der fachlichen und technischen Vorgaben in konkreten Umsetzungs-Projekten, wie z.B. xPolizeiPIAV.

Der Standard xPolizei und die damit verbundenen Projekte leisten mit den Schwerpunkten der Geschäfts-, Informations- und Datenarchitektur einen bedeutenden Beitrag zu einer einheitlichen IT-Architektur innerhalb der Deutschen Polizei.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1393	xPolizei	Hier beteiligt sich die LaPo an der Fortentwicklung der XPolizei-Standards, der Anpassung vorhandener Austauschformate und Kataloge bestehender SH-interner Polizeiverfahren sowie an Konzeptarbeiten im organisatorischen "Framework xPolizei". Aufwände für die Gremienarbeit und Teilnahme an Bundes-AGs durch MA der Lokalen Informationsmodell Koordinierungsstelle (LIK-SH). Aufwände von Mitarbeiter der LaPo in verschiedenen Bundesarbeitsgruppen (EG Praxisfälle, EG XSP, EG Kataloge, u.a.) Auch Aufwende in dem PIAV unterstützenden xPolizei PIAV Projekt (Bund)
1	xPolizei-Umsetzungsprojekt PIAV-SH	Beteiligung des Landes SH an der Anbindung am ersten auf xPolizei basierenden Umsetzungsprojekt PIAV-O (operativ)-Zentral durch eigenes Umsetzungsprojekt in SH zur Anbindung der Landessysteme an PIAV-O (operativ)-Zentral

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Standardisierung im xÖV Kontext	01.01.2014 - 31.12.2018

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
xPolizei	1393	Begleitung der xPolizei konformen Erstellung der Schnittstellen von Landessystemen für Verbundanwendungen wie z.B. PIAV Zentral durch LIK-SH Tätigkeit	01.01.2013 - 31.12.2018
xPolizei Umsetzungsprojekt PIAV SH	2	Projekt zur Erarbeitung der landesseitigen Lösung zur Anbindung der Landesverfahren an das xPolizei-Umsetzungsprojekt PIAV-Operativ-Zentral (Zentralsystem; beim BKA), insbes. Realisierung des ersten Piloten (Datei W/SprenG)	01.08.2013 - 31.12.2020

xPolizei	1393	Kostenanteil für die zentrale EG Kataloge zur Anpassung xPolizei konformen Anpassung von Katalogen (gem AK II Beschluss vom Okt.2012) gem. Königsteiner Schlüssel	01.01.2013 - 30.06.2014
xPolizei	1393	Abschluss einer VwVereinbarung (ÜMG)	01.01.2014 - 31.12.2014
xPolizei	1393	Weiterentwicklungsbedarf für IMP und XSP identifizieren	01.01.2013 - 31.12.2018
xPolizei	1393	Umsetzung der angenommenen Anforderungen in das IMP und den XSP	01.01.2013 - 31.12.2018
xPolizei	1393	die in anderen Projekten des PIAV-Programms definierten und abgestimmten Anforderungen in den Anforderungsprozess von xPolizei einbringen und mit den übrigen INPOL-Teilnehmern im xPolizei-Anforderungsprozess abstimmen	01.01.2013 - 31.12.2018
xPolizei	1393	die neuen Versionen bzw. Kandidaten der Standards bereitstellen und bei den zuständigen Gremien (AG Kripo für IMP und UA IuK für XSP) zur Zustimmung vorlegen	01.01.2013 - 31.12.2018
xPolizei	1393	Teilnahme an Gremiensitzungen und Datenkonferenzen	01.01.2013 - 31.12.2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52706	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53503	Sonstige Kosten	0,0	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0
63206	Verträge	20,6	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
	Summe	25,6	27,3	26,0	26,0	26,0	26,0

ITM 2351030000

Bezeichnung BAO - Lagen

Ressort / Dst. MIL I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

IT-Services zur Unterstützung polizeilicher Geschäftsprozesse im Fall von Sonderlagen im Rahmen einer BAO (Besondere Aufbau Organisation). Insbesondere Softwarelösungen und Dienstleistungen für Services in Infrastrukturmgebungen

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	GSL. net	Modulare Software zur Unterstützung von Personenauskunftsstellen in Falle von Großschadensereignissen und weiteren Funktionalitäten wie Verletztenregistrierung, Leichenidentifizierung, Asservatenauswertung und Massendatenabgleich mit dem Bundeskriminalamt
1407	EPSweb3.x	webbasiertes Einsatz-Protokoll-System

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit	01.01.2014 - 31.12.2018
2	Sicherstellung der Kommunikation der Länderpolizeien auf Bundesebene im Falle besonderer Lagen	01.01.2014 - 31.12.2018

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
GSL.net	1	Sicherstellung der Funktionsfähigkeit länderübergreifender Personenauskunftsstellen	01.01.2014 - 31.12.2018
EPSWeb	2	Sicherstellung der Kommunikation der Spezialeinheiten auf Bundesebene	01.01.2014 - 31.12.2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	617,4	636,0	641,0	641,0	641,0	641,0
63206	Verträge	32,5	33,5	33,5	33,5	33,5	33,5
63206	Sonstige Kosten	0,0	25,0	25,0	15,0	0,0	0,0
	Summe	649,9	694,5	699,5	689,5	674,5	674,5

ITM 2485030000

Bezeichnung Cybercrime

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Mit dem Übereinkommen der „Cybercrime Convention des Europarates“, das 2009 auch in Deutschland in Kraft trat, ist der Begriff „Cybercrime“ international einheitlich definiert. Die durch die Kommission Kriminalitätsbekämpfung am 25./26.11.2011 eingerichtete Bund-Länder-Projektgruppe zur zukunftsfähigen Bestimmung des Begriffs „Cybercrime“ erarbeitete dazu folgende gültige Definition:

Unter die Begriffsdefinition Cybercrime fallen die Straftaten, die sich gegen das Internet, weitere Datennetze, informationstechnische Systeme oder deren Daten richten. Cybercrime umfasst auch Straftaten, die mittels dieser Informationstechnik begangen werden. Qualifizierte Delikte der Cybercrime sind Delikte, bei denen die Elemente der IT in den Tatbestandsmerkmalen enthalten sind und bei denen für die Sachbearbeitung eine spezielle informationstechnische Qualifikation erforderlich ist (AG Cybercrime).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Bild- und Videomas-sendaten	Zugriff auf die Datenhaltung des BKA für gesicherten Austausch
2	Zusammenarbeit Cybercrime-Verbund Nord	Länderübergreifende Zusammenarbeit über Groupware
3	Kooperation Fachhochschule Kiel	Unterstützung von Master- und Bachelor-Arbeiten
4	Unterrichtsstätten Cybercrime	Ergänzung der Unterrichtsstätten mit aktuellen, den polizeilichen Unterrichtsthemen angepassten IT-Komponenten

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Unterrichtsstätten Cybercrime	4	Situative Anpassung der für die Schulungen bereitstehenden Technik an die polizeiliche Lage/Ermittlungssituation	01.01.2016 - 31.12.2020

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
63102	Verträge	0,0	38,5	38,5	38,5	38,5	38,5
63206	Verträge	105,0	330,0	300,0	300,0	300,0	300,0
81246	Beschaffung	0,0	112,1	1,5	1,5	1,5	1,5
	Summe	105,0	482,6	342,0	342,0	342,0	342,0

ITM 2487030000

Bezeichnung IT für Polizeiausbildung, Fortbildung und die Bereitschaftspolizei

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Diese Maßnahme dient der technischen Unterstützung für Stabs-, Ausbildungs-, Fortbildungs- und Bereitschaftspolizei-Aufgaben der "Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein (PD

AFB)".

Die PD AFB ist der zentrale Aus- und Fortbildungsträger der Landespolizei. Zudem gewährleistet sie die organisatorische-, technische- und taktische Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizei des Landes. Außerdem ist bei der PD AFB die Polizeiseelsorge, der polizeipsychologische Dienst, die Werbe- und Einstellungsstelle und ein polizeiärztlicher Dienst (Schwerpunkt Bewerberauswahl) angebunden. Für diese speziellen Aufgaben ist Technik für Schulverwaltung und Stundenplanung, Medienerstellung und Medienbereitstellung, Präsentation, IT-Schülerarbeitsplätze, IT-Lehrerarbeitsplätze, Systemgewährleistung der Lehrsäle (Betrieb), Logistik, BPA Einsatzbewältigung sowie als pädagogisch-didaktische Hilfsmittel unentbehrlich. Hervorzuheben ist, dass in einigen IT-Lehrsälen jede polizeilich denkbare Täter- und Opferumgebung abgebildet werden muss, um praktische Ermittlungsarbeit, insbesondere mit Cybercrimebezug schulen zu können. Zur Nutzung von online-Lernangeboten, zur Informationsgewinnung und für Downloads sind zudem in speziellen Räumen offene Internetzugriffe für Lehrer- wie auch für Schüler erforderlich.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Medien	Unterstützung der Lehr- und Lernprozesse durch zeitgerechte, IT-gestützte Lehr- und Lerntechnik und alternative Schulungsmodelle i.S. "Bildung 4.0"
2	Steuerungs-/Stabsaufgaben der Fachbehörde	Unterstützung der aufgabenspezifischen Administrations- und Steuerungsprozesse der Fachbehörde
3	IT-Einsatztechnik PD AFB	Unterstützung der Einsatzaufgaben für die Bereitschaftspolizeieinsätze mit IT-Sondertechnik

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zentralisierung von administrativen Tätigkeiten in Bezug auf Personal sparenden Einsatz von Fachlehrern	01.01.2015 - 31.12.2019
2	Controlling der Lehrverpflichtung der Fachlehrerschaft	01.01.2015 - 31.12.2019
3	Personalsteuerung	01.01.2015 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Medien	1	Bereitstellung zeitgerechter Lehr- und Lernmedien, Realisierung alternativer Schulungskonzepte i.S.v. "Bildung 4.0"	01.01.2016 - 31.12.2020
Steuerungs-/Stabsaufgaben der Fachbehörde	2	Gewährleistung der Administration und Steuerung der fachbehördlichen Prozesse	01.01.2016 - 31.12.2020

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	11,5	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	45,2	30,8	29,4	29,3	29,3	29,3

53356	Sonstige Kosten	52,7	48,0	56,2	47,2	47,2	47,2
81246	Beschaffung	170,1	274,3	414,4	0,0	0,0	0,0
	Summe	268,0	364,6	500,0	76,5	76,5	76,5

ITM 2521030000

Bezeichnung Aufgabenverlagerung LaPo (Betrieb)

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Betrieb von ehemals bei der Landespolizei durchgeführter IT-Betrieblicher Leistungen durch den Landesdienstleister Dataport

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Betrieb Polizei Netze; Kommunikation und IuK-Servicewerkstätten	
2	Betreuung Polizeilicher IT-Arbeitsplätze im und außerhalb des Landesstandards	
3	IT-Support LaPo vor Betriebsverlagerung	temporäre Unterstützung der personell geschwächten IT-Bereiche der LaPo, die in 2017 zur Verlagerung anstehen
4	Koordination des Veränderungsmanagements Standardisierung	Beauftragung von Dataport mit der Koordinierung des Veränderungsmanagements nach Betriebsübergang von der Konsolidierung zur weiteren Standardisierung der betrieblichen Aufgaben für die Polizei IT
5	Supportleitungen durch Dataport Servicebüro	Wegen derzeit fehlender Fachkompetenzen im Bereich LaPo soll das Servicebüro temporär das IT-Anforderungsmanagement übernehmen und die LaPo bei der Definition von Anforderungen an IT-Systeme und -Services unterstützen. u.a. <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung der Anforderungsanalyse • Prüfen von Anforderungen auf Vollständigkeit und auf Kompatibilität mit den Geschäftsprozessen • Moderation und Leitung von Workshops zur Anforderungsanalyse • Erarbeitung und Erstellung der notwendigen Spezifikationsdokumente (z.B. Lastenheft, Leistungsbeschreibung) gemäß Konzeptpapier „Anforderungsmanagement ZIT“

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung des Betriebes polizeilicher Netzinfrastrukturen - LAN	1.9.2016

2	Wahrnehmung des Managements für polizeiliche DSL- und Mobilfunkanschlüsse	1.9.2016
3	Betrieb der IuK-Servicewerkstätten (KI-HL-FL und IZ) der Polizei	1.1.2017
4	Gewährleistung des Betriebes und Support polizeilicher IT-Standard- und Sonderarbeitsplätze	1.4.2017
5	Unterstützung der IT-Fachaufgaben methodisches Anforderungsmanagement für die LaPo	31.12.18

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	6.575,0	6.906,1	6.622,1	6.622,1	6.622,1	6.622,1
	Summe	6.575,0	6.906,1	6.622,1	6.622,1	6.622,1	6.622,1

ITM 2559030000

Bezeichnung Einsatztrainingssoftware

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Landeseinheitliche IT-Anwendung zur Planung, Dokumentation und Auswertung des Einsatztrainings der Landespolizei SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	landeseinheitliche IT-Anwendung zur Planung, Dokumentation und Auswertung des Einsatztrainings der Landespolizei SH	01.08.2017-31.12.2021

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,8	150,0	35,0	35,0	35,0	35,0
	Summe	0,8	150,0	35,0	35,0	35,0	35,0

ITM 2560030000

Bezeichnung Verfahren zur IT gestützten Waffen- und Geräteverwaltung

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zentrale Bestandsführung für Waffen und Geräte beim Landespolizeiamt. Durch eine zentrale IT gestützte Datenbankanwendung im LSK soll den Vorgaben des § 73 LHO entsprochen und ein maximaler logistischer Service für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten (PVB) des Landes Schleswig-Holstein ermöglicht werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Einführung einer sicheren, modernen, IT basierten, möglichst beleglosen Geräteverwaltung, die den Haushaltsvorgaben genügt und Arbeitsabläufe verschlankt.	01.01.2018 - 31.12.2021

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	20,0	100,0	50,0	50,0	50,0
	Summe	0,0	20,0	100,0	50,0	50,0	50,0

ITM 2565030000

Bezeichnung AdCo Fuhrparkmanagement Administration und Controlling LaPo

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung aktiv

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
63206	Sonstige Kosten	0,0	0,0	154,0	154,0	154,0	18,0
	Summe	0,0	0,0	154,0	154,0	154,0	18,0

ITM 2577030000

Bezeichnung GDI / GIS Polizei

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufbau, Weiterentwicklung und Pflege der Geodateninfrastruktur und der Geoinformationssysteme der Landespolizei.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Weiterentwicklung zur Geovisualisierung von Daten	01.01.2013-31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	284,2	247,7	244,7	244,7	244,7
53356	Sonstige Kosten	0,0	31,4	31,4	31,4	31,4	31,4
	Summe	0,0	315,6	279,1	276,1	276,1	276,1

ITM 2104030000

Bezeichnung MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung

Ressort / Dst. MILI I / LKA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Bei Merlin handelt es sich um das zentrale Fallbearbeitungssystem der Kriminalpolizei. Es ist in der Lage, hochkomplexe Lebenssachverhalte abzubilden, auszuwerten und beliebige Beziehungen zwischen Personen, Objekten und Institutionen aufzuzeigen. Weiterhin wird über diese Anwendung die gesamte Überwachung der Sprach- und SMS-Kommunikation abgewickelt. Merlin ist unter jeweils landesspezifischen Bezeichnungen in bisher 11 Bundesländern eingeführt, bzw. in der Beschaffung, darüber hinaus wird es im BKA, bei der Bundespolizei und für einige Bereiche auch beim Zoll eingesetzt. Die fachliche Weiterentwicklung wird über die Interessengemeinschaft Fall und Analyse vorangetrieben, in der alle Länder/Bundesbehörden vertreten sind.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1358	Geoinformationssysteme	Geovisualisierung von Daten in Fachanwendungen
1212	Merlin	
1212	Koyote	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung einer gerichtsfesten IT-Unterstützung bei der Bearbeitung und Dokumentation komplexer und spurenintensiver Ermittlungsverfahren	01.01.2012 - 31.12.2019
2	Standardisierung von Arbeitsplätzen im Bereich der Ermittlungsunterstützung	01.01.2012 - 31.12.2019
3	Gewährleistung der Informationsbereitstellung im Anschlagsfall (Verarbeitung, Weiterleitung an Datenverbund)	01.01.2012 - 31.12.2019
4	Gewährleistung der Telekommunikationsüberwachung	01.01.2012 - 31.12.2019
5	Gewährleistung des Anschlusses an das Pilotverfahren "Waffen- und Sprengstoffkriminalität" von PIAV	01.01.2015 - 01.05.2016
6	Gewährleistung des Anschlusses an das Produktivverfahren PIAV	01.01.2017 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Merlin	1212	Umsetzung der IMP-Kompatibilität	01.01.2012 - 31.12.2015
Merlin	1212	Ausweitung der Nutzung der BLDS auf andere INPOL-Fall-Anwendungen	01.01.2012 - 31.12.2016
Merlin	1212	Anschluss von MERLIN an die INPOL-Fall-Nachfolgelösung (PIAV)	01.01.2012 - 31.12.2017
Merlin	1212	Realisierung der Anbindung an PIAV	01.01.2013 - 01.05.2016
Merlin	1212	Einstieg in die Integration der Internetüberwachung in MERLIN	01.01.2016 - 31.12.2016
Merlin	1212	Anpassung von MERLIN an den Phänomenbereich Internetkriminalität	01.01.2016 - 31.12.2016
Merlin	1212	Erfassung nicht strukturierter Daten in MERLIN (speziell bei der Internetüberwachung fallen große Datenmengen an, die nur über automatische Verarbeitung im Zusammenhang mit Text-Mining erschlossen werden können)	01.07.2016 - 31.12.2017
Merlin	1212	Integration biometrischer Lösung in MERLIN	01.07.2016 - 31.12.2017
Merlin	1212	Endausbau der Integration der Internetüberwachung in MERLIN	01.01.2017 - 31.12.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	588,0	655,7	671,0	671,0	671,0	671,0

53356	Sonstige Kosten	84,1	209,5	71,0	591,0	591,0	591,0
81246	Sonstige Kosten	416,5	184,3	165,8	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	9,0	25,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.088,6	1.058,5	932,8	1.262,0	1.262,0	1.262,0

ITM 2337030000

Bezeichnung Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten

Ressort / Dst. MILI I / LKA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Mit der IT-Maßnahme sollen zeitnah die Datenbestände des Landes, insbesondere die im Vorgangsbearbeitungssystem @rtus vorhandenen Daten, mit zielgruppenorientierten professionellen Tools einer strategischen und operativen Auswertung zugänglich gemacht werden.

Die Datenbankarchitektur sowie die verwendeten Werkzeuge sollen

- flexibel und anwendergerecht,
- umfassend analysegeeignet,
- effizient,
- entwicklungs- und damit zukunftsfähig sein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1206	PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
1362	InfoZoom	Auswertetool für PKS etc.
1358	Geoinformationssystem	
1362	BI-Tool	Business Intelligence Tool
1362	Data Warehouse	
1362	@rtus-Recherche	Recherche für VBS-Daten
	ELDIS - Einsatzleitstellen-Informationssystem	geplante Schnittstelle zu @rtus-Auswertung (DWH)
10	Verkehrsunfallauswertung	Geografische Darstellung (Steckkarte) der Unfallschwerpunkte etc.
1248	Geodateninfrastruktur	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Die IT-Lösung zur Auswertung und Analyse dient zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung in Schleswig-Holstein. Sie soll die Wahrnehmung der Verpflichtung auf Bundesebene, insbesondere die nach dem Bundeskriminalamtsgesetz erleichtern.	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
@rtus-Recherche	1362	Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit für operative Auswertungen	01.01.2013 - 31.12.2019
DWH	1362	Weiterer Ausbau eines DWH für strategische Auswertungen (u. a. Führungsinformationen)	01.01.2013 - 31.12.2019
BI-Tool	1362	Weiterentwicklung des Berichtswesens und der Analysemöglichkeiten	01.01.2012 - 31.12.2019
VU	10	VU-Auswerteprodukte auf Basis des BI-Tool und GIS pflegen und weiterentwickeln	01.01.2013 - 31.12.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	1.117,3	822,5	797,3	798,3	799,3	799,3
53356	Sonstige Kosten	36,0	17,8	17,8	17,8	17,8	17,8
81246	Beschaffung	26,9	18,9	6,0	6,0	0,0	0,0
	Summe	1.180,2	859,2	821,1	822,1	817,1	817,1

ITM 2346030000

Bezeichnung KT-Akkreditierungsverfahren**Ressort / Dst.** MILI I / LKA SH**Status** aktiv**Art** IT-Verfahren**Klassifizierung** Fachanwendungen**Beschreibung**

Die deutschen Kriminaltechniken /KT haben beschlossen, QM-Systeme nach der Norm DIN EN ISO/IEC 17025 aufzubauen. Die nachweisbare Bestätigung der Erfüllung von Anforderungen gem. Normvorgaben und somit die Kompetenzbestätigung des entsprechenden Labors ist mit einer Akkreditierung durch eine für diese Belange der KT geeignete, anerkannte Akkreditierungsstelle verknüpft. Das Akkreditierungsverfahren der KT ist durch geeignete IT zu unterstützen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1371	LIMS / SMILE	Abteilungsweites Laborinformationsmanagementsystem
1413	CASEManagement	Asservatensteuerung und Vorgangsverwaltungssystem
1413	Daktyloskopie	digitales Vergleichsportal "Fingerabdruck"
1413	Urkunden- und Dokumentenuntersuchung	Urkunden- und Dokumentenuntersuchungs- und Vergleichssystem
1413	QM Steuerungssystem	Workflowsystem zur QM Dokumentenlenkung
1413	Formspurenuntersuchung	Spurensystemdatenbank und -Vergleichssystem

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Bereich der KT-Akkreditierung	01.01.2013 - 31.12.2020

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
LIMS	1371	Umsetzung der Konzepte LIMS / SMILE für die Landespolizei (Kriminaltechnik)	01.01.2013 - 31.12.2020
CASEManagement	1413	Umsetzung Anforderung Asservatensteuerung	01.01.2013 - 31.12.2020
Daktyloskopie	1413	Umsetzung digitale Vergleichsarbeit	01.06.2013 - 31.12.2020
Urkunden- und Dokumentenuntersuchung	1413	Urkunden- und Dokumentenuntersuchungs- und Vergleichssystem	01.01.2014 - 31.12.2020
QM Steuerungssystem	1413	Workflowsystem zur QM Dokumentenlenkung	01.01.2015 - 31.12.2016
Formspurenuntersuchung	1413	Spurensystemdatenbank und -Vergleichssystem	01.01.2015 - 31.12.2020
SMILE	1413	Programmweiterentwicklung SMILE	01.01.2015 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	64,3	73,5	73,3	73,3	73,3	73,3
53356	Sonstige Kosten	32,0	125,4	250,0	60,0	60,0	60,0

81246	Beschaffung	83,8	14,9	250,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	180,1	213,8	573,3	133,3	133,3	133,3

ITM 2121030000

Bezeichnung Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Beschreibung und Ziel der Maßnahme:

Die vollständig digitale Führung der Karten und Buchnachweise von Landesvermessung und Liegenschaftskataster ist mit Abschluss der Erfassungsarbeiten in 2005 erreicht worden.

Bereits seit 1995 wird durch die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) ein neues integriertes Datenmodell mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen, auf internationalen Normen basierenden Geodatenbasis entwickelt:

ALKIS® Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem

AFIS® Amtliches Festpunktinformationssystem

ATKIS® Amtliches Topographisch-kartographisches Informationssystem

Zusammen AFIS®-ALKIS®-ATKIS® oder AAA

Seit 2003 wird die Umsetzung dieses Datenmodells in neue Software entwickelt. Schleswig-Holstein ist mit anderen Bundesländern Mitglied in verschiedenen Entwicklungspartnerschaften für die einzelnen Komponenten der Software-Entwicklung.

ATKIS® konnte im Herbst 2009 in Produktion genommen werden.

ALKIS® + AFIS® sind im zweiten Quartal 2011 produktiv gegangen.

In einer Weiterentwicklung des Modells der AdV sollen die Datenbestände von AFIS®, ALKIS® und ATKIS® harmonisiert und bis 2030 in einem gemeinsamen Bestand der Geobasisdaten redundanzfrei zusammengeführt werden.

Ziel ist weiterhin die Zurverfügungstellung der digitalen Daten zur Nutzung in Geoinformationssystemen der Kunden in Wirtschaft und Verwaltung.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1247	AFIS/ALKIS/ATKIS	Amtliche Geobasisdateninformationssysteme
1251	VBORIS	SW-Pflegevertrag AAA beinhaltet auch die Pflege für VBORIS in Höhe von 24 T €
1253	Geoserver	Geoserver nutzt 3A-Web für Produkterzeugung
1252	digitales Rissarchiv	Bereitstellung der Rissdaten über 3A-Web für die ÖbVI
1247	Vertrieb Geobasisdaten	Bereitstellung von Geobasisdaten für Verwaltung und Wirtschaft

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2013 - 31.12.2019
2	Ziel ist die Zurverfügungstellung der digitalen Daten zur Nutzung in Geoinformationssystemen der Kunden in Wirtschaft und Verwaltung	

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
AFIS/ALKIS/ ATKIS	1247	Aufrechterhaltung der Produktion	01.01.2014 - 31.12.2019
VBORIS	1251	Aufrechterhaltung der Produktion	01.01.2015 - 31.12.2019
Vertrieb Geobasisdaten	1247	Schaffung einer Infrastruktur für den Datenvertrieb	01.01.2015 - 31.12.2019
Geobasis DE	1247	Harmonisierung und redundanzfreie Führung der Geobasisdaten	01.01.2017 – 31.12.2030

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	10,0	20,0	10,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	1.358,2	1.363,1	1.376,9	1.389,9	1.400,9	1.400,9
53356	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0
63206	Verträge	2,6	15,1	15,1	15,1	15,1	15,1
63206	Sonstige Kosten	78,8	180,3	275,0	210,0	104,0	97,0
81246	Beschaffung	0,0	10,0	100,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.459,6	1.598,5	1.787,0	1.635,0	1.540,0	1.533,0

ITM 2122020000

Bezeichnung Beschaffungen

Ressort / Dst. MILI I / LVerGeo SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich des LVerGeo veranschlagt. Die Reinvestitionsmaßnahmen unterstützen die Aufrechterhaltung des Landesvermögens.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Reinvestition	1	kontinuierliche Erneuerung der Hardware im LVermGeo SH	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	420,3	391,2	288,1	283,4	481,9	481,9
	Summe	420,3	391,2	288,1	283,4	481,9	481,9

ITM 2123010000

Bezeichnung Bürokommunikation für das LVermGeo

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In der ITM sind die Mittel für die Grundversorgung der IT-Leitstelle enthalten. Die ITM unterstützt die Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebes. Die Wartung von IT-Geräten ist in der ITM enthalten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1344	LSK + MAP	Standardarbeitsplätze LSK inklusive mobiler Arbeitsplätze (auch Heimarbeit)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1344	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
LSK + MAP	1344	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
51144	Verträge	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51144	Sonstige Kosten	0,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
52537	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
53356	Verträge	144,2	132,1	129,1	129,1	129,1	129,1
53356	Sonstige Kosten	20,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	185,8	173,1	170,1	170,1	170,1	170,1

ITM 2124030000

Bezeichnung ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zu den zentralen Aufgaben des LVermGeo SH gehört die Bereitstellung der amtlichen topographischen Karten (ATKIS®-DTK). Die Bereitstellung ist erforderlich, da mehrere bundesweit einheitliche Kartenwerke, insbesondere auch durch die internationalen Verpflichtungen (Bundeswehr) des Bundes, vorzuhalten sind. Seit 1995 wurde die Bereitstellung - von der manuellen Kartographie auf automationsunterstützte Arbeitsweise am grafisch-interaktiven Kartographie-Arbeitsplatz - umgestellt.

Um die Aufgaben unter wirtschaftlichen Aspekten zu erledigen, sollen die geforderten Karten direkt aus den topographischen Landschaftsmodellen (ATKIS®-DLM) abgeleitet werden können. Auf diese Art werden zusätzliche Arbeiten bei der Beschaffung der Fortführungsdaten vermieden. Die Ableitung der amtlichen topographischen Karten muss auf der Grundlage einer modernen Softwareentwicklung basieren, um einen möglichst hohen Automationsgrad zu gewährleisten. Nur unter dieser Voraussetzung können die teilweise gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Vor dem Hintergrund der Personaleinsparungen und des Demographischen Wandels wird eine Unterstützung der Fachabteilungen mit IT ebenfalls immer erforderlicher.

Die automatische kartographische Generalisierung wird um die Komponenten einer interaktiven kartographischen Generalisierung ergänzt. Die Druckaufbereitung der digitalen Datenbestände und die gleichzeitige Anpassung bestehender Programme auf die übrigen topographischen Kartenwerke sind Bestandteil der ITM.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1247	ATKIS-Modellgeneralisierung	Automatische Generalisierung des DLM50 aus DLM25
1247	kartographische Generalisierung	Automatische Ableitung und interaktive Nachbearbeitung digitaler topographischer Karten

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Automatisierung im Bereich der Kartographie	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	10,0	10,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	13,5	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
53356	Sonstige Kosten	8,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63206	Verträge	51,2	18,4	47,1	47,9	47,9	47,9
81246	Beschaffung	36,0	36,0	20,0	20,0	20,0	20,0
	Summe	118,8	89,4	97,1	97,9	97,9	97,9

ITM 2126030000

Bezeichnung Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)

Ressort / Dst. MILI I / LVerGeo SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst alle Aufgaben des LVerGeo SH, die mit Hilfe von Luftbildern geleistet werden müssen. Die Aufgaben werden folgenden Bereichen zugeordnet:

Bereich A:

Weitere Nutzung IT-gestützter Luftbilddauswertung bei topographischen Vermessungen und Katastervermessung, Neuausrüstung zur Nutzung neuester Digitaltechnik.

Bereich B:

Weitere Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.

Bereich C:

Fortsetzung und Erneuerung der Produktion von digitalen Geländemodellen. Erweiterung des vorhandenen Arbeitsplatzes um Programme und Hardware zur Auswertung von Laserscan-Daten und Berechnung von hochgenauen digitalen Geländemodellen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1249	Photogrammetrie	Luftbilddauswertung bei topographischen Vermessungen
1249	Orthophotos DOP	Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.

1249	Geländemodelle DGM	Produktion von digitalen Geländemodellen
1249	3D Gebäudemodelle	Produktion von 3D-Gebäudemodellen

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des 3-jährigen Befliegungsturnus'	01.01.2014 - 31.12.2019
2	Bereitstellung von DOP für Verwaltung und Wirtschaft	01.01.2014 - 31.12.2019
3	Nutzung des digitalen Geländemodellen DGM für Kartenaktualisierungen	01.01.2014 - 31.12.2019
4	Ableitung und Fortführung eines landesweiten 3D-Gebäudemodells	01.01.2015 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
53356	Verträge	50,2	50,0	50,0	50,0	50,0	230,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	11,0	16,0	24,0	24,0	24,0
63206	Verträge	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
81246	Beschaffung	78,4	61,2	1,7	0,0	0,0	0,0
	Summe	166,6	160,2	105,7	112,0	112,0	292,9

ITM 2127030000

Bezeichnung Auftragsverwaltung LVerGeo

Ressort / Dst. MILI I / LVerGeo SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Die Automatisierung der Verwaltungsabläufe in der Vermessungs- und Katasterverwaltung – AVE VUK – war Inhalt eines Beratungsprojekts der Datenzentrale, dessen Umsetzung die IT-Kommission auf ihrer Sitzung am 17. Mai 1995 dem Innenminister empfohlen hat. Auf Basis einer umfassenden Analyse und optimierter Geschäftsprozesse wurde ein IT-Konzept erarbeitet, das neben systemtechnischer Standardisierung den Einsatz verschiedener Softwareprodukte besonders für das Auftragswesen vorsah. Für die Katasterämter wurde daraufhin das Verfahren AGB (Automatisiertes Geschäftsbuch) eingeführt, das noch heute zentrales Werkzeug für alle auftragsbezogenen Arbeiten ist und damit auch wirtschaftliches, zügiges und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln ermöglicht. Da die Pflege des Verfahrens AGB durch Firmenaufgabe nicht mehr gewährleistet war und um das Verfahren auch im Landesvermessungsamt einzuführen, wurde für das gemeinsame Auftragswesen die Softwarelösung eines anderen Bundeslandes mit entsprechenden Anpassungen an die landesspezifischen Anforderungen übernommen. Im Juli 2010 wurde das Verfahren AGB-SH der Fa. CONET Solution GmbH in der Vermessungs- und Katasterverwaltung als zentrales Werkzeug für alle auftragsbezogenen Arbeiten eingeführt, womit ein wirtschaftliches, zügiges

und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln ermöglicht wird. Im Zuge der Reorganisation wurden in 2011 notwendige Anpassungsmaßnahmen an der Software vorgenommen. Mit Einführung der Entgeltordnung wird das AGB in allen Abteilungen des Landesamtes genutzt. Änderungen der Gebühren- und Entgeltordnungen werden eingepflegt. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten werden Softwareanpassungen zur Verbesserung von Abläufen und Realisierung neuer Schnittstellen an die Fa. CONET in Auftrag gegeben.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1250	AGB	Automatisiertes Geschäftsbuch AGB: Geschäftsprozesse und statistische Auswertungen

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Betriebes Automatisches Geschäftsbuch (AGB)	01.01.2014 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
AGB	1250	Weiterentwicklung des AGB	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	8,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	99,6	100,2	105,2	105,2	105,2	105,2
53356	Sonstige Kosten	40,0	110,0	20,0	20,0	20,0	20,0
	Summe	147,6	210,2	125,2	125,2	125,2	125,2

ITM 2128030000

Bezeichnung Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Das LVermGeo SH hat von mehreren Gutachterausschüssen die Aufgaben der Geschäftsstelle für Grundstückswerte übertragen bekommen. Die fachgerechte Erledigung erfordert Hard- und Software-Ausstattung. Für die Führung der Kaufpreissammlung ist bisher die Software PS-Explore der Fa. VGSPS im Einsatz. Dieses wird nicht mehr gepflegt und muss ersetzt werden. Daneben gibt es weitere Verfahren zur Erstellung von Wertgutachten. Für die Dokumentation der Bodenrichtwerte ist das bundeseinheitliche Verfahren VBORIS im Aufbau.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1251	Verfahren Gutachter-ausschüsse	Kaufpreissammlung, Verkehrswertgutachten, Bodenrichtwerte
1251	VBORIS	Vernetztes Bodenrichtwertinformationssystem

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1251	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Bodenrichtwerte	1251	Standardisierung der Daten für bundesweite Nutzung (VBORIS)	01.01.2013 - 31.12.2019
Bodenrichtwerte	1251	Laufender Betrieb für VBORIS	01.01.2014 - 31.12.2019
Verfahren Gutachter-ausschüsse	1251	Laufende Erfassung der Grundstücksverkäufe, Erteilung von Verkehrswertgutachten und Erhebung der Bodenrichtwerte	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	5,0	5,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	2,0	2,2	1,9	1,9	1,9	1,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	1,2	5,0	5,0	5,0	5,0
63206	Verträge	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
63206	Sonstige Kosten	2,7	3,0	0,6	0,6	0,6	0,6
	Summe	10,0	11,7	9,8	9,8	9,8	9,8

ITM 2302030000

Bezeichnung Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

SAPOS Schleswig-Holstein

Der Satellitenpositionierungsdienst der Deutschen Landesvermessung, kurz SAPOS, besteht bundesweit aus über 250 Stationen und stellt das amtliche Bezugssystem sowie aktuelle Raumbezüge mit modernen Kommunikationsmitteln flächendeckend bereit. SAPOS basiert auf dem „Global Navigation Satellite System“, kurz GNSS. Der SAPOS- Dienst Schleswig-Holstein besteht aus 14 Stationen. Angebunden sind diese Stationen an die Server im LVerGeo SH über das Landesnetz bzw. Landesnetz verlängert mit angemieteter Standleitung oder DSL-Verbindung.

Der Transport der GNSS-Daten an die Zentrale Stelle SAPOS in Hannover geschieht über das DOI-Netz. Ebenso werden über diese Verbindung die Daten der Randstationen der benachbarten Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern empfangen, damit bis an die Landesgrenze die Vorteile der Vernetzung der SAPOS-Stationen genutzt werden kann. Zum Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Hamburg besteht eine separate DOI-Verbindung, für das Kooperationsprojekt einer gemeinsamen zentralen Datenabgabe an Dritte. Dies Projekt untergliedert sich in die Bereiche: Abgabe der Korrekturdaten über Telefon(GSM), Abgabe der Korrekturdaten über Internet (NTRIP) sowie die Abgabe der GNSS-Rinexdaten über einen Web-Server. Weitere Informationen über dieses Projekt erhält man unter www.sapos.Geonord.de

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1254	SAPOS	Betrieb des Satelliten-Positionierungsdienstes SAPOS GNSS

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1254	Aufrechterhaltung des Beitrages Land SH zum bundeseinheitlichen Positionierungsdienst	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
SAPOS	1254	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2014 - 31.12.2019
SAPOS	1254	Verfügbarkeit des Diensts von 100%	01.01.2015 - 31.12.2019
SAPOS	1254	Weiterführung der Kooperation einer gemeinsamen Datenabgabestelle mit dem Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Hamburg	01.01.2015 - 31.12.2019
SAPOS	1254	Ständige Abgabe der Daten an die Zentrale Stelle SAPOS beim Landesbetrieb Geoinformation Niedersachsen	01.01.2015 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Verträge	80,0	81,3	87,4	87,4	87,4	87,4
53356	Sonstige Kosten	1,0	11,2	1,0	1,0	1,0	1,0
63206	Verträge	1,5	1,5	6,5	6,5	6,5	6,5
81246	Beschaffung	0,0	298,9	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	85,5	395,9	97,9	97,9	97,9	97,9

ITM 2400030000

Bezeichnung Geodateninfrastruktur

Ressort / Dst. MILI I / LVermGeo SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Die IT-Maßnahme umfasst den Vertrieb von Daten und Diensten der Vermessungs- und Katasterverwaltung von Schleswig-Holstein und Hamburg sowie den Produkten anderer Verwaltungen des Landes über Intranet und Internet. Der Geoserver ist Basis für den Digitalen Atlas Nord (Visualisierung von Geofachdaten). Die Daten werden dem Bürger aufgrund gesetzlicher Vorgaben im beschränkten Umfang kostenfrei zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Daten anderen öffentlichen Verwaltungen zur Verfügung gestellt.

Zur Erfüllung der Vorgaben der INSPIRE-Richtlinie bildet das Zielarchitektur-Konzept die Grundlage. Die im Rahmen des Geoservers aufgebaute IT-Infrastruktur ist im Zielarchitekturkonzept als Geobasisdateneckpfeiler unmittelbar eingebunden. Die INSPIRE-Richtlinie fordert jedoch die Bereitstellung weiterer Geodaten, so dass die bestehende IT-Infrastruktur im Rahmen der Zielarchitektur erweitert werden muss.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1248	Geodatenvertrieb	Leitstelle, Kopfstelle Geodaten
1253	INSPIRE	INSPIRE-Richtlinie (EU)
1253	Geoserver	Geodaten-Vertrieb
1253	Zielarchitektur	Zielarchitektur Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein
1253	DANord/SH-MIS	Digitaler Atlas Nord und Metadateninformationssystem

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1253	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes Druck , Vertrieb und der Geodatenleitstelle SH	01.01.2013 - 31.12.2019
1253	Bereitstellung einer Plattform zum Vertrieb von Geodaten	01.01.2013 - 31.12.2019
1253	Schaffung eines Eckpfeilers zum Aufbau der Geodateninfrastruktur Land SH	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
DANord/SH-MIS	1253	Sicherstellung des Betriebs DANord und SH-MIS	01.01.2014 - 31.12.2019
INSPIRE	1253	Erfüllung der Vorgaben aus der INSPIRE-Richtlinie (EU)	01.01.2014 - 31.12.2020
INSPIRE	1253	laufende Bereitstellung vorhandener Geodaten zu den Themen Annex I	01.01..2014- 31.12.2019
INSPIRE	1253	Erstmalige Bereitstellung vorhandener Geodaten zu den Themen Annex II und III	bis 12.2020
Geoserver	1253	Sicherstellung des Geoserver-Betriebs	01.09.2014 - 31.12.2019
Geodatenvertrieb	1248	Sicherstellung des Geodatenvertriebs	01.01.2014 - 31.12.2019
Zielarchitektur	1253	Aufbau der GDI-Zielarchitektur für Landesressort und Kommunen auf Kooperationsverfahrensbasis	01.01.2015 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Verträge	4,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	25,5	30,0	30,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	980,1	1.050,6	1.032,4	1.025,4	1.027,5	1.027,5
53356	Sonstige Kosten	30,0	21,9	140,9	21,9	60,9	60,9
63102	Verträge	39,5	40,4	50,5	56,4	57,8	57,8
63206	Verträge	22,4	22,4	22,4	24,0	24,0	24,0
63206	Sonstige Kosten	0,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
81246	Beschaffung	20,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
	Summe	1.122,0	1.207,3	1.318,2	1.189,7	1.232,2	1.232,2

ITM 2137030000

Bezeichnung Vorgangsbearbeitungssystem (QMM) im Ausländerwesen Land SH

Ressort / Dst. MILI I / LfA

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Vorgangsbearbeitungssystem für Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler und jüdische Migranten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1242	Neuerwerb Software	Ablösung der technisch veralteten Programm durch eine neue Software-lösung
1418	Taschengeldauszahlung	ggf. Sachleistungen
1419	Quartiermanagement (QMM)	
1418	Taschengeldauszahlung - Kassenautomaten	Die Kassenautomaten werden in erster Linie zum Schutze der LfA MA eingeführt.
1420	KAIT- Koordination der Ausländer-IT	Hierunter fallen Aufwendungen, die dem Projekt zuzuordnen sind.
1421	Fingerabdruck-Scanner	Identitätsklärung gemäß §16 Abs.2, 2. Halbsatz AsylVfG. (nicht ED)
1422	Bundslösung DAS	Einführung des Digitalisierten Asylverfahrens des Bundes in die Länder zur Erstregistrierung von Asylbewerbern.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung der aufenthalts- und asylverfahrensrechtlichen Betreuung	01.01.2013 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Neuerwerb einer Software	1	Sicherstellung der Aufnahmen / Verteilung von Asyl-suchenden / unerlaubt Eingereisten / Spätaussiedler / jüdische Emigranten	01.01.2013 - 31.12.2019
Neuerwerb einer Software	2	Aufenthalts- und Asylverfahrensrechtliche Betreuung der wohnverpflichteten Ausländern	01.01.2013 - 31.12.2019
Neuerwerb einer Software	3	Sicherstellung der Aufnahme und Verteilung der in § 3 LAufnG genannten Personengruppen	01.01.2013 - 31.12.2019
Neuerwerb einer Software	4	Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen	01.01.2013 - 31.12.2019
1419	5	Sicherstellung der Organisation und Betreuung in der Landesunterkunft	01.01.2013 - 31.12.2019
Neuerwerb einer Software	6	Neuerwerb einer Software, die den neuen technologischen und bundesrechtlichen Anforderungen gerecht wird	01.01.2013 - 31.12.2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
42703	Sonstige Kosten	60,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	889,7	583,2	544,4	544,4	544,4	544,4

53356	Sonstige Kosten	525,0	170,0	50,0	50,0	50,0	50,0
81246	Beschaffung	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
	Summe	1.524,7	803,2	644,4	644,4	644,4	644,4

ITM 2138020000

Bezeichnung Beschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten

Ressort / Dst. MILI I / LfA

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Reinvestition und Neuinvestition von IT-Komponenten für bestehende und neue Standort des LfA (Erstaufnahmeanrichtungen)

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1416	Ausbau von 6 neuen Standorten (Seeth, Eggebek, Kiel, FL, HL, Boostedt)	Aufbau von neuen Erstaufnahmeeinrichtungen

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Fortschreibung und Aufrechterhaltung der bestehenden IT-Infrastruktur	01.01.2013 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
	Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2463010000

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation LfA

Ressort / Dst. MILI I / LfA

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In der ITM sind die Mittel für die Grundversorgung der IT-Leitstelle enthalten. Die ITM unterstützt die Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebes. Die Wartung von IT-Geräten ist in der ITM enthalten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2014 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
51144	Verträge	0,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	10,0	18,0	18,0	18,0	18,0
53356	Verträge	95,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7
53356	Sonstige Kosten	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
	Summe	148,7	110,7	118,7	118,7	118,7	118,7

ITM 2301030000

Bezeichnung Internetgestütztes Beteiligungsverfahren der Landesplanung (Beteiligung-Online)

Ressort / Dst. MILI I / LaPla

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Durch das in Aufstellung befindliche neue Landesplanungsgesetz und die Rücknahme der Kommunalisierung der Regionalplanung wird eine Neuaufstellung aller Regionalpläne wieder in staatlicher Hand durch die Landesplanungsbehörde erforderlich. Darüber hinaus wird eine Anpassung des Landesentwicklungsplans 2010 (LEP) an die neuen politischen Zielsetzungen der Landesregierung notwendig. Damit verbunden ist jeweils die Durchführung eines Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens einschließlich einer Öffentlichkeitsbeteiligung im Hinblick auf den zu erstellenden Umweltbericht entsprechend der gesetzlichen Anforderungen.

Um eine effiziente Durchführung dieser Beteiligungsverfahren sicherzustellen und um den Anforderungen eines E-Governments hinreichend Rechnung zu tragen, sind diese Verfahren - wie bei der Neuaufstellung des LEP 2010 und der Teilfortschreibungen der Regionalpläne zur Ausweisung von Windeignungsgebieten auch - jeweils als Online-Beteiligungsverfahren auszugestalten und durchzuführen. Die Planfortschreibungen (LEP und Regionalpläne) erstrecken sich auf einen Zeitraum von 2013 – 2018.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Onlinebeteiligung Wind im LEP und in den Regionalplänen	Nachdem das OVG Schleswig im Januar 2015 die Teilfortschreibungen der Regionalpläne zur Ausweisung von Windeignungsgebieten sowie das entsprechende Kapitel des LEP 2010 für unwirksam erklärt hat ist es erforderlich, diese Pläne so schnell wie möglich neu aufzustellen, um den unkontrollierten Ausbau von Windenergieanlagen zu verhindern. Bei der Neuaufstellung der Pläne ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung und Anhörung gesetzlich vorgeschrieben. Es ist davon auszugehen, dass mindestens zwei Anhörungsrunden in 2016 und 2017 durchzuführen sind. Die Vielzahl der möglichen Einwendungen ist nur über ein Online-Beteiligungsverfahren abzuwickeln. Die Programmierung der Internetseite und Einstellung der Inhalte soll bereits in 2015 erfolgen, damit das Tool fristgerecht in 2016 einsatzbereit ist. 2016 und 2017 besteht der Bedarf im Wesentlichen in Hosting und Aufbereitung der Stellungnahmen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Effektive Durchführung des Beteiligungsverfahrens (intern) und transparenter Zugriff und Informationsfluss über das Beteiligungsverfahren durch den Bürger	01.01.2011 - 31.12.2016
2	Windkapitel LEP und Wind in den Regionalplänen 1-3	01.06.2015- 31.12.2018

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
E-Government	1327	Verfügbarkeit des Services für Beteiligte (Behörden, Bürger)	01.10.2011 - 30.03.2012

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	96,4	96,7	97,5	97,5	97,5	96,4
53356	Sonstige Kosten	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
	Summe	121,4	121,7	122,5	122,5	122,5	121,4

Finanzministerium

ITM [2156030000](#)

Bezeichnung Hausbankverfahren [HBV / früher Elektronischer Schalter (ELS)]

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zahlungsverkehr mit der Deutschen Bundesbank mittels der Software "Telenet-ZV ELS für Windows". Mit dem Betrieb und der Anpassung des Verfahrens an die rechtlichen und technischen Vorgaben der EZB / Bundesbank und anderer Banken / Sparkassen oder der EU (SEPA - Richtlinie) hat das Finanzministerium Dataport beauftragt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
2	Betrieb Multibankkonten	Zusätzlich zu den Bundesbankkonten wird auch der Beleg- und Zahlungsverkehr aller anderen Banken und Sparkassen über diese Software abgewickelt. Einsparung eines zusätzlichen Systems mit Medienbruch.
3	Betrieb "ELS neue Zielstruktur"	Pflege des Systems / Umstellungen auf SEPA / Vorhalten der Schnittstelle HBV und HBV-SEPA

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Zahlungsverkehrs der Landesverwaltung Schleswig-Holstein nach Innen und Außen	unbefristet
2	Sicherstellung der Liquiditätssteuerung des Landes SH zur tagesgenauen Steuerung von Zahlungen	unbefristet
3	Abholung der ELKO und EKI der Banken und Sparkassen zur Weitergabe an die Buchführungssysteme (z.B. SAP)	unbefristet
4	Betrieb des EMZ (Elektronischen Massenzahlungsverkehrs) -Schalters zur Übermittlung von Massenzahlungen (später SEPA-Zahlungen) wie z.B. Steuererstattungen, Personalzahlungen usw.	unbefristet
5	SEPA Umstellung	1.02.2014

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	187,0	200,7	200,5	200,5	200,5	200,5
53356	Sonstige Kosten	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	188,0	211,7	211,5	211,5	211,5	211,5

ITM 2176030000

Bezeichnung Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAV Web SH)

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Rechtsgrundlage für die Aufstellung des Landeshaushalts sind die Landesverfassung und die Landeshaushaltsordnung (LHO). Der Haushaltsplan wird im Rahmen des Haushaltsgesetzes festgestellt. Mit der Aufstellung des Haushalts steuert das Parlament die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein.

Das Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAV Web LSH) wird zur Erfassung und Auswertung aller Plandaten in einem vorgegebenen Planungszeitraum genutzt. Das Finanzministerium generiert aus dem HAV Web LSH die Entscheidungsgrundlagen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen und fügt die abgestimmten Daten in einem Haushaltsplan zusammen. Alle Inhalte können formgebunden ausgedruckt werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Modul HAV Web LSH (Kernverfahren)	Die Daten der Haushaltsaufstellung inkl. des Stellenplans und ggf der Mittelfristigen Finanzplanung werden automatisiert erfasst und zeitnah in einen "lesbaren" Haushaltsplan umgesetzt. Darüber hinaus bietet das Verfahren unterschiedliche Auswertungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Entscheidungsfindung. Das Gesamtverfahren ist modular strukturiert.
2	Szenarien Landeshaushalt	Im Einsatz befindet sich das Modul MasterplanLSH, welches Szenarien über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung hinaus darstellen kann, um die planungstechnischen Daten für die Aufstellung der Finanzplanung und als weiterführendes Führungsinformationssystem nutzen zu können.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Haushaltsplanaufstellung der Landesverwaltung Schleswig-Holstein	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52706	Sonstige Kosten	10,0	2,0	2,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	369,5	317,8	134,5	134,5	134,5	134,5
53356	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	389,5	329,8	146,5	134,5	134,5	134,5

ITM 2187020000

Bezeichnung Beschaffungen des FM (Ministerium)

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffungen Hard- und Software des Finanzministeriums Schleswig-Holstein.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	65,2	66,6	27,1	39,6	39,6	39,6
	Summe	65,2	66,6	27,1	39,6	39,6	39,6

ITM 2191010000

Bezeichnung Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Betrieb Büroautomation FM + 1 Infrastruktur

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Outdoor Notebooks für ZIAF - EU Prüfung	Anlage der Anforderung aus dem Referat 15 inkl. einer Rechnung für dieses Notebooks

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	10,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
51143	Sonstige Kosten	18,2	11,5	10,5	14,0	14,0	14,0
51144	Verträge	11,5	12,7	12,7	12,8	12,8	12,8
51144	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	7,6	7,6	7,5	7,5	7,5	7,5
52706	Sonstige Kosten	0,2	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
53356	Verträge	169,3	169,3	170,1	169,9	169,9	169,9
	Summe	216,8	213,0	212,7	216,1	216,1	216,1

ITM 2422030000

Bezeichnung KiStA (Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer)

Ressort / Dst. FM / FM

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufbau und Betrieb eines IT-Verfahrens zum Einbehalt der auf die (durch Abzug vom Kapitalertrag erhobenen) Kapitalertragsteuer entfallenden Kirchensteuer nach § 51a EStG in der Organisationshoheit des Bundes. Auf dieses Vorhaben sollen die in der Zusammenarbeit in KONSENS bewährten Strukturen und Regularien sinngemäße Anwendung finden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Vornahme des Abzugs der Kirchensteuer auf Abgeltungsteuer durch ein neues, zentrales, automationsgestütztes Verfahren Bund	30.06.2012 - lfd. Geschäft

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
63102	Verträge	221,0	315,1	315,1	315,1	315,1	315,1
	Summe	221,0	315,1	315,1	315,1	315,1	315,1

ITM 2166030000

Bezeichnung Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das umfassende und komplexe Vorhaben KONSENS bezeichnet die gesamten Verfahren und Entwicklungen zur IT-unterstützten Durchführung des Besteuerungsverfahrens in der Steuerverwaltung. Ziel ist es dabei, eine Vereinheitlichung und Modernisierung der IT-Verfahren zu erreichen (bundeseinheitliche Software, IT-Verfahren und Organisation). Es beruht auf den Beschlüssen der Finanzministerkonferenz mit einem zwischen den 16 Ländern und dem Bund getroffenen, und zum 01. Januar 2007 in Kraft getretenen, Verwaltungsabkommen.

Das Vorhaben wird von den 17 Vertragsbeteiligten gemeinsam finanziert; wesentlicher Beteiligungsmaßstab ist dabei der Königsteiner Schlüssel (Anteil Schleswig-Holsteins dabei derzeit 3,38791%).

Die Gesamtkosten gliedern sich in Entwicklungsaufwendungen, Pflegeaufwendungen und Aufwendungen für den Einsatz gemeinsam betriebener Einrichtungen. Dieser gemeinsame Betrieb (für alle Länder und den Bund) bezieht sich insbesondere auf wesentliche Teile des E-Government-Bereichs ELSTER (s.u.).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	GINSTER	(Grundinformationsdienst)
2	ELFE	(Festsetzungsverfahren)
3	BIENE	(Erhebungsverfahren)
4	ELSTER	Elektronische Abgabe und Übermittlung v. Steuererklärungen u. -anmeldungen
5	Prüfungsdienste	Unterstützung d. Prüfungsdienste (Innen- u. Außendienst)
6	SESAM	(Verfahren zum Scannen, Archivieren und maschinellen Bearbeiten von Steuererklärungen)
7	RMS	(Risikomanagementsystem)
8	KONSENS-Dialog	umfassende Bearbeitung von steuerlichen Angelegenheiten am Bildschirm
9	Bustra/Steufa	maschinelle Unterstützung der Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie der Steuerfahndung
10	StundE	maschinelle Ver- und Bearbeitung von Stundungen und Erlassen
11	Vollstreckung	Vollstreckung von Steuerforderungen
12	ITSM	(IT Service Management)
13	DAME	(DataWareHouse, Auswertungen und BI-Methoden)
14	MÜST	(Maschinelle Überwachung der Steuerfälle)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Schaffung eines bundeseinheitlichen IT-gestützten Besteuerungsverfahrens	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	10,0	5,0	15,0	15,0	15,0	15,0
52706	Sonstige Kosten	50,0	50,0	55,0	55,0	55,0	55,0
53356	Verträge	80,2	120,7	126,4	131,4	136,4	136,4
53356	Sonstige Kosten	45,8	72,1	1.572,1	1.572,1	1.572,1	1.572,1
63206	Verträge	5.205,9	5.726,0	5.291,6	5.292,0	5.292,3	5.292,3
63206	Sonstige Kosten	306,4	506,0	486,0	500,0	500,0	500,0
81246	Verträge	645,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	505,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	6.849,2	6.479,8	7.546,1	7.565,5	7.570,8	7.570,8

ITM 2190020000

Bezeichnung Beschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51803	Sonstige Kosten	401,5	67,3	67,3	67,3	67,3	67,3
53356	Sonstige Kosten	0,0	82,1	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	82,8	107,3	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	1.337,8	1.840,6	1.263,3	1.137,7	1.588,0	1.588,0
	Summe	1.822,1	2.097,3	1.330,6	1.205,0	1.655,3	1.655,3

ITM 2195010000

Bezeichnung Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Einrichtung, Aktualisierung und Betrieb der dezentralen Infrastruktur der Finanzämter und des AIT

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	83,8	65,5	71,1	71,1	76,1	76,1
51143	Sonstige Kosten	315,0	382,0	382,0	402,5	407,5	407,5
51144	Verträge	59,3	100,1	100,2	100,2	100,2	100,2
52537	Sonstige Kosten	46,0	60,0	51,0	51,0	51,0	51,0
52706	Sonstige Kosten	10,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
53356	Verträge	159,2	225,3	156,5	192,0	203,6	209,2
53356	Sonstige Kosten	33,1	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6
	Summe	706,4	847,5	775,4	831,4	853,0	858,6

ITM 2362030000

Bezeichnung Rechenzentrumsbetrieb im DataCenterSteuer (DCS)

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Beschaffung von IT-Betriebsleistungen für die Steuerverwaltung S-H im Zusammenhang mit dem Betrieb des Data Center Steuer (DCS)

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52706	Sonstige Kosten	3,5	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
53356	Verträge	9.608,2	9.689,2	11.968,0	12.826,1	13.626,1	13.626,1
53356	Sonstige Kosten	1.404,5	602,9	602,9	602,9	602,9	602,9
	Summe	11.016,2	10.296,1	12.574,9	13.433,0	14.233,0	14.233,0

ITM 2363030000

Bezeichnung Projekt Steuer-PC (SPC)

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Optimierung des IT-Betriebes in den Finanzämtern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	CITRIX-Technologien	Die technologische Realisierung erfolgt entsprechend der Konzeption für die Steuerverwaltung der Länder MV, HB und HH auf Basis von Citrix-Technologien. Die Konzeption wird entsprechend der infrastrukturellen Rahmenbedingungen der Steuerverwaltung SH modifiziert.
2	Standardisierter Steuer-Client	Optimierung des IT-Betriebes in den Finanzämtern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Maßgeblicher Aspekt dafür sind haushaltswirksame Effizienzgewinne.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ordnungsgemäßer Betrieb der steuerlichen Fachverfahren auf der Basis von Citrix-Technologien im DCS	01.01.2011 - lfd.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	44,5	49,7	51,7	52,7	52,7	52,7
	Summe	44,5	49,7	51,7	52,7	52,7	52,7

ITM 2470010000

Bezeichnung Arbeitsplatzbetrieb und -support für die Steuerverwaltung Land SH

Ressort / Dst. FM / AIT

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Die IT-Maßnahme enthält die Ausgaben (geplant) für den standardisierten Arbeitsplatzbetrieb- und support der Steuerverwaltung Land SH durch den zentralen IT-Dienstleister Dataport.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	3.510,3	3.723,7	3.998,7	4.273,7	4.298,7	4.323,7
53356	Sonstige Kosten	167,0	92,0	92,0	92,0	92,0	92,0
	Summe	3.677,3	3.815,7	4.090,7	4.365,7	4.390,7	4.415,7

ITM 2200010000

Bezeichnung Grundversorgung und IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)

Ressort / Dst. FM / BIZ

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Kosten für die IT-Schulungen im Bildungszentrum der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein für die Bediensteten der Steuerverwaltung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung eines Schulungsbetriebes für die Steuerverwaltung im Bereich der IT	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Beschaffung	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
52537	Sonstige Kosten	120,0	130,0	130,0	130,0	130,0	130,0
	Summe	120,5	130,5	130,5	130,5	130,5	130,5

ITM 2554020000

Bezeichnung Beschaffungen des BIZ

Ressort / Dst. FM / BIZ

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Beschaffung von für den Unterrichtsbetrieb in der Aus- und Fortbildung erforderlicher besonderer IT-Ausstattung (z.B. Smart-Boards)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Beschaffung der für Unterrichtszwecke erforderlichen besonderen IT-Ausstattung (z.B. Smart-Boards)	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
	Summe	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0

ITM 2165030000

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)

Ressort / Dst. FM / DLZP - FL AIT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlichen Nebenerfordernisse

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Lizenzen Applin X	Dialogoberfläche für Permis A und B
2	PC-TVL/PC-Beamte	Berechnungsprogramm für Entgelt und Besoldung
3	Rentenabgleich	jährl. Abgleich der Renten für Versorgungsempfänger
4	LSt-Außenprüfung	Idea-Software zur Prüfung der Datenbereitstellung für die Betriebsprüfer
5	Versorgungsausgleich	Berechnung Versorgungsausgleich

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlichen Nebenerfordernisse	laufend

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Lizenzen Applin X	1	Dialogoberfläche für Permis A	laufend
PC-TVL / PC-Beamte	2	Unterstützung der Sachbearbeitung	laufend
Rentenabgleich	3	Jährl. Anpassung der Rentenanrechnung für Versorgungsempfänger im Verfahren Permis A durch Datenabgleich	jährlich
Lohnsteueraußenprüfung	4	Datenbereitstellung für die Lohnsteueraußenprüfung für die IDEA-Software	laufend
Versorgungsausgleich	5	Unterstützungssoftware für die Berechnung des Versorgungsausgleichs	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	2.867,7	2.825,2	2.440,2	1,2	1,2	1,2
	Summe	2.867,7	2.825,2	2.440,2	1,2	1,2	1,2

ITM 2171030000

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)

Ressort / Dst. FM / DLZP - FL AIT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen.	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	7,5	7,5	7,8	7,8	7,8	7,8
	Summe	7,5	7,5	7,8	7,8	7,8	7,8

ITM 2174030000

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)

Ressort / Dst. FM / DLZP - FL AIT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	PERMIS-B Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen an die Bezügeempfänger des Landes S-H	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52706	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
53356	Verträge	503,7	500,7	480,3	480,3	480,3	480,3
53356	Sonstige Kosten	27,2	501,3	8,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	531,4	1.002,5	488,8	480,8	480,8	480,8

ITM 2357030000

Bezeichnung Digitales Archivverfahren

Ressort / Dst. FM / DLZP - FL AIT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Archivierung von Dokumenten und Listen aus den IT-Verfahren PERMIS Abrechnung und PERMIS Beihilfe incl. Scannen von Schriftgut

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Digitale Archivierung von Listen und Schriftgut aus der Personalabrechnung und Beihilfe	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	299,3	290,8	328,7	350,0	370,0	370,0
53356	Sonstige Kosten	11,0	11,0	12,0	13,0	13,0	13,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,0	30,0	30,0	30,0	30,0
81246	Beschaffung	2,4	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	314,7	306,8	372,7	395,0	415,0	415,0

ITM 2365030000**Bezeichnung** eBeihilfe**Ressort / Dst.** FM / DLZP - FL AIT**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Fachanwendungen**Beschreibung**

Die Rahmenbedingungen der Haushaltslagen der Länder der FHH und SH, die damit verbundenen restriktiven Personalbemessungen und die unter diesen Rahmenbedingungen abzuschätzenden Zunahmen in den Fallaufkommen der Beihilfearbeitung in den beiden Bundesländern bilden wesentliche Voraussetzungen für automatisierte Prozessschritte in der Aufbereitung, Vorprüfung und Datenübernahme in das bestehende Beihilfverfahren Permis-B.

Das Projekt soll durch ein teilautomatisiertes Verfahren einer vorgeschalteten automatischen Belegerkennung die heute noch in Papierform in der Beihilfe verarbeiteten Beihilfeporgänge in vorgeprüfte elektronische Beihilfeporgänge umsetzen, so die Beihilfesachbearbeitung in den Punkten Dateneingaben, inhaltliche Plausibilitätsprüfungen wesentlich entlastet werden kann. Ein Teilziel ist eine möglichst hohe Anzahl von maschinell vorverarbeiteten Anträgen.

In einer zweiten Phase sollen fachliche Prüfverfahren zur vereinfachten Fallprüfung eingeführt werden. Bei den eingetragenen Ansätzen handelt es sich um die qualifiziert geschätzten Kosten aus der Voruntersuchung. Sobald neue Erkenntnisse im jetzigen Umsetzungsprojekt vorliegen, werden die Einträge nach vorheriger Rücksprache mit dem ZIT aktualisiert.

[30.03.2012]

Nach Rücksprachen und Vor-Ort-Besichtigungen wurde im Rahmen der Grobkonzeption erkannt, dass zusätzliche Entwicklungsaufwände abzuschätzen sind. Vorbehaltlich der offenen Abstimmung des vorliegenden Grobkonzepts mit Dataport muss der zusätzliche Entwicklungsaufwand mit je Land zusätzlichen 2 Entwicklerpersonnenjahren zu 130T€ abgeschätzt werden. Diese zusätzlichen Aufwände fallen in den beiden Haushaltsjahren 2012 und 2013 an.

[26.08.2015]

Aufgrund mehrerer Verzögerungen in den Entwicklung Permis-B wird die erste Stufe mit ca. 2Jahren Verzögerung bis Ende Dezember 2015 eingeführt werden. Abnahmetest des Verfahrens eBeihilfe laufend. Der vollständige Abschluss der Stufe 1b ist bis Juli 2017 geplant.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Posteingang und Scannen Beihilfevorgänge	siehe Bezeichnung
2	Zwischenlagerung der Originalbeihilfeunterlagen	Papierarchiv
3	Einführung Klassifikations-, Erkennungs- und Validierungssoftware	automatische Belegerkennung und Vorverarbeitung
4	Workflowsystem	Workflow für die Übernahme der vorvalidierten Daten in Permis B
5	Erweiterung Permis B	siehe Beschreibung
6	Datenarchivierung	siehe Beschreibung
7	Statistikauswertungen	Einführung von automatischen Statistikfunktionen über alle Module der Beihilfe

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Erhöhung der Produktivität in der Antragsbearbeitung durch wegfallende Eingaben und Sortierarbeiten.	01.01.2016 -
2	Reduzierung der Durchlaufzeiten.	01.01.2016 -
3	Erhöhung der Qualität in der Beihilfesachbearbeitung	31.07.2017
4	automatische Prüfung von Plausibilitäten (vollständige Einführung PZN, GOÄ, GOZ und GebüH)	31.07.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52706	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,0
53356	Verträge	0,0	79,4	75,4	74,0	74,0	74,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	33,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,5	113,6	75,9	74,5	74,0	74,0

ITM 2567030000

Bezeichnung dDocuScan

Ressort / Dst. FM / DLZP - FL AIT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendung

Beschreibung

Das Verfahren dDocuScan dient der Digitalisierung von Dokumenten vor (Beihilfe) und nach der Bearbeitung (Abrechnungsverfahren DLZP) durch den Einsatz von Scan-Geräten. Die Scan-Ergebnisse werden aufgrund von Stapelklassen identifiziert und weitergeleitet. Bestandteil des Verfahrens ist eine erweiterte Texterkennung mit automatischer und manueller Zuordnung zu Dokumentenklassen und Nachbearbeitung der ausgelesenen Ergebnisse. Die Bereitstellung der Daten erfolgt je nach Stapelklasse für die jeweiligen Zielsysteme (Fachverfahren Permis B oder Archivsystem). Das DLZP digitalisiert sämtliche papierbasierte Posteingänge für die Beihilfesachbearbeitung.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	255,7	232,6	232,6	232,6	232,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	4,4	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	260,1	232,6	232,6	232,6	232,6

ITM 2576030000

Bezeichnung Neues Fachverfahren "Beihilfe"

Ressort / Dst. FM / DLZP - FL AIT

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendung

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	10,0	10,0	10,0	0,0
52706	Sonstige Kosten	0,0	2,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	280,0	760,0	660,0	660,0	660,0
	Summe	0,0	282,0	775,0	675,0	675,0	665,0

ITM 2188020000

Bezeichnung Beschaffungen der LK

Ressort / Dst. FM / FM-LK

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes, Aktualisierung der +1-Arbeitsplätze	dauernd

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	4,4	83,0	0,0	4,6	2,8	2,8
	Summe	4,4	83,0	0,0	4,6	2,8	2,8

ITM 2192010000

Bezeichnung Grundversorgung der Landeskasse mit Leistungen der IT

Ressort / Dst. FM / FM-LK

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Betrieb und Fortentwicklung der Bürokommunikation (IKO +1)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes	dauernd

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0
51144	Verträge	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
51144	Beschaffung	0,0	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	3,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	25,1	25,6	25,1	25,1	25,1	25,1
	Summe	46,1	52,1	47,1	47,1	47,1	47,1

ITM 2189020000

Bezeichnung Beschaffungen DLZP

Ressort / Dst. FM / DLZP - GL IT

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Beschaffungen im Dienstleistungszentrum Personal S-H

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	81,5	77,7	38,6	83,4	155,2	155,2
	Summe	81,5	77,7	38,6	83,4	155,2	155,2

ITM 2193010000

Bezeichnung Grundversorgung DLZP

Ressort / Dst. FM / DLZP - GL IT

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Bereitstellung der IT-Ausstattung als grundsätzliches Arbeitsmittel für die Mitarbeiter des Dienstleistungszentrums Personal SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	33,5	32,5	32,5	32,5	32,5	32,5
51144	Sonstige Kosten	1,5	7,0	5,5	5,5	5,5	5,5
51144	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
53356	Verträge	10,1	10,1	10,1	10,1	10,1	10,1
53356	Sonstige Kosten	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
	Summe	57,6	62,1	60,6	60,6	60,6	60,6

ITM 2563030000

Bezeichnung Schulungs- und Arbeitsplattform ILIAS im DLZP

Ressort / Dst. FM / DLZP - GL IT

Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die ITM dient dazu, ein zentrales Wissensmanagement im DLZP aufzubauen. ILIAS ist eine Plattform für das web-basierte Lernen und Arbeiten. Die Abkürzung ILIAS steht für Integriertes Lern-, Informations- und Arbeitskooperations System. ILIAS ist eine Open Source Software, für deren Nutzung ein Webserver benötigt wird, die Software selbst verursacht keine Kosten.

Wie aus dem Namen ersichtlich, soll ILIAS im DLZP als Lern-, Wissens- und Kooperationsplattform eingesetzt werden. Dadurch hätte das DLZP die Möglichkeit, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Lern- und Arbeitsmaterialien in allen Bereichen zentral bereitzustellen und dadurch eine funktionale und komfortable Weiterbildungs- und Einarbeitungsmöglichkeit zu bieten. Darüber hinaus sind die Nutzer oder Arbeitsgruppen in ILIAS nicht nur Wissenskonsumenten, sondern können durch die Funktionalitäten der Software auch ihr eigenes Wissen zur Verfügung stellen, wodurch der Wissenstransfer, die Wissenserhaltung und die Wissensarchivierung gesteigert und gestärkt werden.

Kooperatives Lernen und Arbeiten sind mit dem integrierten Wiki und den online zu erstellenden ILIAS-Lernmodulen möglich, ebenso die gemeinsame Erstellung von Glossaren, Tests oder Übungen. Der Austausch von Dokumenten auf Dateibasis wird mit Versionskontrolle und WebDAV-Schnittstelle unterstützt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	<p>Die ITM dient dazu, ein zentrales Wissensmanagement im DLZP aufzubauen. Vor allem die umfangreichen technischen und organisatorischen Veränderungen im DLZP zwingen das Amt dazu, effizientere Wege für das Lernen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Auch die Personalabgänge aufgrund des demografischen Wandels erfordern zusätzliche Anstrengungen, das derzeit im DLZP vorhandene und auch künftig unerlässliche Spezial- und Fachwissen zu sichern. Ilias ermöglicht es dem DLZP, allen Beschäftigten zentral das Wissen verfügbar zu machen, das sie für die Bewältigung ihrer Aufgaben benötigen. Ilias unterstützt sowohl den Wissenstransfer als auch die Wissensvermittlung im DLZP und ermöglicht neuen Formen der Weiterbildung. Die ITM hat folglich positive Effekte auf die Bearbeitung von Beihilfe-, Besoldungs-, Versorgungs- und Entgelt-Angelegenheiten. Sie trägt zudem zu einer besseren und effektiveren Steuerung des Amtes bei.</p> <p>Zeit: Insbesondere wird mit ILIAS die zeitaufwändige Einarbeitung neuer Beschäftigter deutlich effizienter. Neue Mitarbeiter*innen können sich zentral, aber in ihrem individuellen Tempo Wissen mittels Ilias aneignen. Die bisher praktizierte aufwändige Eins-zu-Eins-Betreuung (je ein erfahrener MA betreut einen Neuanfänger) entfällt.</p> <p>Mit ILIAS stellt das DLZP seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Lern- und Arbeitsmaterialien in allen Bereichen zentral bereit. Dadurch entfällt die Suche nach Informationen. Effizient ist auch, dass in ILIAS alle Informationen einheitlich und mit Standardfunktionen abrufbar und erlernbar sind. Dies sorgt für eine einfache Anwendung.</p> <p>Kosten: Eine effizientere Einarbeitung und ein schnellerer Zugang zu Wissen setzen Personal-Kapazitäten frei. Schulungen können teilweise von Präsenz-Fortbildungen auf E-Learning via ILIAS umgestellt werden.</p>	

	<p>Qualität: Über ILIAS wird sichergestellt, dass allen Beschäftigten einheitliches Wissen vermittelt wird. Neue Mitarbeiter*innen können sich zentral, aber in ihrem individuellen Tempo Wissen aneignen. Dieses Wissen kann einheitlich überprüft werden, beispielsweise um neuen Beschäftigten eine Zeichnungsbefugnis zu erteilen.</p> <p>Erfahrene Beschäftigte werden mit ILIAS mit neuem, verändertem Wissen einheitlich vertraut gemacht. Notwendige Änderungen von Prozessen, Abläufen oder Tätigkeiten, z.B. bei Software- oder Gesetzesänderungen, können zeitnah und einheitlich umgesetzt werden. ILIAS unterstützt in den täglichen Abläufen insbesondere das Mikrolernen. Hierunter versteht man kleine Informationseinheiten, die von Beschäftigten bei Bedarf und innerhalb ihrer Arbeitsprozesse abgerufen werden können. ILIAS bietet dafür die Datenbasis, die einen strukturierten und einheitlichen Zugang ermöglicht.</p>	
--	---	--

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	10,0	10,0	7,5	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	0,0	6,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
81246	Sonstige Kosten	5,0	5,5	4,0	4,0	4,0	4,0
81246	Beschaffung	0,0	3,6	0,0	0,0	0,0	3,6
	Summe	50,0	60,1	46,5	44,0	44,0	47,6

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

ITM 2205030000

Bezeichnung Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen

Ressort / Dst. MWVATT / MWVATT

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Programm dient der Finanzbedarfsplanung im Straßenbau.

Neben den Kosten für die reine Softwarepflege (Uniface) benötigt das Fachreferat Mittel für Programmanpassungen, um den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Die Finanzplanung bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen mithilfe der Software sicherstellen	01.01.1990-31.12.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	301,5	5,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	301,5	5,7	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2209020000

Bezeichnung Beschaffungen MWVATT

Ressort / Dst. MWVATT / MWVATT

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Kosten für die Ersatzbeschaffung von Hard- und Software im MWVATT.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Verträge	11,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	260,4	284,5	31,6	21,6	21,6	21,6
	Summe	271,9	284,5	31,6	21,6	21,6	21,6

ITM 2210010000

Bezeichnung Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWVATT

Ressort / Dst. MWVATT / MWVATT

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Veranschlagt sind die Kosten für den IT-Betrieb im MWVATT, z.B. Tinte und Toner für Drucker, Datensicherungsbänder, Support durch das "Büro Land" von Dataport, die Betriebskosten der Telearbeitsplätze usw.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Sicherstellung des reibungslosen IT-Betriebes im Hause.	Ständige Aufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	25,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
51144	Verträge	43,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
52537	Sonstige Kosten	20,0	59,9	20,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	121,3	180,1	180,0	180,0	180,1	180,1
53356	Sonstige Kosten	14,4	582,0	141,0	141,0	141,0	128,0

81246	Sonstige Kosten	80,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,9	17,0	2,0	2,0	6,0	2,0
	Summe	304,6	904,0	408,0	408,0	412,1	395,1

ITM 2423030000**Bezeichnung** Korruptionsregister**Ressort / Dst.** MWVATT / MWVATT**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Fachanwendungen**Beschreibung**

Einrichtung eines länderübergreifenden Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs auf Grundlage des Gesetzes über die Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs – GRfW. Das Gesetz ist am 29.11.2013 in Kraft getreten. Das Verwaltungsabkommen betreffend die länderübergreifende gemeinsame elektronische Führung des Registers zwischen der FH Hamburg und dem Land SH wurde am 13.01.2014 geschlossen.

Öffentliche Auftraggeber sind seit Inkrafttreten des Gesetzes verpflichtet, vor einer Zuschlagserteilung bei der registerführenden Stelle (Zentrale Informationsstelle im Wirtschaftsministerium SH) abzufragen, ob das Unternehmen im Register eingetragen ist und ob eine Vergabesperre vorliegt.

Vor dem Hintergrund der Vielzahl von auskunftersuchenden öffentlichen Auftraggebern (allein in SH weit über 2.000), der erforderlichen zeitnahen Auskunft und der länderübergreifenden Ausgestaltung, ist die Realisierung mit einem weitestgehend automatisierten IT-Verfahren notwendig und auch wirtschaftlicher. Der gemeinsame IT-Dienstleister Dataport schafft auf Basis der bestehenden Government-Gateway-Infrastruktur ein IT-Fachverfahren. Die Kosten für Erstellung und Betrieb teilen sich die teilnehmenden Länder. Den öffentlichen Auftraggebern entstehen keine Kosten für die Nutzung des Registers.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einrichtung eines automatisierten länderübergreifenden Registers zum Ausschluss unzuverlässiger Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge	schnellstmöglich

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	18,0	18,0	18,5	18,5	18,5	18,5
63206	Verträge	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
	Summe	36,0	36,0	36,5	36,5	36,5	36,5

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

ITM 2202030000

Bezeichnung BAföG / BAföG 21

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Verwaltung und Berechnung von Studierendendaten zwecks Zahlbarmachung von BAföG. Das BAföG-Verfahren wurde 2016 erneuert.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	BAfög 21	Fallpauschalen Dataport
2	Archivierung	Archivierung durch Dataport
3	BAfög 21	Gesamtintegration und Pflege
4	Dialog 21	Pflege
5	Kasse 21	Pflege
6	PAP	Pflege Programmablaufplan

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellen der elektronischen Verwaltung und Berechnung von Studierendendaten zwecks Zahlbarmachung von BAföG.	01.01.1991 - 31.12.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Verträge	15,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
52537	Sonstige Kosten	15,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	349,7	349,7	349,6	349,4	349,2	349,2
68504	Verträge	79,8	79,8	79,8	79,8	79,8	79,8
	Summe	459,5	439,5	439,4	439,2	439,0	439,0

ITM 2212030000

Bezeichnung Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

IT-Verfahren zur Unterstützung der Fachreferate bei der Lehrkräftepersonalverwaltung (Schuldienst und Vorbereitungsdienst) sowie der Verwaltung von Bewerbungen für den Vorbereitungsdienst. Hinweis: Bewerbungen für den Schuldienst werden über das IT-Verfahren pbOn abgewickelt.

Es werden alle Aufgaben und Bearbeitungsschritte unterstützt, die bei der Lehrkräfteverwaltung anfallen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der kombinierten Datenpflege und der automatischen Erstellung von standardisiertem Schriftgut. Außerdem sind diverse Auswertemöglichkeiten vorhanden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Unterstützung der Arbeitsabläufe in der Lehrkräftepersonalverwaltung	erreicht
2	Unterstützung der Arbeitsabläufe im Bewerbungsmanagement für den Vorbereitungsdienst	erreicht
3	umfangreiche Auswertungsmöglichkeiten zur Erstellung von Statistiken	erreicht

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	300,0	300,6	300,6	300,6	300,6	300,6
	Summe	300,0	300,6	300,6	300,6	300,6	300,6

ITM 2213030000

Bezeichnung Landesnetz-Bildung

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Aufbau und Betrieb einer zentralen Infrastruktur für Schulverwaltungen und Schulämter mit standardisierten IT-Arbeitsplätzen auf Basis des Landesstandards SH.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufbau und Betrieb einer Service-Infrastruktur	Ende 2012
2	Ausbau des Landesnetzes Bildung zu einem innovativen und leistungsfähigen Verwaltungnetz für die Schulämter und Schulverwaltungen	globales Ziel
3	Optimierung der Wirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes im Bildungsbereich durch Standardisierung und Homogenisierung der Systemlandschaften (Hard- und Software) in Abstimmung mit den Kommunalen Landesverbänden	
4	Anschluss aller Schulen an das Landesnetz, Einführung zentraler Verfahren (Schulverwaltung)	
5	Unterstützung der Schulen bei Störungen und Benutzerproblemen (Helpdesk)	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51144	Verträge	0,4	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4
51144	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	50,1	50,1	50,1	50,1	50,1	50,1
53356	Sonstige Kosten	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
	Summe	53,5	53,3	53,0	53,0	53,0	53,0

ITM 2216020000

Bezeichnung Beschaffungen von IT-Hardware im Ministerium

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ausbau von mobilen IT-Arbeitsplätzen	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	127,1	166,0	81,8	82,6	102,0	113,2
	Summe	127,1	166,0	81,8	82,6	102,0	113,2

ITM 2217010000

Bezeichnung Betrieb der IT im Ministerium

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

IT-Grundversorgung der Dienststelle mit Basis-IT, Verbrauchsmitteln, Nutzung externer Datenbanken, Aus- und Fortbildung und Vertrag zum Support Landessystemkonzept.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des reibungslosen IT-Betriebes im MSB	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	1,7	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
51143	Sonstige Kosten	50,9	50,9	50,9	50,9	50,9	50,9
51144	Verträge	29,7	37,4	37,8	38,2	38,6	38,6
51144	Beschaffung	6,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	4,0	3,6	4,0	4,0	4,0	4,0
53356	Verträge	165,1	230,0	249,2	249,2	249,2	249,2
53356	Sonstige Kosten	3,4	28,7	3,8	3,8	3,8	3,8
53413	Verträge	2,5	2,7	2,9	3,1	3,3	3,5
	Summe	264,2	354,4	349,7	350,3	350,9	351,1

ITM 2341030000

Bezeichnung Schulentwicklungsplanung für Schulen in SH

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Verminderung des Aufwandes bei schulbezogenen Verwaltungsabläufen. Dies betrifft unter anderem die Verminderung des Aufwandes bei Datenerhebungen in den Schulen, die Verminderung des Aufwandes bei der Pflege von Schulverwaltungsprogrammen, die Nutzungsmöglichkeiten zentraler gespeicherter Lehrerdaten für die Schulverwaltung und die Schulämter, die IT-technische Unterstützung des Schulwechsels von Schülern, die Nachverfolgung des Schulwechsels sowie die IT-Unterstützung für die Schulentwicklungsplanung.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Schulentwicklungsplanung (SEP)	Das Ministerium und die Kreise verwenden bisher unterschiedliche IT-Lösungen und Basiszahlen für die Schulentwicklungsplanung. Daher wird der Einsatz der bereits in den Kreisen eingesetzten IT-Lösung als Landeslösung angestrebt

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Optimierung von Arbeitsprozessen, insbesondere im Verwaltungsbereich Schulentwicklungsplanung	
2	Entlastung von Schulleitungen, Lehrkräften und Schulaufsicht von bürokratischen Aufgaben durch die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für arbeitsplatz-unterstützende IT-Lösungen	
3	Verstärkte Nutzung der zentralen E-Government-Komponenten des Landes für Anwendungen im Bildungsbereich	

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Schulentwicklungsplanung	1	Einführung eines landeseinheitlichen IT-Lösung für die Schulentwicklungsplanung	1.07.2010 - 1.07.2011

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	59,7	60,8	60,8	60,8	60,8	60,8
53356	Sonstige Kosten	21,8	16,9	16,9	16,9	16,9	16,9
	Summe	81,5	77,7	77,7	77,7	77,7	77,7

ITM 2342030000

Bezeichnung Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn)

Ressort / Dst. MBWK / MBWK

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Webbasiertes IT-Verfahren für Online-Bewerbungen im Schulbereich, das im Internet Stellenangebote von schleswig-holsteinischen Schulen verfügbar macht und eine Bewerbung über das Internet ermöglicht.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Durch ein Onlineportal mit nach Regionen und Fachgebieten selektierbaren Stellenangeboten soll eine optimale Ansprechbarkeit von Interessenten, eine zeitnahe Rückmeldung von Bewerbungen und eine transparente Übersicht für die Schulleitungen und das Ministerium erreicht werden.	1. Februar 2011
2	Ablösung durch KoPers	2016 ff.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	114,4	116,2	116,2	116,2	116,2	116,2
53356	Sonstige Kosten	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	115,7	116,2	116,2	116,2	116,2	116,2

ITM 2553030000

Bezeichnung Schulportal SH
Ressort / Dst. MBWK / MBWK
Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufgrund der zunehmenden Anzahl unterschiedlicher digitaler Lern- und Arbeitsplattformen im Bereich Schule und der sich damit abzeichnenden Probleme soll ein webbasiertes, datenschutzkonformes Zugangsportale für Lehrkräfte sowie für Schülerinnen und Schüler aufgebaut werden, über das zentrale schulische Anwendungen und Dienste bereitgestellt werden können und über das auf schulische Informationsportale, Organisations- und Kommunikationsplattformen Dritter zugegriffen werden kann.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	170,0	500,0	700,0	1.000,0	1.000,0
	Summe	0,0	270,0	500,0	700,0	1.000,0	1.000,0

ITM 2564030000

Bezeichnung Mitnutzung der IT-Plattform "Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen"
Ressort / Dst. MBWK / MBWK
Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Verantwortung für die Schulabschlüsse im deutschen Auslandsschulwesen tragen die Länder. An den durch die Kultusministerkonferenz der Länder der Bundesrepublik Deutschland (KMK) anerkannten deutschen Auslandsschulen werden gemäß den Ordnungen der KMK die deutschen Schulabschlüsse vergeben. Die Länder haben die Aufgabe, die Qualität sowie die Vertraulichkeit bei der Erstellung der schriftlichen Abituraufgaben, der Begutachtung und der Bewertung von schriftlichen Leistungen in den Prüfungen in der von ihnen jeweils betreuten Auslandschulregion zu sichern und effizient zu gestalten. Jedes Land hat die Verantwortung für eine der weltweit 16 Prüfungsregionen, wobei die Zuständigkeit in einem Rhythmus von vier Jahren wechselt. So haben alle Länder langfristig betrachtet den gleichen Arbeits- und Kostenaufwand. Die Länder betreuen ihre jeweilige Auslandsregion im Rahmen der übernommenen Aufgaben völlig eigenständig.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern als Auftragnehmer verwendet zur Bewältigung dieser Aufgabe die virtualisierte Lösung der IT-Plattform „Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen“. Hierbei handelt es sich um den Telegriff auf virtuelle Computer. Dabei werden nach der erfolgreichen Authentifizierung zwischen dem Telearbeitscomputer und dem virtuellen Computer im Ministerium keine Dateien, sondern lediglich die Tastatureingaben, Mausbewegungen und Bildschirmanzeigen über eine verschlüsselte Verbindung ausgetauscht.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
63206	Verträge	0,0	17,0	17,1	17,2	17,3	17,5
81246	Verträge	0,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	37,0	17,1	17,2	17,3	17,5

ITM 2310030000

Bezeichnung Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen

Ressort / Dst. MBWK / IQ SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Das IQSH betreibt für Aus- und Fortbildungszwecke die synchrone Online-Konferenzplattform Interwise. Auf in der Regel angemieteten Servern werden Unterstützungssysteme für die Arbeit im IQSH, für die Unterstützung von Schulen und Lehrkräften, sowie für Projektpartner betrieben. Hierzu gehören Verfahren wie ODIS, EVIT, VERA, LEONIE, Fächerportal, Webauftritt des IQSH, Online-Buchungssysteme, Ticketsystem, Mediendownload für Schulen, Kundenhosting von 500 Schulen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	E-Learning	Life-Lehrerfortbildung mit der Konferenzserverplattform Adobe Connect
2	Online Verfahren	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen und Lehrerbildung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Betrieb von Unterstützungssystemen für Schulen (Server mit Dienstleistungen für Schulen, E-Learningplattform)	
2	Beratung und Unterstützung der Schulen bei der Standardisierung mit dem Ziel einer durchgängigen, beiläufigen IT- Nutzung im Unterricht	
3	Konsolidierung und Weiterentwicklung der internetgestützten IT- Dienstleistungen für Schulen, um eine gute Unterstützung von Verwaltungs-, Organisations- und Bildungsprozessen an Schulen zu erreichen	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	74,3	121,1	109,8	84,8	84,8	84,8
53356	Sonstige Kosten	4,0	52,0	4,0	4,0	4,0	4,0
	Summe	78,3	173,1	113,8	88,8	88,8	88,8

ITM 2311020000

Bezeichnung Beschaffungen des IQSH
Ressort / Dst. MBWK / IQ SH
Status aktiv
Art Beschaffung
Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	76,0	76,1	69,8	66,7	57,6	57,6
	Summe	76,0	76,1	69,8	66,7	57,6	57,6

ITM 2312010000

Bezeichnung Betrieb der IT im IQSH
Ressort / Dst. MBWK / IQ SH
Status aktiv
Art Grundversorgung
Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Im IQSH gibt es neben dem Landesnetzzugang eine freie Internetanbindung über eine Standleitung zur Universität Kiel (DFN). Diese freie Internetanbindung wird für die Schulungs- und Veranstaltungsräume sowie für eLearning (Adobe Connect), Upload digitaler Medien, Fernwartung von PCs an Schulen und Pflege externer Server benötigt. Weiterhin werden in dieser Maßnahme Kosten für die Reparatur und Pflege der Hardware sowie Internetdienste für das Haus (Mailserver, Bibliotheksverwaltung, ...) finanziert.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0

53356	Verträge	24,5	26,0	26,0	26,0	26,0	6,8
53356	Sonstige Kosten	2,5	5,0	2,5	2,5	2,5	2,5
	Summe	32,0	36,0	33,5	33,5	33,5	14,3

ITM 2491030000

Bezeichnung Kommunikationsplattform für Schulen und schulnahe Institutionen als Webdienst (SchulCommSy)

Ressort / Dst. MBWK / IQ SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das SchulCommSy SH beruht auf der Open-Source-Software CommSy. Genutzt werden die virtuellen Klassenzimmer der Software, die abgeschlossene Webbereiche zur Verfügung stehen. Das SchulCommSy SH wird als virtuelles Lehrerzimmer verwendet.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Nutzungsmöglichkeit als virtuelles Lehrerzimmer.	
02	Nutzung für den Unterricht.	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	42,9	42,9	42,9	42,9	42,9	42,9
53356	Sonstige Kosten	12,2	0,0	0,0	10,0	0,0	0,0
	Summe	55,1	42,9	42,9	52,9	42,9	42,9

ITM 2410010000

Bezeichnung Grundversorgung Landesförderzentren (LanFöZ)

Ressort / Dst. MBWK / LanFöZ

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

IT-Grundversorgung der Landesförderzentren (LFZ) – insgesamt 5 – mit Basis-IT, Verbrauchsmitteln, Aus- und Fortbildung sowie Vertrag zum Support Landessystemkonzept für das LFZ Hören und Sprache in Schleswig mit Außenstelle Wentorf.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	22,0	22,4	22,0	22,0	22,0	22,0

ITM 2549020000

Bezeichnung Beschaffungen LanFöZ

Ressort / Dst. MBWK / LanFöZ

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	0,0	56,2	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	56,2	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2371010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesbibliothek

Ressort / Dst. MBWK / LB SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einsatz von Landesstandards, Nutzung zentraler Infrastrukturen	Daueraufgaben

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
53356	Verträge	50,6	47,7	45,0	45,0	45,0	45,0

53356	Sonstige Kosten	6,0	16,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53413	Verträge	2,1	2,1	3,1	3,1	3,1	3,1
	Summe	60,2	67,3	51,6	51,6	51,6	51,6

ITM 2378020000**Bezeichnung** Beschaffung - Landesbibliothek**Ressort / Dst.** MBWK / LB SH**Status** aktiv**Art** Beschaffung**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH**Beschreibung**

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung funktionierender BK-Arbeitsplätze nach dem aktuellen technischen Stand	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	10,0	5,1	5,5	7,2	2,5	2,5
	Summe	10,0	5,1	5,5	7,2	2,5	2,5

ITM 2369030000**Bezeichnung** Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv**Ressort / Dst.** MBWK / LA SH**Status** aktiv**Art** IT-Verfahren**Klassifizierung** Fachanwendungen**Beschreibung**

Als archivische Fachverfahren sind zur Zeit neben AIDA die
 - Beständeübersicht und die
 - Wappenrolle
 in Betrieb.

Die Beständeübersicht ist eine Datenbank, mit der Informationen über die einzelnen Archivbestände bearbeitet und für die Internetpräsentation des Landesarchivs generiert werden. Die Wappenrolle ist eine Datenbank, in der die im Rahmen der kommunalen Heraldik des Landes vorhandenen und neu erstellen Wappen und Flaggen dokumen-

tiert sind, um im Genehmigungsverfahren auf die notwendigen Informationen zugreifen zu können. Außerdem verfügt sie über eine Internetkomponente mit der Kommunen und Bürger sich über die Wappen und Flaggen Schleswig-Holsteins in Bildform und ihrer Blasonierung (Beschreibung) informieren können.

Als weiteres archivistisches Fachverfahren wird eine digitalisierte Verwaltung benötigt. Das Landesarchiv wird Ende des Jahres voraussichtlich Digitalisate von Luftbildern in größerem Umfang übernehmen. Dazu wird es noch in diesem Jahr eine Voruntersuchung geben, wie sich Speicherung und Benutzung dieser Luftbilder, wie auch anderer Digitalisate, die insbesondere als Findmittel benötigt werden, am besten realisieren lässt. Im Jahre 2016 sollte dann die Beschaffung der benötigten Hard- und Software erfolgen.

Für die Zukunft wird auch für das Landesfilmarchiv eine neue Verwaltungssoftware benötigt. Bei der Filmarchivierung wird anders als bei der Aktenarchivierung das Archivgut nicht direkt eins zu eins übernommen. Da von Filmen oft unterschiedliche Fassungen vorliegen, werden diese in einem aufwendigen Arbeitsgang jeweils einzeln gesichtet und aus den einzelnen Komponenten dann ein zu archivierendes Exemplar zusammengesetzt. Dieses Verfahren wurde bisher dadurch unterstützt, dass AIDA hier zweckentfremdet eingesetzt wurde. Mit der neuen Version von AIDA ist dies nicht mehr möglich, sodass hier eine eigenständige, an den Bedürfnissen des Filmarchivs ausgerichtete Datenbank erforderlich ist.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Beständeübersicht	Information über Archivbestände, Generierung der Internetpräsentation
2	Wappenrolle	Dokumentation von Wappen und Flaggen, Internetkomponente
3	Landesfilmarchiv	Verwaltung und Bearbeitung der übernommenen Filme
4	Digitalisateverwaltung	Verwaltung und Speicherung der für Benutzer des Landesarchivs angefertigten Digitalisate

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Rationalisierung der Archivarbeit, Einführung von E-Government, Schaffung bürgernaher Informationsstrukturen, Erhöhung der Einnahmen	31.12.2016

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Beständeübersicht	1	Erleichterung der Archivbenutzung durch Behörden und Benutzer	
Wappenrolle	2	Rationalisierung der Archivarbeit, E-Government, Bürgerinformation	
Landesfilmarchiv	3	Rationalisierung der Archivarbeit, Erhöhung der Einnahmen	31.12.2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
	Summe	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5

ITM 2377020000

Bezeichnung Beschaffung - Landesarchiv

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	16,0	7,4	8,2	9,7	11,7	11,7
	Summe	16,0	7,4	8,2	9,7	11,7	11,7

ITM 2381010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesarchiv SH

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	40,7	40,6	40,6	40,6	40,6	40,6
	Summe	45,7	45,6	45,6	45,6	45,6	45,6

ITM 2408030000

Bezeichnung Betrieb und Fortentwicklung Fachverfahren AIDA

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

AIDA ist ein Verzeichnisprogramm für Archivare, das hauptsächlich im Landesarchiv Schleswig-Holstein eingesetzt wird. Es dient dem Erfassen, Ändern und Verschlagworten von Erschließungsdaten in einem Archiv. Es erzeugt Findbücher über die Erschließungsdaten und bietet eine umfangreiche Recherchemöglichkeit über die gespeicherten Daten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Produktionsbeginn AIDA 3.0	04.2015
02	Einführung ergänzender Neuerungen in AIDA 3.0	12.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	33,3	10,1	33,3	33,3	33,3	33,3
	Summe	33,3	10,1	33,3	33,3	33,3	33,3

ITM 2461030000

Bezeichnung Digitales Archiv Nord

Ressort / Dst. MBWK / LA SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Nach dem Landesarchivgesetz (LArchG §6 Abs. 1) müssen die Behörden und Gerichte des Landes Schleswig-Holstein alle bei Ihnen entstandenen Unterlagen, die für deren laufenden Geschäftsgang nicht mehr benötigt werden, dem Landesarchiv zur dauernden Aufbewahrung anbieten. Dies gilt für Unterlagen aus digitalen Systemen (z.B. E-Akten) ebenso wie für analoges Schriftgut (z.B. Papierakten).

Für die dauernde Speicherung der Unterlagen aus digitalen Systemen muss ein zentrales digitales Archiv-System aufgebaut werden. Dieses digitale Archiv soll sowohl die bereits vorliegenden als auch die erst in Zukunft entstehenden elektronischen Verwaltungsunterlagen übernehmen, dauerhaft erhalten und für universelle Nutzungen wieder zur Verfügung stellen.

Auf diese Weise stellt sich das Landesarchiv S-H seinen gesetzlichen Aufgaben und den Anforderungen moderner E-Government-Strategien. Außerdem eröffnet es innovative Nutzungsmöglichkeiten der dort verwahrten Informationen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Sicherung und Bereitstellung von archivwürdigen digitalen Verwaltungsunterlagen, Vermeidung von Überlieferungsverlusten	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	112,2	125,2	133,2	143,2	143,2	143,2
53356	Sonstige Kosten	138,9	89,9	89,9	89,9	89,9	89,9
63206	Verträge	99,4	99,4	99,4	99,4	99,4	99,4
63206	Sonstige Kosten	94,5	94,5	94,5	94,5	94,5	94,5
	Summe	445,0	409,0	417,0	427,0	427,0	427,0

ITM 2370010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege

Ressort / Dst. MBWK / LD SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung des laufenden Betriebs der BK-Infrastruktur des LD	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
51143	Beschaffung	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
52537	Verträge	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	21,0	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5
53356	Sonstige Kosten	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	25,5	26,5	25,5	25,5	25,5	25,5

ITM 2384020000

Bezeichnung Beschaffung - Landesamt für Denkmalpflege

Ressort / Dst. MBWK / LD SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	30,7	2,2	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	30,7	2,2	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2413030000

Bezeichnung Denkmal Information SH (DISH)

Ressort / Dst. MBWK / LD SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

1. Bereitstellung der Infrastruktur und Betrieb der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH) im Rechenzentrum.
2. Die Datenbank DISH (Denkmal-Information Schleswig-Holstein) des Landesamtes für Denkmalpflege muss im Zuge der geplanten Umstellung der Landesbehörden auf das System Icotech III +1 bzw. der geplanten Umstellung der Clients auf Windows7 angepasst bzw. migriert werden. Es handelt sich derzeit um eine Access-basierte Anwendung mit separater Access-Datenbank. Zudem existiert noch eine im Aufbau befindliche Datenbank-Erweiterung (zur Materialerfassung), die im Zusammenhang mit der Migration integriert werden soll.

Im Zusammenhang der Migration ist sinnvollerweise geplant, die bestehende Anwendung auf eine Web-technologie (Aufbau einer zentralen Webapplikation mit einer Dreischichtarchitektur) umzustellen. Zusätzlich soll eine GIS-Schnittstelle (Pflege und Bearbeitung über ArcGIS) und damit eine Einbindung auch externer Daten über GeoWebServices integriert werden. Damit würde auch die Abgabe an Inspire standardisiert zur Verfügung gestellt werden können (gemäß dem Architekturkonzept der GDI-SH).

Pflege der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH). Die Datenbank DISH soll künftig durch die Fa. Dataport gepflegt werden, was Support, Entwicklung und Unterstützungsleistungen beinhaltet.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Hosting (DISH)	Bereitstellung der Infrastruktur und Betrieb der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH) im Rechenzentrum
2	Pflege (DISH)	Pflege der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH)
3	Erweiterung des Verfahrens DISH	Unterstützungsleistungen für die Konzeption, Realisierung, Projektleitung und Test von Pflegemaßnahmen sowie Auslieferung und Implementierung von Erweiterungen für DISH in 2014, die über den Umfang des bestehenden Pflegevertrages hinausgehen.
4	Erweiterung des Verfahrens DISH Gesetzesnovelle	Unterstützungsleistungen für Umsetzung der im vorliegenden Konzept "Änderungen zur Gesetzesnovelle des Denkmalschutzgesetzes, DISH" beschriebenen Erweiterungen des Verfahrens DISH, die durch die Gesetzesnovelle des Denkmalschutzgesetzes des Landes SH erforderlich sind.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	<ul style="list-style-type: none"> - Zentrale Denkmalverwaltung des Landes, - landesweiter (event. bundesweite Einbindung) Zugriff auf Denkmal-Datenbanken, - mit der webgestützten Variante Aufbau eines bürgerfreundlichen Informationssystems, - kurzfristiger und zeitnaher Austausch von Daten mit allen planenden Behörden aber auch freien Architektur- und Planungsbüros. 	03.11.2014-31.12.2016 ff.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	73,6	66,0	66,0	66,0	66,0	66,0
53356	Sonstige Kosten	3,9	8,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	77,5	74,0	66,0	66,0	66,0	66,0

ITM 2380010000

Bezeichnung Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt

Ressort / Dst. MBWK / AL SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Laufende Aufrechterhaltung des +1-Betrieb IT-Betriebes: Wartungs- und Reparaturmaßnahmen für Server, Arbeitsplatzrechner, Drucker, Plotter sowie Verbrauchsmaterialien, Kleinbeschaffung, Softwarepflege, Schulungsmaßnahmen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	archaeoDox	gemeinsam mit der Bodendenkmalpflege der Hansestadt Hamburg konzipierte und entwickelte Standard-Grabungs- und Dokumentationssoftware für archäologische Ausgrabungen und die Fundinventarisierung (interoperabel zur webbasierten Datenbank für Kulturdenkmale in S-H)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	+1.büro: Umstieg auf Windows 10	2018 / 2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
archaeoDox	1	archivgerechte Erfassung und Ablage von Grabungsdokumentationen sowie thesaurusgestützte Inventarisierung von Grabungsfunden und interoperable Weitergabe der Datensätze über eine bidirektionale Schnittstelle zur webbasierten Datenbank für Kulturdenkmale in S-H.	2011 -

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	5,0	5,8	5,8	5,0	5,0	5,0
52537	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	40,4	40,2	40,2	40,2	40,2	40,2
53356	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
	Summe	49,4	50,0	50,0	49,2	49,2	49,2

ITM 2382030000

Bezeichnung Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H

Ressort / Dst. MBWK / AL SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Entwicklung und Optimierung einer webgestützten (verteilten) Datenbankanwendung zur Darstellung und Verwaltung der archäologischen Kulturdenkmale von Schleswig-Holstein. Die Besonderheit liegt in einem Datenverbund zwischen den in der Landesarchäologie tätigen Akteuren Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Archäologisches Landesmuseum Schleswig-Holstein und Universität Kiel mit dem Institut für Ur- und Frühgeschichte und den daraus resultierenden bidirektionalen (standardisierten GIS-fähigen) Schnittstellen zwischen der Datenbank der Kulturdenkmale und der gemeinsam mit dem Archäologischen Landesmuseum betriebenen Archäologischen Datenbank Schleswig-Holstein (ADSH). Durch die von der digiCULT-Verbund eG entwickelten ADSH besteht gleichzeitig eine Anbindung an bundeslandübergreifende Standards. Durch den Datenverbund und die Ausstattung

mit standardisierten (ogc-konformen) Schnittstellen werden die Daten in weitere Portale eingespeist, um sie insbesondere vor dem Hintergrund der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes seit 2015 als Inspire-konforme Dienste über die Geodateninfrastruktur (GDI-SH) zu veröffentlichen. Auch steht ein Auszug der Daten (sogenannte archäologische Interessensgebiete) Planungsbüros, Investoren und Kommunen zur Verfügung, damit sich diese vorab über mögliche Konflikte von beabsichtigten Planungsvorhaben mit Kulturdenkmalen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen informieren können.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	KuLaDig	Teilnahme am Internetportal Kulturlandschaft Digital (Länder-übergreifendes Geodatenportal mit Schwerpunkt Kultur; ergänzend zu GDI-SH), Sicht auf Schleswig-Holstein. Pilot siehe hier: https://www.kuladig.de/Objektansicht/KLD-271183

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	webbasierte verteilte Datenbanken der Kulturdenkmale in S-H mit GIS-Darstellung, GIS-Schnittstellen (WMS, WFS) und Schnittstellen zur Archäologischen Datenbank SH (ADSH) und der Grabungssoftware Archaeodox.	2008 bis 2014
2	Erweiterung der verteilten Datenbanken der Kulturdenkmale in S-H aufgrund der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) in 2015 für die Überführung des analog geführten ehemaligen Denkmalsbuches in eine elektronisch zu führende und zu veröffentlichende Denkmalliste (siehe DSchG 2015 und LVO über die Denkmallisten für Kulturdenkmale).	2015 bis 2020
3	Ausbau der verteilten Datenbanken der Kulturdenkmale in S-H zur Pflege von archäologischen Interessensgebieten sowie Anpassungen zur Prozessoptimierung (z.B. Usability, Geoeditor, Exportmöglichkeiten, Barrierefreiheit).	2016 bis 2020

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
KuLaDig	1	Teilnahme am Informationssystem über die Kulturlandschaften in Deutschland. Kulturtouristische Aufbereitung von Informationen ausgewählter Kulturdenkmale und Einspeisung in KuLaDig	2018 bis 2020

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	62,0	53,1	32,0	32,0	32,0	32,0
53356	Sonstige Kosten	21,1	7,1	0,0	0,0	0,0	0,0
68504	Sonstige Kosten	0,0	5,0	15,0	15,0	15,0	15,0
	Summe	83,1	65,2	47,0	47,0	47,0	47,0

ITM 2386020000

Bezeichnung Beschaffung - Archäologisches Landesamt

Ressort / Dst. MBWK / AL SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	6,1	6,9	6,1	6,1	6,1	6,1
	Summe	6,1	6,9	6,1	6,1	6,1	6,1

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

ITM [2239020000](#)

Bezeichnung Beschaffung MJEVG Ministerium

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffung Hard- und Software aus dem standardisierten Dataport Warenkorb.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung funktionierender BK-Arbeitsplätze nach dem aktuellen technischen Stand	Daueraufgabe
2	Einsatz der aktuellen Landesstandards und der standardisierten Hard- und Software aus dem Dataport-Warenkorb	Daueraufgabe
3	Zentralisierung der Server-Infrastruktur; Abbau von Standort-Servern in den Außenstellen	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Sonstige Kosten	0,0	13,5	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	80,2	132,0	36,8	44,6	44,3	44,3
	Summe	80,2	145,5	36,8	44,6	44,3	44,3

ITM 2247010000

Bezeichnung Lfd. Betrieb Bürokommunikation Ministerium

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Gewährleistung des laufenden Betriebs der BK-Infrastruktur des MJEVG - ohne nachgeordneten Bereich.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einsatz von Landesstandards	Daueraufgabe
2	Nutzung zentraler Infrastrukturen	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51143	Sonstige Kosten	22,6	22,6	22,6	22,6	22,6	22,6
51144	Verträge	20,5	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
51144	Sonstige Kosten	12,0	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9
52537	Sonstige Kosten	9,0	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	55,9	56,3	57,2	57,2	57,2	57,2
53356	Sonstige Kosten	19,6	21,0	13,0	13,0	13,0	13,0
	Summe	140,6	130,3	123,2	123,2	123,2	123,2

ITM 2218030000

Bezeichnung Bundesweite Internetplattformen der Justiz

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status	aktiv
Art	IT-Verfahren
Klassifizierung	Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Betrieb von einheitlichen Veröffentlichungen und Dienstleistungsplattformen der Justiz (Bund und 16 Bundesländer) in der Bundesrepublik Deutschland im Internet, über die Bekanntmachungen (Insolvenz bekanntmachungen, Zwangsvollstreckungstermine, Gerichtstafel) und Dienstleistungen (Rechtsdienstleistungsregister, Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank, Justizauktion) angeboten werden. Diese unterschiedlichen Angebote sind über ein zentrales Portal www.justiz.de erreichbar.

Seit 01.01.2012 wird das Angebot ergänzt durch das zentrale Testamentsregister der Bundesnotarkammer. Am 01.01.2013 hat im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung das bundesweite Schuldnerportal seinen Betrieb aufgenommen. Zum 01.01.2016 nicht das gesetzlich vorgeschriebene zentrale Schutzschriftenregister seinen Betrieb auf.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Betrieb des Portals	Basiskosten für die Bereitstellung der Portalinfrastruktur
2	Personalkosten Redaktion	NRW stellt das Personal für die Portalredaktion. Die Kosten werden auf alle umgelegt.
3	Übersetzungen	Die Inhalte des Portals werden mehrsprachig dargestellt und müssen daher parallel zu Änderungen etc. übersetzt werden.
5	Orts- und Gerichtsdatei	Das Land BW pflegt die Orts- und Gerichtsdatei. Die Kosten werden über das Justizportal abgewickelt.
6	Online-Formulare	Über das Portal werden in zunehmendem Umfang Online-Formulare zur Verfügung gestellt werden, welche in Zukunft auch online versandt werden können. Die Bedeutung wird mit Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs weiter zunehmen.
7	Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank	Die DÜD ist aufgrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EUDLR) verpflichtend.
8	Rechtsdienstleistungsregister	Das Rechtsdienstleistungsregister ist ebenfalls aufgrund EUDLR verpflichtend.
9	Informationssystem für Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes (KapMuG)	Nach § 12 Absatz 2 des KapMuG in der ab dem 1. Juli 2013 geltenden Fassung ist ein elektronisches Informationssystem umzusetzen.
10	Justizauktion	Das bundesweite Portal Justizauktion verbessert die Verwertungsmöglichkeiten für Pfandgut und entlastet die Gerichtsvollzieher.
11	Insolvenzportal	Fachportal zur Veröffentlichung von Insolvenzbekanntmachungen
12	ZVG-Portal	Fachportal zur Veröffentlichung von Zwangsversteigerungsterminen
13	Handelsregisterbekanntmachungen	Fachportal zur Veröffentlichung von Handelsregisterbekanntmachungen
14	Vollstreckungsportal	Bundesweites Schuldnerverzeichnis gemäß Gesetz zur Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung
15	Gerichtstafel	Noch in Konzeption befindliches Veröffentlichungsportal für gerichtliche Aushänge
16	Schutzschriftenregister	Register für die Veröffentlichung von vorbeugenden Verteidigungsschriftsätzen gegen erwartete Anträge auf Arrest oder einstweilige Verfügung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel ist es, sämtliche Register und Bekanntmachungen über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die teuren Papierbekanntmachungen in Tageszeitungen und Publikationsorganen (z.B. Bundesanzeiger oder Schleswig-Holsteinischen Anzeigen) durch die günstigen Internetbekanntmachungen zu ersetzen, die im Gegensatz zu Printmedien weltweit und vor allem länger verfügbar sind.	
2	Das Rechtsdienstleistungsregister sowie die Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank sind aufgrund der EUDLR verpflichtend.	
3	Das bundesweite Portal Justizauktion verbessert die Verwertungsmöglichkeiten für Pfandgut und entlastet die Gerichtsvollzieher.	ab 01.05.2011
4	Das zentrale Testamentsregister verbessert den Schutz der Interessen von Erblassern und Erbberechtigten sowie insbesondere der Erbrechte nichtehelicher Kinder.	ab 01.01.2012
5	Das bundesweite Schuldnerportal setzt die sich aus dem Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung ergebene Verpflichtung, die derzeit je Amtsgericht geführten Schuldnerverzeichnisse zu zentralisieren, in wirtschaftlichster Weise um.	ab 01.01.2013
6	Der Aufbau eines Schutzschriftenregisters ergibt sich verpflichtend aus dem e-Justice-Gesetz.	ab 01.01.2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52706	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
53413	Verträge	214,0	305,1	170,3	170,3	170,3	170,3
	Summe	214,5	305,6	170,8	170,8	170,8	170,8

ITM 2220030000

Bezeichnung Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Bereitstellung von externer Datenbank für die Justiz

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zugriff auf aktuelle Gesetze, Kommentare und Rechtsprechung für die Richterinnen und Richter	Laufende Aktualisierung

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53413	Verträge	387,8	393,7	409,3	427,1	427,1	427,1
53413	Sonstige Kosten	8,0	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
	Summe	396,8	403,7	419,3	437,1	437,1	437,1

ITM 2221030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Pflege/Support/Weiterentwicklung der Fachanwendung MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation) sowie dem Kostenmodul. Die MEGA-Systemadministratoren der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie die Fachgruppe erstellen Fehlermeldungen / Änderungsbedarfe. Vor einer evtl. Umsetzung erfolgt eine Aufwandsschätzung durch das Entwicklerteam bei Dataport. Neben der Umsetzung technischer Notwendigkeiten erfolgen auch gesetzliche und fachliche Anpassungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung Betriebes Fachanwendung MEGA (Pflege und Weiterentwicklung)	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	19,0	7,4	7,4	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	19,0	7,4	7,4	0,0	0,0	0,0

ITM 2222030000

Bezeichnung Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Sicherstellung der IT-Kommunikation zwischen den schleswig-holsteinischen Gerichten und Staatsanwaltschaften einerseits und externer Organisationen andererseits durch den Einsatz einer Zentralen Kommunikationskopfstelle Justiz (ZKK-Justiz). Sie dient als Informationsaustausch zwischen den eigenen IT-Verfahren und IT-Verfahren externer Organisationen sowie landesinterner Anwendungen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Externe Kommunikationspartner	Es bestehen Anbindungen an externe Kommunikationspartner: das Bundeszentralregister (BZR), Gewerbezentralregister (GZR), das Zentrale staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister (ZStV), das Verkehrszentralregister (VZR), das Statistische Landesamt (StaLa) sowie landesinternen Anwendungen PED, OWI, SAP und FOLIA/PKI.
02	Kommunikation Register	Für die Kommunikation mit den Registern BZR, GZR und ZStV stellt die ZKK-Justiz für die Staatsanwaltschaften und Gerichte die Landeskopfstelle S-H dar.
03	OpenFT	Die Anbindung aller internen Partner an den zentralen Kommunikationsrechner erfolgt ausschließlich über OpenFT.
04	Pflege MEKOM	Die Pflege der von Dataport erstellten Programme zur Automation der Kommunikation (MEKOM-FT und MEKOM-EM) sind Bestandteil der ZKK-Justiz.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Sicherstellung des Informationsaustausches zwischen den IT -Justizbehörden und den IT - Verfahren externer Organisationen sowie landesinterner Anwendungen	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	99,0	100,8	98,9	98,9	98,9	98,9
	Summe	99,0	100,8	98,9	98,9	98,9	98,9

ITM 2223030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSchH)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fortführung des Elektronischen Rechtsverkehrs in den Registergerichten, Einführung der elektronischen Akte im Vereinsregister, Fortführung und Aktualisierung der Elektronischen Akte im allg.; Abruf von Daten aus dem Register sowie aus der Elektronischen Akte via Internet (bundesweites Registerportal).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Fortführung des Elektronischen Rechtsverkehrs in den Registergerichten, Einführung der elektronischen Akte im Vereinsregister, Fortführung und Aktualisierung der Elektronischen Akte im allg.; Abruf von Daten aus dem Register sowie aus der Elektronischen Akte via Internet (bundesweites Registerportal)	Daueraufgabe
2	Migration von AUREG nach AuRegis	01.01.2017-31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Verträge	5,7	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9
52537	Sonstige Kosten	1,0	2,3	1,5	1,5	1,5	1,5
52706	Sonstige Kosten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
53356	Verträge	766,1	1.123,5	1.015,5	793,2	795,2	795,2
	Summe	775,8	1.136,7	1.027,9	805,6	807,6	807,6

ITM 2224030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Elektronischen Grundbuchs (EGB) in den Schleswig-Holsteinischen Grundbuchämtern mit den Zielen:

- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein
- Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung
- Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens
- schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein	Daueraufgabe
2	Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung	Daueraufgabe
3	Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens	Daueraufgabe

4	schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes	Daueraufgabe
5	Zentralisierung des technischen Betriebs des Produktionssystems im RZ Dataport	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
51143	Beschaffung	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Verträge	18,8	19,7	20,0	20,0	20,0	20,0
52537	Sonstige Kosten	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
52706	Sonstige Kosten	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
53356	Verträge	808,8	778,6	767,6	767,6	767,6	767,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	125,5	753,0	753,0	753,0	753,0
81246	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	861,1	938,3	1.555,1	1.555,1	1.555,1	1.555,1

ITM 2227030000

Bezeichnung Elektronischer Rechtsverkehr

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Ziel des elektronischen Rechtsverkehrs ist es, den Beteiligten an gerichtlichen Verfahren die Abgabe verbindlicher Erklärungen gegenüber den Gerichten und Justizbehörden in elektronischer Form zu ermöglichen.

Als Infrastruktur für die elektronische Kommunikation wurde nach dem Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach als nächster Schritt ein Konzept für einen umfassenden Registrierungsdienst (SAFE) entwickelt und implementiert. Das SAFE-System wurde 2011 in Betrieb genommen.

Das „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ ist am 10.10.2013 in Kraft getreten und sieht in allen Prozessordnungen (bis auf StPO) vor, dass professionelle Verfahrensbeteiligte (Anwälte, Steuerberater, Behörden pp) spätestens am 01.01.2018 mit den Gerichten nur noch elektronisch kommunizieren. Des Weiteren liegt zwischenzeitlich ein Regierungsentwurf zur Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen vor. Die Justiz wird dementsprechend in absehbarer Zukunft auf elektronische Aktenführung umstellen müssen.

Die Umsetzung des justizweiten ERV wurde konzipiert und pilotiert und wird insbesondere in 2017 flächendeckend umgesetzt. Die projektbezogenen Ansätze ergeben sich aus der ITM 2500030000. In der ITM 2227030000 sind die Mittelbedarfe veranschlagt, die für den laufenden Betrieb sowie Pflege und Weiterentwicklung der bereits im Einsatz befindlichen Komponenten erforderlich sind. Die Betriebskosten für den Aufbau der Test- und Produktionsumgebung für die führende elektronische Justizakte werden auf diese Maßnahme nach Pilotierung übergehen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	EGVP und SAFE	Das EGVP befindet sich bereits seit 2006 im Einsatz und ist mittlerweile über den reinen Justizsektor hinaus verbreitet. Aus diesem Grund werden die Kosten des Betriebes und der Weiterentwicklung aus der entsprechenden Maßnahme des Finanzministeriums getragen. Aus der Maßnahme 2227030000 werden die Kosten der EGVP-Geschäftsstelle finanziert, da diese Positionen sehr justizlastig sind und sich auch nicht mehr ausschließlich auf EGVP beziehen sondern Aufgabenüberschneidungen mit SAFE vorliegen. Auch bei SAFE wird der Betrieb aus der entsprechenden Maßnahme des Finanzministeriums getragen. In der Maßnahme 2227030000 sind die Mittel für die Pflege und Weiterentwicklung veranschlagt sowie für den Betrieb der dafür erforderlichen Testumgebung.
2	VISkompakt / VIS5 / EGVP-VIS-Adapter	Die elektronische Akte ist im Einsatz in den Registergerichten, den Grundbuchämtern sowie in den Verwaltungen der Justizbehörden (eJuVa). Veranschlagt in der Maßnahme 2227030000 sind die Kosten für den Betrieb des justizseitigen VIS5 bei Dataport sowie die Weiterentwicklungen über die Entwickler PDV-Systeme-GmbH. Da VIS5 auch als Infrastruktur für den ERV genutzt wird (revisionssicheres Speichern), werden auch entsprechend notwendige Anpassungen bzw. Weiterentwicklungen des EGVP-VIS-Adapters aus dieser Maßnahme getragen.
3	Sonstige ERV-Projekte soweit nicht 2500030000	XJustiz-Pflegestelle
4	eKP - Betrieb der Testumgebung	Die laufenden Betriebskosten für die Test- und Schulungsumgebung der elektronischen Kommunikationsplattform sind in dieser Maßnahme veranschlagt. Die Betriebskosten der Produktionsumgebung werden nach Abtrennung von den forumSTAR-Verträgen ebenfalls in diese Maßnahme übergehen. Die Entwicklungskosten der eKP werden über den forumSTAR-Verbund abgerechnet und laufen daher in einer anderen Maßnahme.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bürgerinnen und Bürger sowie Rechtsanwalt- und Notarschaft sollen auf elektronischem Wege mit Gerichten und Staatsanwaltschaften „online“ kommunizieren können. Dahinter verbirgt sich die Aufgabe für die Justiz, ihre Dienstleistungen durch den Einsatz moderner IT so umzugestalten, dass eine Online-Kommunikation über das Internet mit externen Personen und Einrichtungen möglich ist.	Daueraufgabe

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
EGVP	1	Fortführung und Ausbau des Einsatzes des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs auf andere Gerichte, Gerichtsbereiche und die Staatsanwaltschaften	Daueraufgabe
S.A.F.E.	2	Aufbau und Betrieb eines einheitlichen Registrierungsverzeichnisses für Kommunikationsdienste	Daueraufgabe

eAkte Verwaltung (eJuVa)	4	Umstellung auf elektronische Aktenführung in der Verwaltung	31.12.2017
eAkte Handelsregister	4	Umstieg auf VIS5	31.12.2016
eAkte Grundbuch	5	weiteres Rollout in den restlichen 10 Grundbuchämtern	31.12.2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	85,9	140,0	180,0	225,0	280,0	280,0
52537	Verträge	0,0	36,5	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	1.096,6	3.681,8	4.100,5	3.785,5	3.815,5	3.835,5
53356	Sonstige Kosten	20,0	79,2	1.145,0	1.245,0	1.350,0	1.355,0
	Summe	1.202,5	3.939,0	5.425,5	5.255,5	5.445,5	5.470,5

ITM 2229030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die sozialen Dienste der Justiz in Schleswig-Holstein unterteilen sich im Wesentlichen in die Gerichtshilfe bei den Staatsanwaltschaften (§ 160 StPO), die Vollzugsabteilungsleitungen und ergänzende Fachkräfte in den Justizvollzugseinrichtungen sowie die Bewährungshilfe (§ 56d StGB) und die Führungsaufsicht (§ 68 StGB) bei den Landgerichten.

Die EDV-Fachanwendung SoPart Justiz ist eine Softwarelösung für alle Fachbereiche der sozialen Dienste der Justiz und ermöglicht die fachbereichsübergreifende Betreuung von Klienten. Die zu einem Klienten zu erhebenden persönlichen Daten können in SoPart Justiz strukturiert erfasst und bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen oder bei Übergang der Zuständigkeit von einem Fachbereich an einen anderen elektronisch weitergegeben werden, z.B. nach Ende der Haftstrafe vom Justizvollzug an die Bewährungshilfe. SoPart Justiz hält zudem für alle Fachbereiche standardisierten Schriftverkehr (intern / extern) in Form von Word-Formularen sowie einheitliche Kataloge für Behandlungs- /Betreuungsmaßnahmen (z.B. Therapie, Beratung, Aus- und Weiterbildung) vor. Schriftverkehr und Behandlungsmaßnahmen zu einem Klienten werden ebenfalls in SoPart Justiz dokumentiert (keine elektronische Akte) und können zu einem späteren Zeitpunkt durch einen anderen Fachbereich zur weiteren Betreuungsplanung eingesehen werden. Daneben bietet SoPart Justiz den sozialen Diensten der Justiz durch fachbereichsspezifische Module zusätzliche elektronische Unterstützung bei der Aufgabenwahrnehmung.

SoPart Justiz hat sich im Bundesgebiet als EDV-Fachanwendung für die sozialen Dienste der Justiz etabliert. Im Rahmen eines Länderverbands nutzen neben Schleswig-Holstein die Bundesländer Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt das Produkt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Bewährungs-/ Gerichtshilfe	<p>Die Erfassung sämtlicher Klienten/Probanden inklusive der entsprechenden Vergabe von Aktenzeichen und Erfassung von Stammdaten werden in der Fachanwendung SoPart eingetragen und entsprechende Fälle angelegt. Sämtliche Aktenzeichen werden automatisiert ohne Eingriffsmöglichkeit von Seiten der Anwender in die Aktenzeichen-Systematik durch die Fachanwendung. In der Fachanwendung werden sämtliche Bereiche des Allgemeinen und des Dienstregisters geführt. Die bisherige papiergebundene Art der Register ist entfallen, ein Ausdruck des elektronisch erfassten Registers ist möglich. Zur Spezifizierung wird auf die vorliegende Organisationsanweisung und Errichtungsanordnung SoPart hingewiesen.</p> <p>Des Weiteren wird die gesamte notwendige Korrespondenz, intern und extern, über die Fachanwendung erstellt. Die Schriftwerke umfassen u.a. die Korrespondenz an Gerichte und Staatsanwaltschaften, JVA, sozialtherapeutische Einrichtungen, Führungsaufsichtsstellen, Gerichtshilfe, die Klienten/Probanden, Betreuer, externe Bewährungshilfen/Gerichtshilfen, Einsatzstellen für gemeinnützige Arbeit, Sonstige, etc.</p> <p>Die entsprechenden Schriftstücke und Vorlagen werden weitestgehend standardisiert in der Fachanwendung vorgehalten.</p> <p>Die Fachanwendung beinhaltet einen Kalender, aus welchem heraus und durch welchen Termine der Anwender verwaltet werden können, zudem können aus dem Bereich des Kalenders heraus Einladungen, Ankündigungen von Hausbesuchen, Vereinbarungen von Terminen mit Dritten, Fallbesprechungen und weiteres verwaltet werden.</p> <p>In der Fachanwendung werden die Tätigkeiten der Bewährungshelfer, wie auch z.B. Post-Ein- und Ausgänge, E-Mail-Ein- und Ausgänge, Kontakte und das Erstellen von Korrespondenzen dokumentiert. Die Dokumentation erfolgt umfassend für jeden Anwender. Bearbeitungen in der Dokumentation werden über Signatur zuordnungsbar dokumentiert. Die Fachanwendung bietet weiterhin die Verwaltung von Hand- und Bewegungsgeldern, Führen eines Fahrtenbuches, Organisation von internen Terminen, Vorbereitungen von Fallverteilungen und Dienstbesprechungen, Kontrolle und Überwachungsmöglichkeiten in Bezug auf Auflagen und Weisungen, die Geldstrafen oder die Ableistung von gemeinnütziger Arbeit.</p> <p>Über die Fachanwendung sind diverse Statistiken abrufbar und werden hier u.a. z.B. im Bereich der Fallverteilung (Belastungsstatistik, Darstellung von Deliktgruppen inklusive Sonderbereichen, wie KSKS) genutzt.</p> <p>In der Fachanwendung SoPart ist ein Modul für die Führungsaufsicht integriert. Hier arbeiten die Sachbearbeiter der Führungsaufsichtsstellen direkt im Modul und die Bewährungshelfer, welche Bewährungshilfe und Führungsaufsichtsfälle bearbeiten, welches die Regel im Land Schleswig-Holstein darstellt, indirekt mit und in dem Führungsaufsichtsmodul. Die gesamte Fallverwaltung, die Registerführung und Dokumentation der Führungsaufsichts-Sachbearbeitung erfolgt im FA-Modul. Ebenso wird die Korrespondenz mit den entsprechenden Stellen aus der Führungsaufsichts-Sachbearbeitung über die Fachanwendung erstellt.</p>

2	Vollzug	<p>Gemäß § 7 Strafvollzugsgesetz, § 11 Jugendstrafvollzugsgesetz SH und § 6 Untersuchungshaftvollzugsgesetz SH nebst ergänzenden Ausführungsbestimmungen sind für Gefangene Vollzugspläne zu erstellen. Der Vollzugsplan enthält am Beispiel eines erwachsenen Gefangenen Angaben über folgende Behandlungsmaßnahmen. :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Unterbringung im geschlossenen oder offenen Vollzug, 2. die Verlegung in eine sozialtherapeutische Anstalt, 3. die Zuweisung zu Wohngruppen und Behandlungsgruppen, 4. den Arbeitseinsatz sowie Maßnahmen der beruflichen Ausbildung oder Weiterbildung, 5. die Teilnahme an Veranstaltungen der Weiterbildung, 6. besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen, 7. Lockerungen des Vollzuges und 8. notwendige Maßnahmen zur Vorbereitung der Entlassung. <p>Die Vollzugspläne sind zeitnah nach Haftantritt zu erstellen und regelmäßig fortzuschreiben (Erwachsenenvollzug alle 6 Monate / Jugendvollzug alle 4 Monate). Das Modul Vollzugsplan ermöglicht die strukturierte Durchführung der Datenerhebung im Rahmen der Vorbereitung des Vollzugsplans (Behandlungsuntersuchung) und im Anschluss daran die Erfassung der Daten zur Vollzugsplanung. Hierbei liegt der Fokus insbesondere auf der Erfassung und regelmäßigen Überprüfung der geplanten Behandlungsmaßnahmen (Therapien, schulische- und berufliche Aus- und Weiterbildung pp.). Die Erfassung von Maßnahmen und die regelmäßige Überprüfung der Umsetzungsstände mittels SoPart Justiz trägt nicht nur zur Übersichtlichkeit bei, sondern ermöglicht durch statistische Auswertungsmöglichkeiten in elektronischer Form auch eine Evaluation der Maßnahmengestaltung in einer Justizvollzugsanstalt (Qualität und Quantität). Dies gewinnt im modernen Strafvollzug mehr und mehr an Bedeutung (vgl. § 97 Jugendstrafvollzugsgesetz SH)</p>
---	---------	---

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden Betriebs und der bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Verfahrens in den Nutzungsbereichen	Daueraufgabe
2	Flächendeckender Rollout des Verfahrens im Justizvollzug	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	14,0	14,0	11,4	11,4	11,4	11,4
52706	Sonstige Kosten	5,5	2,0	4,0	4,0	4,0	4,0
53356	Verträge	561,5	677,9	885,9	919,2	919,2	919,2
53356	Sonstige Kosten	65,2	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53503	Sonstige Kosten	0,0	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0
81246	Beschaffung	0,0	35,6	243,1	0,8	0,0	0,0
	Summe	646,2	734,5	1.150,4	941,4	940,6	940,6

ITM 2232020000

Bezeichnung Beschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen"

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Hard- und Software-Reinvestitionen auf Empfehlung der ITK vom 17.06.2004.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ersatzausstattung JVA Lübeck	2020
2	Ersatzausstattung JVA Neumünster	2021
3	Ersatzausstattung JVA Kiel	2021
4	Ersatzausstattung JVA Flensburg	2022
5	Ersatzausstattung JVA Itzehoe	2022
6	Ersatzausstattung JA Schleswig	2022
7	Ersatzausstattung JAA Moltsfelde	2022
8	Ersatz von Einzelgeräten im Rahmen der landesweiten Vorgaben im Betrachtungszeitraum.	2018 - 2022

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	5,1	3,5	0,0	0,0	0,0	8,6
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	3,8	13,8	3,8	3,8
81246	Beschaffung	116,8	31,8	50,2	169,2	190,7	116,4
	Summe	121,9	35,3	54,0	183,0	194,5	128,8

ITM 2236020000

Bezeichnung Beschaffungen Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Beschaffung von Hard- und Software sowie neuer aktiver Netzkomponenten. Durch das Projekt erfolgte eine flächendeckende IT-unterstützte Neustrukturierung der Aufbau- und Ablauforganisation in den Amtsgerichten des Landes.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	62,5	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	5,0	53,0	0,0	133,0	79,8	33,9
81246	Sonstige Kosten	0,0	11,1	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	201,5	411,2	0,0	351,0	452,4	191,5
	Summe	206,5	537,8	0,0	484,0	532,2	225,4

ITM 2237020000

Bezeichnung Beschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Beschaffung von Hard- und Software für die Landgerichte und das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	26,6	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	26,6	13,3	0,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	39,2	119,0	36,3	105,8	91,5	99,2
	Summe	39,2	145,6	36,3	132,4	104,8	99,2

ITM 2243010000

Bezeichnung Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der Justizvollzugseinrichtungen in der "+1 Infrastruktur" (finanzierte Dienststellen siehe Unterverfahren). Hierzu zählen allgemeine Betriebskosten und Supportleistungen durch Data-Port, ergänzende Hard- und Softwarebeschaffungen sowie die Beschaffung von Geschäftsbedarf, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und sonstigen Gebrauchsgegenständen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Abschiebungshafteinrichtung in Rendsburg zugeordnet
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Außenstelle "Landesgut Moltsfelde" in 24598 Boostedt zugeordnet
4	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
5	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	
6	Jugendanstalt Schleswig	
7	Jugendarrestanstalt Moltsfelde	
8	Zentrale IT-Stelle Justizvollzug	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebs in den Justizvollzugseinrichtungen und Optimierung des IT-Betriebs unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen.	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	33,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
51144	Verträge	2,0	3,8	2,7	2,7	2,7	2,7
51144	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Verträge	0,0	5,8	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	4,7	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
52706	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	58,5	67,5	77,7	77,7	77,7	77,7

53356	Sonstige Kosten	1,3	0,0	42,0	17,0	17,0	17,0
81246	Beschaffung	29,0	20,4	9,2	9,2	9,2	9,2
	Summe	130,5	139,0	173,1	148,1	148,1	148,1

ITM 2246010000

Bezeichnung Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes in den Behörden

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes in den Behörden	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	59,0	67,4	88,4	88,4	88,4	88,4
51144	Verträge	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
51144	Sonstige Kosten	7,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Verträge	82,1	99,9	120,0	90,0	90,0	90,0
52537	Sonstige Kosten	22,3	23,5	23,5	23,5	23,5	23,5
52706	Sonstige Kosten	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
53356	Verträge	55,4	64,8	94,2	93,2	93,2	93,2
53356	Sonstige Kosten	3,2	2,0	9,5	9,5	9,5	9,5
53503	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
81246	Sonstige Kosten	0,0	4,6	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	128,7	474,5	75,8	75,8	75,8	127,8
	Summe	365,2	744,2	418,9	387,9	387,9	439,9

ITM 2333030000

Bezeichnung Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Die IT-Organisation der Justiz ist mit geänderten und gestiegenen Anforderungen konfrontiert. Maßgeblich ist dies durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften (Projekt eJustizSH) induziert, da insbesondere durch jenes Projekt angestrebt wird, den juristischen Fachprozess durchgehend mit IT zu unterstützen. Infolge dieser Entwicklung steigen die Anforderungen an die IT-Organisation der Justiz.

Das Gesamtziel des Projektes ist, die IT-Organisation der Justiz Schleswig-Holsteins (Gerichte und Staatsanwaltschaften) auf Betrieb und Weiterentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs, der elektronischen Aktenführung und allgemein auf die IT-Unterstützung des juristischen Fachprozesses auszurichten.

Hierzu gehören:

- Ein strategischer Handlungsrahmen zur grundsätzlichen Steuerung der IT und zur langfristigen Gewährleistung Anwenderorientierter IT-Anwendungen und flächendeckendem IT-Support;
- die Ausrichtung auf den Ausbau der Fachverfahrensbetreuung inkl. der hinreichenden Gestaltung praktikabler, leistungsstarker und transparenter IT-Prozesse;
- die Umsetzung der im IT-Gesetz für die Justiz formulierten Vorgaben;
- die adäquate, sowohl auf sicheren Betrieb als auch auf Entlastung ausgerichtete Einbeziehung von Dataport als IT-Dienstleister.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
0	Gesamt: Ausrichtung der IT-Organisation der Justiz auf aktuelle und zukünftige Anforderungen (z. B. durch Aufbau des elektronischen Rechtsverkehrs) gem. Art. 14 Abs. 2 und Art. 69 der Landesverfassung Schleswig-Holsteins und ITJG	
1	Teilprojekt 1: Erarbeitung einer IT-Strategie für die Justiz in Abstimmung mit Landes-IT-Strategie unter Berücksichtigung der Anforderungen in den IUK-Mindestanforderungen	
2	Teilprojekt 2: Erarbeitung eines (Fach-)Verfahrensbetreuungskonzeptes (§ 7 ITJG) mit Definition der Kernaufgaben/Aufgabenteilung der Betreuungsinstanzen, Verortung und Einrichtung nachgeordneter Verfahrenspflegestellen durch Rechtsverordnung (vgl. § 4 Abs. 2 S. 2 ff. ITJG); Erweiterung gem. Change Request: Ausprägung möglichst einheitlicher Rollen- und Wissensprofile, Professionalisierung der dezentralen IT.	
2 CR	Teilprojekt 2 CR: Möglichst einheitliche Rollen-/Kompetenzprofile zur Förderung der dezentralen IT	
3	Teilprojekt 3: Standardisierung und Etablierung priorisierter IT-Prozesse (CHG, INC, DMD, CFG, SLM, SUP, REL, ACC, PRO ,CSI) einschließlich Toolauswahl und Einführung in enger Abstimmung mit dem Projekt Analyse Betriebsprozesse (StK) und dem daraus hervorgegangenen Folgeprojekt (MELUND)	
4	Teilprojekt 4: Umsetzung der Vorgaben des IT-Gesetzes für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein, Unterstützung bei Einrichtung und Ausrichtung GemIT, Einrichtung IT-Kontrollkommission und Einbindung in IT-Prozesse (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 1 ITJG; § 6 Abs. 2 und Abs. 4 ITJG; § 7 Abs. 1 S. 1 ITJG); Umsetzung der Vorgaben zu Dataport (vgl. § 2 Abs. 2 ITJG; § 7 Abs. 1 S. 2 ITJG). Erarbeitung eines Protokollierungskonzeptes mit DP zur Umsetzung von § 2 Abs. 2 Nr. 6 ITJG.	
5	Teilprojekt 5: Einführung der +1-Infrastruktur in der Justiz einschließlich Abstimmung der Zusammenarbeit mit ZITSH (§ 4 Abs. 1 S. 2 ITJG und § 6 ITJG)	

6	Teilprojekt 6: Verlagerung von Serverbetrieb zu Dataport, Migration der Web-DAV-Server, Prüfung weiterer Transitionen, Transition der Folia-Server	
7	Teilprojekt 7: Ausprägung Informationssicherheitsmanagement für die Justiz. Gewährleistung der Grundschutzrichtlinien gemäß BSI etc., Standardisierung von sicherheitsrelevanten Prozessen (ISM, ITSCM)	
8	Teilprojekt 8: Ausprägung Informationsmanagement für die Justiz	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52537	Verträge	2,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	1,8	12,8	45,8	0,0	0,0	0,0
52706	Sonstige Kosten	2,0	4,0	4,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	691,3	908,8	5,7	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	92,1	730,2	184,7	0,0	0,0
81246	Verträge	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,8	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	698,9	1.019,5	786,7	185,7	1,0	1,0

ITM 2334030000

Bezeichnung Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Einführung der Fachanwendung forumSTAR, bestehend aus den Komponenten "Fachverfahren mit den einzelnen Modulen" sowie dem "Textsystem mit den notwendigen Formularen". Die Komponenten werden implementiert, konfiguriert und soweit erforderlich an landeseigene Anforderungen angepasst. Die Fachanwendung soll schrittweise in allen schleswig-holsteinischen Gerichten und allen Instanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingeführt werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Fachmodul Zivil	Beginn Rollout 2011, Ende Rollout 2013

2	Fachmodul Mobiliar-vollstreckung	Beginn Rollout 2011, Ende Rollout 2013
3	Modul Zwangsvollstreckung	Einführung Zentrales Vollstreckungsgericht 01.01.2013
4	Modul Familie	Beginn Rollout 2014, Ende Rollout 2016
5	Modul Straf	Beginn Rollout 2016, Ende Rollout 2017
6	Modul Immozialvollstreckung	Beginn Rollout 2014, Ende Rollout 2016
7	Modul Betreuung	Beginn Rollout 2016, Ende Rollout 2017
8	Modul Insolvenz	Beginn Rollout 2017, Ende Rollout 2017
9	Modul Nachlass	Beginn Rollout 2016, Ende Rollout 2017
10	Modul Statistik	Anpassung der statistischen Erhebung 2012
11	Kosten/KLR	Planung Direktanbindung des Fachverfahrens an SAP bis 31.12.2013

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Nach dem Beitritt zum Länderverbund forumSTAR Einführung in den Gerichten.	2010
2	Weiterentwicklung und Pflege der Fachanwendung innerhalb des Länderverbundes forumSTAR (Federführung Bayern)	laufend
3	Einführung aller Fachmodule	2010-2107

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51144	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
52537	Verträge	247,3	238,5	200,0	100,0	100,0	100,0
52537	Sonstige Kosten	103,6	92,4	103,0	70,0	70,0	70,0
52706	Sonstige Kosten	51,6	50,4	40,8	40,8	40,8	40,8
53356	Verträge	1.959,8	1.920,6	1.874,9	1.830,8	1.830,8	1.830,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	19,2	30,8	30,8	30,8	30,8
53503	Sonstige Kosten	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Verträge	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
81246	Beschaffung	21,8	44,8	0,0	0,0	20,8	20,8
	Summe	2.386,9	2.368,8	2.252,3	2.075,2	2.096,0	2.096,0

ITM 2389030000

Bezeichnung Einführung digitale Zeitwirtschaft und PEP in den Justizvollzugseinrichtungen

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In Abstimmung mit dem ZITSH wird das IT-Verfahren PrimeWeb um ein Modul für die Personaleinsatzplanung ergänzt. Die Finanzierung dieser Lösung erfolgt aus ITM 2324030000.

Die ITM 2389030000 soll nach Dafürhalten des MJEVG zur Abbildung etwaiger Kosten für die Gewährleistung des Restbetriebs der Altverfahren (ZEUS / SP-Expert) und bis zur Klärung der Abbildung der Kosten für künftige Anpassungen am Modul für die Personaleinsatzplanung bestehen bleiben.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Außenstelle "Landesgut Moltsfelde" in 24598 Boostedt zugeordnet
4	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	
5	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
6	Jugendanstalt Schleswig	
7	Jugendarrestanstalt Moltsfelde	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Einführung der elektronischen Zeiterfassung sowie elektronische Unterstützung der Dienstplanner bei der Erstellung der Dienstpläne für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wechselschichtdienst.	Daueraufgabe
	Effizientere Dienstplanung in den Justizvollzugseinrichtungen.	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52706	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2390030000

Bezeichnung Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Fachanwendung BASIS-Web

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

BASIS-Web ist ein länderübergreifendes Projekt einer integrativen EDV-Organisationslösung zur Abwicklung der Aufgaben in Verwaltung und Vollzug der Justizvollzugseinrichtungen. Neben dem Land Schleswig-Holstein kommt BASIS-Web im Bereich des Justizvollzugs zwölf weiterer Bundesländer sowie im Großherzogtum Luxemburg zum Einsatz.

Die Fachanwendung unterstützt die Verwaltung der Gefangenenstammdaten einschließlich der Strafzeitberechnung und der zugehörigen Terminverwaltung. Aus diesen Angaben werden das Zugangsbuch und das Gefangenenbuch mit Daten versorgt. Darüber hinaus ist es ein wichtiges Instrument zur Verwaltung von Urlauben und Ausgängen, erzeugt die notwendigen Papiere und stellt sicher, dass die vorgeschriebenen Benachrichtigungen, z.B. der Polizei, erfolgen. Außerdem unterstützt die Fachanwendung die Anstalten bei der Abwicklung von Gefangenentransporten und bei den Pfortenbuchungen. Weiterhin dient die Fachanwendung BASIS-Web der Geldverwaltung der Gefangenen. Hierüber werden die Löhne verbucht, der Einkauf abgerechnet und die Forderungen gegen Gefangene abgewickelt. Außerdem werden über die Fachanwendung die Zahlstellen bei der Abwicklung der Sachkontobuchungen und des Geldverkehrs nach Landeshaushaltsordnung unterstützt. Die Fachanwendung ist auch maßgeblich für die Lohnabrechnung der Gefangenen. Von der Zeit- oder Leistungserfassung im Betrieb über die Verwaltung der sog. Lohnersatzleistungen.

BASIS-Web unterstützt damit eine Vielzahl, aber nicht alle Arbeitsbereiche einer Justizvollzugsanstalt. Dementsprechend bestehen die Anforderungen, ergänzende EDV-Fachanwendungen zu betreiben. Als betroffene Aufgabenbereiche sind zu benennen "Durchführung und Dokumentation der Vollzugsplanung", "Kammer und Küchenverwaltung", "unternehmerische Abwicklung der Arbeitsbetriebe" und "anlassbezogene statistische Abfragen".

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Außenstelle "Landesgut Moltsfelde" in 24598 Boostedt zugeordnet
4	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
5	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	
6	Jugendanstalt Schleswig	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	BSI-konformer Betrieb der Fachanwendung in Schleswig-Holstein. Weiterentwicklung der Anwendung nach fachlichen Vorgaben.	Daueraufgabe
2	Nutzung Hausbankverfahren Dataports für Zahlungsverkehr mit Geldern der Gefangenen	Daueraufgabe
3	Implementierung und Nutzung eines Data-Warehouse (DWH) für statistische Auswertungen.	Daueraufgabe
4	Gemeinsamer technischer Betrieb mit FHH	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	1,5	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5
52706	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
53356	Verträge	239,7	265,9	291,8	291,8	291,8	291,8
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63206	Verträge	51,8	50,5	56,2	62,8	58,2	58,2
	Summe	294,5	317,9	351,0	357,6	353,0	353,0

ITM 2392030000

Bezeichnung Nexus VeLis**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Fachanwendungen**Beschreibung**

In den Justizvollzugseinrichtungen bestehen die Funktionsbereiche „Kammer“. Die Kammern sind zuständig für die Verwaltung der Ausstattungsgegenstände, die Gefangene anstaltsseitig während der Haft zur Verfügung gestellt bekommen. Hierzu zählen Anstaltskleidung, Bettwäsche, Hygieneartikel usw. Die in diesbezüglichen Bestandslisten (Lagerverwaltung) stellen die Grundlage für Materialbeschaffungen durch die Wirtschaftsverwaltungen der Justizvollzugseinrichtungen dar. Darüber hinaus ist die Kammer zuständig für die Verwahrung von Eigentum der Gefangenen, welches nicht auf den Haftraum verbracht werden darf oder aber aus disziplinarischen Gründen aus dem Haftraum entfernt wurde. Es handelt sich bei der sog. „Habe“ z.B. um Kleidung oder Elektroartikel.

Die Bestände der Kammer an anstaltseigenen Gegenständen bzw. deren Ausgabe auf die Hafträume sowie die Habe der Gefangenen werden derzeit handschriftlich in Form von Karteikarten oder auch in Excel-Tabellen festgehalten. Dies führt sowohl im Ablauf der Verwaltung, als auch im Ablauf des Vollzugs zu suboptimalen Ergebnissen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Außenstelle "Landesgut Moltsfelde" in 24598 Boostedt zugeordnet
4	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
5	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	
6	Jugendanstalt Schleswig	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Harmonisierung der Organisation und der Arbeitsabläufe in den Kammern der Justizvollzugseinrichtungen des Landes	
2	Revisionssichere elektronische Bestandsverzeichnisse (Habe- und Lagerverwaltung)	
3	Elektronische Weitergabe der Habedaten an andere Justizvollzugseinrichtungen des Landes (z.B. bei Verlegung)	
4	Elektronische Abrufbarkeit von Informationen zur verwahrten Habe durch die Abteilungsbediensteten auch zur Unzeit der Kammer	
5	Elektronische Abrufbarkeit von Informationen zur auf den Haftraum gegebenen Habe (z.B. für Haftraumrevisionen)	
6	In einer späteren Ausbaustufe ggf. auch die elektronisch unterstützte Inventur	
7	BSI-konformer Rechenzentrumsbetrieb bei Dataport	
8	Datenschnittstelle mit BASIS-Web	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	2,7	2,7	2,7	2,7
52706	Sonstige Kosten	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5

53356	Verträge	44,3	44,8	64,8	45,8	45,8	45,8
81246	Beschaffung	0,0	0,0	11,1	0,0	0,0	0,0
	Summe	45,8	46,8	80,1	50,0	50,0	50,0

ITM 2424010000**Bezeichnung** Grundversorgung der Amtsgerichte SH**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz**Status** aktiv**Art** Grundversorgung**Klassifizierung** Sonstiges**Beschreibung**

Sicherstellung des lfd. IT-Betriebes in den Amtsgerichten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes und der vertraglichen Verpflichtungen (z.B. JUST)	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	148,8	168,8	168,8	168,8	168,8	168,8
51143	Beschaffung	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51144	Verträge	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
51144	Sonstige Kosten	7,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Verträge	40,4	71,0	71,0	71,0	71,0	71,0
52537	Sonstige Kosten	12,5	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0
52706	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	36,3	36,3	36,3	36,3	36,3	36,3
	Summe	248,6	294,9	294,9	294,9	294,9	294,9

ITM 2478030000**Bezeichnung** Nexus Web**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In den Justizvollzugseinrichtungen des Landes Schleswig-Holstein werden Gefangene in Arbeitsbetrieben beschäftigt. Der Beschäftigungsauftrag leitet sich ab aus bundesgesetzlichen (Strafvollzugsgesetz) und landesgesetzlichen (Jugendstrafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftvollzugsgesetz) Regelungen und beinhaltet die Vermittlung, Erhaltung und Förderung der beruflichen Fähigkeiten der Gefangenen. Mit diesem Beschäftigungsauftrag verbunden sind u.a. die Annahme, Bearbeitung und Abrechnung von Aufträgen für die eigenen Liegenschaften, andere Behörden und Privatkunden, die Beschaffung von dafür notwendigem Material sowie die Dokumentation des Verbrauchs (Lagerbuchführung).

Darüber hinaus sind Hauswirtschaftsbetriebe wie z.B. Wäschereien und Reinigungsdienste eingerichtet, zu deren Aufgaben die Versorgung der Gefangenen sowie die Unterhaltung der Liegenschaften zählen. Die Betriebsführung beinhaltet u.a. die Beschaffung und Verwaltung des benötigten Materials.

Die unter Federführung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen im Länderverbund entwickelte EDV-Fachanwendung NEXUS-Web dient der elektronischen Unterstützung der Arbeitsverwaltungen und -betriebe u.a. bei folgenden Aufgaben: Angebots-, Auftrags-, Lieferschein- und Rechnungsverwaltung, Vor- und Nachkalkulationen, Lagerverwaltung, Inventur, Materialeinkauf, Kunden- und Stammdatenpflege. Dem Entwicklungsverbund gehören neben Nordrhein-Westfalen die Bundesländer Berlin, Bremen und Sachsen an. Mecklenburg-Vorpommern hat ebenfalls seinen Beitritt beschlossen. Zudem prüft das Bundesland Niedersachsen seinen Beitritt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	
4	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
5	Jugendanstalt Schleswig	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Harmonisierung der Organisation und der Arbeitsabläufe in den Arbeitsverwaltungen- und betrieben der Justizvollzugseinrichtungen des Landes	
2	Elektronische Unterstützung der Angebots-, Auftrags-, Lieferschein- und Rechnungsverwaltung sowie Vor- und Nachkalkulationen	
3	Elektronisch unterstütztes Bestellwesen	
4	Umsetzung der SAP-Schnittstelle zur automatisierten Generierung von Annahmeanordnungen	
5	Revisionssichere elektronische Bestandsverzeichnisse	

6	In einer späteren Ausbaustufe elektronisch unterstützte Inventur	
7	BSI-konformer Rechenzentrumsbetrieb bei Dataport	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	0,0	0,0	18,8	13,8	13,8	13,8
52706	Sonstige Kosten	0,0	1,5	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	50,9	149,0	150,0	135,0	135,0	135,0
53356	Sonstige Kosten	4,5	3,5	0,0	0,0	0,0	0,0
63206	Verträge	0,0	0,0	9,5	9,5	9,5	9,5
	Summe	55,4	154,0	179,3	159,3	159,3	159,3

ITM 2500030000

Bezeichnung Projekt eJustizSH

Ressort / Dst. MJEVG / MJEVG - Justiz

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Ziel des elektronischen Rechtsverkehrs ist es, den Beteiligten an gerichtlichen Verfahren die Abgabe verbindlicher Erklärungen gegenüber den Gerichten und Justizbehörden in elektronischer Form zu ermöglichen. Das „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ ist am 10.10.2013 in Kraft getreten und sieht in allen Prozessordnungen (bis auf StPO) i.V.m. Art. 14 Abs. II LVerfSH vor, dass professionelle Verfahrensbeteiligte (Anwälte, Steuerberater, Behörden pp) spätestens ab dem 01.01.2018 mit den schleswig-holsteinischen Gerichten elektronisch kommunizieren können. Spätestens ab dem 01.01.2022 werden die professionellen Einreicher zur elektronischen Kommunikation mit den Gerichten verpflichtet sein. In Anbetracht der zu erwartenden hohen Anzahl an elektronischen Dokumenten, wird die Justiz in absehbarer Zukunft auf elektronische Aktenführung umstellen müssen. Auch für den Bereich der StPO liegt zwischenzeitlich ein Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs (BR-Drs. 236/16, vom 6. Mai 2016) vor.

Die Umsetzung der justizweiten Einführung des ERV wurde konzeptioniert und pilotiert. Die Umsetzung soll in der Justiz Schleswig-Holstein bis zum 31.12.2017 abgeschlossen sein. Die Einführung der führenden elektronischen Akte befindet sich in der Konzeption und Planung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bürgerinnen und Bürger sowie Rechtsanwalt- und Notarschaft sollen auf elektronischem Wege mit Gerichten und Staatsanwaltschaften „online“ kommunizieren können. Dahinter verbirgt sich die Aufgabe für die Justiz, ihre Dienstleistungen durch den Einsatz moderner IT so umzugestalten, dass eine Online-Kommunikation über das Internet mit externen Personen und Einrichtungen möglich ist.	bis 01.01.2018

2	Die elektronische Kommunikation soll auch für den gerichtlichen und staatsanwaltlichen Postausgang nutzbar gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger sowie professionellen Verfahrensbeteiligten sollen die Gerichts- bzw. Staatsanwaltschaftspost ebenfalls elektronisch erhalten können.	spätestens mit Einführung eAkte; soweit möglich zeitgleich mit Einführung ERV (01.01.18)
3	Die führende elektronische Akte soll in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes so schnell wie möglich nach Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs eingeführt werden. Es wird angestrebt, die Einführung bereits in 2018 zu beginnen.	ab 01.01.2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52537	Verträge	205,4	26,9	344,0	344,0	344,0	344,0
52537	Sonstige Kosten	25,0	6,0	80,3	80,3	83,1	83,1
52706	Sonstige Kosten	50,0	40,0	50,0	60,0	50,0	50,0
53356	Verträge	941,0	1.055,2	1.109,3	996,3	554,8	561,5
53356	Sonstige Kosten	14,9	83,0	6.505,0	5.835,0	6.585,0	6.485,0
53503	Sonstige Kosten	25,0	4,0	4,0	5,0	6,0	6,0
81246	Verträge	0,0	333,2	421,0	31,3	22,3	31,3
81246	Sonstige Kosten	30,0	3.617,3	5.250,8	466,0	640,0	1.113,0
81246	Beschaffung	49,9	10,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.344,0	5.178,5	13.767,2	7.820,7	8.288,0	8.676,7

ITM 2219030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)

Ressort / Dst. MJEVG / GStA

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Sicherstellung des IT - Betriebes und des Einsatzes sowie der Fortentwicklung des Fachverfahrens MESTA, des Schreibwerks (FAME), des Druckes von Bescheiden aus MESTA über die Druckstraße Dataport, Verfahren im MESTA-Umfeld sowie weiterer Projekte (Zentralisierung MESTA-Schreibwerk (Filesystem), elektronische Akte) und den dazu erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	MESTA	Zentraler Betrieb von MESTA im Rz ²
2	MESTA	MESTA-Pflege
3	Schreibwerk	Zentraler Betrieb des an MESTA angeschlossenen Schreibwerks im Rz ²
4	Schreibwerk	Schreibwerk-Pflege
5	eGsV	Elektronische Geldstrafenvollstreckung
6	eOWi	Elektronisches Ordnungswidrigkeitsverfahren

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden Betriebs der staatsanwaltlichen Fachanwendungen (MESTA, Schreibwerk, Druckstraße) sowie der dazu bestehenden vertraglichen Verpflichtungen. Einzelheiten sind den Haushaltstiteln mit ihren jeweiligen Begründungen zu entnehmen.	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	452,2	600,1	557,6	556,3	532,3	532,3
53356	Sonstige Kosten	2,0	2,0	27,0	402,0	2,0	2,0
	Summe	454,2	602,1	584,6	958,3	534,3	534,3

ITM 2240020000

Bezeichnung Beschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. MJEVG / GStA

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffungen: Beschaffung von Hard- und Software als Ersatz für zu regenerierende, vorhandene IT-Ausstattung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Regeneration der eingesetzten Hard- und Software einschließlich Drucker alle 5 Jahre, Ersatz schadhafter Hard- und Software einschließlich Drucker	alle 5 Jahre

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	94,9	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Verträge	15,7	6,6	7,1	7,1	7,1	7,1
81246	Beschaffung	10,5	292,7	769,7	19,4	129,8	18,5
	Summe	26,2	394,2	826,8	26,5	136,9	25,6

ITM 2425010000

Bezeichnung Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften

Ressort / Dst. MJEVG / GStA

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des IT-Betriebs mit Informationstechnik der Staatsanwaltschaften des Landes Schleswig-Holstein

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden Betriebs der staatsanwaltschaftlichen Informationstechnik	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	0,0	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
51143	Sonstige Kosten	40,0	36,2	40,0	40,0	40,0	40,0
51144	Verträge	8,0	7,3	7,6	7,6	7,6	7,6
51144	Sonstige Kosten	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51144	Beschaffung	0,0	1,8	1,8	1,8	0,0	0,0
52537	Verträge	1,7	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	1,0	4,0	10,0	5,0	5,0	5,0
52706	Sonstige Kosten	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
53356	Verträge	7,5	7,5	6,5	6,5	6,5	6,5
53413	Verträge	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3

53413	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	38,1	54,8	19,4	13,2	13,2	13,2
	Summe	109,6	130,7	103,4	92,2	90,4	90,4

ITM 2241020000

Bezeichnung Beschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Ressort / Dst. MJEVG / FG SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatz von Hard - und Software zur Sicherstellung der IT - Infrastruktur.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes in der Finanzgerichtsbarkeit	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	10,2	0,0	0,0	0,0	15,0
81246	Beschaffung	40,1	5,7	0,0	0,0	0,0	53,2
	Summe	40,1	15,9	0,0	0,0	0,0	68,2

ITM 2248010000

Bezeichnung Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Ressort / Dst. MJEVG / FG SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des lfd. IT - Betriebes im Schleswig-Holsteinischen Finanzgericht.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes in der Finanzgerichtsbarkeit	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
51144	Verträge	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
51144	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
52706	Sonstige Kosten	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
	Summe	4,4	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8

ITM 2233020000

Bezeichnung Beschaffungen Verwaltungsgerichte / Landesverfassungsgericht

Ressort / Dst. MJEVG / OVWG SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffung im Bereich der IT (Server, Clients, zentrale IT-Komponenten) bei den Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichten und dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht sowie notwendige Anpassungsarbeiten im Hinblick auf die besonderen Anforderungen der Fachverfahren und sonstiger zentraler Dienste (z.B. Asyldokumentation, Zeiterfassungs- / Zutrittskontrollsysteme, elektronischer Rechtsverkehr, Faxserver [inkl. Anbindung Fachverfahren]).

Es sind keine gesonderten IT-Haushaltsmittel für das Landesverfassungsgericht zu berücksichtigen bzw. die Einrichtung einer eigenen IT-Maßnahme ist (zumindest derzeit) nicht erforderlich. Die in sehr geringem Umfang benötigten Haushaltsmittel bei IT-Geschäftsbedarf (511 43), externe Datenbanken (534 13) sowie PCs, Drucker etc. (812 46) sind über die über Ausstattung des OVGs gedeckt. Für den Bereich zentraler IT-Komponenten ist das im Gebäude ebenfalls untergebrachte Sozialgericht Schleswig zu berücksichtigen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	13,1	0,0	0,0	0,0	24,0	0,0
81246	Sonstige Kosten	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	12,4	27,9	0,0	0,0	170,0	0,0
	Summe	27,5	27,9	0,0	0,0	194,0	0,0

ITM 2244010000

Bezeichnung Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit / im Landesverfassungsgericht

Ressort / Dst. MJEVG / OVWG SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebs in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
52537	Sonstige Kosten	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
52706	Sonstige Kosten	1,5	2,5	2,5	3,0	3,0	3,0
53413	Verträge	11,7	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1
53413	Sonstige Kosten	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
	Summe	46,4	49,8	49,8	50,3	50,3	50,3

ITM 2314030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA-Fach
(EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)

Ressort / Dst. MJEVG / OVWG SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Fortführung und Pflege des Verfahrens EUREKA-Fach als Fachanwendung für alle Fachgerichtsbarkeiten.

Das Programm EUREKA-Fach unterstützt alle Arbeitsplätze im Gericht mit einem einheitlichen Lösungsansatz. Einmal erfasste Verfahrens- und Beteiligendaten stehen allen Arbeitsplätzen zur Verfügung und können auf vielfältige Weise automatisiert genutzt werden. Zugleich erlaubt die Einbettung in eine Windows-Umgebung das Zusammenwirken mit Standardprogrammen.

EUREKA-Fach ist nunmehr in 14 von 16 Bundesländern an den Gerichten des Entwicklungsverbunds (bestehend aus: Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) als die Fachanwendung für die Fachgerichtsbarkeit im Einsatz und an den praktischen Bedürfnissen der Arbeitsplätze der Richterschaft und der Geschäftsstellen/ Serviceeinheiten ausgerichtet. Die Rechte an dem erstellten Quellcode liegen bei den am Entwicklungsverbund beteiligten Ländern.

Die für die Pflege des Verfahrens entstehenden Kosten werden auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels auf die beteiligten Bundesländer aufgeteilt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Richterinnen / Richter	<ul style="list-style-type: none"> • einen umfassenden Überblick über das eigene Dezernat, da die Möglichkeit besteht, hauseigene Statistiken und Übersichten anzufertigen und zu bearbeiten (z.B. Streitlisten der aktuell bearbeiteten oder bereits abgeschlossenen Verfahren mit vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten); • aktuelle Informationen über einzelne Verfahren (Beteiligte, Streitgegenstand, Sachzusammenhang zu anderen Verfahren, weitere Verfahren der selben Beteiligten, Fristen, Streitwert, Ausgang des Verfahrens, etc.); • die Möglichkeit, Termintage zu planen; • die Möglichkeit, mehrere Parallelverfahren im Zusammenhang zu bearbeiten; • die Möglichkeit, Urteile, Beschlüsse und Anschreiben unter Verwendung von Textbausteinen und Vorlagen selbst zu fertigen bzw. zu korrigieren und den richterlichen Kolleginnen und Kollegen oder der Serviceeinheit bzw. der Kanzlei zur weiter führenden / abschließenden Bearbeitung und ggf. zur Versendung bereit zu stellen • die Möglichkeit, Verfügungen direkt am Bildschirm zu entwerfen; • die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit mit den richterlichen Kolleginnen und Kollegen sowie mit den Serviceeinheiten in Form des Daten- und Textaustausches unter Verwendung von Mailsystemen.
02	Serviceeinheiten, Geschäftsstellen, Kanzleien	<ul style="list-style-type: none"> • die Aktenverwaltung und –bearbeitung aus einer Programmmaske heraus (alles auf einen Blick) und somit die Möglichkeit, Informationen häufig sofort ohne Aktensuche an Richterinnen und Richter oder Verfahrensbeteiligte zu erteilen; • die Möglichkeit der Anfertigung und Weiterverarbeitung von richterlichem Schriftgut, Verfügungen und Terminprotokollen in enger Zusammenarbeit mit den Abteilungsrichterinnen und -richtern, insbesondere die Übernahme von Entwürfen; • eine Vereinfachung des Ladungsgeschäftes; • die elektronische Führung von Registern, Kalendern, Übersichten und Statistiken; • eine elektronische Adresskartei aller Verfahrensbeteiligten; • die Erstellung von Kostenrechnungen und (in einigen Ländern) eine Datenübergabe an das Haus-halts- und Kassenprogramm.
03	Verwaltung der Gerichte	<ul style="list-style-type: none"> • die Unterstützung von planerischen und koordinatorischen Aufgaben (Saalbelegung, amtliche und hausinterne Statistik etc.); • Unterstützung des Personals in der Arbeitsform „Serviceeinheit“.
04	Bürgerinnen/Bürger/andere Behörden	<ul style="list-style-type: none"> • durch die Rationalisierungsmöglichkeiten einen beschleunigten Verfahrensablauf; • die Möglichkeit, sofort Auskünfte zu erhalten, weil die Akten bei Anfragen nicht immer herbeigezogen werden müssen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Pflege und Weiterentwicklung des Fachverfahrens in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Beschaffung	0,0	0,7	0,3	0,3	0,3	0,3
52706	Sonstige Kosten	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
53356	Verträge	21,3	24,3	32,2	32,2	32,2	32,2
53356	Sonstige Kosten	2,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9
	Summe	25,6	27,3	34,9	34,9	34,9	34,9

ITM 2250020000

Bezeichnung Beschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit

Ressort / Dst. MJEVG / LAG SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Planmäßige Ersatzausstattung der Arbeitsgerichte gemäß dem vorgegebenen Ausstattungszyklus der IT-Kommission

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	10,3	62,8	7,9	24,4	6,4	4,7
	Summe	10,3	62,8	7,9	24,4	6,4	4,7

ITM 2251010000

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit

Ressort / Dst. MJEVG / LAG SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Aufbau und Betrieb einer gerichtsspezifischen EDV-Anwendung für Arbeitsplätze im Richter-, Rechtspfleger-, Kanzlei- sowie sonstigem Servicebereich in der schleswig-holsteinischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	0,8	0,8	0,8	1,0	1,0	1,0
52537	Sonstige Kosten	2,5	4,0	5,0	2,5	2,5	2,5
52706	Sonstige Kosten	6,6	7,5	7,5	6,6	6,6	6,6
53356	Verträge	72,0	89,5	82,1	82,1	82,1	82,1
	Summe	81,9	101,8	95,4	92,2	92,2	92,2

ITM 2234020000

Bezeichnung Beschaffungen Sozialgerichtsbarkeit

Ressort / Dst. MJEVG / LSG SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Austausch bestehender Hardware incl. Betriebssystem- und Softwareupdates

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	66,5	0,0	0,0
81246	Beschaffung	5,3	3,0	0,0	319,1	83,7	0,0
	Summe	5,3	3,0	0,0	385,6	83,7	0,0

ITM 2245010000

Bezeichnung Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit

Ressort / Dst. MJEVG / LSG SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes im Landessozialgericht und in den 4 Sozialgerichten

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	22,0	22,2	22,0	22,0	22,0	22,0
52537	Sonstige Kosten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
52706	Sonstige Kosten	2,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
53356	Verträge	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
81246	Beschaffung	1,8	19,6	0,4	0,4	0,4	0,4
	Summe	31,7	50,2	30,8	30,8	30,8	30,8

ITM 2225030000

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"

Ressort / Dst. MJEVG / AG SL

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Haushaltsmittel für das Betreiben des automatisierten Mahnverfahrens im EDA – Verfahren (ELEKTRONISCHER DATENAUSTAUSCH) und via Internet (PROFIMAHN) sowie BELEGVERFAHREN und BARCODEVERFAHREN.

In Schleswig-Holstein ist seit dem 16. September 2002 das automatisierte Mahnverfahren (AMV) in landesweiter Zuständigkeit des Amtsgerichts Schleswig eingeführt, d.h. zugelassene Antragsteller und Antragstellerinnen können Mahnbescheids- und Folgeanträge über einen elektronischen Datenaustausch (EDA) einreichen. Das Amtsgericht Schleswig bietet zusätzlich das so genannte Belegverfahren an. Diese Verfahrensart setzt das gesetzlich vorgeschriebene maschinenlesbare Antragsformular voraus, welches z.B. im Schreibwarenhandel erhältlich ist. Das Belegverfahren ist die Standardvariante für Antragssteller und Antragstellerinnen, die nicht zu dem elektronischen Datenaustausch (EDA) zugelassen sind. Dieses Verfahren ersetzt die bisherige Nutzung des fünfseitigen Durchschreibesatzes. Der Belegvordruck ist hand - oder maschinenschriftlich auszufüllen und an das Amtsgericht Schleswig zu übersenden.

Ferner besteht die Möglichkeit des Online-Mahnbescheidantrags (www.Online-Mahnantrag.de). Er bietet für gelegentliche Antragsteller und Antragstellerinnen sowie Privatpersonen, die keine Mahnsoftware besitzen, die Möglichkeit, den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides zu Hause am PC einzugeben, vom Programm vorprüfen zu lassen und als Barcode-Antrag (ohne Belegvordruck) oder auf dem Antragsformular auszudrucken. Dieser ist dann auch auf dem Postwege an das Mahngericht Schleswig zu übersenden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Europäisches Mahngericht	Alle Bundesländer haben im September 2009 eine Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung und den Betrieb des Europäischen Mahngerichts Deutschlands geschlossen. Das Amtsgericht Wedding (Berlin) nimmt die Aufgabe zentral für alle Amtsgerichte wahr.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des laufenden Betriebes und der Pflege des "Automatisierten Mahnverfahrens" beim AG Schleswig	Daueraufgabe
2	Sicherstellung des laufenden Betriebes und der Pflege des "Europäischen Mahnverfahrens" beim AG Weding	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51143	Beschaffung	0,0	8,3	0,0	0,0	0,0	0,0
52706	Sonstige Kosten	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
53356	Verträge	333,7	609,7	602,9	602,9	600,1	602,9
53356	Sonstige Kosten	2,1	2,1	0,0	0,0	0,0	0,0
63206	Verträge	105,4	123,9	123,9	123,9	123,9	123,9
	Summe	446,3	749,1	731,9	731,9	729,1	731,9

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

ITM 2252030000

Bezeichnung Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Informationsdatenbank für den Arbeitsschutz (IFAS) unterstützt die wiederkehrenden Vorgänge in der Einzelfallbearbeitung im Arbeitsschutz. Das Produkt IFAS besteht aus diversen Modulen, die unterschiedliche Teilbereiche im Arbeitsschutz abdecken.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Betriebskataster	In S-H werden etwa 140.000 Betriebe vom Arbeitsschutz überwacht. Dieses Grundmodul ist die Adresdatenbank
2	GAED	Gewerbeärztlicher Dienst, Medizinischer Arbeitsschutz durch die Landesgewerbeärzte
3	RSA	Risikoorientierte Besichtigungsstrategie im Arbeitsschutz, RSA legt anhand des Gefährdungspotentials der Betriebe die Reihenfolge der Überprüfungen durch die Mitarbeiter des Arbeitsschutzes fest.
4	SIS	Sicherheit im Straßenverkehr, im Wesentlichen Überprüfung von Lenkzeiten von LKW-Fahrern und daraus resultierende Bußgeldverfahren
5	MyIFAS	Zugriff auf die Unfallverhütungsvorschriften der BG Chemie und Regelwerk
6	STRL	Strahlenschutz, im Wesentlichen Prüfung von Röntgenanlagen und Erlaubnisse für deren Betreiber.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Unterstützung und Steuerung des Arbeitsschutzes in S-H	1999-2050

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	181,3	209,2	202,3	202,3	202,3	202,3
53356	Sonstige Kosten	0,0	60,0	60,0	10,0	5,0	5,0
	Summe	181,3	269,2	262,3	212,3	207,3	207,3

ITM [2256030000](#)

Bezeichnung Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Verfahrensgruppe OASIS/ EDAS wird eingesetzt zur Automatisierung von Aufgaben im Bereich der Integrationsämter, diese fördern und sichern die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben. Diese Aufgaben sind im Sozialgesetzbuch (SGB IX), insbesondere in §§ 81 (4), 84 und 102 festgelegt. Die Integrationsämter erheben und verwenden die Ausgleichsabgabe und führen den besonderen Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen sowie die begleitende Hilfe im Arbeitsleben durch. Mit ihren Leistungen unterstützen sie die Arbeitgeber, ihren besonderen Pflichten bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nachzukommen. Ziel ist es, schwerbehinderte Menschen dauerhaft auf geeigneten Arbeitsplätzen einzugliedern. Die Integrationsämter

leisten nachrangig nach den Trägern der Rehabilitation, sie dürfen deren Leistungen nicht aufstocken. Die Leistungen der Integrationsämter sind rechtlich und fachlich mit denen der übrigen Leistungsträger - auch mit denen der Bundesanstalt für Arbeit - verzahnt.

OASIS/EDAS dienen insbesondere zum Einzug der Ausgleichsabgabe, Dokumentation von Integrationsvereinbarungen mit Unternehmen, der Projektverfolgung, der Terminüberwachung und der Unterstützung bei den Aufgaben im Bereich Kündigungsschutz. Diese Funktionen setzten heute eine intensive und nur noch auf elektronischer Basis beruhende Kommunikation mit zentralen Datenbanken und insbesondere mit der Bundesagentur für Arbeit, die Komponenten des Verfahrens entwickelt hat, voraus. Daten der Bundesagentur für Arbeit stehen nur noch in einer speziellen elektronisch abrufbaren Form zur Verfügung. Aus diesem Grund, hat sich das LAsD dem bundesweiten Verbund der OASIS-Nutzer angeschlossen. Eine Durchführung wichtiger Aufgaben der Integrationsämter ist nur unter Nutzung des Verfahrens möglich.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bearbeitung von Aufgaben des Schwerbehindertenrechts im Integrationsamt	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	50,0	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0
53356	Sonstige Kosten	250,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	300,0	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0

ITM 2260020000

Bezeichnung Basisinfrastruktur - Beschaffungen

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatzbeschaffung im Rahmen der Basisinfrastruktur.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	97,2	270,7	106,5	106,5	106,5	106,5
	Summe	97,2	270,7	106,5	106,5	106,5	106,5

ITM 2268010000

Bezeichnung Basisinfrastruktur

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Betrieb der Basisinfrastruktur

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	12,4	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
51143	Sonstige Kosten	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
51144	Verträge	32,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
51144	Beschaffung	3,0	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
52537	Sonstige Kosten	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
52706	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
53356	Verträge	209,6	170,0	170,0	170,0	170,0	170,0
53356	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	Summe	286,5	233,0	233,0	233,0	233,0	233,0

ITM 2394030000

Bezeichnung IT-Plattform Badegewässer

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In S-H gibt es ca. 330 Badestellen, die nach EU- und Landesrecht beständig auf Krankheitserreger überwacht werden. In der Badegewässerdatenbank werden diese Badestellen aufgelistet inklusive aktueller Messwerte zur Wassergüte. Die Pflege der Daten erfolgt durch die zuständigen Kommunen, dem LAsD und dem Ministerium (Kooperation Land - Kommunen). Die so erfassten Daten stellen die Grundlage zur Erfüllung der Berichtspflichten gegenüber der EU und der Information der Bevölkerung durch den Internetauftritt Badewasserqualität.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	66,8	21,9	22,0	22,0	22,0	22,0
	Summe	66,8	21,9	22,0	22,0	22,0	22,0

ITM 2428030000

Bezeichnung Heimaufsicht

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Sozialministerium ist für die Genehmigung und Überwachung von Kindertagesstätten, Kinderheimen und ähnlichen Einrichtungen in seiner Funktion als Landesjugendamt verantwortlich. Diese Einrichtungen (ca. 1600 Stück) müssen dem Landesjugendamt regelmäßig (mehrmals im Jahr) Bestandsmeldungen übermitteln. Es werden Daten zu den Beschäftigten, der Auslastung der Einrichtung u.ä. abgegeben. Diese Daten werden für die laufende Überwachung der Einrichtungen benötigt. Insbesondere beim Personal gibt es eine große Fluktuation. Bis 2013 wurden diese Meldungen in Form von Papierformularen erstattet und mussten per Hand in die vorhandene SQL-Datenbank eingegeben werden. Im Rahmen der Maßnahme wurde diese manuelle Meldung und Erfassung auf eine elektronische, automatisierte Form umgestellt. Hierzu wird das Government Gateway als Zugangspunkt genutzt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Online-Pflege der Daten der Kindertagesstätten, Kinderheime u. ä. im Landesjugendamt durch die Träger der Einrichtungen.	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8
53356	Sonstige Kosten	40,0	0,0	80,0	20,0	5,0	0,0
	Summe	52,8	12,8	92,8	32,8	17,8	12,8

ITM 2561030000

Bezeichnung Krankenhausanalyse und -Informationssystem (KrAnIS)

Ressort / Dst. MSGJFS / MSGJFS

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Für die Vergütung der allgemeinen Krankenhausleistungen wurde für die deutschen Krankenhäuser gemäß § 17b Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) ein durchgängiges, leistungsorientiertes und pauschalierendes Vergütungssystem eingeführt.

Grundlage hierfür bildet das G-DRG-System (German-Diagnosis Related Groups-System), wodurch jeder stationäre Behandlungsfall mittels einer entsprechenden DRG-Fallpauschale vergütet wird. Das Institut für das Entgeltssystem im Krankenhaus (InEK GmbH) stellt den Ländern statistische Daten zu Fällen und Abrechnung zur Verfügung, die von den Ländern als Grundlage für die zukünftige Planung genutzt werden. Diese ITM dient der Finanzierung der notwendigen digitalen Infrastruktur zur Nutzung dieser Daten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Bereitstellung von Krankenhaus-Falldaten für die Krankenhausplanung.	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	14,4	10,1	10,1	10,1	10,1
	Summe	0,0	14,4	10,1	10,1	10,1	10,1

ITM 2253030000**Bezeichnung** Bearbeitung von Erziehungsgeld, Elterngeld und Betreuungsgeld**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH**Status** aktiv**Art** IT-Verfahren**Klassifizierung** Fachanwendungen**Beschreibung**

Das LAsD zahlt Elterngeld für Mütter und Väter. Es hat das Erziehungsgeld abgelöst und unterstützt Familien im ersten Lebensjahr des Neugeborenen bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage. Die Höhe des Elterngeldes orientiert sich an dem vorherigen Nettoeinkommen und hat damit den Charakter einer Lohnersatzleistung. Ersetzt werden in der Regel 67 Prozent des entfallenden Nettoeinkommens, mindestens aber 300 Euro bis maximal 1800 Euro monatlich. Die max. mögliche Bezugsdauer beträgt insgesamt 14 Monate. Die Elterngeldmonate können von den Eltern nacheinander aber auch gleichzeitig beansprucht werden oder bei gleichem Gesamtbudget auf die doppelte Bezugsdauer gedehnt werden. Jeder Elternteil muss einen Antrag auf Elterngeld stellen. Elterngeld wird rückwirkend maximal für 3 Lebensmonate vor dem Monat der Antragstellung gezahlt. Das Verfahren ermöglicht insbesondere die elektronische Berechnung, die Bescheidschreibung, die Zahlbarmachung des Elterngeldes sowie die Fristenüberwachung. Gem. § 32b des Einkommensteuergesetzes unterliegt das Elterngeld dem Progressionsvorbehalt. Das Verfahren ermöglicht hierfür das Auslesen und die Erstellung der Datensätze sowie die Datenübermittlung an die Finanzverwaltung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen	1990-2010
2	Bearbeitung von Elterngeldanträgen	2009-2050
3	Bearbeitung von Elterngeldanträgen und Betreuungsgeld	2013-2050
4	Bearbeitung von Elterngeld-, Elterngeldplus- und Betreuungsgeldanträgen	2015-2050

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	40,8	40,8	40,8	40,8	40,8	40,8
	Summe	40,8	40,8	40,8	40,8	40,8	40,8

ITM 2254030000**Bezeichnung** Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH**Status** aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Maßnahme dient zur elektronischen Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschriften des Schwerbehindertenrechtes, d.h. auf Basis eines Antrages werden gesundheitliche Behinderungen, gleich, auf welcher Ursache sie beruhen, und deren Auswirkungen (Grad der Behinderung -GdB-) festgelegt, Feststellungsbescheide erstellt und gegebenenfalls Schwerbehindertenausweise (GdB ab 50) ausgestellt. Der Einsatz des Verfahrens brachte eine erhebliche Verkürzung der Antragsbearbeitungszeiten von ehemals 4 bis 5 Monaten auf heute durchschnittlich unter 3 Monaten. Des Weiteren können heute telefonische Informationsanfragen der Antragsteller durch Verfügbarkeit einer elektronischen Akte erheblich schneller beantwortet werden. Nur durch die elektronische Fertigung von Ausweisen und Feststellungsbescheiden konnten bei gleicher bzw. bereits reduzierter Anzahl von Mitarbeitern (im Bereich der Schreibdienste und der Sachbearbeitung in den Schwb-Abschnitten) wesentlich gestiegene Antragszahlen bewältigt werden. Eine Umstellung der Antragsbearbeitung auf manuelle Abwicklung würde die Durchlaufzeiten der Anträge vervielfachen, wobei außerdem zu berücksichtigen ist, dass bereits heute nicht mehr alle Sacharbeiter über das Wissen verfügen manuell Anträge zu bearbeiten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bearbeitung von Anträgen nach dem Schwerbehindertengesetz	1990-2050
2	Verfahrensumstellung aufgrund des neuen Schwerbehindertenausweises in Form einer Bankkarte.	01.01.2013

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	36,8	36,8	36,8	36,8	36,8	36,8
53356	Sonstige Kosten	27,1	6,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	63,9	42,9	36,8	36,8	36,8	36,8

ITM [2255030000](#)

Bezeichnung Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (KOV / Prosid)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Verfahren KOV/Prosid ermöglichen die elektronische Bearbeitung von Anträgen im Bereich des Sozialen Entschädigungsrecht. Im Vordergrund des SER stehen auch heute noch die Leistungen an die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebene nach dem Bundesversorgungsgesetz. Darüber hinaus werden Leistungen auch für geschädigte Personen aufgrund von Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für entsprechend anwendbar erklären, erbracht:

- z.B. für Bundeswehrsoldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz;
- Zivildienstleistende nach dem Zivildienstgesetz;
- Impfgeschädigte nach dem Bundesseuchengesetz;
- ehemalige politische Häftlinge nach dem Häftlingshilfegesetz;
- Opfer von Gewalttaten nach dem Opferentschädigungsgesetz usw.

Durch die Verfahren werden insbesondere die elektronische Berechnung und Zahlbarmachung der Anträge, die Bescheidschreibung und die Fristenüberwachung ermöglicht. Elektronische Unterstützung in Teilen diesen Bereichen gab es teilweise schon in den 70-Jahren, sie wurde aber durch Einsatz des KOV/Prosid-Verfahren wesentlich effizienter und kostengünstiger.

Ab 2012 fällt unter diese Maßnahme ebenfalls das Verfahren zur Bearbeitung von Ansprüchen und Verfahren nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG). Das Verfahren ermöglicht die Bearbeitung von Anträgen und Verfahren auf Versorgungsleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) einschließlich Geltendmachung und Durchsetzung von daraus resultierenden Schadensersatzansprüchen. Sollten Leistungen nach dem OEG entstehen werden diese durch das KOV/Prosid Verfahren erbracht.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Opferentschädigungsgesetz (OEG)	Bearbeitung von Anträgen und Verfahren auf Versorgungsleistungen nach dem OEG einschl. Geltendmachung und Durchsetzung von daraus resultierenden Schadensersatzansprüchen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht	Daueraufgabe

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
OEG	1	Bearbeitung von Anträgen und Verfahren auf Versorgungsleistungen nach dem OEG einschl. Geltendmachung und Durchsetzung von daraus resultierenden Schadensersatzansprüchen. Zurzeit ausgesetzt.	ruht

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	40,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	40,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0

ITM 2257030000

Bezeichnung Länderübergreifende zentrale Trinkwasser Datenbank (ZTEIS)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Länderübergreifende Badegewässer-und Trinkwasserdatenbank

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Umsetzung der Berichtspflichten gemäß der EU-Trinkwasserrichtlinie	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
	Summe	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0

ITM 2263020000

Bezeichnung Beschaffungen der IT-Basisinfrastruktur

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Sonstige Kosten	6,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	144,6	66,7	90,7	66,7	99,7	99,7
	Summe	151,0	66,7	90,7	66,7	99,7	99,7

ITM 2270010000

Bezeichnung Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In der ITM sind veranschlagt, die Ausgaben (geplant) für Geschäftsbedarfe (z.B. Toner, Tastaturen, Mäuse, usw.) und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben (geplant) für Aus- und Fortbildung sowie Dienstreisen der IT-Mitarbeiter und Ausgaben (geplant) aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
51144	Verträge	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
52537	Sonstige Kosten	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
52706	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	89,5	89,5	89,5	89,5	89,5	89,5
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	150,6	150,6	150,6	150,6	150,6	150,6

ITM 2335030000

Bezeichnung Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Der Landtag hat im Rahmen eines Kinderschutzprogrammes eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst in Schleswig-Holstein (§ 7a Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder) beschlossen.

Nach dem Gesetz soll eine zentrale Stelle Schleswig-Holsteins (das LAsD) die gesetzlichen Vertreter der Kinder, deren Früherkennungsuntersuchungen U 4 bis U 9 bevorstehen, zur Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung einladen und gegebenenfalls mit Fristsetzung erinnern. Ärztinnen und Ärzte, die Früherkennungsuntersuchungen durchgeführt haben, haben dies der Zentralen Stelle unverzüglich mitzuteilen. Soweit nach Ablauf einer Frist keine ärztliche Bestätigung über die Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung vorliegt, hat die Zentrale Stelle den zuständigen Kreis zu informieren.

Diese Maßnahme ist ein Teilbereich verschiedener Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsdienstgesetzes und zum Kinderschutzgesetz. Dazu gehören:

- Einrichtung einer zentralen Stelle beim LASD
- Landesprogramm „Schutzengel“
- Landesprogramm „Willkommen im Leben“
- Kinderschutztelefon
- Fortbildung
- Sachverständigenbeirat und Landeskinderschutzbericht

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Aufbau des Verfahrens Kinderschutz zur Durchführung der Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern bis zu 6 Jahren	01.04.2008
2	Betrieb des Verfahrens Kinderschutz bei Kindern bis zu 6 Jahren	01.01.2014

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	56,0	64,5	64,5	64,5	64,5	64,5
53356	Sonstige Kosten	9,2	31,8	0,0	0,0	0,0	0,0
53413	Verträge	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
	Summe	80,2	111,3	79,5	79,5	79,5	79,5

ITM 2414030000

Bezeichnung Verfolgung Ordnungswidrigkeiten (OWiG)

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten (OWiG) nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) und Bundeseltern-geld und Bundeselternzeitgesetz (BEEG). Ermittlung von Sachverhalten (Anhörung) bis zur Erstellung von Buß-geldbescheiden einschließlich verfahrensrechtlicher Statistiken.

Das LAsD ist in Schleswig-Holstein zuständig für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach:

- § 121 Sozialgesetzbuch - Elftes Buch (SGB XI),
 - § 14 des Bundeselterngeldgesetzes, § 15 des Gesetzes über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens (HWG),
 - § 97 des Arzneimittelgesetzes (AMG),
 - § 25 des Gesetzes über das Apothekenwesen (APoG),
 - § 32 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG),
 - § 42 des Medizinproduktegesetzes (MPG),
 - § 7 des Gesetzes über die Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen (GFBWBG),
- und den jeweils dazu erlassenen Verordnungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Durchführung der Beitreibung der Bußgelder im Rahmen der Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten, wie beschrieben	01.09.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	18,4	13,4	13,4	13,4	13,4	13,4
53356	Sonstige Kosten	0,0	4,5	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	18,4	17,9	13,4	13,4	13,4	13,4

ITM 2496030000

Bezeichnung KITA-Geld

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Landesregierung fördert den Besuch von Kindertageseinrichtungen von Kindern unter 3 Jahren durch die Gewährung eines monatlichen Zuschusses von 100 €. Es wurde ein elektronisches Antragsverfahren entwickelt, das zur Antragsverarbeitung, Bescheiderstellung, und Zahlung sowie dem Rückforderungsmanagement dient. Daher ist der Einsatz auch noch über das geplante Ende des Förderzeitraumes vonnöten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Antragsverarbeitung, Bescheiderstellung, Zahlung, Rückforderungsmanagement	31.10.2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	224,3	139,3	139,3	139,3	139,3	139,3
	Summe	224,3	139,3	139,3	139,3	139,3	139,3

ITM 2555030000

Bezeichnung IT-basiertes Anmeldeverfahren für Prostituierte nach dem ProstSchG

Ressort / Dst. MSGJFS / LAsD SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Umsetzung eines einheitlichen IT-basierten Anmeldeverfahrens für Prostituierte nach Maßgabe des ProstSchG sowie der ProstAV u. ProstStatV des Bundes einschließlich Ausstellung einheitlicher Anmeldebescheinigungen/Alisbescheinigungen und einer Bescheinigung über die erfolgte behördliche Gesundheitsberatung (Abschnitt 2 des ProstSchG) sowie Datenerfassung, -verarbeitung und -übermittlung

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	170,0	152,1	152,1	152,1	152,1	152,1
	Summe	170,0	152,1	152,1	152,1	152,1	152,1

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

ITM [2275030000](#)

Bezeichnung IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Mehrländerkooperation „Zahlstellen und InVeKoS-Agrarförderung“ (ZIAF) bildet die IT-Unterstützung für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) der Europäischen Union. Sie hat den rechtskonformen und effizienten Vollzug des Gemeinschaftsrechts der EU im Bereich der Agrarförderung und im Rahmen dessen u. a. die ordnungsgemäße Abwicklung der Zahlungen an die Antragsteller sicherzustellen.

Die Verfahrensentwicklung erfolgt in weiten Teilen im ZIAF-Verbund (Ausnahme: landesspezifische Förderprogramme) zusammen mit den Ländern BW, BB, HH, MV und ST auf der Grundlage eines abgestimmten Anforderungsmanagements und der Lizenzierung entsprechender Kostenteilung.

Das Verfahren wird unter Einhaltung eines hohen Schutzbedarfes BSI-zertifiziert im RZ-Dataport betrieben. Das IT-System beinhaltet eine verzweigte Client-Server Umgebung. Die Administration eines Großteils der Clients wird Dataport übernommen. Der Zugriff vom Client auf die im RZ betriebenen Server und Applikationen erfolgt von verschiedenen Organisationen unter Einsatz der VPN-Technologie über mehrere Netze.

Für das ZIAF-Verfahren (profil c/s, ravel c/s) werden von den Herstellern (Dataport und data experts) Programmpakete geliefert, die auf den unterschiedlichen Systemen (Qualitätssicherung, Produktion und Schulung) nach festen Regeln getestet, installiert und dokumentiert werden. Durch Überwachung des Abnahmeverfahrens wird gewährleistet, dass nur getestete und freigegebene Programme zur Anwendung gelangen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) im Rahmen der von der Europäischen Union eingerichteten EGFL- und ELER-Fonds.	fortlaufend
2	Durch Einhaltung von den EU-Normen die Zulassung der Zahlstelle gewährleisten.	fortlaufend
3	Anlastungen auf Grund von Systemfehlern durch VO-konforme Umsetzung minimieren.	fortlaufend
4	Kürzungen der EU-Zahlungen wegen Nicht-Einhaltung von Zahlungsterminen vermeiden.	fortlaufend

5	Mit dem Einsatz eines entsprechend performanten Verfahrens eine wirtschaftliche Antragsbearbeitung gewährleisten.	fortlaufend
6	Die Antragsteller sollen mit einer bedienfreundlichen, performanten Software bei der Antragsbearbeitung und -einreichung unterstützt werden.	fortlaufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
52537	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	2.505,6	2.634,5	2.644,1	2.669,1	2.669,1	2.669,1
53356	Sonstige Kosten	2.550,0	2.800,0	2.800,0	2.800,0	2.800,0	2.800,0
	Summe	5.062,1	5.441,0	5.450,6	5.475,6	5.475,6	5.475,6

ITM 2284020000

Bezeichnung Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (MELUND)

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Ministeriums zur IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die im MELUND eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ausstattung aller Arbeitsplätze mit mobilen Geräten. Daher sollen ab dem Jahr 2018 schrittweise die vorhandenen Desktop-PC durch Notebooks ersetzt werden.	2018 - 2021

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
81246	Beschaffung	97,8	160,3	154,9	154,9	154,9	154,9
	Summe	102,8	165,3	159,9	159,9	159,9	159,9

ITM 2294010000

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (MELUND)

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

IT-Unterstützung des Dienstbetriebes durch die unabdingbare, ständige Aktualisierung der einzusetzenden Basistechnik: Hard-, Software und (in geringem Umfang) Fachverfahren, soweit die dazugehörige Software (z. B. Datenbanken) verfahrensübergreifend genutzt wird.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	12,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
51143	Sonstige Kosten	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
51144	Verträge	15,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
51144	Sonstige Kosten	2,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
52537	Sonstige Kosten	76,0	38,4	40,0	35,0	35,0	35,0
53356	Verträge	195,5	189,0	189,1	189,1	189,1	189,1
53356	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
	Summe	310,9	275,8	277,5	272,5	272,5	272,5

ITM 2396030000

Bezeichnung Fachanwendungen Umwelt

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Umweltdaten stellen eine wesentliche Basis für die Wahrnehmung gesetzlicher Vollzugsaufgaben und für die Erfüllung der bestehenden umfangreichen Informations- und Berichtspflichten dar. Sie sind Grundlage für Planungen und Verwaltungsentscheidungen und unverzichtbare Voraussetzung, um Aussagen zur Entwicklung von Umweltmedien und Ökosystemen treffen zu können. In fachspezifischen Informationssystemen werden Daten zu diversen Umweltthemen erhoben, gespeichert und zur Aufgabenerledigung zur Verfügung gestellt.

Eine umfassende öffentliche Bereitstellung von Umweltdaten und -informationen aus den Fachanwendungen Umwelt erfolgt im Internetauftritt der Landesregierung im Themenportal Landwirtschaft und Umwelt. Hierdurch wird gleichzeitig der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß Informationszugangsgesetz (IZG) gewährleistet.

Das dezentrale IT-Management im MELUND steuert und koordiniert den Aufbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung der Fachanwendungen sowie der fachübergreifenden Komponenten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Technischer Umweltschutz: Abfallwirtschaft	<p>Zur schnelleren Handlungsfähigkeit ihrer gemeinschaftlichen Interessen haben die GADSYS-Länder die Geschäftsstelle "Information Koordinierende Stelle Abfall DV-Systeme (IKA)" eingerichtet. Die Aufgaben der IKA werden von der Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfall des Landes Schleswig-Holstein (GOES) wahrgenommen. Der Vertrag (Verwaltungsvereinbarung) für die Gemeinsamen Abfall DV-Systeme (AFIS, ASYS, eAEV, ZKS), kurz GADSYS, ist mit der Unterzeichnung aller 16 Bundesländer am 01. August 2004 in Kraft getreten. Der Verbund der GADSYS-Länder verfolgt folgende Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau, Nutzung und Weiterentwicklung gemeinsamer Programme, • Organisation des bundesweiten Datenverbundes, • Datenaustausch zur Minimierung des Arbeitsaufwands, • Datenbereitstellung einer länderübergreifenden Abfallstromüberwachung und • Bewirtschaftung eines eigenen von den Ländern zur Verfügung gestellten <p>Etats</p>
2	Technischer Umweltschutz: Gefahrstoffe/Anlagen	<p>Zu diesem Bereich gehören u.a. der Support sowie die Aktualisierung und Weiterentwicklung für LIS-A. Die LIS-A Gruppe ist eine Kooperation aus 8 Bundesländern die gemeinsam das LänderInformationssystem für Anlagen entwickelt haben. Es unterstützt die Immissionsschutzbehörden u.a. bei der Durchführung von Genehmigungs- und Anzeigeverfahren, bei der Anlagenüberwachung sowie bei der Störfallvorsorge. ELiA als Unterverfahren von LIS-A ist ein Kooperationsprojekt der Länder Niedersachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie Schleswig-Holstein und wird gemeinsam mit der Industrie und Fachverbänden weiterentwickelt. ELiA ist eine IT-Lösung, um die Genehmigung einer Industrieanlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zu beantragen. Mit ihr können Betriebe, bzw. die von ihnen beauftragten Ingenieurbüros, den sehr umfangreichen Antrag elektronisch erstellen und verschlüsselt und authentifiziert versenden.</p> <p>Die Kosten für Pflege, Betrieb, Hosting und Finanzierung von PRTR (lt. VKoopUIS) werden auch im Bereich "Gefahrstoffe/Immissionsschutz" veranschlagt. ePRTR ist ein elektronisches Pollutant Release and Transfer Register (Elektronisches Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister). ePRTR ist ein DV-System zur jährlichen Datenerfassung, Plausibilitätsprüfung und Veröffentlichung PRTR sowie Berichterstattung zum E-PRTR an die EU.</p> <p>Die Pflege und das Hosting für GSBL im Internet gehört auch zum Bereich "Gefahrstoffe/Immissionsschutz". Das Bundesumweltministerium (BMUB) betreibt gemeinsam mit den Umweltministerien von 14 Ländern (alle Länder außer Brandenburg und Bayern) auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung aus dem Jahr 1994 den Gemeinsamen zentralen Stoffdatenpool GSBL – die mittlerweile größte und bedeutendste Chemikalien-Informationsquelle der deutschen Verwaltung.</p>

3	Technischer Umweltschutz: Lufthygienische Überwachung SH	<p>Sie hat die Aufgabe, die Luftqualität zum Beispiel durch Messungen zu ermitteln, Veränderungen festzustellen und die Ursachen der Veränderungen zu analysieren.</p> <p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Messung der Luftschadstoffkonzentrationen und Ermittlung der Stoffeinträge (Staubniederschlag, Schwermetalle) in Schleswig-Holstein - Lokale Messungen der Luftschadstoffkonzentrationen (Immission) in der Nähe von Industrieanlagen und an Verkehrsschwerpunkten - Information der Öffentlichkeit über aktuelle Luftschadstoffkonzentrationen (zum Beispiel Ozon) - Weitergabe von Luftschadstoffdaten und Beurteilung der Luftqualität in Schleswig-Holstein zur Berichterstattung an die Bundesregierung und die EU - Prüfung der Erforderlichkeit und Konzeption von Luftreinhalteplänen (zuständig für die Aufstellung dieser Pläne ist das MELUND) - Beobachtung und Dokumentation der Entwicklung der Luftbelastung über lange Zeiträume - Untersuchungen, ob Handlungsbedarf zur Verbesserung der Luftschadstoffsituation besteht (zum Beispiel im Vorweg von Verordnungen). <p>Grundlagen:</p> <p>Nationale Regelungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundes-Immissionsschutzgesetz - 39. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchV) - TA Luft <p>Europäische Union:</p> <p>2008/50/EG, EU-Richtlinie-2008-50-EG vom 28. August 2015 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Referenzmethoden, Datenvalidierung und Standorte für Probenahmestellen zur Bestimmung der Luftqualität, EU-Richtlinie-2015/1480, 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (4. Tochterrichtlinie), EU-Richtlinie-2004-107-EG, Durchführungsbeschluss der Kommission vom 12. Dezember 2011 mit Bestimmungen zu den Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Austausch von Informationen und die Berichterstattung über die Luftqualität, 2011/850/EU, Europäische Kommission-Implementation of ambient air quality legislation http://ec.europa.eu/environment/air/quality/legislation/index.htm</p>
4	Technischer Betrieb des Umweltdatenservers und Internetkosten	Der Betrieb der auf dem Umweltdatenserver betriebenen Fachverfahren wird hier sichergestellt. Durch eine entsprechende zentrale Datenhaltung und Präsentation über das Landesportal SH wird der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß Informationszugangsgesetz (IZG) gewährleistet.
5	Agrar- und Umweltbericht im Landesportal	Service und Pflege der Daten zum Agrar- und Umweltbericht (insbesondere die umfangreiche Agrarstatistik sowie Umweltatlas, LärmAtlas, Energieatlas und Feldblockfinder) im Landesportal SH, generiert aus den Umweltdatenbanken (Umweltdatenserver bei Dataport)
6	Metadatenerfassung und Pflege	Die alte InGrid-Software für die Metadatenerfassung und -pflege wurde durch die Software Preludio im Rahmen eines Projekts der Bund-Länderkooperation VKoopUIS ersetzt. Preludio enthält aktuell Profile für Geometadaten und Geodienste. InGrid unterstützt zusätzliche MD-Profile, die auch im Geschäftsbereich des MELUND gepflegt werden und weiterhin unterstützt werden sollen.

7	Forst-GIS SH und STK-WEb Info-Dienst	Pflege und Betrieb des Internetportals "Forst-GIS-SH"
8	Softwarepflege/-wartung	Softwarepflege und -wartungsverträge für verschiedene Umweltverfahren
9	Bodeninformationssystem (BODIS)	<p>Im Bodeninformationssystem (BODIS) werden boden- u. geologiebezogene Grunddaten sowie Daten über anthropogene Einwirkungen auf den Boden und den geologischen Untergrund bereitgestellt.</p> <p>Die Erhebung, Integration, Auswertung und Bereitstellung dieser Sach- und Raumbezugsdaten in einem datenbankgestützten Informationssystem, mit der Möglichkeit numerischer Auswertungen und räumlich-thematischer Verschneidungen, stellt eine zentrale Entscheidungshilfe für umweltfachliche/umweltpolitische Fragestellungen und Maßnahmen (z.B. Bodenschutz, Grundwasserschutz, Naturschutz), bei Interessenkonflikten in der Nutzung des Naturraumpotentials (Grundlagen für Raumordnung und Fachplanungen) sowie für die Ressourcennutzung und Potentialanalyse zur Nutzung des Untergrundes dar und dient darüber hinaus der Erfüllung verschiedener gesetzlicher Vorgaben zu Berichts- und Informationspflichten (Geodatenzugangsgesetz, INSPIRE etc.).</p> <p>Das Bodeninformationssystem stellt gemäß eines länderübergreifenden Systemkonzeptes landesweit Boden und Geologie bezogene Daten und Methoden zur Verfügung. Die Umsetzung erfolgt stufenweise. Beim Aufbau wird darüber hinaus die Integration in das übergeordnete Agrar- und Umweltinformationssystem des MELUR sowie in die Geodateninfrastruktur des Landes berücksichtigt.</p> <p>Das Landesbodenschutzgesetz bildet eine zentrale rechtliche Grundlage für den Aufbau und Betrieb des Bodeninformationssystems durch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume als obere Bodenschutzbehörde und Geologischer Dienst. Dieses Gesetz regelt weiterhin, dass landesweit raumbezogene Daten über Bodenaufbau und –verbreitung, Bodenzustand und –beschaffenheit sowie Bodenentwicklung und –veränderung im Bodeninformationssystem zu erfassen und bewerten sind.</p>

10	Landschaftsinformationssystem (LANIS)	<p>Zur Arbeit im Naturschutz gehört die Wahrnehmung essenzieller Aufgaben wie Bestandserhebungen und Erfassungen freilebender höherer Tier- und Pflanzenarten mit ihren wesentlichen Lebensgemeinschaften und Lebensräumen sowie deren Veränderungen. Hinzu kommen Dokumentationen, Planungs- und Genehmigungsverfahren, die fachliche Beratung von Behörden, Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit sowie spezielle Zuständigkeiten in Zusammenhang mit Bundesverordnungen und Verordnungen der Europäischen Union.</p> <p>Seit 1987 wird zur Unterstützung dieser Aufgaben das rechnergestützte Landschaftsinformationssystem Schleswig-Holstein LANIS-SH betrieben. Es bildet die Datengrundlage für die Naturschutzarbeit in Schleswig-Holstein.</p> <p>Das LANIS -SH enthält im Wesentlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Dokumentation und fachliche Grundlagendaten zu den gesetzlich geschützten Flächen und Landschaftsbestandteilen, - die Dokumentation von Projektgebieten und weiteren Flächen des Naturschutzes, - Flächen- und Verbreitungskartierungen (Biotopkartierung), Dokumentation gesetzlich geschützter Flächen nach § 30 Bundesnaturschutz i. V. m. § 21 Landesnaturschutzgesetz, CIR-luftbildgestützte Biototypen- und Nutzungstypenkartierung, Verbreitungsdokumentation repräsentativer Tier- und Pflanzenarten (Fundortdaten und Rote Listen), - Grundlagendaten zu entwicklungsmorphologischen und vegetationskundlichen Aspekten (naturräumliche Gliederung, Moorkataster), - das aus den Erkenntnissen der verschiedenen Kataster abgeleitete Planungsinstrument "Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem Schleswig-Holstein", - Standardschlüssellisten für Fachdaten (Biologische Arten, Kartierungscodes, synoptische Schnittstellen für externe Schlüsselssysteme). <p>Primär dienen die Teilkomponenten des LANIS -SH zur Erfüllung der spezifischen Aufgaben von Naturschutz und Landschaftspflege. Basisdaten wie zum Beispiel die Standardschlüsselliste der biologischen Arten, die naturräumliche Gliederung, Gemeindedaten, aber auch jede höher aggregierte Fachinformation können wiederum als Grundlagenreferenz oder zur thematischen Verschneidung mit Fragestellungen anderer Fachbereiche dienen.</p>
11	Digitaler Bildflug	Beteiligung am digitalen Bildflug des L VermGeo aufgrund von abweichenden Anforderungen des MELUND, LKN.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	<p>Durch den Einsatz von fachspezifischen Informationssystemen sollen Daten zu diversen Umweltthemen erhoben, gespeichert und zur Aufgabenerledigung zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß Informationszugangsgesetz (IZG) soll gewährleistet werden. Zusätzlich werden die Umweltinformationssysteme zur Umsetzung von verschiedenen EU-Richtlinien benötigt.</p>	Daueraufgabe

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
ZeBIS	02	In Übereinstimmung mit den übergeordneten Zielen des Zentralen IT-Managements in der Landesverwaltung (ZIT) wird im Geschäftsbereich des MELUND das Ziel verfolgt, den technischen Betrieb der IT-Verfahren möglichst weitgehend beim IT-Dienstleister des Landes zu zentralisieren. Grundsätzlich sollen daher alle fachspezifischen und fachübergreifenden IT-Verfahren aus dem Geschäftsbereich des MELUND im Rechenzentrum bei Dataport betrieben werden – dies betrifft insbesondere die QS- und Produktionsumgebungen und - soweit möglich und sinnvoll - auch die Entwicklungs- und Schulungssysteme. Mit diesem Ziel ist insbesondere die Konsolidierung der Fachverfahren im RZ ² geplant.	fortlaufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	557,1	777,7	721,9	719,8	698,9	699,1
53356	Sonstige Kosten	269,9	433,2	462,1	114,4	85,7	85,7
63206	Verträge	0,0	6,5	0,6	0,6	0,6	0,6
81246	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	837,0	1.227,4	1.194,6	844,8	795,2	795,4

ITM 2397030000

Bezeichnung Fachanwendungen K3-Umwelt

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Unter der Bezeichnung K3-Umwelt werden IT-Fachverfahren und Datenbanken aus dem Umweltbereich verstanden, die zur Erfüllung von gesetzlichen Aufgaben sowohl von Landesdienststellen als auch von den Kommunen als unteren Landesbehörden eingesetzt werden.

Um die Entwicklung von IT-Anwendungen für den Bereich Umwelt- und Naturschutz in den Kommunen und beim Land wirtschaftlich und effektiver zu gestalten, wurde 1996 die Kooperationsvereinbarung Umwelthanwendungen abgeschlossen. Mit der Vereinbarung verabredeten die Kooperationspartner eine Arbeitsteilung bei Weiterentwicklung, Pflege, Betrieb, Bereitstellung und Support des Softwarepaketes „K3-Umwelt“ für die Bearbeitung öffentlicher Umweltaufgaben in Schleswig-Holstein. Diese langjährig bewährte Kooperation wurde im Jahr 2009 in geänderter Form fortgesetzt und zu einer „Kooperationsvereinbarung Fachinformationssysteme (VKoopFIS) weiterentwickelt. Erforderlich wurde die Veränderung, weil die bisherige Vereinbarung lediglich Aufgaben umfasste, deren Erledigung ausschließlich mit der Softwarelösung „K3-Umwelt“ erfolgte. Die Folgevereinbarung ist nunmehr grundsätzlich auf alle Aufgabenfelder im Geschäftsbereich des MELUR und auf alle Verwaltungsebenen anwendbar. Ziel der neuen Vereinbarung (wie auch der bisherigen) ist es, für eine wirtschaftliche Erledigung von Aufgaben, die auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung wahrgenommen werden, einheitliche Softwareverfahren einzusetzen, sofern über die Entwicklungsziele und die Kostenverteilung Einvernehmen besteht. Dies umfasst sowohl die Abstimmung bei der Auswahl oder Entwicklung von Softwareprodukten als auch eine kooperative Vorgehensweise bei der Bereitstellung, dem Betrieb, der Pflege und dem Support von Fachinformationssystemen. Entscheidungen

über weitere Entwicklungen werden jeweils innerhalb eines Lenkungsausschusses, der zwei Mal pro Jahr tagt, getroffen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	K3-Umwelt (Grund- und zentrale Module)	Adressen, Standorte, Nachrichten, Messstellen, Schlüssellisten und Schnittstellen
2	K3-Umwelt (Biotope)	Biotope, Kataster gem. §25 Abs. 5 LNatSchG gesetzlich geschützter Biotope
3	K3-Umwelt (Biotopkartierung)	Bereitstellung, Aufbereitung und Präsentation von Informationen im Rahmen der Umsetzung der FFH-Richtlinie der EU
4	K3-Umwelt (Eingriff/Ausgleich)	Eintragungen der Eingriffs- / Ausgleichsflächen durch die zust. Unteren Naturschutzbehörden der Kreise gem. § 12 Abs. 7 LNatSchG
5	K3-Umwelt (Ökokonto)	Eintragungen der Ökokonto-Flächen durch die zust. unteren Naturschutzbehörden der Kreise, §12 Abs. 7 LNatSchG
6	K3-Umwelt (Flächenmanagementkataster-FMK)	Flächenkatasters für ungenutzte bzw. mindergenutzte Flächen, § 200 Abs. 3 BauGB
7	K3-Umwelt (Klärschlammkataster)	Zur Umsetzung der Dokumentations- und Nachweispflichten sowie zur Führung des Klärschlammkatasters gem. Klärschlammverordnung (§§ 3, 4,7 und 8 AbfKlärV)
8	K3-Umwelt (Abwassermodule)	Grundstücksentwässerung, Industrieabwasser, Kommunales, Abwasser, Regenwasser, Daten und Karten zur Behandlung von Kommunalem Abwasser nach LWG, Wasserhaushaltsgesetz (Wasserbuch)
9	K3-Umwelt (Grundwassermodule)	Grundwasserstandsdaten und Stammdaten von- Landesmessstellen (WRRL Überwachung mengenmäßiger Zustand) nach WRRL, WHG, LWG, Wassersicherungsgesetz
10	K3-Umwelt (Wasserrecht)	Modul zur Unterstützung der unteren zuständigen Wasserbehörden bei der Erteilung, Erfassung und Darstellung von Gewässerbenutzungen auf der Grundlage wasserrechtlichen Bescheiden. Führung des Wasserbuches. Ist über direkte Schnittstellen mit dem K3-Umwelt Modulen Abwasser und Grundwasser verknüpft, in denen dann auch die fachlichen Sachdaten erfasst werden. Wegen dieser programmtechnischen Einbindung gilt es auch nicht als eigenständiges Modul sondern wird bei den Fachmodulen behandelt.
11	K3-Umwelt (Boden- und Altlastenkataster)	Altlasteninformationssystem nach § 5 Abs. 2 LBodSchG.

12	K3-Umwelt (Toolbox)	Kein eigenständiges Modul, sondern eine Software. Mit dieser ist die Erstellung von individuellen Anwendungen für das System K3-Umwelt möglich. Übergreifende Anwendungen werden von MELUND vorgegeben.
13	K3-Umwelt (VAwS)	Verwaltung von Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen
14	K3-Umwelt (Cadenza)	Kein eigenständiges Modul, sondern eine Software, die im gesamten K3-Umwelt-System als einheitliches Recherche- und Analysewerkzeug eingesetzt wird.
15	K3-Umwelt (Maßnahmendatenbank II)	Die MDBII ist ein Planungs-, Dokumentations- und Finanzierungsinstrument, das den Entstehungs- und Abwicklungsprozess von der Maßnahmenidee über Finanzierungsaspekte bis zur Abnahme und Effizienzkontrolle einer Maßnahme begleitet und an diesen Prozess beteiligte Institutionen und Personenkreise (staatliche und kommunale Behörden, Wasser- und Bodenverbände) einbindet. Das K3-Umwelt Modul MDBII stellt das Basissystem für die Sachdatenverwaltung der MDBII in den einzelnen Modulen (Maßnahmenplanung, Finanzierung, Flächensicherung, Auswertung/EU-Reporting) dar und nutzt die Software Cadenza als Recherche- und Analysewerkzeug. Für die GIS-Anbindung wird die WaFIS-Fachanwendung Amtliches Wasserwirtschaftlichen Gewässerverzeichnis SH (AWGV) auf Basis von ArcGIS/ArcSDE genutzt.
16	K3-Umwelt Badegewässerdatenbank	Führen eines Badegewässerinformationssystems durch das MSGFG in Kooperation mit dem MELUR hinsichtlich des technischen Betriebs: - Dokumentation der jeweiligen Badegewässerqualität und der Badegewässerprofile, - Unterstützung der Überwachungsaufgaben, - Veröffentlichung der Information für die Öffentlichkeit und zur Erfüllung von Berichtspflichten nach Richtlinie 2006/7/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel ist es, für eine wirtschaftliche Erledigung von Aufgaben, die auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung wahrgenommen werden, einheitliche Softwareverfahren einzusetzen, sofern über die Entwicklungsziele im Rahmen der Kooperation (VKoopFIS) und die Kostenverteilung Einvernehmen besteht. Dies umfasst sowohl die Abstimmung bei der Auswahl oder Entwicklung von Softwareprodukten als auch eine kooperative Vorgehensweise bei der Bereitstellung, dem Betrieb, der Pflege und dem Support von Fachinformationssystemen.	Daueraufgabe

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
K3-Umwelt Module	1	Ziele sind in den Beschreibungen der jeweiligen Unterverfahren genannt.	Fortlaufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	1.183,0	1.188,4	1.189,4	1.139,4	1.139,4	1.137,2
53356	Sonstige Kosten	21,9	33,0	72,5	1,0	1,0	1,0
	Summe	1.204,9	1.221,4	1.261,9	1.140,4	1.140,4	1.138,2

ITM 2398030000

Bezeichnung Übergreifende Fachanwendung Cadenza/GISterm

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden Aufwendungen für Vorhaben oberhalb der eigentlichen Fachinformationssystem-Ebene sowie Entwicklung von Fachverfahren, welche auf der Cadenza-Technologie basieren, nachgewiesen.

Disy cadenza ist ein Kooperationsprojekt, das im Rahmen der Bund/Länder Kooperation UIS (VKoopUIS) durchgeführt wird. Die VKoopUIS, der ca. 17 oberste Behörden des Bundes und der Länder angehören, verfolgt das Ziel, bei der Konzeption und Entwicklung von Software für Umweltinformationssysteme kooperativ und synergetisch zusammen zu arbeiten. Softwareentwickler im KooUIS-Projekt Cadenza/GISterm ist die Firma disy Informationssysteme GmbH, die über eine Public Private Partnership die Systementwicklung von Cadenza/GISterm sicherstellt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Pflegebudget	Die Basispflege ergibt sich aus den Absprachen laut VKoopUIS und Projektdatenblatt. Gilt für Desktop-Version und WEB-Version sowie für Mobile.
	Support	Unterstützungsleistung zur Sicherstellung des Betriebs im MELUND, LKN und LLUR.
	Produktweiterentwicklung	Weiterentwicklung Software und Entwicklung von Fachverfahren auf Basis Cadenza.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	<p>Ziel ist die Bereitstellung der Software Cadenza/GISterm als universelles Auswerte- und Berichtssystem inklusive GIS-Komponente sowie die Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit unter Berücksichtigung technologischer Rahmenbedingungen.</p> <p>Darüber hinaus wird über diese ITM eine entsprechende Fortbildung der Anwenderinnen und Anwender sichergestellt.</p> <p>Bei Verwendung des Cadenza-Anwendungsrahmen können Vereinheitlichungen bei der Software-Entwicklung erreicht werden.</p> <p>Einsatzgebiet:</p> <ul style="list-style-type: none"> -Standardwerkzeug für Berichte und Auswertungen -Standardwerkzeug für die Bearbeitung von Basis-GIS-Aufgaben -Standardisierungskomponente für Erfassungsprogramme 	fortlaufend

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
SH-Entwicklung für Fachanwendungsrahmen Cadenza	1	Nutzung eines einheitlichen Fachanwendungsrahmen Cadenza für Desktop und Webanwendungen SH	fortlaufend
Anpassung und Weiterentwicklung des Softwaresystems Cadenza	2	Erweiterung von SH spezifischen betrieblichen Anforderungen im RZ ²	fortlaufend
Support und Schulung zur Implementierung der Fachsysteme	3	Unterstützungsleistung bezüglich Einführung, Betrieb und Optimierung	fortlaufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	30,0	32,2	32,2	30,0	30,0	30,0
53356	Verträge	165,5	223,3	223,3	223,3	223,3	223,3
53356	Sonstige Kosten	90,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	285,5	275,5	255,5	253,3	253,3	253,3

ITM 2426030000

Bezeichnung Fachanwendung Balvi (Verbraucherschutz)

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Balvi iP ist ein Softwaresystem zur behördlichen Überwachung im Lebensmittel- und Veterinärbereich. Es integriert die gesetzlich definierten Überwachungsbereiche der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung in Form von einzelnen Programmmodulen, die alle auf denselben standardisierten Daten arbeiten.

Zentraler Bestandteil des Programms ist das Betriebsstättenregister, in dem alle überwachungspflichtigen Betriebsstätten und die zugehörigen Verantwortlichen vorgehalten werden. Jeder Betriebsstätte können in BALVI iP verschiedene Tätigkeiten aus unterschiedlichen Fachbereichen des behördlichen Verbraucherschutzes (z. B. Lebensmittelüberwachung oder Tierseuchenüberwachung) wie Kontrollen, Probenahmen und Untersuchungen zugeordnet werden. Deren Ergebnisse fließen gemeinsam mit der tätigkeitsbezogenen Risikoklasse der Betriebsstätte in die automatisierte Risikobeurteilung ein. Auf Grundlage dieser Risikobeurteilung generiert das System Kontrollfristen bzw. Untersuchungstermine und unterstützt somit die Terminverwaltung.

Die einzelnen Programmmodule von BALVI iP unterstützen unterschiedliche Prozesse der Überwachungstätigkeiten aus den Überwachungsbereichen der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung und Futtermittelsicherheit. BALVI iP in Schleswig-Holstein stellt die fachspezifischen Module Lebensmittelüberwachung und Weinkontrolle, Tierseuchenüberwachung, Tierschutzkontrolle, Fleischhygieneüberwachung, Gebühren- und Vergütungsabrechnung für die Fleischhygieneüberwachung, Tierarzneimittelkontrolle und Futtermittelsicherheit zur Verfügung. Zusätzlich dazu sind die fachübergreifenden Module Adressverzeichnisse, Qualitätsmanagement der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung, Krisenmanagement (für die Fachbereiche Lebensmittel und Futtermittel) und mobile Datenerfassung, bspw. zur Erfassung der Kontrolldaten (im Aufbau) integriert. BALVI iP bietet eine Vielzahl von Schnittstellen zu verwandten IT-Systemen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Tierseuchennachrichten (TSN)	Die Vorsorge und Bekämpfung von Tierseuchen spielt weltweit eine große Rolle. Das bundeseinheitlichen Tierseuchenmelde- und Krisenmanagementsystem TSN (TierSeuchenNachrichten) ist eine vom Friedrich-Löffler-Institut (FLI) entwickelte Software und dient bundesweit als amtliches Meldesystem für Tierseuchen und einheitliches Werkzeug zur Krisenbewältigung im Tierseuchenfall. Das Programm wird den Bundesländern kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Software soll 2016 in den technischen Betrieb von BALVI-IP im Dataport RZ integriert werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel ist die ganzheitliche Betrachtung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in SH durch den Einsatz der Software BALVI-IP i.V.m. einem zentralen technischen Betrieb bei Dataport maßgeblich zu unterstützen.	Fortlaufend
2	BALVI iP ist ein Softwaresystem zur behördlichen Überwachung im Veterinär- und Lebensmittelbereich. Das Programm integriert die gesetzlich definierten Überwachungsbereiche der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Form einzelner Programmmodule, die alle auf denselben standardisierten Daten arbeiten. Dadurch ermöglicht BALVI iP eine effektive und effiziente Verwaltung der Überwachungstätigkeiten.	fortlaufend

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Tierseuchennachrichten (TSN)	1	Ziel ist es, auf die vorhandenen Insellösungen in den Veterinärämtern der Kreise/kreisfreien Städte zu verzichten, um eine effektive Bekämpfung von Tierseuchen bei einem kreisübergreifenden Seuchengeschehen gewährleisten zu können. Die Sicherstellung der landesweiten Handlungsfähigkeit im Tierseuchenfall steht hier an vorderster Stelle. Durch Zusammenschlüsse der betroffenen Kreise/kreisfreien Städte zu gemeinsamen Krisenzentren wird eine schnelle und koordinierte Bearbeitung der Tierseuche gewährleistet und bietet Möglichkeiten, die in der aktuellen dezentralen Lösung TSN nicht zur Verfügung stehen. Die Koordinierung von mehreren Tierseuchenausbrüchen durch das MELUND, die Erstellung eines gemeinsamen Lageberichts und das Abrufen der aktuellen Tierseuchensituation inklusive Bearbeitungsstand der einzelnen Maßnahmen sind nur einige Vorteile.	ab 2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	20,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
53356	Verträge	354,2	404,0	373,0	373,0	373,0	373,0
53356	Sonstige Kosten	88,8	67,2	252,4	151,9	47,9	47,9
	Summe	463,0	506,2	660,4	559,9	455,9	455,9

ITM 2444030000

Bezeichnung ZeBIS – zentraler Betrieb der Informationssysteme bei Dataport

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden Kosten für den Betrieb und Weiterentwicklung einer IT Infrastruktur im Rechenzentrum RZ² bei Dataport unter Berücksichtigung der spezifischen Anforderung des MELUND zur nachhaltigen Sicherstellung eines effizienten und effektiven Betriebs der Fachinformationssysteme sowie eines zentralen Datenpools (DWH) für Reporting- und Auswerteaufgaben ausgewiesen.

Es ist ein grundschutzkonformer Betrieb zu realisieren, langfristig wird mit freiwerdenden Ressourcen (Personal und Hardware) gerechnet.

Der Entwicklung im Personalbereich und der Entwicklung der Haushaltssituation soll hiermit Rechnung getragen werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
001	Cadenza zentral in RZ ²	Die Software Cadenza ist zentral implementiert und dient als Auswerte- und Berichtssystem. Den Aspekten der Bürgerbeteiligung und eGovernment Bestrebungen wird Rechnung getragen.
002	zentraler Datenpool (DWH)	Aufbau einer fachübergreifenden, zentralen Datenhaltungskomponente zur Erfüllung von Berichtspflichten, Auswertungen und zur Bürgerbeteiligung.
003	GDI MELUND	Aufbau und Betrieb einer Geodateninfrastruktur zur zentralen Bereitstellung der Geobasisdaten und Geodiensten sowie zur fachlichen Ergänzung zur GDI-SH.
004	Metadatenverwaltung (GDI-SH konform)	Aufbau und Betrieb der Metadatenhaltungskomponente im Ressort zur Bedienung interner und externer Anfragen.
005	zentraler Betrieb von Fachverfahren	Entwicklung und Betrieb von Fachinformationssystemen im Rechenzentrum bei Dataport einschließlich eines fachlichen und technischen Verfahrensmanagement.
006	Bürgerbeteiligung	Konzeption zur Nutzung vorhandener Infrastrukturkomponenten zur Bereitstellung von Umweltdaten auf mobilen Endgeräten.
007	Umsetzung des Rollenkonzepts (Standardrollen ITSH)	Künftige organisatorische Anforderungen an IT-Leitstellen – Fortführung 2018 (Bearbeitung der Prozesse „Entwicklung, Test, Einführung und Betrieb“)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	<p>Neben der Konzeption, Betrieb und Fortschreibung der IT-Infrastruktur im Rechenzentrum bei dataport liegt ein besonderes Augenmerk auf Implementierung der notwendigen Organisationsstrukturen, Rollen und Prozesse im Geschäftsbereich des MELUND und bei Dataport. Entsprechende Verträge werden durch SLAs konkretisiert und dienen zur Überwachung der Leistungserbringung. Dies sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Organisation und IT-Steuerung Schaffung von klaren Regelungen bzw. Geschäftsprozesse über Zuständigkeiten, Kompetenzen, Rollen, Ansprechpartner und Eskalationsinstanzen (BSU, TVM, FVM,...). Entwicklung von Geschäftsprozessen zur Auftragserteilung und Erledigung. 	fortlaufend
	<ul style="list-style-type: none"> • Betrieb Erfassung und Dokumentation aller zentralen technischen Anforderungen an den Betrieb der MELUND-Verfahren. Schaffung von Standards und Rahmenbedingungen-> einheitliche Systemarchitektur. • Benutzerverwaltung Harmonisierung der Verfahren sowohl fachlich/organisatorisch (Rechte / Rollenkonzept), als auch in der technischen Umsetzung (hinsichtlich RZ-Architektur). • Anforderungs- und Konzeptionsmanagement Erstellung und Fortschreibung von Konzepten (Lasten- und Pflichtenhefte). • Anwender-Knowhow Verstärkte Unterstützung der Nutzer durch UHD oder FVM bei Dataport. Bereitstellung von fachlichen Ansprechpartnern für alle zentralen Verfahren. 	

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Cadenza Installation zentral	001	Cadenza/GISterm steht als WEB-Frontend bzw. als Java Webstart Applikation bereit. Verschiedene Fachthemen (HWRM, Energie, Nährstoffe) werden im Internet präsentiert (Sach- und Geodäten)	abgeschlossen
Zentraler Datenpool (DWH)	002	Verschiedenen Fachthemen werden harmonisiert in einem zentralen Datenpool gespeichert und fachübergreifend bereit gestellt.	in Umsetzung
GDI MELUND	003	Teil der GDI-SH zur Umsetzung der Inspire Richtlinie und weiterer Richtlinien aus dem Umweltbereich (HWRM, WRRL, MSRL).	in Umsetzung
Metadatenverwaltung	004	Aufbau und Betrieb einer Metadatenkomponente des MELUND. Bedient auch das System MIS-SH.	in Umsetzung
Zentrale Fachverfahren	005	Zentralisierung der Fachverfahren in RZ ² und Standardisierung hinsichtlich Auswertungs- und Präsentationskomponente	fortlaufend
Bürgerbeteiligung	006	Mittels einer App für IOS und Android Geräte sollen Fachdaten des Ressorts für die Öffentlichkeit bereitgestellt werden.	in Umsetzung
Bürgerbeteiligung	007	Anbindung von Fachthemen an DA Nord (z.B. Badege-wässer-DB) und RoBOB-SH	fortlaufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	483,4	611,1	530,2	530,2	498,7	498,7
53356	Sonstige Kosten	168,3	77,6	90,2	51,2	51,2	51,2
	Summe	651,7	688,7	620,4	581,4	549,9	549,9

ITM 2562030000

Bezeichnung Modernisierung und Weiterentwicklung des IT-Verfahrens AWGV-SH ("Amtliches Wasserwirtschaftliches Gewässerverzeichnis")

Ressort / Dst. MELUND / MELUND

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die IT-Maßnahme AWGV-SH soll der Finanzierung der Modernisierung und Weiterentwicklung des IT-Verfahrens AWGV ("Amtliches Wasserwirtschaftliches Gewässerverzeichnis AWGV-SH") als eines im Dataport-Rechenzentrum RZ² betriebenes wasserwirtschaftliches Fachinformationssystems auf Basis moderner und zukunftsfähiger Technologien dienen. Aufgrund der Komplexität und Relevanz des IT-Verfahrens zur Erfüllung von Gesetzen und Richtlinien (Landeswassergesetz, Wasserrahmenrichtlinie, Hochwasserrichtlinie, INSPIRE-RL) soll dieses IT-Verfahren in einer eigenen ITM finanziell transparent bewirtschaftet werden.

Seit 2002 wurden fortlaufend aufgrund von neuen fachlich-rechtlichen Vorgaben funktionale Anforderungen in das Fachinformationssystem aufgenommen und die Betriebsfähigkeit des Systems sichergestellt. Wesentliche nicht funktionale Eingriffe beschränkten sich auf die Zentralisierung des ursprünglich dezentral (2002-2007) betriebenen Systems auf eine zentral betriebene ABS 1.5-Infrastruktur bei Dataport (2007-2009), den Betrieb einer datenbankbasierten Geodatenhaltung inklusive Übersetzung des Quellcodes für neuere GIS- (ArcGIS) und Datenbankssoftware (Oracle) (seit 2009), die Umstellung des Koordinatensystems auf UTM (seit 2012) und den Umzug in zwei neue Rechenzentrumsbereiche („ABS 2.0“ 2013-2015, „RZ²“ seit 2015). Wegen dieser aufwändigen Arbeiten und aufgrund von neuen fachlich-rechtlichen Vorgaben und deren funktionaler Umsetzung standen in den vergangenen 14 Jahren keine Ressourcen für eine grundlegende Konsolidierung des Systems zur Verfügung. Im Rahmen der IT-seitigen Umsetzung (PRINCE2) sollen die strategischen Ziele des MELUND wie Standardisierung und Konsolidierung (gemäß ZeBIS), die Datenanbindung an das DataWareHouse und die Verwendung von OpenSourceProdukten (Datenbanken, WebServices) verfolgt werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel soll die Einführung bedarfsgerechter Nutzermodule mit fokussierten, aufgabenorientierten Oberflächen unter Einsatz von Webtechnologie und Webdiensten mit Unterstützung mobiler Endgeräte sein. Es soll geprüft werden, ob eine Kostensenkung durch Einsatz von Landesstandards hinsichtlich Pflege- und Lizenzkosten erreicht werden kann.	
2	Das Amtliche Wasserwirtschaftliche Gewässerverzeichnis (AWGV-SH) dient seit 2002 zur Bearbeitung, Verwaltung und Auswertung von Sach- und Geoinformationen zu Gewässern, Deichen, Anlagen und Einzugsgebieten und unterstützt die Erfüllung von Gesetzen und Richtlinien (Landeswassergesetz, Wasserrahmenrichtlinie, Hochwasserrichtlinie, INSPIRE-RL, Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser). Die fachlichen Stakeholder des Verfahrens sind die SH-Wasser- und Bodenverbände (WBV), der Landesverband der WBV (LWBV), untere Wasserbehörden (UWB), MELUND Referat 44 und 45, LLUR Dezernate 41-43, LKN Fachbereich 42-44.	
3	Mit der Integration in eine zentrale Dateninfrastruktur soll zur Erfüllung der Berichtspflichten der MSRL, WRRL, usw. beigetragen und der fachliche Datenaustausch, die gemeinsame Auswertung und Bereitstellung von wasserwirtschaftlichen mit anderen Fachdaten erleichtert sowie die Umweltberichterstattung verbessert werden. Durch die Verwendung ressortweit einheitlicher Entwicklungsstandards und OpenSource-Produkten, z.B. hinsichtlich der Auswerte- und Visualisierungssoftware, können Entwicklungs-, Pflege- und Lizenzkosten gesenkt werden. Das weiterentwickelte AWGV-SH dient dazu, mit dem vorhandenen Personal weiter zunehmenden Komplexität und des Umfangs der systematischen Vorkhaltung von Umweltdaten gerecht zu werden und die Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen. Zur Verbesserung der Qualität soll eine Optimierung der Nutzungsmöglichkeit für die Stakeholder (insgesamt 488 Nutzern) durch verbessertes Zeit-Antwort-Verhalten, Verbesserung der Bedienfreundlichkeit und der Programmstabilität, Verbesserungen des Datenmanagements und der Datenqualität.	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	0,0	160,0	370,0	220,0	220,0	220,0
	Summe	0,0	160,0	370,0	220,0	220,0	220,0

ITM 2292020000

Bezeichnung Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LLUR)

Ressort / Dst. MELUND / LLUR

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Anteiliger Ersatz der IT-Ausstattung; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur. Diese Maßnahme umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MELUND auch ehemals eigenständige Dienststellen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ausstattung aller Arbeitsplätze mit mobilen Geräten. Daher sollen ab dem Jahr 2018 schrittweise die vorhandenen Desktop-PC durch Notebooks ersetzt werden.	2018 - 2021

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Sonstige Kosten	22,0	4,5	4,5	4,5	10,0	10,0
81246	Beschaffung	210,1	297,6	385,7	209,8	209,8	209,8
	Summe	232,1	302,1	390,2	214,3	219,8	219,8

ITM [2299010000](#)

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)

Ressort / Dst. MELUND / LLUR

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesamtes. Die im LLUR Flintbek und den Außenstellen eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur. Diese Maßnahme umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MELUND auch ehemals eigenständige Dienststellen.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	15,6	15,1	15,1	15,1	15,1	15,1
51143	Sonstige Kosten	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
51144	Verträge	6,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
52537	Sonstige Kosten	27,0	61,9	2,0	0,0	0,0	0,0
53356	Verträge	559,7	546,3	489,1	489,1	489,1	489,1
53356	Sonstige Kosten	17,6	60,0	25,0	25,0	25,0	25,0
	Summe	640,9	702,3	550,2	548,2	548,2	548,2

ITM 2278030000

Bezeichnung Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden Aufwände für das Datenmanagement sowie für den Betrieb und Entwicklung von Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) nachgewiesen. Zur Zeit handelt es sich hierbei im Wesentlichen um die Softwarekomponenten Cadenza und Haddock sowie die IT-Systeme VisiLink und MDI-DE / MDI-SH.

Die Auswerteplattform "Cadenza" dient zum Recherchieren, Analysieren und Visualisieren von (Geo-) Daten und ermöglicht auch den Zugriff für die Öffentlichkeit.

Bei der Software Haddock der Uni Rostock handelt es sich um ein modulares Programmsystem mit gekoppelter SQL-Datenbank für die Archivierung und Auswertung von Seegangsmessungen. Haddock gewährleistet eine effektive Auswertung der Messdaten mit geringem Personaleinsatz, die Analyse und Eliminierung von Messfehlern und eine zentrale Datenhaltung von Messdaten und abgeleiteten Seegangparametern.

Für den Abruf von Wasserstand- und Winddaten der WSV und einiger landeseigener Pegel dient das VisiLink-System. Ein vollständig redundanter Betrieb für die Übertragung der benötigten hydrologischen und meteorologischen Daten ist für die Gefahrenabwehr im LKN.SH zwingend erforderlich.

Im Rahmen der Projektentwicklung MDI-DE wurde und wird der NOKIS Server noch extern gehostet. Im Rahmen der Zentralisierung von Fachverfahren im Ressort ist eine Transition des Produktivsystems ins Rechenzentrum RZ² von Dataport geplant.

Der MDI-SH-Knoten ist einer von mehreren Infrastrukturknoten des Projektes Marine Daten-Infrastruktur Deutschland (MDI-DE). Über ihn werden die marinen Daten des LKN, GB3 und die küstenrelevanten Daten des LLUR als standardisierte Web-Services (WebMapService, WebFeatureService und WebProcessingService) für MDI-DE und GDI-SH zur Verfügung gestellt. Voraussetzung hierfür sind Vorarbeiten im Zebis Projekt (deegree Enterprise Einführung).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	INSPIRE - Metadaten-Schema	Änderungen des ISO-Standards für Metadaten ziehen Änderungen der Metadatenstruktur bei INSPIRE und GDI-DE nach sich. Die rund 2500 Metadatensätze des GB3 müssen in Nachfolge dieser Vorgaben mittels komplexer Datenbankoperationen und Skripten angepasst werden.
2	Einbindung von Digital Object Identifier (DOI) in Meta- (Preludio) & Geodaten	DOI erlaubt das Zitieren von Daten und Berichten; hiermit kann den Anforderungen aus dem Urheberrecht Geltung verschafft werden. Die fehlenden Zitiermöglichkeiten für wissenschaftlich erstellte Daten ist im Bereich des Monitorings oft ein Hindernis bei der Datenweitergabe. Ziel ist hier die Implementierung einer DOI-Meldung und DOI-Code Einspielung auf Basis der vorliegenden Metadaten.
3	SW - Hafengebührenprogramm	Beschaffung und damit Ablösung eines veralteten selbstprogrammierten VBA Exceltabelle. Durch die Hafengebühren nimmt der LKN.SH jedes Jahr rd. 650T € ein. Die EU-Berichtspflichten gem. national single window würden nahezu automatisch erfüllt werden und müssen nicht händisch, fehleranfällig, manuell bearbeitet werden. Es werden Mittel benötigt, um Unterstützung bei Dataport für die Konzipierung zur Implementierung eines Hafengebührenprogrammes anzufordern. Aufgrund der absehbaren Komplexität und möglichen Umsetzungsszenarien ist dies nicht mit dem eigenen Personal zu leisten. Insbesondere die Zielarchitektur für dieses Verfahren muss noch aufgrund der Schnittstellen und möglichen Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Häfen des Landes SH geprüft werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Monitorings von Bestandsentwicklungen, räumlicher Verteilung, zeitlicher Entwicklung, Flächenentwicklung und Schadstoffbelastung zu Vorkommen und Entwicklung von Tieren, Pflanzen, Lebensräumen und Lebensgemeinschaften im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer. Diese Daten sind für eine Zustandsbewertung des Ökosystems Wattenmeer zwingend erforderlich. Die Datenbank ist stets aktuell zu halten und die Ergebnisse werden nutzerspezifisch aufgebaut und sowohl für die Öffentlichkeit als auch für Experten oder Behördenvertreter bereitgestellt. Dieses trägt zur Verbesserung des Informationsangebots und damit zum Schutz dieses einmaligen Lebensraums bei.	
2	Sicherstellung eines vollständig redundanten Betriebes für die Übertragung der benötigten hydrologischen und meteorologischen Daten. Dies umfasst ebenfalls die laufende Ersatzbeschaffung der Geräte und die Aktualisierung und Wartung von Visi-Link.	
3	Sicherstellung der Archivierung und Auswertung von Seegangsmessungen mittels Haddock-Programmsystem mit gekoppelter SQL-Datenbank. Dies umfasst die Anpassung an die sich ändernden technischen Rahmenbedingungen bzw. -möglichkeiten bezüglich Infrastrukturen und Datenbankmanagementsystemen.	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Sonstige Kosten	35,1	132,1	115,1	65,1	65,1	65,1
	Summe	35,1	132,1	115,1	65,1	65,1	65,1

ITM 2287020000

Bezeichnung Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LKN)

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden alle Kosten dargestellt, welche im Rahmen der Bereitstellung von IT-Infrastruktur anfallen. Trotz der dezentralen Struktur des LKN.SH mit seinen über die Fläche des Landes verteilten Dienst- und Betriebsstellen, ist es notwendig, dass sämtliche Mitarbeiter genügend performant auf Fachverfahren und -daten zugreifen können. Dies wird zum einen durch synchronisierte Datenhaltungen zwischen lokalen Fileservern von größeren Betriebsstellen (Itzehoe, Tönning, Kiel) als auch durch die Bereitstellung einer eigenen Citrix Infrastruktur für Benutzer in Kleinstaußenstellen erreicht. Um weitest gehende Standardisierung zwischen den Betriebsstellen und der notwendigen Kommunikationsverbindungen zu erreichen, wurde der +1-Landesstandard für die IT-Infrastruktur gewählt. Sämtliche Server sind bereits nach Landesstandard in Hyper-V konsolidiert, so dass bedeutend geringere Ersatzbeschaffungskosten als bei einer nicht-virtualisierten Umgebung entstehen. In den nächsten fünf Jahren (Stand: 2018) sollen im Rahmen eines Datenmanagementprojekts auch weitere Optimierungsmöglichkeiten identifiziert bzw. bestehende Lösung auf technische Aktualität geprüft und verbessert werden.

Aufgrund einer umfangreichen Erfassung von wissenschaftlichen Daten, sowie einer intensiven Weiterverarbeitung dieser und Geodaten müssen in begrenztem und definiertem Ausmaß Geräte beschafft werden, welche aufgrund ihres Einsatzzwecks oder Dimensionierung nicht mit den Geräten des Dataport-Standardwarenkorb abbildbar sind.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ausstattung aller Arbeitsplätze mit mobilen Geräten. Daher sollen ab dem Jahr 2018 schrittweise die vorhandenen Desktop-PC durch Notebooks ersetzt werden.	2018 - 2021
2	Mit der Flexportumstellung, der Integration von Landes WLAN „der echte Norden“ im Multimar und einer deutlichen Bandbreitenerhöhung können die dezentralen Landesnetzserver, welche im Multimar Wattforum für die LKN Mitarbeiter vorgehalten werden, zukünftig in der Datenhaltung mit den Servern in der NPV zusammengelegt werden.	bis 2022

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Sonstige Kosten	60,0	0,0	45,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	140,2	338,3	274,4	126,5	126,5	126,5
	Summe	200,2	338,3	319,4	126,5	126,5	126,5

ITM 2298010000

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesbetriebes. Die im LKN eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	2,0	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
51143	Sonstige Kosten	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
51144	Verträge	3,0	4,0	3,0	3,0	3,0	3,0
52537	Sonstige Kosten	10,0	12,0	21,0	10,0	10,0	10,0
53356	Verträge	383,5	517,9	458,0	458,0	458,0	458,0
53356	Sonstige Kosten	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
	Summe	419,5	557,1	505,2	494,2	494,2	494,2

ITM 2519030000

Bezeichnung SAP im LKN (Zusatzvertrag)

Ressort / Dst. MELUND / LKN

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	17,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	17,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2285020000

Bezeichnung Beschaffungen und Updates für die IT-Infrastruktur

Ressort / Dst. MELUND / BNUR

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der IT-Basisinfrastruktur für den allgemeinen und den Seminarbetrieb

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
81246	Beschaffung	2,8	5,8	6,0	5,8	5,8	5,8
	Summe	3,8	6,8	7,0	6,8	6,8	6,8

ITM 2295010000

Bezeichnung Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (BNUR)

Ressort / Dst. MELUND / BNUR

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ziel: Unterstützung des Dienstbetriebes durch Aufrechterhaltung und geringfügige Ergänzung der IT-Basisinfrastruktur für Seminarbetrieb und 20 PC-Arbeitsplätze (incl. Server und Laptops)

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51143	Beschaffung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	2,0	3,0	5,0	3,0	3,0	3,0
53356	Verträge	2,5	2,5	3,2	3,2	3,2	3,2
53356	Sonstige Kosten	1,4	26,4	36,4	1,0	1,0	1,0
	Summe	6,9	32,9	45,6	8,2	8,2	8,2

ITM 2416010000

Bezeichnung Betrieb der IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)

Ressort / Dst. MELUND / Landeslabor

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Betrieb der IT-Ausstattung des Landeslabors.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	4,5	10,0	10,0	4,5	4,5	4,5
51144	Verträge	0,0	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2
52537	Sonstige Kosten	2,0	41,0	7,2	2,0	2,0	2,0
53356	Verträge	47,6	176,0	175,9	175,9	175,9	175,9
53356	Sonstige Kosten	4,2	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	58,3	242,2	208,3	187,6	187,6	187,6

ITM 2417020000

Bezeichnung Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)

Ressort / Dst. MELUND / Landeslabor

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Landeslabors zur IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die im Landeslabor eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ausstattung aller Arbeitsplätze mit mobilen Geräten. Daher sollen ab dem Jahr 2018 schrittweise die vorhandenen Desktop-PC durch Notebooks ersetzt werden.	2018 - 2021

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Sonstige Kosten	0,0	20,0	107,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	40,6	73,0	87,4	51,7	51,7	51,7
	Summe	40,6	93,0	194,4	51,7	51,7	51,7

ITM 2515030000

Bezeichnung Fachverfahren Landeslabor

Ressort / Dst. MELUND / Landeslabor

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung aktiv

Beschreibung

Fachverfahren im Landeslabor

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Erweiterung LADIA-LIMS	Im LADIA-LIMS (Laborinformationssystem) werden alle Tierseuchenproben (Ausnahme: Massenverfahren wie BHV1 und BVD) verwaltet. Es ergeben sich regelmäßig neue Anforderungen aus aktuellen Tierseuchengeschehen, was Melderoutinen etc. angeht (z.B. 2017 Geflügelpest, 2018 ASP). Auch Anforderungen des Qualitätsmanagements müssen regelmäßig umgesetzt werden, damit die Akkreditierung des Landeslabors nicht gefährdet wird.
2	Erweiterung Milchserologie	Zum 01.01.2018 wurde die Zuständigkeit für die milchserologischen Untersuchungen von einem privaten Labor auf das Landeslabor übertragen. Die fachlichen Anforderungen konnten nicht abschließend in 2017 im S3-LIMS integriert werden, so dass Restarbeiten in 2018 anfallen. In 2019 sollen weitere Untersuchungen (Brucellose, Leukose) über das S3-LIMS abgebildet werden, so dass erneut mit Programmieraufwand zu rechnen ist.
3	LFGB-LIMS Automatisierung der Abrechnung von LM-Proben	Nach der Einführung von Futtermittelgebühren in SH sollten auch Gebühren im Lebensmittelbereich eingeführt werden. In 2016 nahm eine AG ihre Arbeit dazu auf. Durch die Landtagswahl in 2017 ist das Thema aktuell politisch nicht im Fokus, kann aber in 2019 wieder auf die Agenda kommen.
4	Methodenvalidierung	Derzeit wird im Landeslabor zur Methodenvalidierung die Software Chromasoft genutzt. Diese erfüllt die fachlichen Anforderungen nicht mehr, so dass eine erneute Ausschreibung angestrebt wird. Der Bedarf wurde von den PG IT genehmigt. Das QM-Beratungsgremium soll bis zum 31.03.2018 die fachlichen Anforderungen definieren, um dann im weiteren Verlauf des Jahres 2018 zu einem Ersatz der bestehenden Software zu kommen. Fertige Produkte, die den fachlichen Anforderungen des Landeslabors entsprechen, sind auf dem Markt nicht verfügbar.
5	Soll-Konzept LIMS-Struktur	Im Landeslabor sind verschiedene LIMS'e von verschiedenen Herstellern im Einsatz. Dadurch gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Schnittstellen und der Pflegeaufwand ist sehr hoch. In einem ersten Schritt soll eine externe Firma mit der Erstellung eines Feinkonzeptes zur Zusammenführung der bestehenden LIMS-Struktur oder alternativ zur Einführung eines neuen integrierten LIMS beauftragt werden. Basis für dieses Feinkonzept bildet die von der beauftragten Firma zu erstellende IST-Analyse der Landeslabor -spezifischen Arbeitsprozesse in den Organisationseinheiten mit dem Ziel der weitgehenden Vereinheitlichung und Optimierung des Informations- und Datenmanagements. Des Weiteren ist ein Entwurf der Sollkonzeption mit Bewertungen der Alternativen, Risiken und Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Die vollständige, konsistente Beschreibung des zukünftigen Systems incl. eines Daten- und Funktionsmodells, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung und eine Risikoanalyse unter Beachtung der landesspezifischen IT-Vorgaben sind zwingende Bestandteile des Feinkonzeptes. Im Anschluss wird dann entsprechend der Empfehlung ggf. ein neues LIMS im Landeslabor eingeführt.
6	Einführung Onlineverfahren Maßnahmenpläne	Derzeit werden jährlich ca. 2.000 Maßnahmenpläne zum Antibiotikaeinsatz in einer Access-Datenbank erfasst und bearbeitet. Diese Datenbank wird den fachlichen Anforderungen auf Dauer nicht gerecht, so dass eine neue Lösung implementiert werden muss.

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Erweiterung LA-DIA-LIMS	1	Das LIMS muss regelmäßig an die aktuellen QM-Anforderungen und Tierseuchengeschehen angepasst sein, um eine nachvollziehbare Probenbearbeitung und verpflichtende Meldungen an den Bund oder die EU garantieren zu können.	fortlaufend
Erweiterung Milchserologie	2	Abbildung weiterer Untersuchungen (Brucellose, Leukose) über das S3-LIMS.	2019
LFGB-LIMS Automatisierung der Abrechnung von LM-Proben	3	Sollten im Lebensmittelbereich Gebühren eingeführt und durch das Landeslabor erhoben werden, dann muss die Abrechnung automatisiert über das Verfahren „Blome Abrechnung“ erfolgen.	2019
Methodenvalidierung	4	Ersatz der bestehenden Software	2018
Soll-Konzept LIMS-Struktur	5	Das Labordatenmanagement ist zu konsolidieren, um ein System zur Verfügung zu haben, das den fachlichen und organisatorischen Anforderungen entspricht und von der IT-Leitstelle vor Ort mit vertretbarem Aufwand gemanagt werden kann. Eine Anbindung an das Abrechnungssystem SAP, BALVI IP, die HIT sowie die Steuerungsrechner der Laborgeräte ist Voraussetzung, damit die Datenströme automatisiert abgebildet werden können und die Daten ohne manuellen Aufwand zur Verfügung stehen.	2018
Einführung Onlinerverfahren Maßnahmenpläne	6	Die Maßnahmenpläne, die von den Tierhaltern und deren Tierärzten erstellt werden, sollen automatisch eingelesen werden und nicht manuell von den Tierärzten des Landeslabors erfasst werden müssen. Die Datenbank muss entsprechend der stetig anwachsenden Anzahl von Maßnahmenplänen ausgelegt werden.	2018/2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	42,1	57,6	42,6	32,6	32,6	32,6
53356	Sonstige Kosten	45,0	36,0	255,0	600,0	600,0	600,0
	Summe	87,1	93,6	297,6	632,6	632,6	632,6

ITM 2520030000

Bezeichnung SAP im Landeslabor (Zusatzvertrag)

Ressort / Dst. MELUND / Landeslabor

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	17,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	17,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Zentrales IT-Management SH

ITM [2199030000](#)

Bezeichnung Organisatorische Maßnahmen für Kooperationen und E-Government

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Diese Maßnahme wird nicht mehr bedient - VI166 am 16.07.2010 Die Maßnahme wird seit Mai 2018 wieder bedient und dient der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zur landes- und bundesweiten Koordinierung und Weiterentwicklung insbesondere des rechtlichen Ordnungsrahmens im Hinblick auf die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Durchführung des Netzwerktreffens "E-Government und Recht"	24.09.2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53503	Verträge	0,0	14,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53503	Sonstige Kosten	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM [2364030000](#)

Bezeichnung Behördennummer 115

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Schaffung eines gemeinsamen telefonischen Eingangskanals für alle Behördenangebote der Kommunen und des Landes Schleswig-Holstein

Zum 01.04.2011 ist die einheitliche Behördenrufnummer D115 nach zweijähriger Pilotphase in den Regelbetrieb übergegangen. In Schleswig-Holstein erfolgt ein Betrieb in mehreren Kommunen. Die Kosten für die D115-Infrastruktur tragen je zur Hälfte der Bund und die Bundesländer. Das Land Schleswig-Holstein ist dem D115-Verbund in 2011 beigetreten, so dass die Kosten anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu übernehmen sind.

Seit 2014 registrieren sich Kommunen zur Teilnahme. Im Mai 2014, Januar und Juli 2015 sind mehrere Kreisverwaltungen und Kommunen beigetreten, so dass ca. 60 - 80 % der Bevölkerung die 115 erreichen kann. Technisch ist eine landesweite Erreichbarkeit gewährleistet, womit auch eine Nutzung durch Landesbehörden uneingeschränkt möglich ist. Dies wird durch das LVerGeo in Q4/2015 aktiv pilotiert, weitere Landesbehörden können in 2016 dazukommen. Für Ende 2015 ist die Aufnahme weiterer kommunaler Verwaltungen vorgesehen. Anfang 2016 ist geplant, die Stadt Lübeck und das Kieler Umland in einer großen Aktion aufzunehmen.

Gemeinsam mit dem 115-Verbund beteiligt sich SH an Bundesarbeitsgruppen des IT-PLR, die eine deutschlandweite 115-Nutzung erreichen sollen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	flächendeckende Umsetzung der 115 in Schleswig-Holstein	01.01.2011 - 31.12.2020
2	Koordinierung und Begleitung des landesinneren und bundesweiten Betriebs der 115	ohne Ablauf

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	309,0	312,6	312,6	312,6	312,6	312,6
53356	Sonstige Kosten	125,0	0,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53503	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
63102	Verträge	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0
	Summe	505,0	383,6	388,6	388,6	388,6	388,6

ITM 2501030000

Bezeichnung BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Mit BOB-SH erhalten Behörden, die an der Planung von Entwicklungsverfahren (z. B. Bauleitplanung, Planfeststellung, Landes- und Regionalplanung) beteiligt werden (sog. TöB), die Möglichkeit, diese Beteiligung elektronisch und über das Internet durchzuführen. Die Beteiligung kann von den planenden Behörden zentral vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet werden. Zusätzlich kann die häufig notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit ohne zusätzlichen Aufwand durchgeführt werden. Die Datenübernahme und -abgabe in die begleitenden Systeme (z. B. DocuScan, eAkte des Landes) wird implementiert.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Start Beteiligungsverfahren LEP	Q4/2018
02	Anbindung DocuScan, eAkte IM, StK, generisch Kommunen	31.12.2019
03	Start 2. Bürgerbeteiligung Windenergie	21.08.2018
04	Ausbau Kooperation Hamburg (gemeinsame Weiterentwicklung, gemeinsamer Anwenderbeirat)	31.12.2019
05	Regelbetrieb für Landesverfahren	01.01.2018
06	Aufbau einer strategischen gemeinsamen Nutzung von Land und Kommunen	ab 01/2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	2,0	10,0	1,0	1,0	1,0	1,0
53356	Verträge	1.181,7	1.400,4	1.140,7	1.105,7	1.105,7	1.105,7
53356	Sonstige Kosten	225,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53503	Sonstige Kosten	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
	Summe	1.409,3	1.411,0	1.142,3	1.107,3	1.107,3	1.107,3

ITM 2170030000

Bezeichnung Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Über die Systeme SAP Land SH wird das Finanzwesen des Landes SH automatisiert abgewickelt. Die Kernverfahren sind das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (dMB), die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und eine Anlagenbuchhaltung (FIAA). In den Landesbetrieben werden darüber hinaus Module zur Projektplanung, Controlling und dem Berichtswesen pp. eingesetzt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Dezentrale Mittelbewirtschaftung und Kassenverfahren (dMB)	Module SAP PSM; einschl. SAP FI
	Kosten- und Leistungsrechnung und Anlagenbuchhaltung (KLR)	SAP CO; SAP AA
	Integriertes Verfahren "Vollstreckung"	die volleingebundene Software der Firma GES-Systemhaus wird innerhalb des SAP-Systems betrieben.
	IKS (techn. Verfahrensumsetzung)	Einrichtung, Gestaltung und Betrieb des IKS für das automatisierte Haushaltsvollzugsverfahren einschl. der fachlichen Prüfung von Berechtigungsanträgen
	Landeslabor - Doppelbuchführung	SAP FI; ITM 2520030000 SAP im Landeslabor (Zusatzvertrag)
	LBV SH - Projektabwicklung und Berichtswesen	SAP PS, BW SEM; ITM 2518030000 SAP im LBV-SH (Zusatzvertrag)
	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) - Plant Maintenance	SAP PM; ITM 2514030000 SAP Plant Maintenance (PM)
	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) - Doppelbuchführung	SAP FI; ITM 2519030000 SAP im LKN (Zusatzvertrag)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ordnungsgemäße Abwicklung eines behördlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens	01.01.2004 - unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	2.420,0	2.613,8	2.613,8	2.613,8	2.613,8	2.613,8
53602	Sonstige Kosten	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
	Summe	2.421,0	2.614,8	2.614,8	2.614,8	2.614,8	2.614,8

ITM 2186030000

Bezeichnung Ressortübergreifende Planungen, Koordinierung und IT-Gremien

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv
Art IT-Verfahren
Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Das ZIT SH koordiniert übergreifende Projekte und sonstige Maßnahmen in der Landesverwaltung SH. Ggf. übernimmt das ZIT SH zentral die finanzielle Abwicklung von gemeinschaftlichen Aufgaben. Bei Bedarf werden entsprechende Ausgaben (geplant) in dieser Maßnahme abgewickelt. Zudem werden die lfd. Ausgaben (geplant) für Maßnahmen und Workshops der ITBK und sonstiger übergreifender Gremien wie z. B. Landes-IT-Rat, Controlling und Koordinierungsgespräche der Trägerländer von Dataport pp. in dieser ITM geplant und verausgabt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Veranstaltungen ZIT SH / Gremien (StK Z 1 / CIO)	Das ZIT SH koordiniert das ressortübergreifende Gremienwesen der IT in SH; veranschlagt sind die geplanten Ausgaben (geplant) im lfd. HHJ und der MFP
	Sonstige Kleinstaufträge für die Ressorts	in Absprache mit CIO / V 31
	Signaturkarten	Registrierung und Ausgabe von Signaturkarten gemäß deutschem Signaturgesetz an die Ressorts

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Optimierung von Verwaltungsabläufen in der Landesverwaltung SH	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	22,2	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
53356	Sonstige Kosten	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53503	Sonstige Kosten	20,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
	Summe	47,2	54,0	54,0	54,0	54,0	54,0

ITM 2404030000

Bezeichnung Zentrales Vertragsmanagement Land SH
Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I
Status aktiv
Art IT-Verfahren
Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Das zentrale Vertrags- und Lizenzmanagement umfasst die vertragliche Verhandlungen und die Implementierung von zentral verwalteten Verträgen im ZIT SH aus technischen und finanziellen Gründen für die unmittelbare Landesverwaltung des Landes Schleswig-Holstein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Microsoft EA-Vertrag	(2011-2015, 2016-2020)
2	Oracle ULA Vertrag	(2014-2017)
3	McAfee Sicherheitssoftware	
4	MindManager Rahmenvertrag	

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der IT in Landesverwaltung SH durch Abschluss von Zentral- und Rahmenverträgen für das Land SH	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	3.454,4	4.455,1	5.786,5	5.807,3	5.823,7	5.823,7
53356	Sonstige Kosten	115,0	40,3	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	3.569,4	4.495,4	5.786,5	5.807,3	5.823,7	5.823,7

ITM 2405030000

Bezeichnung Rechtsinformationssysteme (RIS)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Als Rechtsinformationssystem (RIS) werden digitale (gewöhnlich online zur Verfügung gestellte) Recherche-Angebote in Gesetzes- und anderen Rechtstexten bezeichnet.

Als Basisdienst bietet das ZIT SH der gesamten Landesverwaltung Schleswig-Holstein die Recherche bei "juris" und bei Beck-online an. Die Verträge für die allgemeine Verwaltung und das Steuerportal werden im ZIT SH zentral verwaltet.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Steigerung der Effizienz und Effektivität der Verwaltungsarbeit des Landes Schleswig-Holstein. Einsparung von Papierwerken.	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	957,2	961,7	985,4	1.104,0	1.236,0	1.286,0
53356	Sonstige Kosten	10,0	10,0	10,0	1.210,0	1.210,0	1.210,0
	Summe	967,2	971,7	995,4	2.314,0	2.446,0	2.496,0

ITM 2407030000

Bezeichnung Zentrales IT-Beschaffungsmanagement SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Für die Beschaffung von IT hat die Landesregierung bei Dataport die zentrale Beschaffungsstelle für IT eingerichtet. Die Aufgaben und Leistungen sind vertraglich geregelt und beinhalten neben Beratungs- und Beschaffungsleistungen auch die Aufwände für Vergabeleistungen. Seit 2013 besteht zwischen den Ländern Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein ein gemeinsamer Beschaffungsvertrag mit Dataport. Die Ausgaben (geplant) für die zentrale Beschaffungsstelle bei Dataport werden anteilig für das Land Schleswig-Holstein für alle Ressorts zentral veranschlagt und bezahlt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Steigerung der Effizienz und Effektivität der Verwaltungsarbeit des Landes Schleswig-Holstein	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	741,4	740,0	740,0	740,0	740,0	740,0
53356	Sonstige Kosten	19,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	760,6	740,0	740,0	740,0	740,0	740,0

ITM 2419010000

Bezeichnung Grundversorgung ZIT SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ausgaben (geplant) des ZIT SH in den Bereichen Geschäftsbedarfe, Dienstreisen, Fort- und Ausbildung, Vertragskosten und Gebühren für mobile Arbeitsplätze und Smartphones, Veranstaltungskosten pp.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Betriebsfähigkeit des ZIT SH	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
51143	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
51143	Beschaffung	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51144	Verträge	18,0	20,0	22,0	22,0	22,0	22,0
51803	Verträge	2,5	4,7	5,0	5,0	5,0	5,0
52537	Sonstige Kosten	10,0	20,0	10,0	10,0	10,0	10,0
52706	Sonstige Kosten	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
53356	Verträge	51,0	51,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	115,0	340,0	260,0	260,0	260,0	260,0
53503	Sonstige Kosten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
	Summe	237,3	476,2	337,5	337,5	337,5	337,5

ITM 2429030000

Bezeichnung Zentrales Lizenzmanagementsystem Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Es wird ein Lizenzmanagement (LiMa) für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein eingerichtet. Ein funktionierendes LiMa hilft primär, Softwarelizenzen rechtmäßig einzusetzen. Sekundär schafft es Kostensenkungspotenzial und Transparenz im Bereich der Softwareverwaltung. Dieses wird durch eine Ablage von kaufmännischen und technischen Daten an einer zentralen Stelle ermöglicht. Gleichzeitig sind die Daten auch an dezentraler Stelle einsehbar und editierbar. Kooperation findet fachlich-kaufmännisch mit den Ressorts statt und technisch mit Dataport. Die Vorteile des LiMa liegen insbesondere darin, dass technische Daten weitestgehend automatisiert erhoben werden können. Das spart viel Zeit und sorgt für belastbare Daten. Das LiMa bietet auch die Möglichkeit, einen

Lizenzpool einzurichten. Dieser schafft die Möglichkeit, ausgesonderte Software an anderen Stellen neu zu installieren und dadurch die Nutzungsdauer des Vermögens "Software" zu verlängern.

Während der LiMa-Einführungsphase werden technische sowie organisatorische Maßnahmen notwendig. Der monatliche Bedarf für die Einführung des LiMa resultiert überwiegend aus dem technischen Teil. Hierzu gehört die Beschaffung eines LiMa-Tools oder die Teilnahme an einem zentralen LiMa-System von Dataport sowie dessen Implementierung in die bestehende Infrastruktur der Landesverwaltung.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	270,0	540,0	540,0	540,0	540,0
81246	Beschaffung	110,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	110,9	270,0	540,0	540,0	540,0	540,0

ITM 2460030000

Bezeichnung ITWeb 2.0 - Haushaltsverfahren für die IT des Landes Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Nach Ziff. 12 der Haushaltstechnischen Richtlinien (HTRL) ist das ITWeb 2.0 das Haushaltsverfahren des Landes SH für die IT, in der alle Plandaten zur Aufstellung des Einzelplans 14 hinterlegt werden müssen. Darüber hinaus werden die IT-Budgetgespräche dokumentiert sowie die unterjährige Steuerung und die lfd. Bewirtschaftung des IT-Budgets abgebildet.

Das ZIT SH generiert aus dem ITWeb 2.0 seine Entscheidungsgrundlagen und fügt die mit dem FM und den Ressorts abgestimmten Daten in einem IT-Gesamtplan zusammen. Dieser wird von der Landesregierung beschlossen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Sicherstellung eines ordnungsgemäßen IT-Betriebes und maximale Transparenz der Ausgabenplanung und -bewirtschaftung	01.01.2014 ff.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	89,3	105,8	110,8	110,8	109,6	109,6
53356	Sonstige Kosten	30,0	120,0	125,0	125,0	125,0	125,0
	Summe	119,3	225,8	235,8	235,8	234,6	234,6

ITM 2469030000

Bezeichnung Infrastruktur Rechenzentrum RZ² für das Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die RZ²-Infrastruktur bei Dataport muss aufgrund des raschen Technologiewandels in der IT fortlaufend weiterentwickelt und auf einem aktuellen Stand gehalten werden. Die Kosten hierfür (sog. Innovationskosten) sind grundsätzlich in den Preisen für die Dienstleistungen enthalten. Ab dem Jahr 2014 wird dieser Innovationsanteil von den Einzelleistungen getrennt und zentral vom ZIT SH übernommen. Vorteil dieser Lösung ist, dass dadurch verstärkt Einfluss auf die Themenschwerpunkte der Architekturfortschreibung genommen werden kann. Diese bedarfsorientierte Steuerung der Schwerpunkte wird ebenfalls im ZIT SH geleistet.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	905,1	1.068,8	1.262,2	1.490,5	1.760,1	1.760,1
	Summe	905,1	1.068,8	1.262,2	1.490,5	1.760,1	1.760,1

ITM [2474030000](#)

Bezeichnung Einführung und Betrieb WiBe SH
Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I
Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die WiBe ist eine methodische und inhaltliche Hilfe für den Vorhabenverantwortlichen und soll begründete und nachvollziehbare Aussagen über die Wirtschaftlichkeit von (IT-) Investitionen geben. Sie gibt einen einheitlichen methodischen Rahmen für die Ermittlung der Wirtschaftlichkeit und soll zur Optimierung der Methode für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein dienen. WiBe 2015 / WiBe SH ist browserbasiert und wird als Intranetlösung bei Dataport betrieben. Auftraggeber ist das ZIT SH. Alle Ausgaben (geplant) zur landesweiten Einführung und dem Betrieb des Verfahrens werden zentral durch das ZIT SH in dieser ITM veranschlagt und gezahlt. Initiativen, die themengleich in den Ressorts gestartet werden, sind in dieser ITM zu bündeln und zu dokumentieren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Nachweis der Wirtschaftlichkeit von IT-Verfahren nach einheitlichen Kriterien bei der Anmeldung von IT-Vorhaben beim ZIT	lfd.
2	Schaffung von Kostentransparenz über den gesamten Betrachtungszeitraum eines IT-Vorhabens / IT-Verfahrens	lfd.
3	Bereitstellung von steuerungsrelevanten Kennzahlen für strategischen Entscheidungen im ZIT	lfd.
4	Erreichen von Vergleichbarkeit verschiedener IT-Vorhaben hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit durch die Vorgabe einheitlicher Strukturen zur Erstellung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung	lfd.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	63,0	63,0	64,0	64,0	64,0	64,0
53356	Sonstige Kosten	50,0	25,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	113,0	88,0	64,0	64,0	64,0	64,0

ITM 2433030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege VeRA (Vertrags-, Rechnungs- und Auftragsmanagement)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die operativen Aufgabenstellungen werden im ZIT SH sowie weiteren Ressorts durch verschiedene IT-Werkzeuge unterstützt. Dazu gehören das elektronische Rechnungsbuch, die Vertragsdatenbank, die Bestelldatei.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1357	VeRA	Verfahren zur Unterstützung der operativen Prozesse (Trägersystem einschließlich Rechnungsbuch, Vertragsdatenbank)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	weiterer Aufbau einer IT-Steuerung in enger Abstimmung mit dem CIO	01.01.2014 - 31.12.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Umsetzung einer zentralen Rechnungsbearbeitung	1	Nutzung des Moduls RB "VeRA"	01.01.2017 - 31.12.2019
Einführung einer zentralen Vertragsdatenbank	2		01.01.2017 - 31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	42,5	47,5	47,5	47,5	47,5	47,5
53356	Sonstige Kosten	50,0	50,0	50,0	50,0	0,0	0,0
	Summe	92,5	97,5	97,5	97,5	47,5	47,5

ITM [2489030000](#)

Bezeichnung Programm "Polizeiliche IT-Aufgaben" (PITA)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Einrichtung und Durchführung eines Programms mit mehreren Einzelprojekten (= Unterverfahren) zur Verlagerung von IT-Aufgaben der Landespolizei zum Landesdienstleister Dataport.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Programm-Management PITA	Durchführungsaufwende für das Management über die Gesamtlaufzeit des Programms
1a	Koordination der Konsolidierung und Standardisierung von Betriebsleistungen	externe Vergabe der Koordination von Aktivitäten zur Konsolidierung und Standardisierung von Support-/Betriebsleistungen nach erfolgter Übergabe im Status Quo erfolgt nach Rücksprache mit dem IT-Finanzmanagement (Käning) nun doch in der ITM 252103000
2	P1 - Projekt Aufgabenverlagerung Netze und Kommunikation	Verlagerung aller operativer Tätigkeiten und Unterstützungsleistungen für taktische Anforderungen im Bereich Netze und Kommunikation (incl. der IuK Service-Werkstätten) der Landespolizei zum Dienstleister Dataport unter Berücksichtigung des IT-Grundschutzes (gem. BSI 100-2) sowie des IT-Notfallmanagements (gem. BSI 100-4)
3	P2 - Projekt Aufgabenverlagerung Arbeitsplatzbetreuung	Sämtliche IT-Arbeitsplätze der Landespolizei werden in die Betreuung durch Dataport überführt.
4	P3 - Projekt Steuerung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik	Reorganisation der strategisch- taktischen Steuerung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik der LaPo
5	P4 - Ressortübergreifende Lage und IT-Notfallorganisation	Das P4 soll ressortübergreifende Notfall- und Lage-Konzepte sowie Infrastrukturen für einen 24/7-Betrieb entwickeln und unter Nutzung von Dataport anbieten. Die Landespolizei ist aktuell primärer Anforderer derartiger Leistungen, das ZIT-SH sieht jedoch eine generelle Notwendigkeit für eine ressortübergreifende Bereitstellung dieser Leistungen durch die zu erwartende stärkerer Verlagerung der Aufgabenerledigung der Landesverwaltung durch IT und Bestrebungen im Bereich der Justiz, Steuerverwaltung und für die zentralen Infrastrukturen des ZIT-SH.
6	P5 - Aufgabenverlagerung Fachverfahren	Auf Basis bereits bei Dataport bestehender Standards soll eine Konsolidierung und Zentralisierung erreicht werden. Dies wird eine umfassende Neu-Verhandlung oder Ersterstellung von Verträgen für einen Betrieb bei Dataport umfassen. Um belastbare Service-Level-Agreements (SLAs) in Verträgen abbilden zu können, müssen auf Seiten der Landespolizei die Anforderungen der Landespolizei erhoben, bewertet, prozessorientiert abgebildet und schriftlich festgehalten werden. Die aktuellen Standard-Leistungen Dataports zum „Fachlichen Verfahrensmanagement“ oder „Technischen Verfahrensmanagement“ müssen angewendet und ggfs. erweitert werden.
7	P6 - Länderübergreifende Konsolidierung Fachverfahren	Trägerlandübergreifende Standardisierung und Zentralisierung von Infrastrukturen und Fachverfahren

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung und verbindliche Festlegung von Konzepten zur Verlagerung operativer und IT-taktischer Aufgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik der Landespolizei • Festlegung, durchgängige Begleitung und Controlling der Umsetzungsschritte durch das Programm in den Einzelprojekten • Am Ende des Programms sind 90 Stellen aus der IT. Organisation der Landespolizei abgebaut und es wurde eine Effizienzrendite im Gegenwert von mindestens 30 Planstellen erreicht. • Gewährleistung der Fortführung bestehender Aufgaben in einer mit der Landespolizei abzustimmenden Qualität • Gewährleistung der zukunftssicheren Einsatzfähigkeit der IT für die Landespolizei, gemessen an den Anforderungen der Landespolizei (Einsatz, Ermittlung, Ermittlungsunterstützung, Verwaltung, Logistik und Informationssicherheit) durch vereinbarte Servicelevel – SLA. • Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vom Auslagerungsprozess betroffenen Bereiche sind im kompletten Programmverlauf über Vorgehensplanungen, Entscheidungen und Umsetzungsschritte informiert. Sie haben die Möglichkeit, Anregungen und Vorschläge in die Programmarbeit direkt sowie über Beteiligungsgremien einzubringen. 	30.6.2019

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Programm-Management	1	<ul style="list-style-type: none"> • Planung und Steuerung des Gesamtprogramms • Koordinierung und Abstimmung der jeweiligen Projekte • Zieldefinition bzw. Abgrenzung des Umfangs des Programms mit dem Auftraggeber • Projektmarketing und Projektkommunikation, z.B. Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen • Erstellung und Fortschreibung der Masterplanung und den Einzelprojektplanungen • Vorgaben für Projekte, Koordination der Projektdurchführung • Bericht über den Projektstatus und Erstellung von Beschlussvorlagen für den Lenkungsausschuss und die Programmsicherungsgruppe PITA • Aufbau und Organisation eines Controlling • Herbeiführen von Entscheidungen im Rahmen des Programms • Erstellung von Protokollen • Betreuung des Sharepoints • Finanzcontrolling der erbrachten Leistungen und angefallenen Kosten • WIBE-Erstellungen 	1.3.2015 - 30.6.2019

<p>P1 - Projekt Aufgabenverlagerung Netze und Kommunikation</p>	<p>1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verlagerung aller operativer Tätigkeiten und Unterstützungsleistungen für taktische Anforderungen im Bereich Netze und Kommunikation der Landespolizei zum Dienstleister Dataport unter Berücksichtigung des IT-Grundschatzes (gem. BSI 100-2) sowie des IT-Notfallmanagements (gem. BSI 100-4) • Beschreibung der Mitwirkungsleistungen und vertragliche Festlegung der Mitwirkungspflichten der Landespolizei und des Auftraggebers • Analyse der Notwendigkeit des Vorhaltens einer Komplementärstruktur der Landespolizei bzw. des Zentralen IT-Managements (ZIT) im Bereich Netze und Kommunikation und Beschreibung der ggf. daraus abgeleiteten notwendigen/angemessenen und mit dem Auftraggeber abgestimmten Komplementärstruktur • Erreichung von Synergiegewinnen durch Konsolidierung von IT-Aufgaben im Netzbereich 	<p>1.7.2015 - 31.01.2017</p>
<p>P2 - Projekt Aufgabenverlagerung Arbeitsplatzbetreuung</p>	<p>1</p>	<p>Ein Modell zur vollständigen Verlagerung operativer Tätigkeiten im auch von der Landespolizei eingesetzten Landesstandard +1 ist aktuell in der Pilotierung und wird im ersten Quartal 2015 zur generellen Verwendung in der Landesverwaltung zur Verfügung stehen. In diesem Projekt soll ggfs. +1.service gemäß noch zu erhebender, ergänzender Anforderungen der Landespolizei weiterentwickelt und gleichzeitig die Umsetzung in der Landespolizei durchgeführt werden.</p>	<p>1.2.2016- 30.04.2017</p>
<p>P3 - Reorganisation strategisch-taktische Steuerung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik</p>	<p>1</p>	<p>In diesem rein organisatorisch geprägten Projekt wird gemäß Maßgabe des IM und der daraus abgeleiteten Anforderungen der Landespolizei eine strategisch-taktische Einheit aufgebaut, die im LPA ein polizei-fachliches IT-Management zur Ergänzung der übergreifenden Steuerung im ZIT SH durchführt. Diese Einheit wird sich primär auf das Anforderungsmanagement, die Koordination sowohl innerhalb der Landespolizei als auch mit den Dienstleistern und die strategische Weiterentwicklung der polizeilichen IT konzentrieren und wenig bis keine operativen Tätigkeiten wahrnehmen. In dieser Fachgruppe wird auch die Verfahrensverantwortung im datenschutzrechtlichen Sinne verortet. In diesem Teilprojekt sollen für die von der Aufgabenverlagerung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spezifische Personalentwicklungskonzepte erstellt werden, um sowohl einen Personalwechsel als auch die Veränderung in Aufgaben und Rollen z.B. durch Fortbildungsmaßnahmen zu unterstützen.</p>	<p>1.8.2015 - 31.12.17</p>
<p>P4 - Konzeption einer Ressortübergreifenden IT-Lage und Notfallbearbeitung</p>	<p>1</p>	<p>P4 soll ressortübergreifende Notfall- und Lage-Konzepte sowie Infrastrukturen für einen 24/7-Betrieb entwickeln und unter Nutzung von Dataport anbieten. Die Landespolizei ist aktuell primärer Anforderer derartiger Leistungen, das ZIT-SH sieht jedoch eine generelle Notwendigkeit für eine ressortübergreifende Bereitstellung dieser Leistungen durch die zu erwartende stärkerer Verlagerung der Aufgabenerledigung der Landesverwaltung durch IT und Bestrebungen im Bereich der Justiz, Steuerverwaltung und für die zentralen Infrastrukturen des ZIT-SH.</p>	<p>1.2.2016- 31.12.2017</p>

P5 - Aufgabenverlagerung IT-Fachverfahren	1	<p>Auf Basis bereits bei Dataport bestehender Standards soll eine Konsolidierung und Zentralisierung erreicht werden. Dies wird eine umfassende Neu-Verhandlung oder Ersterstellung von Verträgen für einen Betrieb bei Dataport umfassen.</p> <p>Um belastbare Service-Level-Agreements (SLAs) in Verträgen abbilden zu können, müssen auf Seiten der Landespolizei die Anforderungen der Landespolizei erhoben, bewertet, prozessorientiert abgebildet und schriftlich festgehalten werden.</p> <p>Die aktuellen Standard-Leistungen Dataports zum „Fachlichen Verfahrensmanagement“ oder „Technischen Verfahrensmanagement“ müssen angewendet und ggfs. erweitert werden.</p>	01.01.2017 - 31.12.2017
P6 - Länderübergreifende Konsolidierung Fachverfahren	1	<p>Ziel: Trägerlandübergreifende Standardisierung und Zentralisierung von Infrastrukturen und Fachverfahren</p> <p>Im Rahmen der Umsetzung des Organisationserlass wird eine länderübergreifende Steuerung zum Erstellen und Umsetzen eines Arbeitsplans „IT-Nord-Pol 2020“ inkl. länderübergreifendem IT-Architekturmanagement und Fachverfahrenskonsolidierung eingerichtet. Ziel soll die Mitnutzung länderübergreifend standardisierter E-Government-Infrastruktur sein, insbesondere zu berücksichtigen sind die Überlegungen aus dem Programm E-Justice.</p>	1.1.2017-30.6.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	486,4	100,0	100,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	140,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53503	Sonstige Kosten	2,1	5,0	5,0	5,0	0,0	0,0
	Summe	628,5	105,0	105,0	5,0	0,0	0,0

ITM 2506030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege einer landesweiten Kita-DB

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Die Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen (KiTaG) ist verabschiedet. Somit dürfen die Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen die zu erfassten Daten in einem gemeinsamen Verfahren i.S.v. § 8 LDSG einpflegen und nutzen. Die Eltern erfahren tagesaktuell, wo Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, die Kommunen erkennen Doppel- und Mehrfachanmeldungen und erhalten so eine Grundlage für die Planung und Sicherstellung des erforderlichen Betreuungsangebotes und die Kitas werden u.a. durch die automatische Erstellung von Statistiken und durch andere Verwaltungsfunktionen entlastet. Das Online-Portal ersetzt nicht die persönliche Vorsprache der Eltern in der Kita. Das Kita-Portal macht Voranmeldungen möglich, die Platzvergabe und der Abschluss des Betreuungsvertrages erfolgen weiterhin in der Kita. Mit dieser IT-Maßnahme werden der Betrieb und die Pflege des Verfahrens KiTa-DB geregelt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Ziel ist mit dem Digitalisierungsprogramm die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass die KiTa-DB flächendeckend in SH eingesetzt wird.	2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	245,3	421,0	421,0	421,0	421,0	421,0
53356	Sonstige Kosten	157,0	157,0	157,0	157,0	157,0	157,0
	Summe	402,3	578,0	578,0	578,0	578,0	578,0

ITM 2514030000

Bezeichnung SAP Plant Maintenance (PM)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die Komponente PM beinhaltet die Funktionen für die Instandhaltung. Instandhaltung umfasst die folgenden Tätigkeiten: Inspektion; Maßnahmen zur Feststellung des Istzustandes eines technischen Systems (Wartung); Maßnahmen zur Bewahrung des Sollzustandes eines technischen Systems (Instandsetzung); Maßnahmen zur Wiederherstellung des Sollzustandes eines technischen Systems und weitere Maßnahmen, die über die Instandhaltungsorganisation durchgeführt werden.

Durch die Integration mit anderen Modulen (z.B. Materialwirtschaft, Produktion, Vertrieb, Personalwirtschaft, Controlling) werden Daten absolut aktuell gehalten und Prozesse, die für Instandhaltung und Kundenservice notwendig sind, in anderen Bereichen automatisch ausgelöst (z.B. eine Bestellanforderung für Nichtlagermaterial im Bereich Materialwirtschaft/Einkauf). Damit werden sämtliche Instandhaltungsmaßnahmen gemäß DIN 31051 (Inspektion, Wartung und Instandsetzung) abgedeckt.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	418,3	390,0	267,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	418,3	390,0	267,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2517030000

Bezeichnung Ressortübergreifendes Geodatenmanagement

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Aufwendungen für den Betrieb und verwandte Betriebsleistungen, um die Geodatenysteme des Landes zu betreiben. Hierdurch werden zentral verwaltete Betriebsverträge und Lizenzverträge möglich. Ursprünglich waren die Verträge dezentral verortet, hatten jedoch längst Ressort übergreifenden Charakter. Die fachliche Steuerung der Geodatenysteme findet in ausgewählten dezentralen Fachbereichen statt.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	75,1	549,4	516,0	516,0	616,0	616,0
	Summe	75,1	549,4	516,0	516,0	616,0	616,0

ITM 2526030000**Bezeichnung** Standardisierung Vertragslagen Support SH**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH**Beschreibung**

Ressortübergreifende Projektierung als Teil des ressortübergreifenden Vertragsmanagements unter der Federführung des Ref. V 31 zur Standardisierung der Support-Vertragslagen in Schleswig-Holstein. Als erste Projekte werden die Supportverträge im Bereich Justiz und Innenministerium harmonisiert, um die Supportleistungen an den Leistungsschnitt des ZIT SH anzupassen. Ziel ist es, die Leistungen soweit zu vereinheitlichen, dass die Vertragslagen in den "+1 fmd" bei V 31 überführt werden können.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Support JUSTIZ	Zusammenführung der Supportverträge im Bereich Justiz (None++1-fmd)
2.	Support MIB	Zusammenführung der Supportverträge im Bereich Innenministerium (None++1-fmd)

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	527,3	416,0	416,0	416,0	416,0	416,0
53356	Sonstige Kosten	783,3	804,4	804,4	804,4	804,4	804,4
	Summe	1.310,6	1.220,4	1.220,4	1.220,4	1.220,4	1.220,4

ITM 2545010000**Bezeichnung** Übergreifende IT-Schulungen Land SH**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I**Status** aktiv**Art** Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In der Maßnahme werden sämtliche ressortübergreifende IT-Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung SH zentral geplant und abgewickelt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Office Schulungen	Outlook Word Excel Power Point
2	Prince 2	Foundation Practitioner Prüfung
3	ITIL	Foundation Expert Service Transition Service Operation
4	Getting Things Done®	Next Action Partners, Angebot 456-001. 27. März 2017
5	SDM	Standard-Daten-Schutzmodel
6	BSI-Grundschutz	IT-Grundschutz in den BSI Standards 100-x auf 200-x

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Die Mitarbeiter in SH sollen flächendeckend die Standard IT-Werkzeuge anwenden können.	Laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	152,0	236,0	223,0	199,0	75,5	75,5
	Summe	152,0	236,0	223,0	199,0	75,5	75,5

ITM 2550020000

Bezeichnung Beschaffungen ZIT SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Beschaffungsplanung für das ZIT SH: Ausstattung Arbeitsplätze mit PC, Laptop, Drucker und Kleinmaterial; Ausstattung des Schulungsraums ZIT SH im NW 220; Ausstattung von Testarbeitsplätzen mit innovativer Technik

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Sicherstellung des technischen Betriebes im ZIT SH	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81246	Beschaffung	17,5	58,7	24,1	24,9	24,9	24,9
	Summe	17,5	58,7	24,1	24,9	24,9	24,9

ITM 2574030000

Bezeichnung Programm zur Entwicklung und Einführung von E-Akten im Bereich der Landespolizei SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Durchführung eines Programmes zur Durchführung und Steuerung zweier Projekte:

1. zur Einführung der elektronischen Verwaltungsakte SH (VIS) in der Landespolizei
2. zur Entwicklung und Einführung einer elektronischen Straf- und Ermittlungsakte im Bereich der Landespolizei

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	E-Akte Verwaltung Polizei	Projekt zur Einführung der Verwaltungs-E-Akte in die Polizei
02	Straf- und Ermittlungsakte Polizei	Projekt zur Übermittlung und Rückübermittlung von Straf- und Ermittlungsvorgängen in die E-Justiz-Akte

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Umsetzung der E-Governmentstrategie durch den Elektronischen Datenaustausch im Verwaltung und Ermittlungsbereich auf Bundes- und Landesebene	2026

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	1	Einführung der elektronische Verwaltungsaktenführung im Bereich der Landespolizei SH	2022

2	1	<p>Mit dem Gesetz zur Modernisierung der elektronischen Verwaltung vom 5. April 2017 als sog. EGovG SH (GVOBl. Schl.-H. 2017 / Ausgabe 27, S. 218 f) sind die Bestimmungen des EGovG des Bundes in das SH-Landesrecht überführt worden. Dazu wird für die jeweiligen Verwaltungen bei der Ausführung von Bundesrecht und Landesrecht sowie auch von kommunalem Recht das Landesverwaltungsgesetz entsprechend angepasst (§§ 52b ff LVwG).</p> <p>Gemäß StPO gilt ab dem 01.01.2026 die verbindliche elektronische Aktenführung und Kommunikation im Strafverfahren</p>	1.1.2026
---	---	--	----------

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	125,1	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	95,0	300,0	300,0	300,0	300,0
	Summe	0,0	220,1	300,0	300,0	300,0	300,0

ITM 2582030000

Bezeichnung Konsolidierung Rechenzentrumsleistungen Haushaltsverfahren

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 31 I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das Projekt Konsolidierung Rechenzentrumsleistungen Haushaltsverfahren dient der Migration von Systemen, Datenbeständen und Anwendungen mit dem Ziel, die IT-Infrastrukturleistungen für die Fachverfahren HavWeb LSH und ITWeb zu vereinfachen und skalierbarer zu machen. Im Rahmen dieser Arbeiten sind systemtechnische Anpassungen durch Dataport vorzunehmen. Im Endausbaustand soll diese Maßnahme den dauerhaften Betrieb der Haushaltsverfahren und deren Nebenprodukte in den Rechenzentren von Dataport sicherstellen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Migration Haushaltsverfahren	Der Auftraggeber möchte den Betrieb und die Betreuung mehrerer Fachverfahren (namentlich ITWeb, HavWeb, Masterplan, HavWeb Intranet für Druckzugriffe) auf die Standard-Infrastruktur und Prozesse beim Auftragnehmer überführen (RZ-Betrieb, technisches und fachliches Verfahrensmanagement). Der Hersteller dieser Fachverfahren ist die Firma Atos. Ein Ziel ist, die Anforderungen des standardkonformen Betriebs an die Software gemeinsam mit dem Auftraggeber und der Firma Atos umzusetzen.
2	Migration Serverbetriebssysteme	Die Verfahren werden zz. auf dem Server-Betriebssystem Window-Server-2008 betrieben. Das angekündigte Supportende von Microsoft ist 14.01.2020. Die Systeme müssen daher in 2019 auf die aktuelle Version Window-Server-2016 gehoben werden.

3	Unterstützung Office 2016	Aufgrund der +1 Umstellung der Standardarbeitsplätze auf Windows 10 und Office 2016 muss durch den Hersteller ATOS eine entsprechende Anpassung der Software erfolgen.
4	Frame Maker Lizenzen	Die Lizenzen müssen aktualisiert werden.
5	Nebenprodukte	Abgleich auf SHIP und andere Intranet-Zugriffe

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	zukunftsicherer Betrieb der Haushaltsverfahren bei / durch Dataport	laufend

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
HavWeb R2	1	Hohe Betriebsverfügbarkeit und Supportunterstützung	laufend
ITWeb 2.0	2	Mittlere Betriebsverfügbarkeit und Supportunterstützung	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	388,0	190,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	70,0	140,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	458,0	330,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2152030000

Bezeichnung Virtuelle Poststelle Governikus / EGVP (Betrieb und Fortentwicklung)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Von der Justiz wird eine Virtuelle Poststelle im Rahmen der E-Government-Plattform benötigt. Es werden die Funktionalitäten Signaturprüfung, Ver- und Entschlüsselung, zentrale Authentifizierung, Zeitstempeldienst, Postein- und -ausgangsbücher sowie Virenprüfung gewährleistet. Zu diesem Zweck wurden mit der Firma BOS über das Projektbüro des KoopA ADV beim Bund ein Vertrag über die Wartung und Pflege der Governikus-Software abgeschlossen. Die Betreuung u. Pflege der Middleware Governikus in SH erfolgt über Dataport.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Governikussystem	Standard-Infrastruktur Land SH; Zuständigkeit liegt beim ZIT SH
2.	Support Anwender MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Supportvertrag
3.	Pflegekosten EGVP MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Pflegekostenvertrag
4.	Betrieb EGVP bei IT.NRW für das MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Betriebsvertrag
5.	Betrieb SAFE bei IT.NRW (Verzeichnisdienst EGVP) für das MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Vertrag SAFE
6.	Anpassungen / Weiterentwicklung EGVP im MJKE	gem. Beschlüsse der Kooperationsgemeinschaft; fachliche Leitstelle MJKE organisiert die CR

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Datenverkehrs auf der Basis bundeseinheitlicher Transportstandards (OSCI)	31.12.2013

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	547,6	570,7	579,9	579,9	579,9	579,9
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	547,6	570,7	579,9	579,9	579,9	579,9

ITM 2153030000

Bezeichnung Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Betrieb und Pflege einer Clearingstelle und des Clearingdienstes (zentraler Nachrichtenbroker) für die Rückmeldung im Meldewesen. Die Clearingstelle ist eine zentrale Einrichtung in einem Verbund von DV-Verfahren, die geschäftsmäßig die elektronische Kommunikation zwischen den Stellen der öffentlichen Verwaltung auf der Basis bundes-/landeseinheitlicher technischer und fachspezifischer Vergaben technisch und organisatorisch unterstützt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	rechtssichere elektronische Kommunikation zwischen Meldebehörden	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	180,4	184,8	184,8	184,8	184,8	184,8
	Summe	180,4	184,8	184,8	184,8	184,8	184,8

ITM 2162030000

Bezeichnung Deutsches Verwaltungsdiensteverzeichnis (DVDV)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und Betrieb des Deutschen Verwaltungsdiensteverzeichnis (DVDV). Das DVDV dient der dynamischen Adressierung von Nachrichten im Rahmen bundesweiter E-Government-Vorhaben. Diese Maßnahme deckt den Anteil Schleswig-Holstein an dem bundesweiten Projekt ab. Es besteht eine Schnittstelle zur Clearingstelle und zu den Projekten mit der Thematik Meldewesen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zeit- und Kostenersparnis	01.12.2005 - 31.12.2013

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	15,3	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7
53356	Sonstige Kosten	0,0	17,0	17,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	15,3	32,7	32,7	15,7	15,7	15,7

ITM 2163030000

Bezeichnung Government Gateway (SH-Service)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Der einheitliche Zugang zu den Online-Diensten S.-H. erfolgt über die zentrale Infrastruktur "Government Gateway/SH-Service". Zahlreiche Dienste, die für Fachverfahren benötigt werden, sind hier zentral umgesetzt. Die Maßnahme beinhaltet den Betrieb und die Weiterentwicklung des Government Gateway. Das Gateway ist eine gemeinsame Infrastruktur mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	1.247,2	1.239,2	1.239,2	1.239,2	1.239,2	1.239,2
53356	Sonstige Kosten	59,2	80,0	30,0	30,0	80,0	80,0
	Summe	1.306,4	1.319,2	1.269,2	1.269,2	1.319,2	1.319,2

ITM 2164030000

Bezeichnung E-Akte - VIS-Basis

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die elektronischen Akte (E-Akte), die mittels des Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS) 'VIS' der Fa. PDV Systeme realisiert wird, dient zur Unterstützung und aktenmäßigen elektronischen Dokumentation IT-gestützter Verwaltungsarbeit.

Das Dokumentenmanagementsystem (DMS) ermöglicht das Suchen, Bearbeiten und Speichern von elektronischen Dokumenten an einem zentralen Speicherort und unter Beachtung von entsprechenden Zugriffsregelungen. Die wichtigsten Werkzeuge sind hierbei die Registratur, Aktenführung und Aktenrecherche. Ein in das DMS integriertes Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) ermöglicht die automatisierte IT-Unterstützung von Verwaltungsabläufen. Es eignet sich regelmäßig für die Unterstützung dokumentenbasierter Arbeitsabläufe, womit ein aktenmäßiges und medienbruchfreies elektronisches Verwaltungshandeln möglich ist.

Mit Einrichtung des 'VISkompakt-Competence-Centers' (VCC) gewährleistet Dataport im Auftrag der Landesverwaltung (ZIT SH) den Support für den Einsatz des Verfahrens E-Akte in den Ressorts. Die Verfahrensverantwortung für die E-Akte obliegt ressortübergreifend dem ZIT SH. Der Support für den Einsatz des Verfahren SGS-dDocuScan-SH in den Ressorts erfolgt durch Dataport. Die Verfahrensverantwortung für die E-Akte obliegt ressortübergreifend dem ZIT SH.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	VIS Schriftgutstelle	Verfahrensfunktionen für Schriftgutstellen umfassen Registratur, Posteingang, Postausgang
2	VIS SGS-dDocuScan-SH	VIS-Scanverfahren zur Verarbeitung von Posteingängen (Grundlage: Dataport-Verfahren dDocuScan ehemals ScErVe)
3	VIS-Rechnung	Rechnungsablage in der E-Akte

4	VIS-Verfahrensakte u. VIS-ITM-Akte	Verfahrens- und ITM-Akte in elektronischer Form
5	VIS-Aussonderung	VIS-Aussonderung (regelt die Bearbeitungsphase und Aufbewahrungsfrist von Schriftgut bis hin zur Aussonderung > Abgabe an ein Archiv oder Vernichtung) vorher Maßnahmen zur Langzeitspeicherung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserung der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Aktenführung	21.02.2002 - 31.12.2020
2	Ermöglichung von E-Government Anwendungen	21.02.2002 - 31.12.2020
3	Abbau der Parallelität von Papieraktenführung und elektronischen Unterlagen	21.02.2002 - 31.12.2020
4	Bessere Gewährleistung der Vollständigkeit der Akten	21.02.2002 - 31.12.2020
5	Verbesserung Wissensmanagement in der Verwaltung	21.02.2002 - 31-12-2020

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
VIS-Schriftgutstelle	1	Analyse der Verfahrensabläufe, Konzeptionierung und Implementierung bzw. Anpassung vorhandener VIS-Funktionen insbesondere von Posteingangsfunktionen einheitlich für alle Ressorts	12/2018
VIS Administrations-Tools	2	Verbesserung und Dokumentation der Administration z. B. von Rechtevergaben und der Schriftgutübertragung aufgrund von Umressortierungen und Organisationsveränderungen	12/2018
VIS SGS-dDocuScan-SH	2	Analyse der Verfahrensabläufe, Konzeptionierung und Implementierung bzw. Anpassung und Test vorhandener Funktionen des Dataport-Scanverfahrens in Verbindung mit VIS-Kompakt sowie die einheitliche Bereitstellung für alle Ressorts	12/2018
VIS-Rechnung	3	Abbildung Rechnungsveraktung in elektronischer Form	12/2018
VIS-Verfahrenakte u. VIS-ITM-Akte	4	Abbildung einer Verfahrens- und ITM-Akte in elektronischer Form	12/2018
VIS-Aussonderung	1	Analyse der Verfahrensabläufe, Konzeptionierung und Implementierung bzw. Anpassung vorhandener VIS-Funktionen des VIS-Aussonderungsprozesses	12/2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	60,0	396,0	100,0	100,0	100,0	100,0
53356	Verträge	2.618,5	3.457,0	3.457,0	3.457,0	3.457,0	3.457,0
81246	Beschaffung	90,0	330,0	380,0	380,0	380,0	380,0
	Summe	2.768,5	4.183,0	3.937,0	3.937,0	3.937,0	3.937,0

ITM 2167030000

Bezeichnung Landesportal SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Im Landesportal unter www.schleswig-holstein.de werden die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Themen, Tätigkeiten der Landesregierung und einer Vielzahl an Fachthemen informiert. Das Landesportal wurde 2014/2015 vollständig überarbeitet und folgt nun dem Aufbau Schwerpunkte - Themen - Fachinhalte. Im Rahmen des laufenden Betriebs wird der Internetauftritt fortlaufend optimiert und die Darstellung entsprechend angepasst. Zusatzfunktionen oder Informationen aus Fachverfahren werden über die Efl-Plattform (ITM 2420030000) bereitgestellt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
10	Landesportal SH	www.schleswig-holstein.de
20	Intr@pol	Intranet der Landespolizei

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	536,8	524,8	858,8	843,8	743,8	743,8
53356	Sonstige Kosten	171,0	333,0	147,0	100,0	147,0	147,0
	Summe	707,8	857,8	1.005,8	943,8	890,8	890,8

ITM 2168030000

Bezeichnung SHIP - Intranet und Extranet öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das SHIP ist von 1998 und damit für den Bereich Internet/Intranet "uralt". Eine Neukonzeption ist bereits seit langer Zeit geplant, konnte aber aufgrund fehlender personeller Ressourcen bisher nicht realisiert werden. Allmählich stößt das SHIP aber aufgrund seiner veralteten Technik an die Grenzen. Ein Umzug ins neue Dataport Rechenzentrum lässt sich zwar noch verwirklichen, aber weiterer technischer Fortschritt führt zu immer mehr Problemen. Hinzu kommt, dass Microsoft die derzeit im Einsatz befindliche Software aus dem Programm nehmen wird, so dass auch hier über eine Änderung erfolgen muss. Eine Neukonzeption des SHIP kann deshalb nicht mehr viel länger hinaus geschoben werden, zumal bis zum tatsächlichen Umstieg mindestens zwei Jahre angesetzt werden müssen.

Projekt SHIP-IN

Das Projekt SHIP-IN verfolgt das Ziel eine Konsolidierung der Intranetlösungen der einzelnen Häuser und nachgeordneten Bereichen zu erreichen.

Motivation

Neben den in der allgemeinen Beschreibung genannten Punkt, dass die zur Zeit eingesetzte Technik "uralt" ist. Müssen einige zurzeit eingesetzte Intranetlösungen migriert werden, da der Support für Windows 2003 Server im Juli 2015 ausgelaufen ist. Der Weiterbetrieb der alten Server stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Sofern jemand in das Netz des Hauses eindringt, ist ein Server ohne Sicherheitsupdates ein leichtes Ziel für Hacker, um von dort aus weitere Aktivitäten durchzuführen (bspw. Pass-the-Hash Attacken).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	SHIP	SHIP-Betrieb(alt) und Neuentwicklung SHIP-IN
10	SHIP-Seiten KoPers	In Betrieb.
20	Intranet VII MWVATT	In Betrieb.
30	Intranet DLZP	In Betrieb.
40	Intranet IV MILI	In Betrieb.
50	Intranet VI FM	Im Aufbau, da alte Infrastruktur abgelöst werden soll (Windows Server 2003).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bereitstellung eines überarbeiteten Extranet, das die Anforderungen an einen modernen Internetauftritt erfüllt.	01.01.2014 - 31.12.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	43,0	43,5	43,7	43,7	43,7	43,7
53356	Sonstige Kosten	7,0	7,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	50,0	50,5	43,7	43,7	43,7	43,7

ITM 2172030000

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv
Art IT-Verfahren
Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Das Personal ist die wichtigste und zugleich die teuerste Ressource im öffentlichen Sektor. Das Aufgabenfeld „Personal“ hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich in Richtung eines ganzheitlichen Personalmanagements weiterentwickelt. Mit diesem neuen Ansatz wird deutlich, dass sowohl die Aufgabenbreite und –reichweite deutlich zugenommen hat, aber auch, dass der Kerngedanke effizienter Personalarbeit sich in Richtung Vernetzung und Integration der verschiedenen personalpolitischen Handlungsfelder entwickelt hat. Das Ziel der IT-Verfahren ist es, diese komplexen Aufgabenstellungen zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Zurzeit sind für das Personalmanagement folgende IT-Verfahren im Einsatz:

- PERMIS-Verwaltung (PERMIS-V), das Personalmanagement und -informationssystem für die tägliche Unterstützung im gesamten Bereich der Personalverwaltung. Permis-V unterstützt mit seinen Funktionalitäten die Personalverwaltung in der täglichen Praxis bei der Bearbeitung von Einzelfall bezogenen Personalvorgängen und stellt personenbezogene und statistische Informationen zur Verfügung.
- PERMIS-Personal-Controlling-System (PERMIS-PCS), zur Aufbereitung von aggregierten Daten über den Personalbestand und -struktur als Informationsgrundlage für Entscheidungsfindungen der Führungsspitzen
- PERMIS-Personalkosten-Hochrechnung (PERMIS-PKH), als Sonderauswertung aus PERMIS-Abrechnung. PERMIS-PKH rechnet haushaltswirksame Personaldaten auf Basis der Ist-Werte für das laufende und das folgende Jahr hoch.

Weitere Einzelheiten sind im SHIP verfügbar unter:
<http://intranet/-3.Allgemeines/-Informationstechnik/-Anwendungen/PERMIS/intranet.htm>

Korrespondierende IT-Maßnahmen (werden gesondert zum HH angemeldet):

- PERMIS-Abrechnung (PERMIS-A)
- Personalverwaltung-Lehrkräfte (PERLE)
- Bewerberverfahren des Innenministeriums
- Bewerberverfahren der Landespolizei

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Das Ziel der PERMIS-Verfahren ist es, die komplexen Aufgabenstellungen im Personalmanagement integriert zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.	Daueraufgabe

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Ablösung durch das Verfahren KoPers	1	PERMIS-V als Personalverwaltungsmodul soll durch das Projekt KoPers abgelöst werden	2019/2020

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	1.015,0	1.177,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.015,0	1.177,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2197030000

Bezeichnung IT-Planungsrat beim Bund (ITPLR)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Ehemals: Ausgaben (geplant) Deutschland Online und KoopA ADV.

Mit In-Kraft-Treten des Vertrags zur Ausführung von Artikel 91c Grundgesetz (IT-Staatsvertrag) zum 1. April 2010 wurden durch Errichtung des IT-Planungsrates (IT-PLR) die bisherigen Gremien - der „Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern“ (St-Runde Deutschland Online) und der „Kooperationsausschuss von Bund und Ländern automatisierte Datenverarbeitung“ (KoopA ADV) sowie deren Untergremien - abgelöst. Die Bestandteile des Finanzplans des IT-PLR gliedern sich in vier Kostenblöcke: 1) Die Kosten der Geschäftsstelle (Verteilungsschlüssel: Bund 50%, Länder 50%), 2) Koordinierungsstelle IT-Standards (KoSIT) (Verteilungsschlüssel: Bund: 17,79%, Länder 82,21%), 3) Projekte und Maßnahmen (Verteilungsschlüssel: Bund: 17,79%, Länder: 82,21%), 4) Anwendungen (D115: Bund 50%, Länder 50%; Governikus: Festpreise gem. Vertrag; LeiKa/Behördenfinder/DVDV: Bund: rd. 22%, Länder rd. 78%).

Die Anwendungen "D115" und "Governikus" werden separat fakturiert und auf separaten Maßnahmen-Nrn. des IT-Web bewirtschaftet - dementsprechend sind diese Kosten hier herausgerechnet.

Die Kostenplanung des ITPLR ist (staats-) vertraglich geregelt. Zur Kostenverteilung wird der Königssteiner Schlüssel zugrunde gelegt (außer Governikus). Eine Anpassung des Verteilungsschlüssels erfolgt alle zwei Jahre. Die Kostenpläne werden in den Sitzungen des IT-PLR beim Bund halbjährlich abgestimmt und im letzten Quartal des lfd. Jahres final beschlossen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Geschäftsstelle IT-PLR	Budget für reguläre Personalausgaben sowie für zusätzliche Aufgaben wie den Betrieb des Informationssystems, Öffentlichkeitsarbeit etc.
2	Koordinierungsstelle IT-Standards (KoSIT)	Erarbeitung und Koordination von notwendigen ebenen übergreifenden und fachübergreifenden Standards zur Erhöhung der Interoperabilität der IT-Systeme. Vorbereitung von Fragen in Bezug auf gemeinsame IT-Interoperabilitätsstandards und IT-Sicherheitsstandards. Übernahme der Daueraufgaben aus den Projekten „OSCI-Leitstelle“ und „Deutschland-Online“.
3	Projekte und Maßnahmen	Die Federführer der Projekte und Maßnahmen können im Rahmen der ihnen zugewiesenen Finanzmittel bei der Geschäftsstelle IT-PLR Mittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung abrufen.
4	Anwendungen	Hierunter fallen abgeschlossene Vorhaben, aus denen betriebsbereite bzw. bereits in Betrieb befindliche Lösungen hervorgegangen sind (D115, Governikus, LeiKa/Behördenfinder/DVDV). Die Abrechnung zu Governikus erfolgt direkt zwischen dem Dienstleister bos und den Nutzern. Außerdem wird für die Anwendung D115 separat fakturiert, indem die Abrechnung direkt mit dem Verfahrensverantwortlichen im jeweiligen Land erfolgt.
5	Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für E-Government	Die Maßnahme Föderale IT-Kooperation (FITKO) zielt darauf ab, die föderale Zusammenarbeit in der Informationstechnik zu fördern und deren Rahmenbedingungen zu verbessern.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Planung, der Errichtung und dem Betrieb der notwendigen informationstechnischen Systeme. Beschlüsse des IT-PLR sind gem. § 3 Abs. 2 IT-Staatsvertrag für die Länder verbindlich. Daneben kann der IT-Planungsrat mit einfacher Mehrheit unverbindliche Empfehlungen aussprechen.	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53503	Sonstige Kosten	0,0	100,0	120,0	0,0	0,0	0,0
63102	Verträge	145,9	172,6	221,6	206,1	198,2	198,2
63102	Sonstige Kosten	11,5	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8
	Summe	157,4	278,4	347,4	211,9	204,0	204,0

ITM 2306030000

Bezeichnung Inventarisierung (Ham.s.t.er)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Haushaltskonformes ressortübergreifendes Inventarisierungs- und Bestandsführungsverfahren Verfahren zur ressortübergreifenden Inventarisierung und Bestandsführung von IT-Objekten und Software zur Unterstützung der IT-Leitstellen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Schaffung einer landesweiten haushaltskonformen IT-Inventarisierung und Bestandsführung	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Verträge	8,3	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0
52537	Sonstige Kosten	15,0	2,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	248,9	188,3	109,8	109,8	109,8	109,8
53356	Sonstige Kosten	10,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	282,2	244,2	114,8	114,8	114,8	114,8

ITM 2324030000

Bezeichnung Digitales Zeitsystem

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Für die digitale Zeiterfassung im Land Schleswig-Holstein wurde ein landeseinheitliches Zeiterfassungssystem beschafft. Das Verfahren verfügt im Wesentlichen über die Funktionen der Zeiterfassung, der Fehlzeitenverwaltung (z.B. Urlaub etc.) sowie von Auswertungen. Im Rahmen der landesweiten Standardisierung wird das Verfahren ressortübergreifend in Einsatz gebracht und zum Abbau von Redundanzen bestehende Zeiterfassungssysteme abgelöst. Zusätzlich soll u.a. für die Bereiche der JVA's ein zusätzliches Modul zur Personaleinsatzplanung eingeführt werden. Die Vergaberechtliche Klärung erfolgt derzeit bei Dataport.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Zeiterfassung MELUND	Bedarf des MELUND (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 1550 Lizenzen
2.	Zeiterfassung MJEVG	Bedarf des MJEVG (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 2000 Lizenzen
3.	Zeiterfassung FM	Bedarfe des FM (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 5.684 Lizenzen
4.	Zeiterfassung StK	Bedarfe der StK: mind. 200 Lizenzen
5.	Zeiterfassung MSGJFS	Bedarfe des MSGJFS: mind. 800 Lizenzen
6.	Zeiterfassung MBWK	Bedarfe des MBWK (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 490 Lizenzen
7.	Zeiterfassung MWVAVT	Reinvestitionsbedarf für bestehendes System ab 2011, 400 Lizenzen
8.	Zeiterfassung MILI	Reinvestitionsbedarf insbes. für Server absehbar, 100 Lizenzen Katasteramt Meldorf
9	LRH	Einführung von Primeweb ist in Arbeit
10	Zeiterfassung LT	Zeiterfassung ist eingeführt

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Standardisierung der Zeiterfassung in der unmittelbaren Landesverwaltung Schleswig-Holstein, Vereinheitlichung der Verfahrensvielfalt und Prozessvereinheitlichung mit dem von KoPers ausgeschriebenem Personalverwaltungsverfahren.	unbefristet
2	Einführung einer Personaleinsatzplanung als zusätzliches Modul des Zeitsystems für die JVA's	bis 2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	17,0	19,0	11,0	10,0	9,0	9,0
53356	Verträge	230,9	208,7	273,7	273,7	273,7	273,7
53356	Sonstige Kosten	8,0	18,9	10,0	10,0	10,0	10,0
81246	Beschaffung	85,1	31,0	24,9	24,9	24,9	24,9
	Summe	341,0	277,6	319,6	318,6	317,6	317,6

ITM 2360030000

Bezeichnung ZuFiSH - Zuständigkeitsfinder SH (Betrieb und Pflege)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Seit seiner Einführung hat sich ZuFiSH als Behördenwegweiser in Schleswig-Holstein bewährt. Es entstehen Kosten für den Betrieb des Verfahrens bei der Firma TSA und bei Dataport.

Andere Verfahren, z.B. die einheitliche Behördenrufnummer 115, möchten die im ZuFiSH enthaltenen Informationen über Behördenstandorte und Leistungen nutzen. Hierbei werden erweiterte Anforderungen an die Daten gestellt, so dass auch nach Inbetriebnahme des Zuständigkeitsfinders Anpassungen und Weiterentwicklungen notwendig werden.

Innerhalb der bundesweiten Entwicklergemeinschaft Linie6Plus werden die Weiterentwicklungswünsche abgestimmt und definiert. Die Verbundpartner partizipieren von den Einsparungen der gemeinsamen Entwicklung und von den Erfahrungen der anderen.

Auch innerhalb Schleswig-Holsteins wird angestrebt, die Daten aus Zu-FiSH für andere Verfahren zur Verfügung zu stellen, z.B. für das Landesportal Schleswig-Holstein, die Verfahrensklärung (VLV2) oder das Projekt KoPers.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	152,0	197,0	182,0	182,0	182,0	182,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	9,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	152,0	206,0	182,0	182,0	182,0	182,0

ITM 2401030000

Bezeichnung De-Mail-in-SH Basisdienst

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Mit De-Mail werden elektronische Nachrichten verschlüsselt, geschützt und nachweisbar verschickt. Im Gegensatz zur E-Mail können bei De-Mail aber sowohl die Identität der Kommunikationspartner als auch der Versand und der Eingang von De-Mails jederzeit zweifelsfrei nachgewiesen werden. Die Inhalte einer De-Mail können auf ihrem Weg durch das Internet nicht mitgelesen oder gar verändert werden. Der Versand von De-Mail-Nachrichten ist kostenpflichtig. De-Mail ist ein geschlossenes Netz. De-Mail-Leistungen sind im De-Mail-Gesetz reguliert und können von entsprechenden Betreibern/Providern des freien Marktes angeboten werden.

In SH ist geplant, ein De-Mail-Gateway zu errichten, das Land und Kommunen gemeinsam nutzen können und das eingehende De-Mail-Nachrichten entgegennimmt und dann als einfache E-Mail im geschützten Landesnetz-Bereich an die Empfänger weiterleitet. Umgekehrt soll dieser Weg auch für ausgehende De-Mail-Nachrichten nutzbar sein.

Das E-Government-Gesetz des Bundes wird De-Mail-Nachrichten eine Schriftform-ersetzende Wirkung zuerkennen. Im Anschluss könnte es zu einem verstärkten Druck auch auf hiesige Verwaltungen kommen, De-Mail-Nutzung zu eröffnen.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	118,0	166,0	118,0	121,0	121,0	121,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	118,0	171,0	118,0	121,0	121,0	121,0

ITM 2420030000

Bezeichnung Ergänzungstool für Internet (Efl)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die Efl-Plattform (Ergänzungsfunktionalitäten im Internet) stellt verschiedene Zusatzfunktionen und Informationen aus Fachverfahren in oder als eigenes Fachverfahren neben dem Landesportal www.schleswig-holstein.de bereit.

Auf der Efl-Plattform werden unter anderem ich-hilfe.sh, kfue-sh.de, die Onlineanzeige der Polizei, die Badege-wässerqualität, die Wappenrolle, die Stellenausschreibungen, der Wochenkalender und die Akkreditierung betrieben.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
10	PHP-Anwendungen	Aufnahme der PHP Anwendungen vom PHP-Server und Überführung der Verantwortung von StK P 203 zu Dataport.
20	Badegewässerqualität	Umsetzung der Landesverordnung über die Qualität und die Bewirtschaftung der Badegewässer (Badegewässerverordnung) vom 9. April 2008 und Richtlinie 2006/7/EG Einbindung der Messwerte aus dem Fachverfahren und Aufbereitung für die Darstellung im Landesportal.
30	Onlineanzeige	Stellt die Funktionalität Onlineanzeige innerhalb der Onlinewache im Landesportal zur Verfügung.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	233,5	234,5	233,5	233,5	233,5	233,5
53356	Sonstige Kosten	70,0	65,0	20,0	20,0	20,0	20,0
	Summe	303,5	299,5	253,5	253,5	253,5	253,5

ITM 2437030000

Bezeichnung Ticketsystem User Help Desk (ITSM)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

1. Dataport bietet IT-Services für den Landeskunden SH an. Für die tool-gestützte Abbildung der ITIL Prozesse zu diesen IT-Services verwendet Dataport die ITSM-Suite des Herstellers BMC. Die IT-Leitstellen der einzelnen Ressorts leisten z.T. eigenen IT-Support, z.B. für Komponenten/Software/Fachanwendungen, die in dortiger Verantwortung liegen. Die Kosten für die ressortspezifischen Zugriffslizenzen nach dem "Leitstellenmodell" an der BMC Suite werden jeweils in den IT-Maßnahmen der Ressorts veranschlagt.

Das Berichtswesen soll ressortübergreifend durch das ZIT SH festgelegt werden. Die Finanzierung hierzu erfolgt ebenfalls aus dem ZIT SH heraus.

2. Die Landesverwaltung soll für die eigenen ITIL-Prozesse eine entsprechende Tool-Unterstützung erhalten. Die Einführung eines einheitlichen Tools erfolgt daher in vier Schritten:

- a) Projekt Analyse Betriebsprozesse: in 2016 werden mit Unterstützung durch Capgemini die Betriebsprozesse analysiert und zu einem einheitlichen Prozessmodell konsolidiert. Ausgehend vom Prozessmodell werden Anforderungen an eine IT-Lösung für ein Tool entwickelt und eine erste Abschätzung der Abdeckung in drei möglichen Lösungsszenarien vorgenommen.
- b) Projekt "Ermittlung Lösungsszenario Analyse Betriebsprozesse (ELAB)": In Vorbereitung auf die Umsetzung werden die SH-seitigen Anforderungen an Prozesse und Tool mit dem Standard von Dataport abgeglichen, Lösungen in einer Deltamatrix erarbeitet und so eine Entscheidung für das Lösungsszenario ermittelt.
- c) Durchführung des Vergabeverfahrens für ITSM-Tool: ab Mitte 2017 wird ein Vergabeverfahren zur Auswahl der geeigneten Lösung durchgeführt. Der Zuschlag wurde April 2018 an Axios erteilt.

d) Einführung der ITSM-Lösung: ab Mitte 2018 wird im Rahmen des Projektes NITO SH (Neue IT-Organisation Schleswig-Holstein) das im Vergabeverfahren ausgewählte Tool eingeführt.

3. Das Erfordernis für ein Onlineportal wird im Rahmen des Einführungsprojektes abschließend beurteilt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	ITSM Suite (Leitstellen-Modell)	Die Ressorts nutzen die ITSM-Suite mit Dataport gemeinsam auf einer Infrastruktur jeweils im eigenen Mandanten für ausgewählte ITIL-Prozesse
2	ITSM Berichtswesen für Leitstellen-Modell	Berichtswesen zu lfd. Nr. 1
3	Projekt Analyse Betriebsprozesse	Schaffen eines landesweit einheitlichen Prozessmodells und Entwickeln eines Anforderungskatalog für eine IT-Lösung ITSM
4	Projekt Ermittlung Lösungsszenario Analyse Betriebsprozesse (ELAB)	Abgleich der SH-Anforderungen an Prozesse und Tool mit dem Standard Dataport und Ermittlung des Lösungsszenarios
5	Durchführung Vergabeverfahren für ITSM-Lösung	es wurde ein Vergabeverfahren für ein landesweit einheitliches IT-Service Management Tool unter Beteiligung weiterer Trägerländer Dataports durchgeführt. Den Zuschlag erhielt im April 18 die Firma Axios.
6	Online-Portal	Control-Board für Störungen, usw. Erfordernis entfällt, wenn die angebotene ITSM-Lösung diese Funktionalität enthält
7	Programm NITO SH (Neue IT-Organisation Schleswig-Holstein)	die im Vergabeverfahren ausgewählte Lösung wird eingeführt

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einführung von toolgestützten ITIL-Prozessen für die Landesverwaltung	Daueraufgabe

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
ITSM Suite (Leitstellen-Modell)	1	Sicherstellung des toolgestützten Supports in den jeweiligen IT-Leitstellen der Ressorts	dauerhaft
ITSM Berichtswesen für Leitstellen-Modell	2	Zentralisierung und Standardisierung des Berichtswesens für die Prozesse Incident- und Service Request Management	dauerhaft
Projekt Analyse Betriebsprozesse (abgeschlossen)	3	Zentralisierung und Standardisierung der toolgestützten ITIL Prozesse in der Landesverwaltung. Schaffung eines landesweit einheitlichen Prozessmodells und Entwickeln der Anforderungen an eine IT-Lösung ITSM. Projekt abgeschlossen	31.12.2016
Projekt ELAB (Ermittlung Lösungsszenario Analyse Betriebsprozesse) abgeschlossen	4	In Vorbereitung auf die Umsetzung werden die SH-seitigen Anforderungen an Prozesse und Tool mit dem Standard von Dataport abgeglichen, Lösungen in einer Delta-matrix erarbeitet und so eine Entscheidung für das Lösungsszenario ermittelt. Projekt abgeschlossen	30.06.2017
Vergabeverfahren für eine ITSM-Lösung	4	2017 wurde das Vergabeverfahren für ein landesweit einheitliches IT-Service Management Tool unter Beteiligung weiterer Trägerländer Dataports durchgeführt. Im April 18 wurde der Zuschlag für die Firma Axios erteilt.	ab März 2017
Online Informations Portal	5	Online Bereitstellung von Auftrags- und Störungslisten, Berichte zur SLA Einhaltung, Serverauslastung, etc. und KIM Informationen - Ablösung der Excellisten ITSM-Standardberichte Einführung und Umfang der Funktionalitäten des Onlineportals hängen von Abdeckung der Anforderungen der beschafften IT-Lösung ab. Überprüfung im Rahmen der Pilotierung Programm NITO.	ab Anfang 2019
Programm NITO	6	Pilotierung und Einführung der im Vergabeverfahren ausgewählten ITSM-Lösung	ab Mitte 2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	74,7	2.169,0	816,6	683,4	683,4	683,4
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	74,7	2.169,0	816,6	683,4	683,4	683,4

ITM 2447030000

Bezeichnung E-Akte - VIS-Erweiterungen

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die elektronischen Akte (E-Akte), die mittels des Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS) 'VIS' der Fa. PDV Systeme realisiert wird, dient zur Unterstützung und aktenmäßigen elektronischen Dokumentation IT-gestützter Verwaltungsarbeit. Der ressortübergreifende Standard-IT-Funktionalität E-Akte VIS-Basis (elektronische Registratur, elektronische Aktenführung, elektronische Vorgangsbearbeitung) ist in der IT-Maßnahme 2164030000 abgebildet.

Die ressortübergreifenden Erweiterungen dieser Standard-IT-Funktionalität werden mit der vorliegenden IT-Maßnahme 244703000 E-Akte - VIS-Erweiterungen abgedeckt. Derzeit umfassen die Erweiterungen folgende Module:

- VIS-Kabinett (unterstützt den Prozess der Erstellung sowie den Ablauf der Be- und Weiterverarbeitung von Kabinettsvorlagen elektronisch)
- VIS-Bundesrat (automatisierte Abholung u. strukturierte Ablage von Bundesratsdaten in E-Akten)

Bei Abschluss der Umsetzung werden die benannten Module als feste Bestandteile der Standard-IT-Funktionalität E-Akte integriert sein. VIS-Basis u. VIS-Erweiterungen wird über die zentrale Systemarchitektur bei Dataport realisiert. Über das 'VIS-Competence-Centers' (VCC) gewährleistet Dataport im Auftrag der Landesverwaltung (ZIT SH) den Support für den Einsatz des Verfahrens E-Akte in den Ressorts. Die Verfahrensverantwortung E-Akte ressortübergreifend obliegt dem Zentralen IT-Management SH (ZIT SH).

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	VIS-Kabinett	unterstützt den Prozess der Erstellung sowie den Ablauf der Be- und Weiterverarbeitung von Kabinettsvorlagen elektronisch
2	VIS-Bundesrat	automatisierte Abholung u. strukturierte Ablage von Bundesratsdaten in E-Akten

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserung der Rechtmäßigkeit und Abbildung der Regelgebundenheit des Verwaltungshandelns	
2	Ermöglichung von E-Government Anwendungen	
3	Abbau der Parallelität von Papieraktenführung und elektronischen Unterlagen	
4	Bessere Gewährleistung der Vollständigkeit der Akten	
5	Verbesserung Wissensmanagement in der Verwaltung	

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
VIS-Kabinett	1	Verbesserung der Arbeitsabläufe zwischen den Kabinettsreferaten durch Standardisierung und anteilige Automatisierung der Verfahrensvorgänge	12/2017
VIS-Bundesrat	2	Optimierung der Arbeitsabläufe bei dem Abruf und der Zusammenstellung papierener Unterlagen des Bundesrates in den Referaten durch automatisierte Abholung u. strukturierte Ablage von Bundesratsdaten in E-Akten	12/2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	50,0	50,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Sonstige Kosten	110,0	200,0	130,0	130,0	130,0	130,0
	Summe	160,0	250,0	135,0	135,0	135,0	135,0

ITM 2473030000

Bezeichnung Digitalisierung von Personalakten der Landesverwaltung SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Das Land Schleswig-Holstein muss ca. 65.000 Personalakten (Personalfälle) für die weitere elektronische Nutzung in zentralisierten und kooperativen Personalmanagementprozessen digitalisieren lassen. Die Maßnahme beginnt 2015 mit der Übernahme aller Personalakten der Lehrkräfte. Bis Ende 2017 sollen alle Personalakten der Bediensteten (ohne Ruheständler) des Landes Schleswig-Holstein erfasst sein. Die Verschiebung des Zieltermins resultiert aus der Unterbrechung des Digitalisierungsvorhabens aufgrund des OVG-Beschlusses zur Auftragsdatenverarbeitung.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	DigiPA (IT-Verfahren)	Überführung von papierbasierten in elektronische Personalakten durch Digitalisierung (DigiPA) - im Rahmen des IT-Verfahrens DigiPA werden die Personalakten des Personals der Landesverwaltung digitalisiert und anschließend als ausschließlich elektronische Personalakten weitergeführt. Das aktenführende System ist VIS (Standardfunktionalität ITSH E-Akte).
02	ePA-in-KoPers (Fachverantwortung ePA - jetzt bei KoPers)	KoPers System als das künftige personalaktenführende System muss aktenmäßig und personalaktenmäßig arbeiten. Inwieweit die zugehörigen Anforderungen bereits erfüllt werden beziehungsweise welche technischen und oder organisatorischen Maßnahmen ggf. ergriffen werden müssen, damit es diese Anforderungen erfüllt, wurde im Rahmen der eSA-ePA-Analyse KoPers mit externer Unterstützung im Auftrag von V32 (vorher StK Z2) analysiert. Als Ergebnis ist eine Schnittstelle zwischen KoPers und VIS (DigiPA) vorgesehen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Elektronische Bereitstellung der Personalaktendaten für ein zukünftig kooperatives Personalmanagement in Schleswig-Holstein.	
2	Grundlage für eine ausschließlich elektronische Personalaktenführung in Schleswig-Holstein	

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
eSA-ePA-Analyse KoPers	01	Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Datenverarbeitung in KoPers	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	100,0	20,0	24,0	24,0	24,0	24,0
53356	Verträge	4.124,5	1.500,0	1.500,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	4.224,5	1.520,0	1.524,0	24,0	24,0	24,0

ITM 2504030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege des Verfahrens "Integriertes Antrags- und Fallmanagement (iAFM)"

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das Land Schleswig-Holstein betreibt ab 2016 eine technische Infrastruktur zur Online-Abwicklung aller hierfür geeigneten Antragsverfahren über das Internet. iAFM ermöglicht die Antragstellung über einfache Online-Formulare oder Online-Assistenten, die die Antragsteller intelligent durch den Antrag führen und sicherstellen, dass nur die Angaben erfasst werden müssen, die für den konkreten Fall tatsächlich erforderlich sind. Die Nutzung ist sowohl am PC per Browser als auch auf mobilen Endgeräten über an diese Technik angepasste Oberflächen möglich. Infrastruktur und die zentralen Servicedienste werden vom Land Schleswig-Holstein, den Kommunen und dem EA-SH genutzt.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	435,8	526,4	526,4	526,4	526,4	526,4
53356	Sonstige Kosten	80,0	199,0	30,0	30,0	80,0	80,0
	Summe	515,8	725,4	556,4	556,4	606,4	606,4

ITM 2505030000

Bezeichnung Betrieb und Pflege des Fachverfahrens iKfz

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Stufe 1: Fachverfahren für die Internetbasierte Kfz-Außerbetriebsetzung im Government-Gateway. Zentrales Verfahren der Kommunen S.-H.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Stärkung des e-Government, Entlastung der Verwaltung, Erleichterung für den Bürger	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	4,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
	Summe	4,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0

ITM 2510030000

Bezeichnung ePA-in-KoPers

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Die eSA-ePA-Analyse konnte noch nicht im erforderlichen Umfang beendet werden. Zudem sind aufgrund der bisherigen Ergebnisse Architekturüberlegungen für das KoPers-System anzustellen, damit eine Aktenmäßigkeit und eine Personalaktenmäßigkeit gewährleistet werden kann. Es ist daher eine Folgebeauftragung erforderlich. Durch die bisherigen Analyse-Ergebnisse wurde schon erkennbar, dass die Architektur des KoPers-Systems geändert werden muss. Nunmehr ist seitens Dataport vorgesehen, Teile der Funktionalitäten des E-Akte-Systems VIS auch in KoPers zu nutzen. Auf welche Art und Weise dies genau geschehen kann und soll, ist nun zu untersuchen und sowohl im KoPers Modul ePA-in-KoPers (Modulkoordinatorin Wiebke Volkmann, gleichzeitig StK Z23) umzusetzen als auch seitens StK Z2 weiterhin zu begleiten. Dazu werden auch die eSA-ePA-Analyse-Tests fortgesetzt werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung von Workflows und der damit verbundenen Versionierung von Dokumenten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Vervollständigung der eSA-ePA-Analyse hinsichtlich Workflow	30.09.2016
02	Architekturmodell ePA-in-KoPers	31.03.2017
03	Abschließende Konzeption der Integration von VIS in KoPers	30.06.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	38,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	38,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2516030000**Bezeichnung** Kontenpflegetool**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH**Beschreibung**

Das Kontenpflegetool (KPT) ist eine obligatorische Voraussetzung für den Einsatz von dem Community Cloud Mail Service (CCMS) von Dataport. Mit dem KPT erfolgt die Administration der CCMS-Postfächer und der Konten im AD. Eine Verwaltung von Berechtigungen in anderen Verfahren ist mit ggf. Anpassungen am KPT möglich.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	3,0	20,0	50,0	50,0	50,0	0,0
53356	Verträge	656,2	427,2	437,0	377,0	377,0	377,0
53356	Sonstige Kosten	0,0	217,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	659,2	664,2	487,0	427,0	427,0	377,0

ITM 2523030000**Bezeichnung** Dateitransferportal**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH**Beschreibung**

Im Rahmen der Einführung der elektronischen Akte im Land SH soll eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft oder andere Verwaltungen konzipiert werden, Dateien (Karten, Pläne, Bewerbungsunterlagen oder auch z.B. Anträge mit Anlagen) digital einreichen und der entsprechenden Sachbearbeitung automatisiert in der dazugehörigen E-Akte bereitzustellen zu können. Diese Anforderungen sollen voraussichtlich als Online Internetanwendung mit Modulen des Basisdienstes Government Gateway abgebildet werden. Im Auftrag des ZIT SH und in initialer Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (MIB) soll dazu ein erster Prototyp entwickelt werden (Machbarkeitsstudie).

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	75,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	75,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2147030000

Bezeichnung Telefonie Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Aufgabe des Sprachnetzes SH (SPNSH) ist der Aufbau und Betrieb eines landeseinheitlichen Telefonnetzes. Die Sprachdaten werden in der Regel in Telefonnetzen, teilweise in sog. strukturierten Gebäudeverkabelungen und mit Einführung der IP-Telefonie auch in Datennetzen übertragen. Das Sprachnetz SH ist die Basisinfrastruktur für die Telefonie der Landesverwaltung. Die Grundlagenverträge mit den Kommunikationsdienstleistern beinhalten die Nutzung der Leitungsinfrastruktur einschließlich der Gebühren für Telefongespräche, die Mieten für Telefon-Hardware und sonstige Ausrüstungsgegenstände sowie die Kosten für kleine Netzinstandhaltungsarbeiten und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen bei der Durchführung von Ausschreibungen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	CVS, Corporate Voice Solutions	Abrechnung von Telefongesprächsentgelten mit dem Provider T-Systems
2	TDN Land 1, Telekom Designed Network Land 1	Abrechnung von Mietenkosten für Telefon-Hardware
3	ProSolution	Speicherung von Gebührendatensätzen in den Telefonanlagen, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
4	Telefongebührenabrechnung TelGebAb	Erstellung der Abrechnungen der Gesprächsgebühren bei Dataport, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
5	Inhouse	Abrechnung von Arbeiten an den in den Liegenschaften befindlichen Telefon- und Datennetzen. Gehört zum Vertrag TDN Land 1
6	Lastschriftinzugsverfahren LEIV	Lastschriftinzug privater Telefongesprächsentgelte durch Dataport, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
7	VT Dataport, Telefongebührenvertrag Versatel	Abrechnung von Telefongesprächsentgelten mit dem Provider Versatel

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der sprachlichen Kommunikation innerhalb der Landesverwaltung sowie nach Außen.	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51101	Verträge	1.035,0	1.051,0	1.067,0	1.082,0	1.097,0	1.097,0
51102	Verträge	53,0	54,0	55,0	56,0	57,0	57,0
51802	Verträge	15.450,0	15.650,0	15.700,0	15.750,0	15.800,0	15.800,0
71101	Verträge	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Summe	16.548,0	16.765,0	16.832,0	16.898,0	16.964,0	16.964,0

ITM 2148030000

Bezeichnung Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, DOI-Netz, mobile IT-Systeme)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Der Betrieb der Kopfstelle bei Dataport gewährleistet die externe Datenkommunikation des Landes Schleswig-Holstein für eMail, DOI-Netz, mobile IT-Systeme.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	107,5	107,5	107,5	107,5	107,5	107,5
	Summe	107,5	107,5	107,5	107,5	107,5	107,5

ITM 2149030000

Bezeichnung +1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

+1-Infrastruktur (vorm. IKOTECH III) stellt die systemtechnische Basis der Landesverwaltung SH dar und bildet das Rückgrat für die BK-Infrastruktur der Landesverwaltung. Ein wichtiger Bestandteil sind die landesweit verfügbaren

„Zentralen Dienste“ aus +1.system. Diese zentralen Dienste sind die Grundlage des Betriebes von +1 in den Resorts. Im Einzelnen sind das der Landesverzeichnisdienst, der landesweite Mailverbund, der Domain Name Service und das Anti-Viren-Softwaremanagement sowie die Durchführung des IT-Sicherheitsrelevanten Patch-Managements für alle dedizierten und virtuellen Systeme aus +1 System. Das Zentrale IT-Management Schleswig-Holstein (ZIT SH) als Eigentümer der +1 Infrastruktur hat Dataport mit dem Betrieb der genannten zentralen Systemdienste in den dataporteigenen Rechenzentren beauftragt.

Die +1 Kopfstelle bildet die Grundlage für die weiteren +1 Dienste:

- Betrieb Rev.Sicheres AD
- Betrieb der ressortübergreifenden Gruppenablage WSS.SH
- PKI und VPN für +1-System

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Basisbetrieb der +1-Komponenten (Kopfstelle, Rev.S.AD, ZUESY, WSS.SH ...)	01.01.2010 - 31.12.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	0,0	1.292,5	1.364,2	1.364,2	1.364,2	1.364,2
53356	Verträge	1.224,2	71,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.224,2	1.363,6	1.364,2	1.364,2	1.364,2	1.364,2

ITM 2154030000

Bezeichnung Datennetz SH (Kommunikationsplattform LN SH)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Aufbau und Betrieb einer landeseinheitlichen Netzplattform für Sprache und Daten; zentrale Basisinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben. Die ehemals vorhandenen 6 Verwaltungsnetze wurden zu einem Netz integriert. Es werden landeseinheitliche Netzanschlüsse bereitgestellt. Über das Netz (Landesnetz) werden gleichzeitig Daten und Sprache transportiert. Das Landesnetz ermöglicht die Verbindungen vom Bund über das Land bis zu den Kommunen. Alle Kosten für die LNB Anschlüsse (TDN2 - Daten und Anschlussgebühren LNB von DP werden über diese Maßnahme abgerechnet). Auf den Wertstellungsgesprächen werden jeweils für 6 Monate die Kosten festgelegt.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	TDN-Vertrag Schleswig-Holstein Net (Fimi-Klein)	Bisher in ITM 2154030000 als Unterverfahren; ab 2017 eigene ITM 2522030000

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung des Datenaustausches innerhalb der Landesverwaltung SH	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51103	Sonstige Kosten	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53303	Verträge	2.751,0	10.328,0	9.528,0	8.528,0	28,0	28,0
53304	Verträge	9.960,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	12.731,0	10.348,0	9.548,0	8.548,0	48,0	48,0

ITM 2155030000

Bezeichnung +1 Patch- und Veränderungsmanagement

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Die Maßnahme dient der operativen Fortentwicklung der +1 Infrastruktur im Wege der Anpassung von IT-Diensten an den Stand der Entwicklung und der Implementierung neuer Funktionalitäten.

Wesentliche Aufgaben sind:

- Bereitstellen von Betriebssystemimages
- Erstellen von MSI-Paketen für den Standardwarenkorb
- Scripting und Rollout für Hotfixes
- Bereitstellung eines +1-Testsegments

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherstellung der Aktualität i.S. IT- Sicherheit und Verfügbarkeit sowie Funktionalitäten	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Verträge	0,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
53356	Verträge	100,0	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	100,0	101,6	100,0	100,0	100,0	100,0

ITM 2169030000

Bezeichnung Zentraler FAX-Service SH
Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33
Status aktiv
Art IT-Verfahren
Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Bereitstellung der zentralen Infrastruktur und Betrieb für das Verfahren "Zentrales Faxsystem für IKOTECH III" im Dataport Rechenzentrum. Der Vertrag dient dem Betrieb einer eFax-Infrastruktur für alle an +1 Infrastruktur teilnehmenden Landesbehörden mit dezentralen Übergabesystemen, die noch nicht am ZUESY teilnehmen können. Im März/April 2015 wird eine weitere Fortschreibung des Vertrages erforderlich sein, da das Altverfahren im RZ Altenholz abgebaut und als gänzlich neuer Service in RZ² aufgebaut wird. Hierbei wird mit Preissteigerungen gegenüber der bestehenden Vertragslage zu rechnen sein.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Verfügbarkeit eines Fax-eMail-Dienstes für die Landesverwaltung	01.01.2006-31.12.2011
02	Neuer Simulationsvertrag ab 01.01.2014 V7491/1041000 Festpreis 21.574,79 (Quartalsweise 5.393,69 €).	ab 01.01.2014
03	Für den Umzug in RZ ² (ggf. nicht mehr erforderlich wegen ZÜSY bzw. CCMS) 10.000 € eingeplant (reicht als FV).	ohne

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53309	Verträge	0,0	21,6	21,6	21,6	21,6	21,6
53309	Sonstige Kosten	0,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	31,6	31,6	31,6	21,6	21,6

ITM 2173030000

Bezeichnung Basisdienst Internet (Verträge)
Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33
Status aktiv
Art IT-Verfahren
Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das ZIT SH stellt der Landesverwaltung Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit Dataport den Basisdienst "Internet" zur Verfügung. Veranschlagt sind die Ausgaben (geplant) der unmittelbaren Landesverwaltung zur Nutzung des Internets über die Dataport Firewall. Der Vertrag wird zentral durch das ZIT SH finanziert. Die Vertragsverwaltung ist Dataport übertragen. Das Internet (von englisch interconnected network), kurz das Netz, ist ein weltweites Netzwerk, bestehend aus vielen Rechnernetzwerken, durch das Daten ausgetauscht werden. Es ermöglicht die Nutzung von Internetdiensten wie E-Mail, Telnet, Usenet, Dateiübertragung, WWW und in letzter Zeit zunehmend auch Telefonie, Radio und Fernsehen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der IT der Landesverwaltung SH	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	691,4	691,4	691,4	691,4	691,4	691,4
	Summe	691,4	691,4	691,4	691,4	691,4	691,4

ITM 2175030000

Bezeichnung Dienste im +1-System (Büro Land)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Das Dataport Büro beim Land unterstützt das ZIT SH bei den Aufgaben des ressortweiten IT-Managements. Hierzu gehören insbesondere Leistungen zum Betrieb zentraler Systeme sowie die Koordination und Implementierung bzw. Pflege von Kommunikationsbeziehungen zwischen den obersten Landesbehörden, in den nachgeordneten Bereichen und nach außen.

Außerdem leistet das Büro beim Land Beratung für die obersten Landesbehörden beim ressortübergreifenden IT-Einsatz und unterstützt bei der Umsetzung von Schnittstellen.

Da diese Leistungen nicht über Ressortverträge abzudecken sind, erfolgt eine gesonderte vertragliche Regelung und zentrale Finanzierung.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	0,0	180,0	180,0	180,0	180,0	180,0
53301	Sonstige Kosten	0,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
53356	Verträge	180,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	180,0	230,0	230,0	230,0	230,0	230,0

ITM 2177030000

Bezeichnung "+1" - Infrastruktur Entwicklung

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Ohne Einsatz von IT ist ein Verwaltungshandeln nicht oder nur eingeschränkt möglich. Dies gilt insbesondere für sicherheitsrelevante Bereiche (Landespolizei, Justiz, Amt für Katastrophenschutz etc.), für finanzintensive Bereiche (EU-Fördermittel in der Landwirtschaft, Landeskasse etc.) sowie für verwaltungskritische Verfahren (z.B. SAP). Aus diesen Gründen findet eine Fortschreibung der Systemtechnik IKO III zu "+1" statt. Die Maßnahme wird als zentrale IT-Maßnahme aufgesetzt und beinhaltet die Teilbereiche "Zentrale Infrastruktur" und "Ressortanpassungen".

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Zentrale Infrastruktur	Für die IKOTECH III Infrastruktur ist der geplante Betrieb bis 2008 vorgesehen. Es ist durch eine Untersuchung festgestellt worden, dass für einen gesicherten Betrieb der IT-Infrastruktur des Landes eine Fortschreibung der Systemtechnik notwendig ist. Ein wesentlicher Faktor für die Betriebssicherheit der gesamten Infrastruktur des Landesstandards ist ein verfügbarer Mainstream Support für zentrale Services.
2.	Umstellung der Ressorts auf +1	Die Planungen der Ressorts zur Umstellung auf +1 werden in dieser Maßnahme gebündelt. Die Anmeldungen der Ressorts wurden einvernehmlich auf 0 € gesetzt. Unter der Leitung von VI 544 wird die Umstellung der Ressorts auf +1 koordiniert. Zeitplanung und Bedarfe werden zentral abgestimmt und mit Hilfe von Dataport in der Fläche ausgebracht.
03	Migration der Justiz: Ordentliche Gerichtsbarkeit	Migration der Ordentlichen Gerichtsbarkeit auf den Landesstandard +1 Infrastruktur. Mittel werden durch das ZIT zentral angemeldet, dafür keine Haushaltsanmeldung durch die Justiz für Migrationsprojekte.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
3	Beginn Migration der Behörden auf +1.Büro	01.03.10-31.12.10
1	Implementation eines gemeinsamen Übergabesystems	30.08.2010 - 31.12.2011
2	Fortschreibung zur Datenschutzfreundlichen Infrastruktur	01.01.10-31.12.10

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52502	Sonstige Kosten	0,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53307	Verträge	0,0	2.350,0	1.350,0	350,0	350,0	350,0
81201	Sonstige Kosten	0,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
	Summe	0,0	2.385,0	1.385,0	385,0	385,0	385,0

ITM 2185030000

Bezeichnung Übergreifendes AD für gemeinsame Verfahren

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die kooperierenden Länder (FHH, FHB und SH) wollen durch die gemeinsame Nutzung von IT-Systemen Synergien heben und insbesondere die laufenden Kosten im Betrieb gemeinsamer IT-Systeme senken. Diesem Ziel folgend führen FHH und SH gemeinsam u. a. das Personalverwaltungsverfahren KoPers ein. Der Aufbau der IT-Infrastruktur für KoPers ist der Anlass für die Schaffung eines ADs zur Nutzung von länderübergreifenden IT-Verfahren. Ein AD ist ein Verzeichnisdienst, um Zugriffsmöglichkeiten und Berechtigungsstrukturen aus Nutzer- und Computerkonten zu ermöglichen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Senkung der lfd. Betriebskosten bei länderübergreifenden IT-Verfahren und Erschließung weiterer Synergien durch Nutzung gemeinsamer IT-Systeme	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	114,2	100,1	100,1	100,1	100,1	100,1
	Summe	114,2	100,1	100,1	100,1	100,1	100,1

ITM 2340030000

Bezeichnung Landesnetz V+

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Redundanz zum bestehenden Landesnetz: Errichtung eines Redundanznetzes, um die Versorgungssicherheit und Leistung des Landesnetzes zu erhöhen (Erhöhung der Verfügbarkeit = V+). Gemeinsam mit der Errichtung des flächendeckenden BOS Digitalfunknetzes (Projekt des IM) soll ein integrierter Backbone entstehen, in dem sowohl die Anforderungen an ein Zugangsnetz für den Digitalfunk, wie auch die Anforderungen für ein unabhängiges Redundanznetz zum Transport von Daten und Sprache abgedeckt werden. Durch die Einführung des Landesnetzes V+ werden die Ressorts in die Lage versetzt, Einsparungen u.a. durch Serverkonzentration und Einsatz von zentralisierter Technik zu erzielen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Backbone	Kernsystem für den Datentransport
2.	Zugangssystem	Verbindungsleitung zu den Lokationen der Behörden

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Erhöhung der Ausfallsicherheit des Landesnetzes auf 99,5%	01.01.2010 bis 31.12.2012
2.	Erhöhung der Bandbreiten um 10 Mbit/s	01.01.2010 bis 31.12.2012
3.	Erhöhung der Bandbreite auf 100 Mbit/s	31.12.2012-31.12.2013
4.	Freigabe des LNV+ Netzes für Selbstzahler	01.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53303	Verträge	6.800,0	12.829,0	14.456,4	14.190,7	14.190,7	14.190,7
53303	Sonstige Kosten	0,0	8,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	6.800,0	12.837,7	14.456,4	14.190,7	14.190,7	14.190,7

ITM 2415030000

Bezeichnung Übergreifende Multideviceplattform (MDP) für den Einsatz von Smartphones

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die Multideviceplattform ist ein mandantenfähiges Verfahren, um mobilen Endgeräten einen sicheren Zugang zu dienstlichen Daten zu ermöglichen. Hierzu wurde eine Container- bzw. Sandboxlösung ausgewählt, die dienstliche Daten gekapselt und verschlüsselt in einer Applikation auf das Endgerät synchronisiert. Initial beschränken sich die auf diesem Wege bereitgestellten, dienstlichen Daten auf PIM-Daten, zu denen E-Mails, Kalender- und Kontaktdaten, sowie Aufgaben zu zählen sind.

Für die im Einsatz befindliche Lösung Exictor DME sind derzeit 40 Endgerätelizenzen pro Ressort (Landesregierung, Landtag, Landesrechnungshof) vorgesehen

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	0,0	200,0	30,0	30,0	30,0	30,0
53356	Verträge	30,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	170,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	200,0	200,0	30,0	30,0	30,0	30,0

ITM 2421030000**Bezeichnung** Integriertes Sicherheitsmanagementsystem (ISMS)**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33**Status** aktiv**Art** IT-Verfahren**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH**Beschreibung**

Das Integrierte Sicherheitsmanagementsystem (ISMS) ist das zuständige Gremium für die Regelung sämtlicher übergreifender Belange der Informationssicherheit. Es dient damit u. A. zur Erfüllung gesetzlicher Regelungen, insbesondere von Anforderungen aus der Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und dem Landesdatenschutzgesetz (LDSG). Es orientiert sich an gängigen Standards, u. A. den BSI-Standards, den IuK-Mindestanforderungen der Rechnungshöfe und Anforderungen aus Audits des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz (ULD). Das ISMS ist fachlich unabhängig, berät die Leitungsebene und ist dieser berichtspflichtig. Beschlüsse des ISMS haben empfehlende Wirkung.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Informationssicherheitsmanagement landesweit	Betrieb des Informationssicherheitsmanagementsystems der Landesregierung. Rolle: Chief Information Security Officer (CISO). Vertretung des Landes SH in der ständigen Arbeitsgruppe Informationssicherheit des IT-Planungsrates.
02	Kompetenzzentrum für Datenschutz und Informationssicherheit	Aufbau und Betrieb des Kompetenzzentrums für Datenschutz und Datensicherheit.
03	Informationssicherheitsmanagement ZIT	Betrieb des Informationssicherheitsmanagementsystems des ZIT. Rolle: Informationssicherheitsbeauftragter ZIT.
04	Informationssicherheitsmanagement Ressort MILI	Betrieb des Informationssicherheitsmanagementsystems des Innen-Ressorts. Rolle: ISB MILI. Restrukturierung und Konsolidierung des Informationssicherheitsmanagements im Ressortbereich des MILI. Vertretung des Landes SH in der IMK-AG Cybersicherheit. Zentrale Kontaktstelle/Administration KRITIS für das BSI.
05	Informationssicherheitsmanagement LaPo	Betrieb des Informationssicherheitsmanagements der Landespolizei. Rolle: ISB Landespolizei. In der Landespolizei wird zwischen strategischem und operativem Management unterschieden. In der Haushaltsplanung werden beide Bereiche erfasst.
06	Informationssicherheitsmanagement StK	Unterstützung des Informationssicherheitsmanagementsystems der Staatskanzlei.
07	Informationssicherheitsmanagement MBWK	Unterstützung des Datenschutz- und Informationssicherheitsmanagementsystems an den Schulen. Begleitung des Projektes DaSCH.
08	CERT-Nord	Betrieb des länderübergreifenden Computer Emergency Response Teams bei Dataport
09	Kooperationen ISM	Kooperation der CISOs der Dataport Trägerländer. Kooperation mit dem BSI.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung in SH	unbefristet
2	Umsetzen der Informationssicherheitsleitlinie für die öffentliche Verwaltung in Schleswig-Holstein.	unbefristet

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	01	Verabschiedung der Informationssicherheitsleitlinie SH	September 2018
01	02	Unterstützungsleistungen zur Umsetzung der durch die EU-DSGVO notwendigen Anpassungen in den Fachverfahren (ZIT)	Ende 2018
01	03	landesweite Einführung HiScout GRC-Suite (ISMS und Datenschutz).	Mitte 2019
01	04	Einführung eines Risikomanagements (landesweit, technische Basis HiScout)	Ende 2019
01	05	Einführung eines Notfallmanagements	Ende 2019
01	06	Betrieb des Informationssicherheitsmanagementsystems	unbefristet
02	01	Betrieb des Kompetenzzentrums für Datenschutz und Datensicherheit	unbefristet
04	01	Informationssicherheitsleitlinie MILI aktualisieren, abstimmen und zur Verabschiedung vorlegen	Juli 2019
04	02	Aufbau und Betrieb eines Compliance-Management-Systems. ISMS und Datenschutz mit HiScout. Datenbankgestützte Modellierung des IT-Verbundes in HiScout (MILI)	Ende 2019
04	03	Erstellung eines Konzeptes zur Einführung eines Notfallmanagements im MILI in Abstimmung mit übergreifendem landesweitem Konzept	Ende 2019
04	04	Unterstützungsleistungen zur Umsetzung der durch die EU-DSGVO notwendigen Anpassungen in den Fachverfahren (MILI)	Ende 2018
04	05	Erstellen und Fortschreiben einer Audit- und Prüfungsplanung. Durchführung einer IS-Kurzrevision im MILI	Ende 2019
04	06	Restrukturierung Zusammenarbeit mit dem Bund und den Ländern (IMK, AK II)	
04	07	Aufbau und Betrieb eines Wissensmanagement-Systems (MILI, LaPo)	
04	08	Aufbau eines Berichtswesens an IV 4 und IV St P	Ende 2019

05	01	Aufbau- und Ablauforganisation ISM LaPo ist neu ausgerichtet. Aufgabenteilung strategisch/operativ ist transparent und wird von den Beteiligten mitgetragen.	Ende 2019
05	02	Berichts- und Meldewesen der LaPo erfüllt die Anforderungen der Gremienbeschlüsse und ist in das Melde- und Berichtswesen des Ressorts MILI, sowie landesweit eingebunden.	Ende 2019
05	03	Konzepte und Richtlinien der Landespolizei sind auf aktuellem Stand und für Beteiligte verfügbar.	Ende 2019
06	01	Durchführung eines IT-Grundschutz-Checks in der StK (Auftrag an Dataport). Das vom CIO vorgegebene Ziel wird aufgrund des vorliegenden Reifegrads inhaltlich und zeitlich angepasst werden müssen. IST-Erfassung soll im Juli 2018 abgeschlossen sein.	Ende 2018
07	01	Unterstützung des Projektes Datenschutz an Schulen (DaSCH) durch Beratungsleitungen.	März 2019
09	01	Kooperationsvereinbarung mit dem BSI ist geschlossen.	Dezember 2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
52537	Sonstige Kosten	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
53356	Verträge	364,0	1.075,1	862,5	682,5	405,9	405,9
53356	Sonstige Kosten	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
53503	Sonstige Kosten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
	Summe	419,5	1.130,6	918,0	738,0	461,4	461,4

ITM 2434030000

Bezeichnung Full Managed Desktop für +1 (+1.FMD) - Ausgaben (geplant) im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Betriebsmodells +1

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Als Beitrag zur strukturellen Haushaltskonsolidierung ist eine Optimierung des IT-Betriebs durch schrittweise Verlagerung operativer Tätigkeiten für bis zu 20.000 IT-Arbeitsplätze und die damit verbundenen Infrastrukturkomponenten an Dataport vorgesehen. Der Landesstandard "+1" wird hierfür um ein Parallel-Modell zum bisherigen Modul "+1.büro" erweitert. Der Name der Maßnahme ist "+1.service". In "+1.service" werden die für eine konzeptkonforme Umsetzung von "+1.büro" notwendigen Tätigkeiten auf Dataport verlagert. Damit bildet "+1.service" ein umfassendes Konzept, welches die in den Dataportträgerländern Hamburg oder Bremen unter dem Namen BASIS bereits vorhandenen Betriebsprozesse und Einzelmaßnahmen aufnimmt und diese mit den grundsätzlichen Konzeptanforderungen wie mit der bestehenden Aufbau- und Ablauforganisation aus "+1" koppelt. Es ist sinnvoll, diese Umstellung der IT-Organisation moderat zu beginnen und einem moderaten Praxis-Test zu unterziehen. Beginnen wird diese Umstellung bei Staatskanzlei und Ressorts. Dafür spricht, dass hier bereits der IT-Betrieb zu Teilen auf Dataport (Büro beim Land) übertragen ist.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Rechtskonformer und wirtschaftlicher IT-Betrieb in den StK und Ministerien	31.12.2014

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Verträge	1.281,6	1.506,9	2.273,7	2.178,5	2.397,3	2.616,1
53302	Sonstige Kosten	900,0	1.912,0	8.850,0	12.850,0	16.450,0	16.450,0
	Summe	2.181,6	3.418,9	11.123,7	15.028,5	18.847,3	19.066,1

ITM 2436030000

Bezeichnung Videokonferenzsysteme

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Für eine übergreifende Videokommunikation auf Bund und Länderebene ist über den IT-Planungsrat der Einsatz eines flächendeckenden Videokonferenzdienstes geplant. Der Dienst wird dem Bund, den Bundesländern, den Kommunen sowie ggf. auch Dienstleistern der öffentlichen Hand über das BSI-zertifizierte DOI-Verbindungsnetz zur Verfügung gestellt. Das DOI-Verbindungsnetz ist eine deutschlandweite Kommunikationsinfrastruktur für alle Behörden der Deutschen Verwaltung.

Ziel der übergreifenden Videokommunikation ist es insbesondere bei länderübergreifenden Gesprächskreisen die Dienstreisetaätigkeit in Kosten und Zeit der jeweils Beteiligten zu mindern. So sollen künftig auch Kabinetts- und Bundesratsbeschlüsse über Videokommunikation verabschiedet werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Mobile Videokonferenzanlage im ZIT - Tanberg Abrechnung Quartalsweise 480,00 € Angebot 108949 lt. Auftrag vom 02.11.2009 vom FM; auf das ZIT übertragen.	02.11.2009
02	Videokonferenzanlage im FM V7332 DOI-Netz jährlich 4.500,00 €	01.12.2013
03	Videokonferenzanlage im FM V7334 Nutzungsgebühr Dataport jährlich 1.200,00 €	01.02.2014
04	Videokonferenzanlagen StK, MIB und LV Berlin V8394 Nutzungsgebühr Dataport und DOI für LV Berlin 11.700,00 €	01.01.2015

05	Jabber jährlich 1.200,00 zz. nur Pilot. Ablösung Jabber ist erfolgt durch Acano (Cisco Meeting)	2017
06	Es wird an einer anderen Lösung zwischen DP und TSI gearbeitet, Kosten sind nicht bekannt. Geschätzt Aufbau Infrastruktur 250.000,00 €. Je Hardware 100,00 € und Nutzungsgebühr 100,00 €. Nutzer insgesamt in 2017 300, in 2018 600, in 2019 800	2017
07	Plan mit Dataport Umstellung auf einen Rahmenvertrag aus dem mit Zustimmung des ZIT beschafft werden kann. Für 7 Anlagen wurde vorerst eine VV geschlossen, diese wird später in den Rahmenvertrag übergehen.	2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53309	Verträge	0,0	437,4	574,0	574,0	574,0	574,0
53309	Sonstige Kosten	0,0	81,0	93,0	102,0	114,0	114,0
53356	Verträge	121,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	2,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81202	Beschaffung	0,0	153,7	84,0	90,0	96,0	96,0
81246	Sonstige Kosten	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	135,4	672,1	751,0	766,0	784,0	784,0

ITM 2438030000

Bezeichnung WLAN Infrastruktur Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

WLAN (Wireless Local Area Network) ist eine Technologie zur Erstellung von Netzwerken, die über eine Luftschnittstelle aufgebaut werden. Der zunehmende Bedarf an mobiler Arbeit in Schleswig-Holstein kann durch die WLAN-Technologie unterstützt werden. Die bereitzustellende WLAN-Technologie ist gem. den Anforderungen des BSI-Grundschatzes der Stufe „normal“ ausgeprägt. Verfahren oder Daten, die über eine höhere Schutzstufe verfügen, dürfen ohne Zusatzmaßnahmen nicht darüber betrieben werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Konzepterstellung für WLAN für die Landesverwaltung Sicherheitskonzept ist noch erforderlich	Erstellung erfolgt nach Beauftragung
02	Aufbau einer Infrastruktur, die einen sicheren Betrieb von WLAN-Technologie ermöglicht. Die Nutzungsmöglichkeiten insbesondere in dienstlichen Räumen, um dort optimiert zu Arbeiten. Betriebsfremde (Gäste) können im Ausnahmefall einen eigenverantwortlichen Zugang in das Internet erhalten.	01.01.2015
03	Für kommunale Nutzer ist das Vorgehen noch zu besprechen, hierzu gibt es erste Anfragen z.B. seitens der Kreisverwaltung Dithmarschen. Klärung ist noch erforderlich.	01.10.2015
04	Gespräch mit Finanzmanagement, Beträge wurden auf das Minimum gekürzt	01.06.2015
05	Einsatz in der LV Berlin (10.000,00 € werden noch benötigt)	01.06.2015
06	Bestellung 100er WLAN-Lizenz. Zustimmung durch CIO, siehe Mail vom 28.06.2016	28.06.2016
07	Planung für die PDAFB; komplett mit WLAN bestücken. Vertragsangebot für neue Hardware bei de PDAFB kommt von DP, Kosten nicht bekannt. Aus IMPULS geplant; Erneuerung Netzinfrastruktur 73 bereits eingebaut, 68 bestellt.	01.11.2016
08	Planungen für das BiZ sobald Bandbreite erhöht wurde. 25 Stück eingeplant. Wenn IMPULS Mittel vorhanden, kann es daraus gezahlt werden. Sonst muss es normal bezahlt werden.	01.03.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53308	Verträge	0,0	61,6	61,6	61,6	61,6	61,6
53356	Verträge	33,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81202	Beschaffung	0,0	0,0	105,0	105,0	105,0	105,0
	Summe	33,1	61,6	166,6	166,6	166,6	166,6

ITM 2466030000

Bezeichnung Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Ad hoc - Aufträge zur Netzinfrastruktur zur Abwicklung über die GMSH oder andere Dienstleister.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Umsetzung des Landesstandrad zur strukturierten Verkabelung	laufend
02	Abbau von Doppelstrukturen (Netz-Fusion Produktionsnetz<>Haustechnik)	laufend
03	Energiekostensenkung durch PoE-Einsatz (ready for Green-IT)	laufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
71102	Sonstige Kosten	0,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0
71131	Sonstige Kosten	148,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	148,7	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0

ITM 2468030000**Bezeichnung** Übergreifende Basisdienste Land SH**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33**Status** aktiv**Art** IT-Verfahren**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH**Beschreibung**

Die IT-Maßnahme umfasst die Ausgaben (geplant) für Teilmaßnahmen trägerübergreifender Basisdienste, die federführend durch den zentralen IT-Dienstleister Dataport oder durch andere Kooperationspartner betrieben werden. Die Ausgaben (geplant) umfassen ausschließlich den Länderanteil für Schleswig-Holstein.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Backup Druck und Kuvertierung - Vorsorgeanwendung -	Die Teilmaßnahme umfasst die Vorsorgeaufwendungen, die notwendig sind, um einen 2. Druckstandort von Dataport [Printzentrum Lüneburg] technisch derart auszurüsten, dass in einem Katastrophenfall des 1. Druckstandortes [Druck- und Kuvertierzentrum Altenholz] die Produktion unmittelbar fortgeführt werden kann.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	134,4	134,4	134,4	134,4	134,4	134,4
	Summe	134,4	134,4	134,4	134,4	134,4	134,4

ITM 2486030000**Bezeichnung** LAN-Management und LAN-Infrastruktur Land SH**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33

Status aktiv
Art IT-Verfahren
Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die ITM beinhaltet zwei Bereiche:

LAN-Management durch Dataport (Portpreise) und Herstellung der Infrastruktur, wenn nicht in ITM 2466030000 eingeplant.

Die derzeit geltende Generaldokumentation beinhaltet für das Landesnetz Schleswig-Holstein ausschließlich das WAN. Im Rahmen des LAN-Übergangs der Finanzverwaltung und anderer Ressorts des Landes SH auf das ZIT SH wird das Landesnetz zukünftig um die Leistungserbringung im LAN erweitert. Der Auftraggeber stellt für das Land Schleswig-Holstein einen einheitlichen LAN-Standard sicher. Ziel ist es, die LANs der Landesverwaltungen schrittweise in den LAN-Standard SH zu überführen. Der Auftragnehmer übernimmt den Betrieb von Kunden-LANs inkl. deren Außenstellen.

Alle Leistungen die zur Herstellung der LAN-Infrastruktur erforderlich sind und nicht durch die GMSH erbracht werden, sind in dieser ITM einzuplanen (z.B. Beschaffung Switche und LWL/Kupfer Kabel, Abbau alter LAN-Komponenten, kleine Kabelarbeiten).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Das LAN-Management im Landesnetz soll durch den Auftragnehmer im ersten Schritt für alle Finanzämter inkl. BIZ in SH übernommen werden, ca. 5.000 Ports	01.04.2015
02	Es können weitere Nutzergruppen über diesen SLA bedient werden. Hierfür wurden 1.000 Ports bereitgestellt	31.05.2015
03	Neuverhandlung des Portpreises bei Überschreitung der 6.000 Ports - Ports wurden im April überschritten.	31.05.2015
04	DP und Z3 verhandeln neue Portpreise. neue LB wurde an DP gesandt; Vertrag wird zz. bei DP geschrieben	April 2017
05	Es soll einen neuen Vertrag für Sonderaufgaben des AIT geben. Anforderungen sollen vom AIT gestellt werden.	2016
06	Aufgrund der Begehungen durch Dataport kann es zu Hardwareanforderungen kommen.	bei Bedarf
07	Planungen für die Hardware von der Polizei sind nicht bei der Polizei geplant und auch nicht durch PITA abgedeckt. Planungen für Hardware Reinvestition sind hier mit eingeplant. Regelungen müssen noch getroffen werden.	2016
08	IMPULS Serverumzug im BiZ	2016
09	IMPULS Switche für die PDAFB	2016
10	neuen Vertrag mit Polizei Auftrag zur Prüfung an Dataport gesandt.	März 2017
11	Übernahme des LAN's für den gesamten Campus	08.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53308	Verträge	0,0	3.142,2	3.287,7	3.349,3	3.449,3	3.449,3
53308	Sonstige Kosten	0,0	238,0	100,0	100,0	10,0	10,0
53356	Verträge	1.084,0	105,8	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	63,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81202	Beschaffung	0,0	176,0	226,0	218,0	218,0	218,0
81246	Sonstige Kosten	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.247,4	3.662,1	3.613,7	3.667,3	3.677,3	3.677,3

ITM 2492030000**Bezeichnung** Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen**Beschreibung**

Mehraufwand für die Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen aufgrund politischer Vorgaben zur aktuellen Flüchtlingslage. Aufgrund der kurzfristigen Beauftragung der Anbindungen der EAE's werden höhere Kosten bei Dataport und T-Systems anfallen; z.B. für kurzfristige Anbindungen, Beaufsichtigung Aufbau vor Ort, usw.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Einrichtung der Erstaufnahmeeinrichtungen aufgrund von politischen Vorgaben, Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit von Polizei und LfA	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Verträge	38,7	13,7	11,7	11,7	11,7	11,7
	Summe	38,7	13,7	11,7	11,7	11,7	11,7

ITM 2499030000**Bezeichnung** Generalunternehmenshaft Dataport für das Landesnetz Schleswig-Holstein**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das zentrale IT-Management bei der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein (ZIT SH) richtet seinen Bezug von Telekommunikationsdienstleistungen aus strategischen, technologischen und wirtschaftlichen Gründen neu aus.

Im Rahmen der länderübergreifenden Zielarchitektur Netze ist es unabdingbar, Betreibermodelle und technologische Rahmenbedingungen zu vereinheitlichen. Dieses kann im ersten Schritt durch die Übertragung der Generalunternehmenschaft für Netze an Dataport erfolgen.

In Schleswig-Holstein erbringt Dataport seit über fünfzehn Jahren Datendienste für eine sichere IP-Kommunikation inklusive des Firewallbetriebs. Die Bereitstellung der Sprachdienste und Leitungen erfolgte über die Telekom. Mit der Neukonzeption des Landesnetz V+ hat sich das Land Schleswig-Holstein bewusst entschieden, Dataport mit der Erbringung aller Leistungen für die Bereiche Backbone-Vernetzung, BOS-Zugangsnetz und Landesnetz V+ zu beauftragen. Damit werden die Koordinierungserfordernisse auf der ministeriellen Ebene deutlich reduziert. Von den Gesamtaufwendungen für die Realisierung und den Betrieb eines Landesnetzes entfallen ca. ein Drittel auf Dienstleistungen, die durch Dataport selbst erbracht werden und zwei Drittel auf Dienstleistungen, die von Unterauftragnehmern erbracht werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Erstellung eines GU-Vertrages	Ende 2016
02	Aufgabenerweiterung des DP-Büro-Netze (Vollumfängliche Bearbeitung)	ab 2016

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53303	Verträge	6,0	804,2	804,2	804,2	804,2	804,2
	Summe	6,0	804,2	804,2	804,2	804,2	804,2

ITM [2507030000](#)

Bezeichnung Betrieb und Pflege des Verfahrens MailLand (sichere Mail über das Landesnetz)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Der Dienst „Sicherer Mailverkehr über das Landesnetz SH (MailLand)“ ermöglicht es E-Mails der schleswig-holsteinischen Verwaltungen der Kommunen statt über das Internet, über das Landesnetz zu versenden. Die Verwaltungen der Kommunen müssen ein Antragsverfahren durchlaufen, um ihre Mail-Domain im Landesnetz zu versenden. Das Durchlaufen des kommunalen Mailverkehrs durch das landesnetz beinhaltet die Prüfung der E-Mails bei der DP-Firewall/E-Mailfilter. Somit ist der sichere Mailverkehr zwischen Land, Kreis und Kommunen sichergestellt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
0100	<p>Filterung von Emails auf Spam und gefährliche Inhalte. Entsprechend der Filterung von E-Mails auf Spam und gefährliche Inhalte am Dataport Firewall werden über das Landesnetz versandte E-Mails ebenfalls gescannt.</p> <p>Spam-E-Mails werden entsprechend markiert und gefährliche Inhalte werden entfernt und in Quarantäne gestellt, der Empfänger wird hierüber informiert. Die Störungen durch Spam bzw. Gefahren durch gefährliche Anhänge sind bei E-Mails innerhalb des Landesnetzes geringer als beim Eingang von E-Mails aus dem Internet anzusehen, aber dennoch nicht auszuschließen. Die technische Umsetzung erfolgt analog der Leistung „Inhalte-Filterung von Emails am Dataport Firewall in Altenholz“.</p>	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	20,0	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5
	Summe	20,0	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5

ITM 2512030000

Bezeichnung Zentrales E-Mail-System der Landesverwaltung Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Mit CCMS soll durch Dataport ein zentraler und länderübergreifender E-Mail Dienst für die Dataport-Trägerländer Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, perspektivisch Sachsen-Anhalt sowie Dataport selbst bereitgestellt werden.

Ferner möchte Dataport CCMS auch Behörden im kommunalen Umfeld in Schleswig-Holstein sowie möglicherweise weiteren öffentlich-rechtlichen Institutionen, die aktuell kein Träger von Dataport sind, bereitstellen.

Mit der Einführung von CCMS für SH soll die bestehende E-Mailinfrastruktur in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung, bestehend aus dem zentralen E-Mail-System Zentrale Übergabesysteme (ZüSy) sowie dezentralen Exchange- und Sendmail-Systemen in den Landesbehörden, abgelöst werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sämtliche Verwaltungsaufgaben in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung, für deren Durchführung E-Mailkommunikation (intern und extern) sowie Groupwarefunktionalitäten (gemeinsames Kalender- und Terminmanagement) genutzt werden.	Daueraufgabe

2	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftliche Kostensynergien durch skalierbare Infrastruktur für mehrere Trägerländer. - Einheitliche Anforderungen, Prozesse und Standards im IT-Betrieb verbunden mit sinkenden Entwicklungs- und Prozesskosten beim Dienstleister Dataport. - Einheitliche Qualitätsstandards für die Teilnehmer an CCMS. - Gemeinsame Fortentwicklung der Infrastruktur durch die Teilnehmer an CCMS. 	
---	---	--

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	0,0	527,0	714,0	240,0	240,0	240,0
53301	Sonstige Kosten	0,0	1.356,1	1.208,1	1.208,1	1.208,1	1.208,1
53356	Verträge	415,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	707,4	170,6	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.122,6	2.053,7	1.922,1	1.448,1	1.448,1	1.448,1

ITM 2522030000

Bezeichnung TDN FiMi klein - Standardfestverbindungen

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung aktiv

Beschreibung

Standardfestverbindungen (SFV) sind Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, die als Monopolübertragungsweg (MÜW), Datendirektverbindung (DDV) und Carrier-Festverbindung (CFV) von T-Systems angemietet werden. Es handelt sich um festgeschaltete Verbindungen mit analogen und digitalen Schnittstellen. Vereinzelt sind diese Verbindungen zwischen den Liegenschaften erforderlich.

FV verbinden zwei Anschlussstellen dauerhaft miteinander, ohne dass eine Vermittlung erfolgt, es sind somit weder ein Verbindungsaufbau noch ein Verbindungsabbau erforderlich. Die physikalische Übertragungsebene kann alle bekannten drahtgebundenen und drahtlosen Übertragungsmedien umfassen. Je nach Verwendungszweck und der zur Verfügung gestellten Bandbreite können FV zur Übertragung von Sprach-, Daten- und Bildinformationen genutzt werden. So eignen sich Festverbindungen ideal für den Aufbau von standortübergreifenden Unternehmensnetzen, den Corporate Networks (CN).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Standardfestverbindungen (SFV) sind Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, die als Monopolübertragungsweg (MÜW), Datendirektverbindung (DDV) und Carrier-Festverbindung (CFV) von T-Systems angemietet werden. Es handelt sich um festgeschaltete Verbindungen mit analogen und digitalen Schnittstellen. Vereinzelt sind diese Verbindungen zwischen den Liegenschaften erforderlich. FV verbinden zwei Anschlussstellen dauerhaft miteinander, ohne dass eine Vermittlung erfolgt, es sind somit weder ein Verbindungsaufbau noch ein Verbindungsabbau erforderlich. Die physikalische Übertragungsebene kann alle bekannten drahtgebundenen und drahtlosen Übertragungsmedien umfassen. Je nach Verwendungszweck und der zur Verfügung gestellten Bandbreite können FV zur Übertragung von Sprach-, Daten- und Bildinformationen genutzt werden. So eignen sich Festverbindungen ideal für den Aufbau von standortübergreifenden Unternehmensnetzen, den Corporate Networks (CN).	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53303	Verträge	0,0	540,0	540,0	504,0	504,0	504,0
53304	Verträge	624,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	624,0	540,0	540,0	504,0	504,0	504,0

ITM 2541030000

Bezeichnung Green IT in der Landesverwaltung SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Unter dem Stichwort Green IT versteht man Bestrebungen, die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten:

- Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Herstellung, des Betriebs und der Entsorgung der Geräte (Green in der IT). Näheres wird in der RoHS-Richtlinie der EU festgelegt (EG-Richtlinie 2002/95/EG zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten zur Verwendung von Gefahrstoffen in Geräten und Bauteilen)

- Energieeinsparung beim bzw. durch den Einsatz von Informationstechnologie

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Campusserver	Zentralisierung

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Umbau Technikräume 46, 47, 48 im MIB	2017/2018

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
BHZ Wik und Server	U-01	MELUND	2017
Campus-Server und Server	U-02	FM	2017
Server	U-03	LVerGeo	2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	80,0	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0
	Summe	80,0	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0

ITM 2558030000

Bezeichnung Zentrale Beschaffungsleistungen für das Land Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die IT-Maßnahme enthält zentral koordinierte Beschaffungsleistungen wie z.B. die Hardwareaussonderung einschl. Dienstleistungen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Bereitstellung von Rahmenverträgen im Bereich der IT-Beschaffung und Hardwarenahe Dienstleistungen für die Ressorts	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
	Summe	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0

ITM 2573030000

Bezeichnung Datenaustauschplattform dDatabox

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Sicherer Datenaustausch	offen

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	100,0	120,0	120,0	120,0	120,0
	Summe	0,0	100,0	120,0	120,0	120,0	120,0

ITM 2358010000

Bezeichnung Grundversorgung der DSt EA

Ressort / Dst. ZIT SH I / EA-SH I

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Entsprechend der Kooperationsvereinbarung zwischen FM und dem Einheitlichen Ansprechpartner SH (EA-SH) ist die IT-Versorgung der Anstalt EA-SH durch das FM sicherzustellen. Die Leistungen für Verfahrenskomponenten sind in den Aufträgen zum Betrieb der unterschiedlichen E-Government/Basisinfrastrukturen enthalten. Veranschlagt sind lfd. IT-Kosten, um die BK des EA-SH zu pflegen und zu betreuen und Kleinmaterial beschaffen zu können.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Herstellung und Erhalt der technischen Einsatzfähigkeit des EA	01.01.2010 bis 31.12.2015

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51143	Sonstige Kosten	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
51143	Beschaffung	0,1	2,1	1,3	1,3	2,1	2,1

51144	Sonstige Kosten	0,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
53356	Verträge	14,3	14,3	14,3	14,3	14,3	14,3
	Summe	16,3	23,3	22,5	22,5	23,3	23,3

ITM 2359030000

Bezeichnung Fachverfahren EA-SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / EA-SH I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Der Einheitliche Ansprechpartner (kurz EA-SH) ist Bestandteil der EU-Dienstleistungsrichtlinie und hat das Ziel die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungen künftig zu erleichtern. Seit dem 28.12.2009 ist der EA-SH als Kontaktstelle das Bindeglied zwischen Dienstleistern und Behörden (englische Bezeichnung: „Single Point of Contact“).

Die IT des EA-SH wird durch das Land gestellt (ZIT SH). Für die Bereitstellung der Fachverfahren ist das Land (ZIT SH) ebenfalls verantwortlich. Die Umsetzung der Fachlichkeit erfolgt mit Hilfe des EA-SH. Zentrale Aufgabe ist die Bereitstellung von Informationen, welche Anforderungen für die rechtmäßige Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit bestehen. Zusätzlich fungiert der EA-SH auch als Verfahrensmittler, über den der Antragsprozess des Dienstleisters (Erklärungen, Anmeldungen, Eintragungen oder die Beantragung von Genehmigungen und so weiter) weitestgehend koordiniert und abgewickelt werden kann. Alle Leistungen werden bis auf Weiteres kostenfrei angeboten.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
2	SFIRM	Software für Onlinebanking
3	eGewerbe	Betrieb Gewerbeanzeige EA-SH als Teilverfahren der eGovernmentlösung eGewerbe

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung der Verpflichtungen des Landes aus der EU-DLR und darauf beruhenden anderen Regelungen	lfd. Prozess

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	15,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5
	Summe	15,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5

ITM 2452030000

Bezeichnung Unterstützungsplattform EA-SH (AFM = Antrags- und Fallmanagement)

Ressort / Dst. ZIT SH I / EA-SH I

Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Zur Aufgabenerfüllung bedarf der EA-SH zwingend eines automatisierten Systems, um den ansteigenden Fallzahlen und einer vorgegebenen Bearbeitungsfrist von drei Tagen gerecht zu werden. Das Antrags- und Fallmanagement stellt dabei die zu Grunde liegende digitale Infrastruktur dar. Auf dieser digitalen Infrastruktur werden unterschiedliche (Fach)Verfahren aufgesetzt und können in der Folge automatisiert bearbeitet werden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Umsetzung der Anforderungen aus der Kooperationsvereinbarung und der Anforderungen aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Ende 2017 sollen alle Verwaltungsdienstleistungen, die der EU-Dienstleistungsrichtlinie unterfallen elektronisch abgebildet sein. Innerhalb von 3 Tagen müssen die Anträge elektronisch an die zuständige Behörde weitergegeben sein.	Ende 2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53356	Verträge	0,0	52,0	50,0	0,0	0,0	0,0
53356	Sonstige Kosten	13,2	284,2	284,2	334,2	334,2	334,2
	Summe	13,2	336,2	334,2	334,2	334,2	334,2

Kapitel 1403 E-Government (ITM mit kommunalem Schwerpunkt)

Zentrales IT-Management [Kommunal]

ITM 2439030000

Bezeichnung BOB SH - Bauleitplanung Onlinebeteiligung SH

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Mit BOB-SH erhalten Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden, die an der Planung von Bauleitverfahren beteiligt werden (sog. TöB), die Möglichkeit, diese Beteiligung elektronisch und über das Internet durchzuführen. Hierdurch kann eine digitale Bürgerbeteiligung bei allen Bauleitplanverfahren in Schleswig-Holstein sichergestellt werden. Da die große Mehrzahl von TöB Landesbehörden sind, werden die auch die verwaltungsübergreifenden Abläufe in Zusammenarbeit mit den Kommunen erheblich vereinfacht. Die Kommunen streben 2019 an, eine Integration in vorhandene eAkte-Systeme zu konzipieren und in BOB-SH zu integrieren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Standardisierung der Beteiligungsabläufe von Landesbehörden bei kommunalen Bauleitplanungen	01.01.2018
02	Standardisierung der kommunalen Bauleitplanungsbeteiligung	01.04.2019
03	Ausbau zur Plattform für frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und kommunaler weiterer Planverfahren (z. B. Stadtentwicklung)	01.10.2019
05	Ausbau zur Nutzung für Beteiligungsverfahren im Immissionsschutzrecht	01.01.2020

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53306	Verträge	85,0	85,0	85,0	85,0	85,0	85,0
53306	Sonstige Kosten	20,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
	Summe	105,0	110,0	110,0	110,0	110,0	110,0

ITM 2440030000

Bezeichnung ZuFiSH - Zuständigkeitsfinder SH (Weiterentwicklung)

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Seit seiner Einführung hat sich ZuFiSH als Behördenwegweiser in Schleswig-Holstein bewährt. Es entstehen Kosten für den Betrieb des Verfahrens bei der Firma TSA und bei Dataport. Andere Verfahren, z.B. die einheitliche Behördenrufnummer 115, möchten die im ZuFiSH enthaltenen Informationen über Behördenstandorte und Leistungen nutzen. Hierbei werden erweiterte Anforderungen an die Daten gestellt, so dass auch nach Inbetriebnahme des Zuständigkeitsfinders Anpassungen und Weiterentwicklungen notwendig werden. Innerhalb der bundesweiten Entwicklergemeinschaft Linie6Plus werden die Weiterentwicklungswünsche abgestimmt und definiert. Die Verbundpartner partizipieren von den Einsparungen der gemeinsamen Entwicklung und von den Erfahrungen der anderen. Auch innerhalb Schleswig-Holsteins wird angestrebt, die Daten aus ZuFiSH für andere Verfahren zur Verfügung zu stellen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
001	Gebührenkonfigurator	Online Internetanwendungen; hier: Angebot Entwicklung Gebührenkonfigurator zur Ermöglichung von ePayment bei Vorkasse (frühes Bezahlen)

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
001	Die in der länderübergreifenden Arbeitsgruppe Linie6Plus abgestimmten Weiterentwicklungswünsche werden innerhalb des aktuellen Jahres umgesetzt.	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53306	Verträge	109,0	141,1	115,0	115,0	115,0	115,0
53306	Sonstige Kosten	0,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	109,0	156,1	115,0	115,0	115,0	115,0

ITM 2453030000

Bezeichnung De-Mail-in-SH Basisdienst - Entwicklungen
Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom
Status aktiv
Art IT-Vorhaben
Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Jede Behörde ist verpflichtet, einen De-Mail-Zugang anzubieten. De-Mail-in-SH ist ein Basisdienst zur Ermöglichung der rechtssicheren De-Mail-Kommunikation für Landes- und Kommunalverwaltungen in SH, aber auch für Dataport und andere Dataport-Trägerländer. Das De-Mail-Gateway hostet für die Verwaltungen De-Mail-Adressen und bietet eine Kopplung an die jeweiligen E-Mail-Verbünde in den gesicherten Landesnetzen. De-Mail-Adressen für ca. 160 Verwaltungen wurden registriert. Mit Stand 31.01.2017 sind die Aufbauarbeiten sämtlich abgeschlossen, De-Mail-in-SH ist in Betrieb. Da der Vertrag zu De-Mail-in-SH im Februar 2019 ausläuft, wird seit dem Frühsommer 2018 nach einer Nachfolgelösung gesucht. Diese soll möglichst einfach die verschiedenen

rechtssicheren elektronischen Kommunikationswege (besonderes elektronisches Behördenpostfach beBPO, De-Mail) bündeln.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	De-Mail-Zugang und De-Mail-Versand. De-Mail ist rechtlich verpflichtend für die Verwaltungen. Um Kosten und rechtlichen sowie organisatorischen Aufwand zu minimieren, erfolgt ein gemeinsames Vorgehen.	Daueraufgabe

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53306	Verträge	8,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	8,1	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2456030000

Bezeichnung Integriertes Antrags- und Fallmanagement (iAFM)

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Auf Grundlage der Ergebnisse des Vorprojekt iWOBIS (integriertes Workflow orientiertes Bürgerinformationssystem) des KomFIT soll eine von Kommunen, EA-SH und Land gemeinsam nutzbare technische Infrastruktur zur Online-Abwicklung aller hierfür geeigneter Antragsverfahren über das Internet eingerichtet und dauerhaft betrieben werden.

iAFM ermöglicht die Antragstellung über einfache Online-Formulare oder Online-Assistenten, die die Antragsteller intelligent durch den Antrag führen und sicherstellen, dass nur die Angaben erfasst werden müssen, die für den konkreten Fall tatsächlich erforderlich sind. Die Nutzung ist sowohl am PC per Browser als auch auf mobilen Endgeräten über an diese Technik angepasste Oberflächen möglich.

Durch iAFM werden die Voraussetzungen für eine medienbruchfreie Bearbeitung von allen bisher noch nicht online abwickelbaren Antragsverfahren geschaffen. Die online erfassten Daten und Dokumente werden entweder direkt an die jeweiligen Fachverfahren der Verwaltungen übermittelt, per E-Mail sicher über das Landesnetz (oder ggf. über De-Mail) an die Verwaltung weitergeleitet (vgl. IT-Maßnahme Mailand) oder in einen sog. fallbezogenen Bearbeitungsraum, auf den sowohl der jeweilige Antragsteller als auch die Verwaltung Zugriff haben, bereitgestellt. Für die Nutzung eines Bearbeitungsraumes ist eine Registrierung im iAFM (ggf. auch über den Schleswig-Holstein Service) oder eine Authentifizierung über die eID-Funktion des neuen Personalausweises oder des elektronischen Aufenthaltstitels erforderlich (vgl. IT-Maßnahme Bürgerkonto).

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Bereitstellung eines landesweiten Antrags- und Fallmanagements als zentrale IT-Infrastrukturkomponente zur medienbruchfreien Bearbeitung von Antragsverfahren	30.06.2016
2	Initiierung, Realisierung und Einführung erster Verfahren und weiterer Antragsverfahren einzelner Kommunen	31.03.2017
3	weiterer Ausbau der Antragsverfahren für Kommunen	fortlaufend

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53306	Verträge	208,6	372,8	0,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	0,0	0,0	300,0	300,0	300,0	300,0
	Summe	208,6	372,8	300,0	300,0	300,0	300,0

ITM 2457030000

Bezeichnung SIKOSH (Sicherheit in den Kommunen SH) Vorprojekt

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Für einen sicheren Betrieb von Verfahren im kommunalen Bereich ist in den Kommunen ein nicht unerheblicher Aufwand notwendig. Die Erfahrung der Prüfbehörden zeigt, dass insbesondere bei der Dokumentation und beim Management von Informationssicherheit zum Teil erhebliche Lücken geschlossen werden müssen. Auch zum Aufbau eines Datenschutzmanagements im Sinne der Datenschutzgrundverordnung ist ein geregeltes Informationssicherheitsmanagement erforderlich (v. a. bei der Umsetzung technisch-organisatorischer Maßnahmen).

Das Projekt „SiKoSH“ legt als Ergebnis ein Sicherheitsrahmenkonzept vor

- Prozessmodell zum Aufbau eines ISMS
- zahlreiche Hilfsmittel zur Adaption und behördeninternen Anpassung
- Sensibilisierung für mehr Informationssicherheit
- Muster-Sicherheitskonzept

Um den kommunalen Verwaltungen eine bedarfsgerechte Auswahl zu ermöglichen, wird das Sicherheitsrahmenkonzept Schwerpunkte und Zusammenhänge aufzeigen. Zur Sensibilisierung sind Trainingsmaßnahmen (z. B. Spear-Fishing) und Multiplikatorenschulungen für Trainer vorgesehen. Weiterhin wird im Rahmen des Projektes ein Konzept für ein interkommunales Informations-Sicherheitsmanagementsystem erstellt.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Fortschreibung des SiKoSH-Standards	31.12.2018

02	Verbreitung der Information und der Ergebnisse durch Multiplikatoren-Schulungen in den Kommunen, Roadshows u. dergl.	31.12.2018
03	Aufbau und Durchführung ISB-Forum S-H als regelmäßige Austauschplattform in Fragen kommunaler Informationssicherheit	31.12.2018
04	Durchführung von Schulungen ISB und Awareness	31.12.2018
05	Lizenzierung eines Spear-Fishing-Servers	31.12.2018
06	Evaluierung der SiKoSH-Hilfsmittel im Rahmen eines Feldtests	31.12.2018
07	Kommunale Beteiligung CERT-Nord	31.12.2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53306	Verträge	108,4	100,0	100,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	151,6	60,0	55,0	55,0	55,0	55,0
	Summe	260,0	160,0	155,0	55,0	55,0	55,0

ITM 2459030000

Bezeichnung Landesweite Kita-DB als Angebot an die Kommunen

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Seit dem 1.8.2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch für unter dreijährige Kinder, der sich gegen die Kreise und kreisfreien Städte richtet. Die Kita-Landschaft ist in den Kommunen heterogen ausgeprägt: Es gibt Kommunen, in denen sich nur Kitas in kommunaler Trägerschaft befinden, es gibt Kommunen in denen sich Kitas nur in freier Trägerschaft befinden und Kommunen, in den eine Mischung von beiden Trägerschaften vorliegt.

Eltern melden ihre Kinder bei mehreren Kitas (teilweise über kommunale Grenzen hinweg und bei mehreren Trägern) an. Daraus ergibt sich ein Informations- und Planungsproblem für Eltern, Kitas, Gemeinden, Kreise und Land.

Aufgrund dieser Situation ist es für die Standortkommunen schwer, den Rechtsanspruch zu erfüllen. Noch schwieriger ist es für die Kreise und kreisfreien Städte, stadt- / gemeindeübergreifend einen Überblick über die tatsächliche Situation zu erhalten und die Eltern bei der Geltendmachung des Betreuungsanspruches zu unterstützen. In der Vergangenheit konnte der Anspruch bisher nur mit hohem Personalaufwand erfüllt werden. Ergänzend besteht für die Träger die Schwierigkeit, die Einrichtungen bedarfsgerecht auszubauen bzw. Angebotslücken zu identifizieren.

Ziel der landesweiten KiTa-DB ist es, den Anbietern und Finanzierern von Betreuungsplätzen im Land ohne Anschluss- und Benutzungszwang mit einem niedrigschwelligen Angebot die Möglichkeit zu geben, ihre Betreuungsangebote abzustimmen und zu optimieren, u.a. durch die frühzeitige Erkennung von Doppelanmeldungen. Die landesweite Kita-DB soll eine technische Lösung werden, die bei den einzelnen Beteiligten vorhandene Daten übergreifend für die Aufgabenerfüllung der Einrichtungen, der Träger, der Städte / Gemeinden, der Kreise und des Landes auswertbar macht. Der Umfang der Daten ist noch zu bestimmen. Bei der Auswertbarkeit steht die Steuerung der Angebote durch die Stadt / Gemeinde als Träger / Finanzierer der Einrichtung im Vordergrund.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Schulungen, Marketing, Regionalkonferenzen	2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53306	Verträge	37,8	55,2	0,0	0,0	0,0	0,0
53306	Sonstige Kosten	34,7	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
	Summe	72,5	105,2	50,0	50,0	50,0	50,0

ITM 2471030000

Bezeichnung iKfz - Entwicklung einer dezentralen iKfz-Plattform

Ressort / Dst. ZIT Kom / ZIT Kom

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Nach dem Schreiben des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) vom 06.05.2014 soll ab 01.01.2015 die internetbasierte KFZ-Stilllegung stattfinden. Über den Onlinedienst „Kfz - Außerbetriebsetzung“ ist eine internetbasierte Außerbetriebsetzung derjenigen Fahrzeuge möglich, die ab dem 01.01.2015 eine Zulassungsbescheinigung Teil I (ZB I) mit verdeckt aufgebrachtem Sicherheitscode und Siegelplaketten auf den Kennzeichenschildern mit ebenfalls verdeckt aufgebrachtene Sicherheitscodes erhalten haben. Hierzu soll Dataport im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg sowie von 13 der 15 KFZ-Zulassungsstellen im Land Schleswig-Holstein ein Internetportal entwickeln und ab 2015 technisch betreiben, welches die Abwicklung mit den zentralen Komponenten beim KBA übernimmt.

Stufe 2 - Wiederezulassung auf denselben Halter (voraussichtlich ab 01.10.2017). Es ist beabsichtigt, das Frontend für die Stufe 2 mit dem iAFM umzusetzen und das Frontend der Stufe in das iAFM zu migrieren. Beide Stufen sollen weiterhin von Dataport betrieben und die zentralen Komponenten für die KBA- und Fachverfahrensanbindung weiterhin gemeinsam mit der FHH genutzt werden. Beide Stufen werden künftig von allen Kfz-Zulassungsstellen in SH genutzt.

Stufe 3 ist in Abhängigkeit von den gesetzlichen Vorgaben zum Ausbau in 2018 vorgesehen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Zentrales Portal für Fahrzeugzulassung mit erster Umsetzungsstufe Außerbetriebsetzung	01.01.2015
	Wiederezulassung auf denselben Halter (Stufe 2)	01.10.2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53306	Verträge	123,7	247,5	100,7	60,7	110,7	110,7
53306	Sonstige Kosten	0,0	150,0	190,0	190,0	190,0	190,0
	Summe	123,7	397,5	290,7	250,7	300,7	300,7

ITM 2443030000

Bezeichnung Zuschüsse zur Finanzierung KomFIT

Ressort / Dst. ZIT Kom / KLV

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Gem. § 19 Abs. 3 FAG werden dem Kommunalen Investitionsfonds 1.000 T€ zweckgebunden zur Finanzierung von Maßnahmen gemeinde- und kreisübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik entnommen (§19 FAG idF. vom 13.12.2013 -Gliederungsnummer 6030-1). Voraussichtlich entfallen diese Ausgaben ab 2019, da das KomFIT in das ITVSH (Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft der Kommunen) überführt werden soll.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
68502	Verträge	1.000,0	1.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	1.000,0	1.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2449030000

Bezeichnung Zuschuss EA-SH - Einheitlicher Ansprechpartner AöR

Ressort / Dst. EA-SH II / Zuschuss EA-SH

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Gem. § 17 Abs. 1 Errichtungsgesetz Einheitlicher Ansprechpartner SH vom 17.09.2009 erhält der AöR zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 3 Errichtungsgesetz von den Trägern Finanzmittel nach Maßgabe der jeweiligen Haushalte als Globalzuweisung. Ab 2019 entfallen diese Ausgaben, da der EA-SH in die Trägerschaft der Kommunen übergehen wird und Teil der neuen Anstalt ITVSH werden soll.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
68502	Verträge	371,4	371,4	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	371,4	371,4	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2584030000

Bezeichnung Zuschussfinanzierung des IT-Verbund SH

Ressort / Dst. ZIT Kom / KLV

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

In der Trägerschaft der Kommunen wird die Anstalt des öffentlichen Rechts ITVSH eingerichtet. Die Landesregierung SH beabsichtigt, sich an der Finanzierung der neuen Anstalt zu beteiligen.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
68501	Verträge	0,0	0,0	2.900,0	2.900,0	2.900,0	2.900,0
	Summe	0,0	0,0	2.900,0	2.900,0	2.900,0	2.900,0

Kapitel 1404 Digitalisierung (administrative Ausgaben)

Zentrales IT-Management [Digitalisierung]

ITM 2513030000

Bezeichnung Konzepte und Strategien Digitalisierung

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Verwaltungsmodernisierung

Beschreibung

Digitalisierung und digitaler Wandel sind die Entwicklungsvoraussetzung für alle anderen Bereiche. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur und Fertigkeiten hat deshalb Vorrang, um die Potenziale der Digitalisierung überhaupt nutzen zu können. Dafür braucht es Investitionen in digitale Kompetenz und die Unterstützung von wirtschaftlichen Akteuren, die aufgerufen sind, sich der Digitalisierung zu stellen.

Um diese Aufgabe entsprechend zu meistern, wurde das Digitalisierungskabinett auf Ministerinnen- und Ministerbene unter Leitung des Ministerpräsidenten gegründet, um eine klare, abgestimmte und umfassende Digitalisierungspolitik sicherzustellen. Alle Ressorts haben ihren Beitrag für das gemeinsame Digitalisierungsprogramm erarbeitet. Das Digitalisierungsprogramm ist die Grundlage für eine sinnvolle Verknüpfung sämtlicher Aktivitäten in den Ressorts. Mit Hilfe von gemeinsamen Projektsteuerungen und Controlling setzen die Ministerien hierdurch ihre Digitalisierungsmaßnahmen um.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Social Media Strategie	Für das Land SH ist eine konsistente Strategie ist zu entwickeln, zu implementieren und zu verankern. Die Vorgehensweise bei der Social-Media-Strategie unterscheidet sich nicht grundlegend von anderen Projekten. Der Analyse folgen Planung, Umsetzung und Controlling.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
	Unterstützung des digitalen Wandels auf allen Ebenen mit allen Akteuren.	ab 2018
	Unterstützung des Digitalisierungskabinetts	ab 2018
	Konzeption des Digitalisierungsprogramms	2018
	Konzeptentwicklung und Projektierung von Digitalisierungsmaßnahmen	2018 - 2022
	Entwicklung und Konsolidierung kommunaler Digitalisierungsstrategien	ab 2018
	Einrichtung der IMAG Digitalisierung	10/2017
	Einführung digitales Change Management in der Landesverwaltung	ab II/2018

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Programm- und Projektcontrolling	01	Aufbau und Durchführung eines Programm und Projektcontrollings zur Unterstützung der Umsetzung der einzelnen Projekte in den Ressorts	ab 10/2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Verträge	0,0	116,5	105,0	0,0	0,0	0,0
53302	Sonstige Kosten	0,0	40,0	6,0	0,0	0,0	0,0
53403	Verträge	0,0	374,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53403	Sonstige Kosten	0,0	9,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	539,5	111,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2568030000

Bezeichnung Digitalisierungspreis BEST OF DIGITAL.SH

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Das Ministerium für Energiewende, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) verleiht ab 2018 den Digitalisierungspreis Schleswig-Holstein an herausragende Initiativen und Projekte in Schleswig-Holstein aus dem Bereich der Digitalisierung. Der Digitalisierungspreis „Best of Digital.SH“ soll den ausgewählten Initiativen sowohl die Anerkennung der Landesregierung ausdrücken, durch Öffentlichkeitsarbeit die Bekanntheit der Initiativen oder Projekte erhöhen als auch durch ein Preisgeld die Weiterentwicklung der Initiativen oder Projekte fördern.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Erhöhung der Bekanntheit des digitalen Engagements des Landes SH	2018
02	Wirtschaftliche Attraktivität des Standortes SH erhöhen.	2018 - 2022

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53501	Sonstige Kosten	0,0	11,5	75,0	75,0	75,0	75,0
68102	Sonstige Kosten	0,0	70,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Summe	0,0	81,5	175,0	175,0	175,0	175,0

ITM 2569030000

Bezeichnung Zuschüsse DIGITAL ACCELERATORS.SH

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Eine nachhaltige Digitalisierung in Schleswig-Holstein benötigt ein Förderinstrument, mit dem Initiativen und Projekte der Digitalisierung über längere Zeit gefördert werden können. Gefördert werden sollen ab 2019 Initiativen und Projekte im nicht-behördlichen Bereich, die die Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein messbar vorantreiben und beschleunigen. Der Schwerpunkt des Förderprogramms „Digital Accelerators.SH“ soll auf Innovationsförderung liegen und weniger bereits etablierte Geschäftsmodelle unterstützen. Mit dieser Schwerpunktsetzung eröffnet sich die Landesregierung die Möglichkeit, öffentlichkeitswirksam in modernen und zukunftssträchtigen Themen und durch den Förderaspekt mit positiver Grundstimmung aufzutreten.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
02	Förderrichtlinie wird erstellt.	2018
01	Konzeption des Förderprogramms	10/18

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	20,0	20,0	20,0
68202	Sonstige Kosten	0,0	0,0	50,0	75,0	75,0	75,0
	Summe	0,0	0,0	50,0	95,0	95,0	95,0

ITM 2570030000

Bezeichnung Aufbau Open Data

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein möchte das Potential von Open Data in Schleswig-Holstein heben und beabsichtigt die großflächige Veröffentlichung von Daten aus dem öffentlichen Sektor. Hierfür wurde ein Konzept erstellt, das das fachliche und technische Zielbild der notwendigen Infrastruktur in Schleswig-Holstein, die für die Umsetzung der Open-Data Pläne des Landes erforderlich ist, beschreibt. Auf Basis dieses Konzeptes wird in 2018 eine Infrastruktur für eine landesweit für alle Landes- und Kommunalbehörden nutzbare OpenData-Plattform entwickelt. Mit dieser können Schleswig-holsteinische Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen und ehrenamtliche Einrichtungen die Behördendaten einsehen, auswerten und weiterverwenden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Aufbau der Infrastruktur	2018
02	Verfügbarkeit von Daten extern	2018

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Verträge	0,0	145,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53302	Sonstige Kosten	0,0	160,0	80,0	80,0	50,0	50,0
	Summe	0,0	305,0	80,0	80,0	50,0	50,0

ITM 2572030000

Bezeichnung Aufbau Online-Zugangsgesetz (OZG)

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das Onlinezugangverbesserungsgesetz (OZG) soll einen bundesweit einheitlichen Zugang zu digitalen Dienstleistungen aller öffentlichen Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen schaffen. Bis 2022 sollen möglichst viele Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen nicht nur online angeboten, sondern über einen einzigen, virtuellen Portalverbund mit nur drei Klicks gefunden werden können. Mit einem einheitlichen Nutzerkonto sollen alle Verwaltungsangelegenheiten in den im Portalverbund zusammengefassten Portalen und Online-Services zugänglich sein. Das Land SH kooperiert mit den Kommunen, um die Anforderungen gemeinsam umzusetzen. Die Umsetzung erfolgt maßgeblich mit Nutzung des iAFM.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
001	Mock-up Bürgerdatencockpit	Projekt zur Unterstützung bei der Konzeption und Erstellung eines Mock-ups Bürgerdatencockpit im Kontext der Datensouveränität
002	Abfragemodul im Geldwäschegesetz	Abfragen an die gem. GeldwäscheG Verpflichteten werden online über einen AFM-Prozess erhoben. Die Daten werden in einer Übergangsphase per E-Mail zurück geliefert, bis die Befüllung eines Backend möglich ist und der direkte Einsatz der E-Akte.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Alle Verwaltungsleistungen des Landes sind online abrufbar.	2022

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Verträge	0,0	41,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53302	Sonstige Kosten	0,0	200,0	300,0	400,0	250,0	250,0
	Summe	0,0	241,0	300,0	400,0	250,0	250,0

ITM 2578030000

Bezeichnung Aufbau einer Messengerlösung für die Landesregierung Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Das Zentrale IT-Management SH (ZIT, Auftraggeber) beabsichtigt für das Land SH einen nicht öffentlichen Messenger für die sichere, vertrauliche und effiziente interne Kommunikation einzusetzen. Dataport bietet dem Land ein entsprechendes Produkt für die Echtzeitkommunikation an. Im Rahmen eines Testbetriebs und eines Anforderungsmanagements bestimmt das ZIT SH die konkreten Anforderungen an die Entwicklung. Das Land Schleswig-Holstein beabsichtigt diesen Messenger für seine eigenen Zwecke zu nutzen. Die Produktverantwortung liegt bei Dataport. Ziel der Maßnahmen ist die Unterstützung der nonverbalen Echtzeitkommunikation der Landesverwaltung und Polizei über mobile Endgeräte. Die Kommunikation soll dabei sicher und vertraulich sein.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Die Anforderung der Einführung eines Messengerdienstes ist Teil des Koalitionsvertrages der Landesregierung und wurde zudem durch das Digitalisierungskabinet beschloss. Durch die Einführung des Messenger soll zudem die Verwendung von nicht zugelassenen Messengern (Schatten-IT) für die dienstliche Kommunikation vermieden werden. Außerdem soll der Einsatz des Messengers vor allem bei den Ordnungs- und Sicherheitsbehörden eine schnelle, zeitgemäße und intuitive Kommunikation ermöglichen und die Lagen-Kommunikation verbessern	In Umsetzung

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Verträge	0,0	44,8	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	0,0	44,8	0,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2579030000

Bezeichnung Veranstaltungen und Unterstützung von Initiativen für die Digitalisierung in Schleswig-Holstein

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Sonstiges

Beschreibung

Mit der Maßnahme sollen nichtkommerzielle Veranstaltungen und Initiativen, die sich im Bereich der Förderung der Digitalisierung in der Gesellschaft engagieren positiv begleitet werden. Zu diesen Initiativen zählen Barcamps, Hackathons, WebMontage, universitäre Veranstaltungen usw. Ziel ist die Unterstützung von gesellschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement im Bereich der Digitalisierung. Schleswig-Holstein soll nach dem Koalitionsvertrag zu einem digitalen Vorzeigeland werden, dafür ist auch eine Unterstützung der genannten Initiativen förderlich. Die Unterstützung soll zwar kontinuierlich erfolgen. Allerdings sollen die geförderten Aktivitäten lediglich unterstützt werden. Nicht geplant ist eine vollständige Finanzierung der Aktivitäten oder Subventionierung.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
001	Veranstaltungen und Initiativen zur Förderung der Digitalisierung	
002	Software Challenge	Unterstützung der Software Challenge Germany; Institut für Informatik an der CAU veranstaltet Wettbewerb mit Schüler*innen im Bereich Software Programmierung
003	Barcamp Lübeck 2018	Unterstützung der Durchführung des Barcamps i. R. einer Kooperationsvereinbarung

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Verträge	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53302	Sonstige Kosten	0,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
68203	Verträge	0,0	16,0	11,0	0,0	0,0	0,0
68203	Sonstige Kosten	0,0	45,0	14,0	25,0	25,0	25,0
	Summe	0,0	88,0	50,0	50,0	50,0	50,0

ITM 2583030000

Bezeichnung Fördermittel-Portal

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Im Rahmen des Projektes 'Aufbau eines digitalen Fördermittel-Portals' soll zunächst geklärt werden, welche Funktionalitäten ein Digitales Fördermittelportal für Landesförderungen aufweisen muss. Es soll auf Basis einer Anforderungsanalyse ein Grobkonzept erstellt werden, das die Grundlage für die spätere Umsetzung eines Fördermittelportals bietet. Dieses soll als Single Point of Contact Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Institutionen eine transparente Beantragung von Fördermitteln ermöglichen.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
001	Statusermittlung	31.12.2018
002	Fördermittelmanagement, Unterstützung der Beantragung von Fördermitteln sowie ihrer Administration (Antragstellung, Auswahlverfahren, Verwendungsnachweise)	31.12.2019
003	Effizientere Abwicklung von Förderanträgen und -projekten, Etablierung eines nutzerfreundlichen Portals für Bürger/Unternehmen/Institutionen, transparente Darstellung von Fördermitteln des Landes SH und damit Verbesserung des Mittelabrufs und Vermeidung von Doppelförderung	31.12.2019

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Sonstige Kosten	0,0	61,1	553,2	450,0	375,0	320,0
	Summe	0,0	61,1	553,2	450,0	375,0	320,0

Kapitel 1405 Projekt „Kooperatives Personalmanagement (KoPers)“

Projekt "Kooperation Personaldienste SH/FHH (KoPers)"

ITM 2445010000

Bezeichnung Grundversorgung KoPers

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv

Art Grundversorgung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Ausgaben (geplant) des Programms KoPers für Geschäftsbedarfe wie z. B. Miete und Hausverwaltungskosten; Telekommunikationskosten, GEMA, kleinere Beschaffungen aller Art, Schulung und Reisekosten der MA, Veranstaltungen pp.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1.	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und Beachtung der Wirtschaftlichkeit gem. § 7 LHO	unbefristet

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51101	Verträge	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1
51101	Sonstige Kosten	12,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
51101	Beschaffung	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
51701	Verträge	246,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0
51701	Sonstige Kosten	50,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
52501	Sonstige Kosten	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
52701	Sonstige Kosten	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
53301	Verträge	83,0	82,9	82,9	87,5	82,9	82,9
53301	Sonstige Kosten	30,0	30,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53501	Sonstige Kosten	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	Summe	458,1	276,0	126,0	130,6	126,0	126,0

ITM 2448020000

Bezeichnung Beschaffung KoPers
Ressort / Dst. KoPers / KoPers II
Status aktiv
Art Beschaffung
Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

In der ITM sind die Ausgaben (geplant) für die Beschaffungen von z.B. Arbeitsplatzausstattungen für die MA des Programms "Kooperation Personaldienste" enthalten.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
51101	Sonstige Kosten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
81201	Sonstige Kosten	2,7	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81201	Beschaffung	18,1	54,8	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	22,8	58,8	2,0	2,0	2,0	2,0

ITM 2527030000

Bezeichnung Verfahrensbetrieb KoPers
Ressort / Dst. KoPers / KoPers II
Status aktiv
Art IT-Verfahren
Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In Schleswig-Holstein und Hamburg sind die IT-Verfahren für die Personalverwaltung und Personalabrechnung technisch veraltet und müssen ersetzt werden. Hinzu kommt, dass in SH die bisherigen Verfahren für Personalverwaltung und Abrechnung getrennt voneinander arbeiten. In der Folge bestehen Medienbrüche und eine einheitliche Datenbasis.

Unter dem Programm KoPers sollen die unterschiedlichen Personalverwaltungs- und abrechnungssysteme konsolidiert und damit standardisiert werden. Mit der Etablierung eines neuen Personalmanagement- und abrechnungssystems wird in SH auch die Optimierung bestehender Aufbau- und Ablauforganisationen in den Personalmanagements des Landes überprüft.

Die Maßnahme beinhaltet sämtliche Abrufvereinbarungen, um den Verfahrensbetrieb von PulPlus (KoPers) bei Dataport sicherzustellen. Dazu gehören neben den Hardwarekosten auch die Kosten für die Verfahrensbetreuung durch Dataport sowie die entstehenden Druckkosten für Abrechnungsblätter und Auswertungen aus dem Verfahren.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung eines stabilen Betriebs	ohne Termin

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	3.359,3	3.736,3	3.320,4	3.172,1	3.182,1	3.182,1
53301	Sonstige Kosten	20,0	0,0	400,0	700,0	1.200,0	1.700,0
	Summe	3.379,3	3.736,3	3.720,4	3.872,1	4.382,1	4.882,1

ITM 2528030000**Bezeichnung** Dataport Projektunterstützung**Ressort / Dst.** KoPers / KoPers II**Status** aktiv**Art** IT-Verfahren**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH**Beschreibung**

Dataport als zentraler IT-Dienstleister des Landes Schleswig-Holstein besitzt die technische Verantwortung zur erfolgreichen Umsetzung des Projektes KoPers in allen Ausbaustufen. Den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg wird ein Projektteam zur Unterstützung von Gremienarbeit und operativer Unterstützung im laufenden Projektgeschäft zur Verfügung gestellt. Diese Personalleistungen sind entsprechend zu vergüten.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	1.613,6	1.401,0	1.066,2	680,2	403,2	403,2
53301	Sonstige Kosten	326,0	0,0	1.200,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0
	Summe	1.939,6	1.401,0	2.266,2	3.180,2	2.903,2	2.903,2

ITM 2529030000**Bezeichnung** Externe Projektunterstützung (P&I)**Ressort / Dst.** KoPers / KoPers II**Status** aktiv**Art** IT-Verfahren**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH**Beschreibung**

In dieser Maßnahme werden sämtliche Unterstützungsleistungen der P&I AG als Vertragspartner von Dataport geplant, deren Leistungen nicht als vertraglich gegenüber der Leistungsbeschreibung geschuldet sind. Für die erfolgreiche Implementierung von Funktionalitäten für das sog. Integrierte Personalmanagementverfahren sowie der Module Reisekosten, Bewerbungsmanagement und Self-Services wird das Land zusammen mit P&I eine Entwicklungspartnerschaft gründen. Weiterhin wird die Vor-Ort-Anwenderunterstützung sowie die Begleitung des Tests zur Einführung des Entgelt-Moduls durch P&I begleitet.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	1.390,5	1.430,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	120,0	0,0	1.000,0	800,0	600,0	400,0
	Summe	1.510,5	1.430,0	1.000,0	800,0	600,0	400,0

ITM 2530030000

Bezeichnung Change Request KoPers (P&I)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser ITM werden alle ChangeRequest für das KoPers-Verfahren veranschlagt. ChangeRequest werden erst durch die Programmleitung KoPers auf ihre Notwendigkeit überprüft. Die Anpassungen am Standard-Verfahren werden durch die Landesspezifika begründet.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	1.067,3	714,0	119,0	0,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	41,6	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0
	Summe	1.108,9	1.214,0	619,0	500,0	500,0	500,0

ITM 2531030000

Bezeichnung Pflegekosten KoPers (P&I)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser IT-Maßnahme werden die jährlichen Pflegekosten des Verfahrens veranschlagt.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	1.148,3	1.276,9	1.595,8	1.595,8	1.595,8	1.595,8
53301	Sonstige Kosten	0,0	40,0	210,0	280,0	320,0	320,0
	Summe	1.148,3	1.316,9	1.805,8	1.875,8	1.915,8	1.915,8

ITM 2532020000

Bezeichnung Lizenzkosten KoPers (P&I)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
81201	Verträge	0,0	1.207,0	152,0	0,0	0,0	0,0
81201	Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0	400,0
	Summe	0,0	1.207,0	152,0	0,0	400,0	400,0

ITM 2533030000

Bezeichnung Projektleitung und Beratung (HC)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser IT-Maßnahme werden die Kosten für die externe Programmleitung sowie Beratungsleistungen der Fa. HÖHN CONSULTING GmbH veranschlagt. Die bestehenden Verträge aus 2016 werden auch in 2017 fortgeführt. Für die anstehenden Aufgaben stehen in der Landesverwaltung keine Ressourcen zur Verfügung. Dataporteeigenes Personal steht ebenfalls nicht zur Verfügung. Deshalb soll ein EVB-IT-Vertrag mit der sog. Wunschkandidatenregelung über die externen Personen die bereits im Projekt tätig sind, geschlossen werden. ComputaCenter (ab 01.04.2017 CapGemini) wird darüber die Fa. Höhn Consulting GmbH beauftragen.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	2.111,5	1.705,0	1.705,0	0,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	110,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	2.221,5	1.705,0	1.705,0	0,0	0,0	0,0

ITM 2534030000

Bezeichnung Externe Beratung und Projektunterstützung (Vivento)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Für die anstehenden Aufgaben stehen in der Landesverwaltung keine Ressourcen zur Verfügung. Dataporteeigenes Personal steht ebenfalls nicht zur Verfügung. Deshalb wird über den bestehenden Rahmenvertrag des Landes mit der Deutschen Telekom AG entsprechendes Personal mit qualifiziertem Wissen im Projekt KoPers eingesetzt.

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	88,5	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0
53301	Sonstige Kosten	9,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	98,0	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0

ITM 2535030000

Bezeichnung Externe Beratung KoPers (sonstige DL)

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

In dieser Maßnahme werden alle sonstigen Beratungsleistungen veranschlagt (z.B. Anwaltskosten bei Rechtsstreitigkeiten und Beratungsleistungen durch die Gewerkschaften)

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	0,0	712,0	0,0	0,0	0,0	0,0
53301	Sonstige Kosten	0,0	0,0	900,0	2.000,0	1.500,0	1.000,0
	Summe	0,0	712,0	900,0	2.000,0	1.500,0	1.000,0

ITM 2536030000

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung Versorgungsrechner SH

Ressort / Dst. KoPers / KoPers II

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen**Beschreibung**

Das Landesbeamtenmodernisierungsgesetz aus 2016 sieht einen Rechtsanspruch auf eine förmliche Versorgungsauskunft ab dem 01.07.2017 für jede Beamtin und jeden Beamten vor. Die Erteilung der Versorgungsauskunft ist mit einem erheblichen Aufwand aufgrund notwendiger Recherchen für die personalverwaltende Dienststelle und das DLZP verbunden. Um einen Ansturm auf das DLZP in 2017 möglichst gering zu halten, soll es in Schleswig-Holstein die Möglichkeit geben, eine unverbindliche Versorgungsauskunft auf Basis durch den Anwender selbst ermittelter Daten möglichst vollständig zu erzeugen. Andere Bundesländer besitzen bereits die Onlineauskunft (Nordrhein-Westfalen, Berlin, Rheinland-Pfalz). Die Basisanwendung kann auf Grundlauer der Kieler Beschlüsse kostenfrei aus Rheinland-Pfalz übernommen werden. Die notwendigen Anpassungen an das Landesrecht in Schleswig-Holstein sowie der Betrieb der Anwendung sind jedoch kostenpflichtig.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung eines ordnungsmäßigen Betriebes	laufend
2	Implementierung neuer Funktionalitäten bzw. Anpassung an geltendes Recht	2017
3	Umsetzung aus ausstehenden Themenbereichen (u.a. Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten)	2017

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53301	Verträge	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
53301	Sonstige Kosten	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	11,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1

Kapitel 1406 Digitalfunk Land Schleswig-Holstein

Digitalfunk Land Schleswig-Holstein

ITM 2509030000

Bezeichnung Digitalfunk - Autorisierte Stelle (AS)

Ressort / Dst. Digifunk / MILI II

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Autorisierte Stelle Digitalfunk	

Ausgaben (geplant)

Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
53302	Verträge	59,1	1.205,7	1.205,7	1.205,7	1.205,7	1.205,7
53302	Sonstige Kosten	700,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
	Summe	759,1	1.255,7	1.255,7	1.255,7	1.255,7	1.255,7

Kapitel 1614 IT und Digitalisierung

- Netzinfrastruktur (MG 01)
- Flexible Arbeitsformen (MG 02)
- Infrastrukturmaßnahmen (MG 03)
- E-Government (MG 04)
- Fachstrukturelle IT-Verfahren (MG 05)
- Netzhärtung Digitalfunk SH (MG 06)
- Digitalisierung (MG 07)

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

ITM 2587030000

Bezeichnung Dokumentenprüfsystem

Ressort / Dst. MILI I / MILI I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Beschaffung, Einführung und Betrieb einer Lösung für die Kommunen und Kreise zur verbesserten Erkennung von ge- und verfälschten Identitätsdokumenten über Dataport zur Verhinderung von Sozialleistungs- und Identitätsbetrug.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	81237	HW/SW	0	200,0	400,0	0	0	0
		Summe	0	200,0	400,0	0	0	0

ITM 2115020000

Bezeichnung Beschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art Beschaffung

Klassifizierung Standard IT-Arbeitsplatz SH

Beschreibung

Im Rahmen der Digitalisierung ist für 2018 ein umfassendes Investitionsprogramm (Re-Investitionen) zur Beschaffung von Servern, Endgeräte, Bildschirmen, Druckern pp. im Bereich der Landespolizei aufgelegt worden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
1	Gewährleistung und Erhöhung der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur als Trägersystem für die Fachanwendungen der Landespolizei mit dem Ziel der Digitalisierung	01.01.2018 - 31.12.2018

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Zielbeschreibung	Terminierung
Ersatzbeschaffung	Dienststellenorientierte Beschaffung abgeschriebener Geräte (ca. 1100 AP und 60 Server) und aufgabenspezifische Beschaffung abgeschriebener Geräte u.a. IT-Besi (ca. 150 AP); ggf. Restabwicklung von Rechtsverpflichtungen in 2019	Daueraufgabe

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	2.607,4	0	0	0	0
		Summe	0	2.607,4	0	0	0	0

ITM [2566030000](#)

Bezeichnung Mobile Arbeit Landespolizei SH

Ressort / Dst. MILI I / LPA SH

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Verwaltungsmodernisierung

Beschreibung

Entwicklung, Bereitstellung u. Produktivsetzung von IT-Lösungen zur Unterstützung des mobilen Streifen- und Einsatzdienstes der Landespolizei Schleswig-Holstein. Sowohl im geschlossenen Einsatz, als auch im Rahmen des Auftragsprofils von Observationseinheiten oder auch des polizeilichen Streifendienstes und aller Ermittlungsdienststellen können die Vorteile mobiler Endgeräte einsatzerfolgskritische Relevanz entfalten bzw. Effektivitäts- und Effizienzgewinne erzeugen. Dabei ist zu betonen, dass das operativ führende Medium für die einsatzkritische Kommunikation der Landespolizei der Digitalfunk ist und bleibt. Seine Funktionalitäten können durch andere mobile Endgeräte, insbesondere im Bereich der Datenübertragung, allerdings sinnvoll ergänzt werden.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Mobilfunktelefonie unter Beachtung erhöhter Sicherheits- u. Datenschutzstandards	Ausstattung mit Smartphones für a) Telefonie (in alle Netze), b) Kontakte, Zugang zu dienstlichen E-Mails und Kalenderfunktion (MS Outlook), c) Internetzugang d) Messenger-Dienst, e) Foto- u. Videofunktion
02	Nutzung vorhandener oder Entwicklung von Apps für die mobile IT unter Beachtung erhöhter Sicherheits- u. Datenschutzstandards	a) Owi-Fallerfassung mobil (OWI 21 - AppEntwicklung HH), b) Nutzung des VBS @RTUS zur Fall-, Bild-, Videoerfassung bei Erstaufnahme am Einsatz- u. Unfallort c) Dokumentenerkennung (NFC, DOKIS) d) Nutzung von INPOL (Personen- u. Sachfahndung inkl. Lichtbilder) e) Warnmedien (Katastrophen-Warnung, NINA) f) WetterApp g) Nutzung Intrapol/Extrapol für Tatbestandskatalog, Polizeidienstvorschriften, Leitfaden, Fachhandbuch, Waffenatlas, Wasserschutzpolizei-Portal, Betäubungsmittel-Info, Übersetzungshilfen, mehrsprachige Übersetzungsformulare h) Sicherer Messenger-Dienst (z.B. von der Bundespolizei) i) Diktierfunktion/Spracherkennung j) PDF Reader
03	Internetzugang - Ausstattung der Polizeidienststellen mit WLAN	Mitfinanzierung über das Landesprogramm zur Digitalisierung des Landes (IMPULS 2030)
04	Navigationsfunktion/Geovisualisierung inklusive Hardware (Tablet/Phablet)	Nutzung für a) geschlossene Einheiten im Rahmen von Demonstrationen oder Großveranstaltungen, b) Observationskräfte ZSK, MEK, SEK, c) Geländedurchsuchungen (vermisste od. flüchtige Personen), d) Übersichten von Objekten (Anfahrten zum Einsatzort)
05	Zugang zum Intrapol-/ Extrapol über mobile IT	a) Nutzung der Gruppenablagen/Sharepoints von Dienststellen/AGs

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Entwicklung, Bereitstellung u. Produktivsetzung von IT-Lösungen zur Unterstützung des operativen Streifen- u. Einsatzdienstes der Landespolizei SH; ggf. Restabwicklung von Rechtsverpflichtungen in 2019	01.01.2018 – 31.12.2018

Ziele Unterverfahren

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
Vorarbeiten zum Projekt durch Dataport (Aufaktveranstaltung)	01	Umfangreiche Anforderungsanalyse für richtungsweisende Plattform- u. Infrastrukturentscheidungen durch Dataport mittels a) Definierung der Projektendprodukte (PEP) b) Untersuchung des Nutzens f. d. Polizei c) Definierung d. Rahmenbedingungen d) Festlegung der Priorität (welche Teilprojekte sind am wichtigsten) e) Abklärung ob vorhandene techn. Lösungen zur mobilen IT in der Landespolizei aus anderer Trägerländern v. Dataport aber auch anderen Länderpolizeien (BKA, Bayern etc.) mit genutzt werden können f) Prüfung inwieweit vorhandene Infrastruktur (MobileIT) von Dataport für dieses Projekt mit genutzt werden kann (Sicherheit, Integration des AD der Polizei in diese Infrastruktur)	13.02.2018
Vorarbeiten zum Projekt durch Dataport (Detailworkshop)	02	Klärung, ob a) Nutzung eines vorhandenen Messenger-Dienstes von anderen Länder-/Bundespolizeien möglich b) Nutzung der von Dataport aufgebauten Infrastruktur oder Aufbau einer eigenen Struktur nur für die Landespolizei c) Nutzung von bereits im Einsatz befindlichen Funktionen oder Diensten für dieses Projekt sofort nutzbar sind d) Klärung, ob iPhone- oder Android-Infrastruktur genutzt werden soll	28.02.2018
Initiierungsphase	01	Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile bei der jeweiligen Plattformwahl (Android oder iPhone)	21.09.2019
Initiierungsphase	02	Erstellung der Projektleitdokumentation (PRINCE 2 konform)	21.09.2018
Prototypphase	01	Entwicklung von 3 Geräte-Prototypen (Samsung S9/S9+, Motorola LEX L11) mit 4 polizeispezifischen Apps (Navigation, Dokumentenechtheitsprüfung, @rtusMobile, FahndungsApp) in funktions- u. präsentationsfähiger Form für das MILI	12/2018
Prototypphase	02	Anbindung an die bestehende mobile IT-Infrastruktur von Dataport (dSmartDesk), Finalisierung Sicherheitskonzeption	Februar 2019

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	957,0	0	0	0	0
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	1.537,9	0	0	0	0
		Summe	0	2.494,9	0	0	0	0

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

ITM 2464030000

Bezeichnung Landeseinheitliche Schulverwaltungssoftware für öffentliche Schulen in SH**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Mit der Möglichkeit der Einführung eines einheitlichen, zentral bereitgestellten Fachverfahrens zur Schulverwaltung verfolgt das Land Schleswig-Holstein das Ziel, eine allen Anforderungen verschiedener Schulformen genügende, einfach nutzbare und verlässliche sowie datenschutzkonforme, rechtlich einwandfreie Verwaltungslösung einzuführen. Die Vorstudie wird Lösungsmerkmale mit ausreichenden Aussagen an die Qualitätsanforderungen und Quantifizierung belegen und daraus eine eindeutige Empfehlung über die grundsätzliche Machbarkeit einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware und deren Umsetzung geben. Dabei wird die Vorstudie ergebnisoffen die etwaige Notwendigkeit und das Erfordernis einer solchen Lösung darstellen. Somit ist die Vorstudie die Basis für die weitere Entwicklung von gemeinsamen Zielen und Visionen von Land und Kommunen im Bereich der Schulverwaltung. Die Vorstudie dient der Erkennung und Nutzung von Synergien im Bereich Schulverwaltung.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz- anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
05 (Fachstruktu- relle IT-Verfahren)	53325	Verträge	0	300,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0
05 (Fachstruktu- relle IT-Verfahren)	81225	HW/SW	0	0	0	0	0	0
		Summe	0	300,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

ITM 2428030000

Bezeichnung Heimaufsicht**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS**Status** aktiv**Art** IT-Vorhaben**Klassifizierung** Fachanwendungen

Beschreibung

Das Sozialministerium ist für die Genehmigung und Überwachung von Kindertagesstätten, Kinderheimen und ähnlichen Einrichtungen in seiner Funktion als Landesjugendamt verantwortlich. Diese Einrichtungen (ca. 1600 Stück) müssen dem Landesjugendamt regelmäßig (mehrmals im Jahr) Bestandsmeldungen übermitteln. Hierzu wird das Government Gateway als Zugangspunkt genutzt. Maßnahmen zur Entwicklung von Schnittstellen bei Dataport werden aus Mitteln des Impuls-Programmes finanziert.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
03 (Infrastrukturmaßnahmen)	53323	Verträge	30,0	27,0	0	0	0	0
		Summe	0	300,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0

Zentrales IT-Management SH

ITM 2501030000

Bezeichnung BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30 I

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Mit BOB-SH erhalten Behörden, die an der Planung von Entwicklungsverfahren (z. B. Bauleitplanung, Planfeststellung, Landes- und Regionalplanung) beteiligt werden (sog. TöB), die Möglichkeit, diese Beteiligung elektronisch und über das Internet durchzuführen. Die Beteiligung kann von den planenden Behörden zentral vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet werden.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
04 (E-Government)	53324	Verträge	751,1	1.522,9	903,3	0	0	0
		Summe	751,1	1.522,9	903,3	0	0	0

ITM 2546030000

Bezeichnung ePartizipation

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 30 I

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Verwaltungsmodernisierung

Beschreibung

Das Verfahren dient der Umsetzung des neuen Volksabstimmungsgesetzes. Es umfasst die Skizzierung einer entsprechenden Verordnung gemeinsam mit dem MIB sowie die Schaffung einer Plattform zu Durchführung von digitalen Volksinitiativen inkl. der behördenübergreifenden Auswertung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Erstellung VO gemeinsam mit MIB	31.10.2017
02	Prototyp Bürgerseite	30.09.2017
03	Prototyp Auswertung und Schnittstelle Meldeämter/ZMB	31.10.2017
04	Produktionsfreigabe	31.01.2018
05	Marketingkonzept bzw. öffentlicher Diskurs zum Thema	31.10.2017

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
04 (E-Government)	53324	Verträge	227,0	710,0	360,0	230,0	210,0	210,0
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	500,0	600,0	0	0	0
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	100,0	0	0	0	0
		Summe	227,0	1.310,0	960,0	230,0	210,0	210,0

ITM 2570030000

Bezeichnung Aufbau Open Data

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein möchte das Potential von Open Data in Schleswig-Holstein heben und beabsichtigt die großflächige Veröffentlichung von Daten aus dem öffentlichen Sektor. Hierfür wurde ein Konzept erstellt, das das fachliche und technische Zielbild der notwendigen Infrastruktur in Schleswig-Holstein, die für die Umsetzung der Open-Data Pläne des Landes erforderlich ist, beschreibt. Auf Basis dieses Konzeptes wird in 2018 eine Infrastruktur für eine landesweit für alle Landes- und Kommunalbehörden nutzbare OpenData-Plattform entwickelt. Mit dieser können Schleswig-holsteinische Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen und ehrenamtliche Einrichtungen die Behördendaten einsehen, auswerten und weiterverwenden.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	701,0	685,0	220,0	220,0	220,0
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	1,0	144,0	2,0	2,0	2,0
		Summe	0	702,0	829,0	222,0	222,0	222,0

ITM 2571030000

Bezeichnung Aufbau Transparenzportal

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das durch das novellierte Informationszugangsgesetz gesetzlich ab 2020 vorgesehene Transparenzportal gemäß § 11 IZG-SH (Veröffentlichung von Informationen) bedarf einer entsprechenden technischen, organisatorischen und fachlichen Umsetzung. Diese umfasst den Aufbau eines für Bürgerinnen und Bürger transparenten Inhaltsdatenbestandes der öffentlichen Verwaltung (Richtlinien und Runderlasse, amtliche Statistiken, öffentliche Tätigkeitsberichte und Broschüren, Gutachten und Studien, Haushaltspläne, Stellenpläne und Wirtschaftspläne, Übersichten über Zuwendungen an juristische Personen des Privatrechts oder an das Land Schleswig-Holstein, elektronisch erteilte Auskünfte aufgrund von Anträgen nach § 4 IZG und § 4 des Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation, bei den Gerichten des Landes vorhandenen eigenen veröffentlichungswürdigen Entscheidungen, Vorlagen der Landesregierung nach Beschlussfassung und Mitteilungen an den Landtag, wesentliche Unternehmensdaten von Beteiligungen des Landes, Verträge, soweit es sich nicht um öffentliche Aufträge oder um Kredit- oder Finanztermingeschäfte handelt Verträge für die Erstellung von Gutachten). Um ein einheitliches Vorgehen der Ressorts zu koordinieren, wird die Umsetzung zentral von V30 gesteuert.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Abstimmung der Aufgabenteilung zwischen Staatskanzlei und ZIT erfolgt	19.09.2018
02	Aufbau einer Projektorganisation und Beschreibung der Projektlösung	01.11.2018
03	Aufnahme der Tätigkeit des Projektes	01.12.2018
04	Veröffentlichung von Dokumenten erfolgt.	2020

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	0	1.850,0	0	0	0
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	0	100,0	0	0	0
		Summe	0	0	1.950,0	0	0	0

ITM 2572030000

Bezeichnung Aufbau Online-Zugangsgesetz (OZG)

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) soll einen bundesweit einheitlichen Zugang zu digitalen Dienstleistungen aller öffentlichen Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen schaffen. Bis 2022 sollen möglichst viele Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen nicht nur online angeboten, sondern über einen einzigen, virtuellen Portalverbund mit nur drei Klicks gefunden werden können. Mit einem einheitlichen Nutzerkonto sollen alle Verwaltungsangelegenheiten in den im Portalverbund zusammengefassten Portalen und Online-Services zugänglich sein. Das Land SH kooperiert mit den Kommunen, um die Anforderungen gemeinsam umzusetzen. Die Umsetzung erfolgt maßgeblich mit Nutzung des iAFM.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	439,0	2.215,0	0	0	0
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	0	0	0	0	0
		Summe	0	439,0	2.215,0	0	0	0

ITM 2580030000

Bezeichnung Digitale Daseinsvorsorge

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachinfrastrukturen

Beschreibung

Ländliche Räume stehen bei der Sicherung der Daseinsvorsorge und der Digitalisierung gerade im demografischen Wandel vor großen Herausforderungen. Digitale Anwendungen in der Daseinsvorsorge sind daher auf dem Vormarsch. Voraussetzung für digitale Daseinsvorsorge ist die Verfügbarkeit von leistungsfähigem Internet und die Entwicklung entsprechender Anwendungen zur digitalen Daseinsvorsorge. In Zusammenarbeit mit Kommunen entwickelt bzw. unterstützt das Land Schleswig-Holstein entsprechende Initiativen.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
001	Wir machen mit - Amt Hüttner Berge	Das ZIT und das Amt entwickeln gemeinsam den Bürgerbeteiligungsdienst „Wir macht mit“, der infrastrukturell ergänzend zu BOB-SH und eParti zukünftig die Referenz für informelle Bürgerbeteiligung in SH darstellen soll.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	364,0	1.776,0	126,0	126,0	126,0
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	0	800,0	0	0	0
		Summe	0	364,0	2.576,0	126,0	126,0	126,0

ITM 2585030000

Bezeichnung Digitalisierungsprogramm: Projekt-Hebammen und Programmcontrolling

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Fachanwendungen

Beschreibung

Das ZIT SH stellt den Ressorts sog. Projekt-Hebammen zur Verfügung, um die angemeldeten Digitalisierungsprojekte aufzubauen. Die Umsetzung des Projektes wird begleitet und in einem Projektcontrolling dokumentiert. Soweit das ZIT SH keine eigenen Projektleiter für diese Unterstützungsleistungen bereitstellen kann, werden externe Berater eingekauft und den Ressorts zugewiesen.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	0	500,0	0	0	0
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	0	0	0	0	0
		Summe	0	0	500,0	0	0	0

ITM 2586030000

Bezeichnung Standardkonzept Digitale Knotenpunkte

Ressort / Dst. DIG / V 30 II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Die Einrichtung Digitaler Knotenpunkte ist eines der zentralen Vorhaben des Digitalisierungsprogramms. Für diese soll ein Standardkonzept erstellt werden. Digitale Knotenpunkte sind Orte, an denen Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen können, um neue Technologien auszuprobieren und sich auszutauschen.

Digitale Knotenpunkte haben das Ziel, die Medienkompetenz zu stärken. Bürgerinnen und Bürger erfahren in lokalen Einrichtungen vor Ort neue Technologien und setzen sich mit den Auswirkungen der digitalen Transformation auseinander. Langfristig entsteht durch die Einrichtung Digitaler Knotenpunkte ein Netzwerk von Digitalstandorten, worüber die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit von modernen Technologien für alle Einwohnerinnen und Einwohner Schleswig-Holsteins ermöglicht werden.

Digitale Knotenpunkte sind Begegnungsräume von und für die Öffentlichkeit. Sie haben eine Bündelungsfunktion, um verschiedene Akteure und Angebote zusammenzubringen. Sie sind Standorte für die Umsetzung von Initiativen und Programmen zur Stärkung der Medienkompetenz und der Digitalen Bildung.

Geeignete Einrichtungen zur Etablierung von Digitalen Knotenpunkten sind zum Beispiel CoWorking-Spaces, E-Government-Anlaufstellen oder FabLabs aber auch öffentliche Bibliotheken und Volkshochschulen, da diese bereits über einen breiten Nutzerkreis verfügen und in der Fläche im ländlichen Raum vertreten und sichtbar sind. Bei der Einrichtung Digitaler Knotenpunkte kooperiert die Landesregierung mit Berufsschulen mit Schwerpunkten in der Informatik und Technik sowie Markttreffs und weiteren öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen und Vereinen sowie Verbänden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
001	Weiterbildung der Bürger im Bereich Digitalisierung mit dem Ziel den digitalen Wandel für alle Bürgerinnen und Bürger aktiv zu gestalten und die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen	Ende 2020
002	Erreichbarkeit und Nutzbarkeit von modernen Technologien für alle Einwohnerinnen und Einwohner	Ende 2020
003	Etablierung der Nutzung von Online-Verfahren als Selbstverständlichkeit in der Bevölkerung, dadurch Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben und Vermeidung von Medienbrüchen bei Antragstellungen u.ä. .	Ende 2020

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	0	0	0	0	0
07 (Digitalisierung)	81227	HW/SW	0	0	200,0	0	0	0
		Summe	0	0	200,0	0	0	0

ITM 2163030000

Bezeichnung Government Gateway (SH-Service)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Der einheitliche Zugang zu den Online-Diensten S.-H. erfolgt über die zentrale Infrastruktur "Government Gateway/SH-Service". Zahlreiche Dienste, die für Fachverfahren benötigt werden, sind hier zentral umgesetzt. Die Maßnahme beinhaltet den Betrieb und die Weiterentwicklung des Government Gateway. Das Gateway ist eine gemeinsame Infrastruktur mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
04 (E-Government)	53324	Verträge	0	2.250,0	0	0	0	0
		Summe	0	2.250,0	0	0	0	0

ITM 2164030000

Bezeichnung E-Akte - VIS-Basis

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Die elektronischen Akte (E-Akte), die mittels des Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS) 'VIS' der Fa. PDV Systeme realisiert wird, dient zur Unterstützung und aktenmäßigen elektronischen Dokumentation IT-gestützter Verwaltungsarbeit.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
02 (Flexible Arbeitsformen)	81222	Beschaffung Landeslizenz	0	2.751,0	0	0	0	0
		Summe	0	2.751,0	0	0	0	0

ITM [2437030000](#)

Bezeichnung Ticketsystem User Help Desk (ITSM)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 32

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Dataport bietet IT-Services für den Landeskunden SH an. Für die tool-gestützte Abbildung der ITIL Prozesse zu diesen IT-Services verwendet Dataport die ITSM-Suite des Herstellers BMC.

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
7	Programm NITO SH (Neue IT-Organisation Schleswig-Holstein)	die im Vergabeverfahren ausgewählte Lösung wird eingeführt

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
6	Programm NITO	Pilotierung und Einführung der im Vergabeverfahren ausgewählten ITSM-Lösung ab Mitte 2018

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
03 (Infrastrukturmaßnahmen)	53323	Verträge	268,6	441,6	7,8	0	0	0
		Summe	268,6	441,6	7,8	0	0	0

ITM 2177030000

Bezeichnung "+1" - Infrastruktur Entwicklung

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Ohne Einsatz von IT ist ein Verwaltungshandeln nicht oder nur eingeschränkt möglich. Dies gilt insbesondere für sicherheitsrelevante Bereiche (Landespolizei, Justiz, Amt für Katastrophenschutz etc.), für finanzintensive Bereiche (EU-Fördermittel in der Landwirtschaft, Landeskasse etc.) sowie für verwaltungskritische Verfahren (z.B. SAP). Aus diesen Gründen findet eine Fortschreibung der Systemtechnik IKO III zu "+1" statt. Die Maßnahme wird als zentrale IT-Maßnahme aufgesetzt und beinhaltet die Teilbereiche "Zentrale Infrastruktur" und "Ressortanpassungen".

Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
03	Migration der Justiz: Ordentliche Gerichtsbarkeit	Migration der Ordentlichen Gerichtsbarkeit auf den Landesstandard +1 Infrastruktur und konzeptionelle Fortschreibung auf Windows 10

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatzanteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
03 (Infrastrukturmaßnahmen)	53323	Verträge	650,0	120,0	0	0	0	0
		Summe	650,0	120,0	0	0	0	0

ITM 2466030000

Bezeichnung Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

In dieser ITM sollen nur die Projekte (sämtliche Kabelarbeiten) geplant werden, die durch die GMSH erledigt werden (KNUE bis 500.000 mit BBN2 und GNUE über 500.000 mit FUBau). Es handelt sich hier um die Umsetzung des Landesstandards zur strukturierten Verkabelung.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Umsetzung des Landesstandrad zur strukturierten Verkabelung	laufend
02	Abbau von Doppelstrukturen (Netz-Fusion Produktionsnetz<>Haustechnik)	laufend
03	Energiekostensenkung durch PoE-Einsatz (ready for Green-IT)	laufend

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
01 (Netzinfrastuktur)	71121	Bauleistungen GMSH	3.285,3	2.580,0	4.949,5	5.200,0	3.850,0	3.800,0
		Summe	3.285,3	2.580,0	4.949,5	5.200,0	3.850,0	3.800,0

ITM 2486030000

Bezeichnung LAN-Management und LAN-Infrastruktur Land SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Verfahren

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Im Rahmen des LAN-Übergangs der Finanzverwaltung und anderer Ressorts des Landes SH auf das ZIT-SH wird das Landesnetz zukünftig um die Leistungserbringung im LAN erweitert. Leistungen der GMSH im Rahmen des LAN-Überganges werden aus IMPULS erbracht. Abwicklung von Restleistungen bis Ende 2018.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	LAN-Management im Landesnetz	laufend

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
01 (Netzinfrastuktur)	71121	Bauleistungen GMSH	199,0	80,0	0	0	0	0
		Summe	199,0	80,0	0	0	0	0

ITM 2537030000

Bezeichnung Landesnetz 2020 mit Schulen ans Netz (LN 2020 Glasfaserausbau)

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Das ZIT SH hat DP mit dem weiteren Ausbau des LNV-Netzes (Glasfaserbasierendes Landesnetz) beauftragt. Bis Ende 2020 sollen bis zu 1200 funktionsfähige Anschlüsse (ca. 800 Schulen und 400 Dienststellen der Landes- und Kommunalverwaltungen) realisiert werden. Der Ausbau von ca. 70% des Gesamtnetzes soll auf Basis von Glasfaserleitungen (LWL) erfolgen, ca. 30% des Gesamtnetzes mit alternativen Techniken.

Zur Erreichung der Ziele und wirtschaftlichen Anbindung der zum Zeitpunkt unwirtschaftlichen 30% der Strecken, soll DP und 1&1 Versatel die lokalen Breitbandinitiativen unter Einbindung des WIMI und des BKZSH einbinden um Synergien zu erwirtschaften und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Primärziel: Regierungserklärung MP Albig: Einen Glasfaseranschluss für jede Schule	2020
02	Sekundärziel: Weiterer LWL-Ausbau der Landes- und Selbstzahleranschlüsse	2020
03	Ablösen des kupferbasierenden LNBasis-Netzes	2020

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
01 (Netzinfrastuktur)	81221	LN 2020 Glasfaser-ausbau	7.791,0	25.436,0	7.702,0	6.321,0	4.364,0	264,0
		Summe	7.791,0	25.436,0	7.702,0	6.321,0	4.364,0	264,0

ITM 2541030000

Bezeichnung Green IT in der Landesverwaltung SH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Beschreibung

Unter dem Stichwort Green IT versteht man Bestrebungen, die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten, wie z. B. Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Herstellung, des Betriebs und der Entsorgung der Geräte (Green in der IT). Näheres wird in der RoHS-Richtlinie der EU festgelegt (EG-Richtlinie 2002/95/EG zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten zur Verwendung von Gefahrstoffen in Geräten und Bauteilen) und Energieeinsparung beim bzw. durch den Einsatz von Informationstechnologie

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
05 (Fachstrukturelle IT-Verfahrenen)	53325	Verträge	0	59,0	279,0	279,0	140,0	0
05 (Fachstrukturelle IT-Verfahrenen)	81221	HW/SW	675,4	370,0	400,0	200,0	0	0
		Summe	675,4	429,0	679,0	479,0	140,0	0

ITM 2547030000

Bezeichnung WLAN-Kooperation - Der echte Norden

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Zielbeschreibung

Nr.	Zielbeschreibung	Terminierung
01	Einsatz in den öffentlichen Bereichen der OLB's	2017
02	Einsatz in den nachgeordneten Bereichen	2018
03	Einsatz auch für Kommunen usw. ermöglichen	2018

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
02 (Flexible Arbeitsformen)	53322	Verträge	177,4	710,0	0	0	0	0
02 (Flexible Arbeitsformen)	81222	HW/SW	231,5	409,0	1.097,0	697,0	17,0	17,0
		Summe	408,9	1.119,0	1.097,0	697,0	17,0	17,0

ITM 2581030000

Bezeichnung Migration Windows 10 LSH

Ressort / Dst. ZIT SH I / V 33

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Funktionalität SH

Beschreibung

Mit Windows 10 stellt Microsoft eine deutlich verbesserte Version seines Betriebssystems vor. Das neue Betriebssystem schafft es, über alle heute üblichen Endgerätearten hinweg, ein einheitliches Betriebssystem für Smartphones, Tablets, PCs pp zu etablieren. Wer bereits bei einer vorherigen Windows-Migration seine Client-Bestände konsolidiert und die Anwendungslandschaft harmonisiert hat, profitiert am meisten. Die Migration wird zentral vom ZIT SH koordiniert und finanziert. Die technische Umstellung in den Ressorts erfolgt mit Hilfe von Dataport.

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
07 (Digitalisierung)	53327	Verträge	0	799,4	939,4	220,0	0	0
		Summe	0	799,4	939,4	220,0	0	0

ITM 2543030000

Bezeichnung Digitalfunk - Gesamtprojektleitung (Netzhärtung)

Ressort / Dst. Digitalfunk / ZIT SH II

Status aktiv

Art IT-Vorhaben

Klassifizierung Standard IT-Infrastruktur SH

Ausgaben IMPULS 2030 (geplant)

MG	Titel	Ansatz-anteil	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)
06 (Digitalfunk)	71126	Baumaßnahmen GMSH und Dataport	900,0	5.740,0	4.900,0	4.900,0	1.500,0	1.500,0
06 (Digitalfunk)	81226	HW/SW	1.188,0	811,8	1.262,7	1.731,4	1.459,1	1.459,1
		Summe	2.088,0	6.551,8	6.162,7	6.631,4	2.959,1	2.959,1